

Bernd Rill (Hrsg.)

# DER ERSTE WELTKRIEG

„In Europa gehen die Lichter aus!“

# AMZ

# 91

Argumente und Materialien  
zum Zeitgeschehen

Bernd Rill (Hrsg.)

# DER ERSTE WELTKRIEG

„In Europa gehen die Lichter aus!“

## Impressum

ISBN	978-3-88795-424-6
Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: <a href="mailto:info@hss.de">info@hss.de</a> , Online: <a href="http://www.hss.de">www.hss.de</a>
Vorsitzender	Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

# INHALT

- 05 EINFÜHRUNG**  
Bernd Rill
- 09 NIETZSCHES PROGNOSEN**  
Werner Stegmaier
- 19 DER EUROPÄISCHE IMPERIALISMUS**  
Höhepunkt und Krise um 1900  
Friedrich Kießling
- 27 DAS SOZIALE ENGAGEMENT DER KIRCHEN UM 1900**  
Jochen-Christoph Kaiser
- 37 DAS HEGEMONIALE POTENZIAL DES DEUTSCHEN KAISERREICHES**  
Andreas Rose
- 49 1914: AUFBRUCH ZUR KULTURELLEN FÜHRUNG?**  
Die Werkbund-Ausstellung in Köln  
Friederike Weimar
- 61 EIN „GEISTIGER SONDERWEG“ IN DEN KRIEG?**  
Was vom „deutschen Wesen“ 1914 übrig blieb  
Thomas Welskopp
- 69 NIBELUNGENTREUE VERSUS BÜNDNISFREIHEIT**  
Deutsche Außenpolitik 1871-1914  
Ulrich Lappenküper
- 79 MODERNISIERUNGSPOTENZIALE UND DEFIZITE  
IN DER DONAUMONARCHIE**  
Andreas Gottsmann
- 87 RUSSLAND UND DIE „DEUTSCHE ÜBERMACHT“**  
Ein Exempel für die wachsende Bedeutung der öffentlichen Meinung  
Klaus Heller
- 97 VERSAGEN DER POLITIK?**  
Der Schlieffenplan von 1905 und seine Modifikationen  
Klaus-Ulrich Hammel

**107 DER GLAUBE AN DEN FORTSCHRITT IM 20. JAHRHUNDERT**  
Hans-Martin Schönherr-Mann

**117 DENKEN IN DER KRISE**  
Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“  
im Kontext der Weimarer Republik  
Peter J. Brenner

# EINFÜHRUNG

**BERND RILL** || „Kampf ist der Vater von allem, der König von allem; die einen macht er zu Göttern, die anderen zu Menschen, die einen zu Sklaven, die anderen zu Freien.“ So sprach Heraklit von Ephesos, einer der bedeutendsten Denker der „vorsokratischen Epoche“ der griechischen Philosophie.

„Krieg“ ist für Heraklit das übergeordnete Prinzip des Laufes der Welt, der durch Gegensätze vorangetrieben wird, und insofern abstrakter gemeint als der Krieg, den Menschen und Staaten miteinander führen. Aber wenn gesagt wird, dass er darüber entscheide, wer Sklave und wer Freier sei, dann ist wohl auch der unter Menschen ausgefochtene militärische Krieg gemeint. Eine moralisierende Haltung, ob dieser Krieg nun grundsätzlich gut oder böse sei, ist nicht ersichtlich. Schon eher ist die Auslegung möglich, der Krieg sei etwas Unvermeidliches, da er ja dem Prinzip der Welt entspräche, und er entscheide für einen nicht unerheblichen Zeitraum über die Rangordnung und damit auch über die Machtverteilung in der menschlichen Gesellschaft.

Ein großer Krieg hat einschneidende Folgen für diejenigen, die ihn führen, und wenn er die Dimensionen des Ersten Weltkrieges annimmt, des gewaltigsten Krieges, der bis dahin geführt worden war, hat er sie sogar für diejenigen, die ihm fern geblieben sind – man denke etwa an das Erwachen anti-kolonialen Selbstbewusstseins unter den Völkern der britischen Kolonien. Die Beschäftigung mit Kriegsgeschichte ist daher wichtiger, als einer annehmen mag, der auf seine friedliche Gesinnung stolz ist. Denn die Ergebnisse militärischen Handelns müssen dann die „Zivilisten“ auf sich nehmen, sie müssen sie unerbittlich „ausbaden“, sobald die Waffen ruhen.

Ohne Frage hätte ja die Geschichte einen gänzlich anderen Verlauf genommen, wenn der Erste Weltkrieg nicht die allseits bekannten Weichen gestellt hätte: die Niederlage Deutschlands, die aber so total nicht war, dass keine Gedanken an Revanche aufgekommen wären, sowie die relative Schwäche des durch den Krieg schwer mitgenommenen Frankreich, das eben deshalb seine Politik der Niederhaltung Deutschlands forcierte, zu der es auf die Dauer jedoch zu schwach war, und das deswegen ein Gespinnst von Allianzen über das Europa der Nachkriegszeit zu legen versuchte, um seine Hegemonie abzusichern. Hierzu brachte Frankreich allerdings nicht genügend Kraft auf, was wiederum dem deutschen Wiederaufstieg nützlich war. Hinzu kam der Zusammenbruch der drei supranationalen Imperien, der österreichisch-ungarischen Monarchie, des Zarenreichs und des Osmanischen Reiches. Dies hatte die Entstehung neuer Nationalstaaten, die Machtübernahme der Bolschewiken in Russland und die Ziehung neuer, seitdem ständig umstrittener Grenzen im Nahen Osten zur Folge. Schließlich wären da noch die auf dem Nährboden der Kriegs- und Nachkriegszeit gewachsene innenpolitische Radikalisierung und Hinwendung zur Gewalt, die die bürgerliche Ordnung in Deutschland und in Italien erschütterten und den Weg bereiteten zur nationalsozialistischen und faschistischen Diktatur, damit zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Das konnte im Juli / August 1914 niemand voraussehen, und hätte er es doch, da er mit übermenschlichen prophetischen Gaben ausgestattet war, dann hätte er es nicht gewollt. Gavrilo Princip, der junge Attentäter von Sarajewo, ist sogar schon einmal als „wichtigster Mann des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet worden, denn unleugbar haben seine Schüsse auf das Thronfolger-Paar die Kausalitätsreihe eröffnet, die zum Zusammenbruch Europas in den beiden Weltkriegen geführt hat. Aber mit solchem Denken wird das Gesetz der Kausalität ungebührlich überspannt. Die Kausalität ist nur ein Mechanismus der Logik, zu der noch die richtige Gewichtung hinzutreten muss, und die gehorcht nicht ausschließlich den Gesetzen der Logik.

Wer einen großen Krieg beginnt, weiß nie, was dessen Ergebnisse sein werden, und die Verantwortlichen vom Sommer 1914 wussten es auch nicht. Die These von Fritz Fischer, Deutschland habe damals den Krieg entfesselt, weil es nach der „Weltherrschaft“ (weniger melodramatisch: der Hegemonie in Europa) strebte, gilt wissenschaftlich als abgetan, und es wird ihr mittlerweile nur noch das Verdienst zuerkannt, die Diskussion über den Ursprung des Krieges nachhaltig angeregt zu haben. Noch bevor Fritz Fischer 1961 seine These aufgestellt hat, hat der renommierte britische Historiker A.J.P. Taylor in seinem Werk „Das Europa der Großen Mächte – von Metternich bis Lenin“ (1954) diese recht trocken demontiert: „Es ist hartnäckig behauptet worden, die Deutschen hätten den Kriegsausbruch im August 1914 bewusst herbeigeführt. Dafür gibt es recht wenige positive Nachweise, aber es gibt ein entscheidendes Gegenargument. Bethmann und Wilhelm II. waren zu einer kohärenten Politik unfähig; Moltke, der Generalstabschef, war nicht imstande, einen Feldzug, und noch weniger, einen Krieg zu führen.“

Wenn jedoch neuerdings Christopher Clark sein Werk „The Sleepwalkers – How Europe Went to War in 1914“ betitelt, dann wird er seiner eigenen, reichen und viele Gesichtspunkte verdienstvoll neu erörternden Leistung nicht gerecht. Denn ein „Schlafwandler“ ist schuldunfähig, während im Gegenteil die damaligen Staatsmänner genau wussten, was sie im Augen-

blick taten, sich nur über die möglichen Konsequenzen nicht klar waren und auf diese Weise allesamt Schuld auf sich luden.

Man mag Clarks Titelgebung aber auch etwas allgemeiner so verstehen, dass dem Ausbruch des Krieges keine irgendwie herleitbare Notwendigkeit entsprach. Die Interessengegensätze unter den europäischen Großmächten waren in der hohen Zeit des Imperialismus, als es ab den 1880er-Jahren um die Aufteilung des größeren Teiles des Globus in ihren kolonialen Besitz ging, so riesig gewesen, dass aus überseeischen Gründen leicht Kriege unter ihnen hätten ausbrechen können. Das war aber nicht der Fall. England und Frankreich kamen sogar über die Fashoda-Krise von 1898 hinweg, und Deutschland und Italien, die neuen Konkurrenten bei der kolonialen Aufteilung der Welt, wussten sich ohne große Probleme einzufügen. Schließlich schien die Beilegung des Brandherdes der Balkankriege von 1912/13 durch die europäischen Mächte unter Beweis gestellt zu haben, dass man sich durch das „Pulverfass Balkan“ in keinen allgemeinen Krieg hineinziehen lassen wollte.

Sicherlich war ein Jahr später die Habsburger-Monarchie durch die Ermordung ihres Thronfolgers aufs Äußerste provoziert worden, so dass ihr nach dem staatsmännischen Horizont der damaligen Zeit, und durchaus nicht nur, um die Zweifel an der nachlassenden Fähigkeit der Monarchie auszuräumen, wie weit sie überhaupt noch eine schlagkräftige Großmacht darstellte, eine Demütigung Serbiens sehr nahe lag. War da die Situation etwa explosiver als 1912/13, als die Balkanstaaten die Osmanen bis ins Weichbild von Istanbul zurücktrieben und anschließend um die Kriegsbeute in Streit gerieten?

Das Explodieren des balkanischen Pulverfasses von 1914 wirkt demnach desto deprimierender. Es zeigt aber auch, dass das Herz der Weltpolitik damals noch in Europa schlug, denn der Weltkrieg brach aus in Europa zu verortenden Gründen aus, nicht wegen fernegelegener Kolonial-Konflikte in Asien oder Afrika.

Bleibt immer noch die Frage mangelnder Notwendigkeit. Es ist möglich, eine Fülle von Zitaten weniger aus der politischen als aus der kulturellen und künstlerischen Welt zusammen-

zutragen, die belegen sollten, dass unterschwellig, und besonders bei den großen Künstlern, denen ja gerne seismographische Qualitäten zuerkannt werden, kommendes Unheil zu ahnen, ein Gefühl des unwiderstehlichen Hineilens auf einen Abgrund lebendig gewesen sei. Hierzu ein handfestes Beispiel: der Skandal, den die entfesselte, archaisch-wilde Musiksprache von Strawinskys „Frühlingsopfer“ hervorgerufen hat. Das Zelebrieren eines Menschenopfers in heidnischer Frühzeit sei gleichbedeutend gewesen mit dem Läuten der Totenglocken für die fortschritts stolze europäische Zivilisation. Solche Interpretationen zeugen von der Phantasie, die man für die Betrachtung von Kunstwerken braucht, weil sie sonst stumm bleiben. Aber sie zeugen auch von einer Bewusstseinslage, die die Katastrophe des Ersten Weltkrieges bereits als geschehen voraussetzt, schließen also unzulässig vom aktuellen Wissensstand zurück auf den des Jahres 1913. Wer kulturelle Äußerungen auf den historisch-politischen Hintergrund ihrer Entstehungszeit projiziert und meint, ohne diesen seien sie gar nicht entstanden, geht mindestens ebenso oft irre, als er zu vertiefter Einsicht beiträgt. Merkt man etwa den „Fröschen“ des Komödiendichters Aristophanes an, dass sie im Jahre 405 v. Chr. uraufgeführt worden sind, als das strahlende, unabhängige, demokratisch verfasste Athen kurz vor seinem Untergang stand?

Man bedenke auch, dass 1914 die Außenpolitik der europäischen Mächte von einer großenteils aristokratischen Elite bestimmt wurde, die zwar schon damit hatte beginnen müssen, dem Willen der Massen Tribut zu zollen, dabei aber noch hinreichend fest im Sattel saß, um die Fehler, mit denen sie die Massen in den Krieg hineinriss, aus eigener Initiative begehen zu können. Also auch insofern keine Notwendigkeit. Dann war der Kriegsausbruch ein Zufall, eine Lesart, die angesichts der desaströsen Folgen allerdings nicht befriedigt. Es hätte alles auch anders kommen können. Aber der Ausdruck „Zufall“ erklärt nichts, und es ist den Menschen nicht zumutbar, bei einer solchen Katastrophe auf Erklärungsversuche zu verzichten.

Folgendes ist auch keine Erklärung, denn es wäre vermessen, hier eine anzubieten, wo so viele gründliche Geister nur Stückwerk liefern

konnten. Vielleicht ist es die Annäherung an eine Erklärung, gewissermaßen asymptotisch, und wer weiß, ob mehr als diese Annäherung möglich ist: Keiner der damaligen Akteure übersah die Folgen seines Handelns hinreichend, dafür gibt es einiges an bestätigenden Zitaten, das plastischste davon der Ausspruch des britischen Außenministers Grey: „In Europa gehen die Lichter aus!“ Die Situation, sobald man sich auf den allgemeinen Krieg einließ, wurde unüberschaubar, und die Schuld der Beteiligten bestand darin, dass sie diese Unübersehbarkeit eintreten ließen. Damit hat sich freilich die alte aristokratische Elite der Außenpolitik Europas auf Dauer desavouiert.

Wenn heutzutage große Kriege drohen, dann sicherlich nicht mehr aus Gründen, die in Europa ihre Wurzel haben. Ein gängiges Argument dafür, dass die europäische Integration nach 1945 eine Erfolgsgeschichte ist, der selbstverständliche Friedenszustand unter ihren Partnern, ist mittlerweile derart beharrt, dass es in der Debatte über die Belebung weiterer europäischer Integration keine publikumswirksame Rolle mehr spielt.

Aber die Auguren eines weltpolitisch zu nennenden Kriegsszenarios scheinen nicht darauf verzichten zu können, das Kriterium der Notwendigkeit zu bemühen, die Ursachenforschung zum Ersten Weltkrieg ist in ihrer Quintessenz weit davon entfernt, zum Allgemeingut zu werden. So befindet Margaret Macmillan in ihrem Buch „The War that Ended Peace“: „It is tempting – and sobering to compare today’s relationship between China and the US with that between Germany and Britain a century ago.“ Und John Mearsheimer (University of Chicago) doppelt nach: „... to put it bluntly: China cannot rise peacefully.“

Gottseidank kann man gegen diesen Determinismus einiges einwenden. Der Machtunterschied zwischen China und den USA ist heute ungleich größer als der zwischen Deutschland und Großbritannien 1914. Warum soll China seinen zu erwartenden weiteren Aufschwung aufs Spiel setzen? Ferner: Heute gibt es Atomwaffen, die bisher bei konfliktgeneigten Mächten stets eine heilsam abschreckende Wirkung ausgeübt haben, der „Kalte Krieg“ als Hauptanwendungsfall ist schließlich ein kalter ge-

blieben. Dass das für alle Zukunft so bleiben wird, wäre allerdings Denken gemäß „Notwendigkeit“, das ist zuzugeben. China rüstet massiv auf, natürlich im Blick auf die US-Militärmacht. Aber die bemerkenswerten Rüstungsspiralen vor dem Ersten Weltkrieg waren nachweisbar nicht an dessen Ausbruch schuld, da mussten noch das Attentat von Sarajewo und andere Faktoren hinzutreten

---

**|| BERND RILL**

bis Dezember 2013 Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

# NIETZSCHES PROGNOSEN

**WERNER STEGMAIER** || Nietzsche gilt als Sturmvogel der Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Ein Prophet im biblischen Sinn oder ein Orakel war er nicht. Doch wir orientieren uns regelmäßig durch Prognosen und gewinnen dadurch Alternativen für unsere Zukunftsplanung. Solche Prognosen hat Nietzsche in großer Zahl vorgebracht, vor allem das Offenbarwerden des Nihilismus. Kann man die Katastrophen des 20. Jahrhunderts als Erfüllung dieser Prognose verstehen?

## NIETZSCHE ALS PROPHET?

Nietzsche hat oft von „Philosophen der Zukunft“ und von einer „Philosophie der Zukunft“ gesprochen. Er galt denn auch bald als Prophet und, mehr noch, als Märtyrer, der sich für seine Botschaft geopfert habe, mit Variationen des lachenden, tanzenden, wahnsinnigen, falschen Propheten. Immerhin hatte er in „Also sprach Zarathustra“ bewusst einen alten Propheten auferstehen lassen, den er lachen und tanzen ließ, mit dem er allerdings nicht verwechselt werden wollte und dem er auch keine Prophezeiungen in den Mund legte.

Gleichwohl wurden ihm selbst Prophezeiungen unterschiedlichster, selbst gegensätzlicher Zukünfte zugeschrieben, Zukünfte etwa des oder der Übermenschen (und darunter konnte man sich sehr Gegensätzliches vorstellen), Zukünfte neuer hierarchischer Herrschaftsordnungen unter eigens herangezüchteten starken Führern, aber auch eines neuen, einigen, „guten“ Europa jenseits seiner alten Dynastien, Kleinstaaterien, Nationalismen, Militarismen und Klassenkämpfe. Zukünfte eines vollbrachten Atheismus und eines neuen, echten, nämlich des ursprünglichen Christentums – „das echte, das ursprüngliche Christenthum“, hatte er mitten in seiner Kampfschrift „Der Antichrist“ (Nr. 39) geschrieben, „wird zu allen Zeiten möglich sein ...“. Man stilisierte ihn, unverdrossen bis heute, zum Wegbereiter des deutschen Nationalsozialismus, dessen Rassismus und mörderischen Antisemitismus, während er doch, wie er oft genug be-

kundete, weder Nationalist noch Sozialist noch Rassist und vielmehr erklärter Anti-Antisemit war. Auch wenn er sich dem antisemitischen „kulturellen Code“ seiner Zeit<sup>1</sup> nicht völlig entzogen hatte, pries er in seinem veröffentlichten Werk die Juden ausdrücklich für „den edelsten Menschen (Christus), den reinsten Weisen (Spinoza), das mächtigste Buch und das wirkungsvollste Sittengesetz der Welt“, die man ihnen verdanke.<sup>2</sup>

Im Prozess der Europäisierung der europäischen Gesellschaften schienen ihm die Juden die Zukunftsfähigsten: Sie hätten, längst zur Spitze der Modernisierung Europas geworden, das Zeug dazu, die Herrschaft über Europa und vielleicht die Welt zu übernehmen, verzichteten aber weise darauf<sup>3</sup> und könnten einmal zu dessen „ewiger Segnung“ werden.<sup>4</sup> Das Dritte Reich wäre Nietzsche in seiner Ungeistigkeit, seinem politischen Moralismus und seiner brutalen Gewaltherrschaft denkbar fremd gewesen. Stattdessen schloss sich an seine Preisung der Juden vor allem in Osteuropa, wo die meisten Juden unterdrückt und in Armut lebten, ein weitverzweigter jüdischer Nietzscheanismus an. Der Philosoph galt dort, zu Recht, als befreiender Denker. Auch die Jugendbewegung, die Frauenbewegung und immer weitere Emanzipationsbewegungen beriefen sich später auf ihn.

Schauen wir auf die Quellen, Nietzsches eigene Texte, dann zeigt sich: Er gebrauchte die Bezeichnung „Prophet“ zwar oft für andere, aber nicht oder nur sehr zurückhaltend für sich

selbst. Als er als junger Professor in Basel „Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten“ sprach, wehrte er von Anfang an Prophezeiungen ab. Es sei „die größte aller Anmaßungen, Prophet sein zu wollen, so daß es bereits lächerlich klingt, zu erklären daß man es nicht sein will.“<sup>5</sup> Wohl gestand er den frühgriechischen Philosophen, besonders Heraklit, gelegentlich „prophetische ... Reden“ zu.<sup>6</sup> Doch unter den Modernen stellte er solche Propheten mit „Dichtern und Musikern und Schauspielern“ zusammen,<sup>7</sup> und sie alle überragte für den jungen Nietzsche der große Schauspieler Wagner: „Alles an ihm ist prophetisch.“<sup>8</sup>

Doch nach seiner Distanzierung von Wagner stellte Nietzsche die Propheten wieder – und nun endgültig – unter die „Orakelpriester“ mit deren „Wahnsinn und Wahnreden“ zurück und ironisierte sie nun beißend: „Wer dreimal mit Dreistigkeit das Wetter prophezeit hat und Erfolg hatte, der glaubt im Grunde seiner Seele ein Wenig an seine Prophetengabe.“<sup>9</sup> In Sachen Kultur, an deren Erneuerung Nietzsche so viel lag, gibt es „so wenig entscheidende Wetterzeichen“, dass man Vorhersagen hier Wetterpropheten überlassen muss.<sup>10</sup>

Was „man ehemals Propheten nannte“, notierte er sich, sind „Menschen der feinen Witterung“, „die aber nur empfanden und sahen, was an ihnen geschah“<sup>11</sup> – so wie Nietzsche den Nihilismus zu „sehen“ begann. Aber er warnte sich zugleich: „Das Gefühl der Macht im Intellektuellen welches sich beim Vorwissen einstellt, verknüpft sich unlogisch mit dem, was vorhergesehen wird: als Propheten bilden wir uns ein, Wunderthäter zu sein.“<sup>12</sup> Das Volk der wahren Propheten waren für ihn die alten Hebräer; nirgendwo anders hätten Propheten solchen „Zorn“ und „so düstere ... Majestät“ entwickelt;<sup>13</sup> den Propheten des Alten Testaments behielt Nietzsche bis zum Schluss auch das Wort „Prophet“ vor. Bei den Griechen dagegen bedeute „[s]ich prophezeien lassen“ vielmehr „sich Etwas bestimmen lassen; man glaubt die Zukunft erzwingen zu können dadurch, dass man Apollo für sich gewinnt: er, der nach der ältesten Vorstellung viel mehr, als ein vorhersehender Gott ist.“ Zukunft erzwingen heiße hier die Zeit binden durch rhythmische Formeln zur Beschwörung der Götter.<sup>14</sup>

Zeitbindungen sind aber auch Moralen, die „Gemeinden, Staaten und Gesellschaften“ zusammenhalten, und hier wagte Nietzsche dann auch selbst eine – für viele bis heute noch kühne – Prophezeiung: es werde „noch sehr abweichende Moralen geben“.<sup>15</sup> Auf diesem Feld schien er sich denn auch als „prophetische[n] Menschen“ zu outen, als einen, der leidet an dem, was er da erfährt – wie, fügt er sogleich ernüchternd an, die damals berühmten (angeblich) wetterfühligen Affen auf Gibraltar.<sup>16</sup>

In dem für ihn tiefsten Punkt, der „Heraufkunft des Nihilismus“,<sup>17</sup> scheute er ausdrücklich vor dem Begriff des Propheten zurück und nannte selbst den Nihilismus zunächst nicht beim Namen:

„Diese lange Fülle und Folge von Abbruch, Zerstörung, Untergang, Umsturz, die nun bevorsteht: wer erriete heute schon genug davon, um den Lehrer und Vorausverkünder dieser ungeheuren Logik von Schrecken abgeben zu müssen, den Propheten einer Verdüsterung und Sonnenfinsternis, deren Gleichen es wahrscheinlich noch nicht auf Erden gegeben hat? ... Selbst wir geborenen Räthselrathen, die wir gleichsam auf den Bergen warten, zwischen Heute und Morgen hingestellt und in den Widerspruch zwischen Heute und Morgen hineingespannt, wir Erstlinge und Frühgeburten des kommenden Jahrhunderts, denen eigentlich die Schatten, welche Europa alsbald einwickeln müssen, jetzt schon zu Gesicht gekommen sein sollten: woran liegt es doch, daß selbst wir ohne rechte Theilnahme für diese Verdüsterung, vor Allem ohne Sorge und Furcht für uns ihrem Heraufkommen entgegensehn?“<sup>18</sup>

## ORIENTIERUNG DURCH PROGNOSEN

Wir glauben nicht mehr an Prophetien, als Voraussagen bestimmter Ereignisse in der Zukunft aufgrund besonderer Eingebungen. Die Zukunft ist ohne ein „höheres“ Wesen, das uns „tiefere“ Einsichten schenkt, ungewiss, sie besteht in ihrer Ungewissheit. Doch gerade die Ungewissheit der Zukunft verunsichert unsere Orientierung am stärksten; wir ertragen nichts schwerer als Desorientierung. Deshalb versuchen wir es laufend mit Prognosen, wörtlich hypothetischen Vorauserkennnissen gewisser Tendenzen der Zukunft. Sie bleiben mit allen

Ungewissheiten der Erkenntnis belastet, die wir inzwischen ihrerseits als unvermeidlich erkannt haben. Prognosen verlängern Diagnosen der Vergangenheit, die ganz unterschiedlich ange stellt werden können und deren thematische und methodische Selektionen von den jeweiligen Interessen der Gegenwart abhängen, in die Zukunft, doch mit nur mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit; denn in der Vergangenheit beobachtete Entwicklungen müssen sich keineswegs in der Zukunft fortsetzen. Durch Diagnosen, die zu Prognosen verlängert werden, wird über die Zeit hinweg ebenso im Alltag wie in der Wissenschaft ein Orientierungsge dächtnis strukturiert, dem die aktuelle Orientie rung bis auf Weiteres folgt – bis die Prognosen sich aufgrund neuer Umstände als haltlos er weisen.

Prognosen sind für die stark mit wissen schaftlicher Orientierung durchsetzte alltägliche Orientierung nötig:

(a) zur Planung anstehenden Handelns und zur Absicherung künftiger Existenzmöglich keiten: man entwirft Zwecke, stellt Mittel dazu bereit, in unterschiedlichen und wechselnden Zeithorizonten, bis hin zur Vorsorge für künf tige Generationen;

(b) zur Vorbereitung auf künftige unan genehme Überraschungen, z. B. ungünstiges Wetter, Natur- und technische Katastrophen, Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkri sen, Globalisierungsfolgen, Überbelastung von Sozialversicherungssystemen, soziale Unruhen, Revolutionen, Kriege, terroristische Anschläge usw. Im Übrigen leben wir

(c) meist in der generellen Erwartung, dass alles, was bisher gutgegangen ist, auch künftig gut weitergehen wird. Wir verlängern die ein gespielten Routinen in die Zukunft, ohne in der Regel darauf aufmerksam zu werden und andere darauf aufmerksam zu machen, unterstellen den meisten selbstverständlich gewordenen Hand lungs- und Lebensweisen also eine günstige Prognose. Und nur so, in der scheinbaren Sicher heit von Routinen, können wir einigermaßen ruhig leben. Bricht eine Routine dann gelegent lich doch ein, zieht sie für einige Zeit alle Auf merksamkeit auf sich und lässt die übrigen Routinen zurücktreten, die dennoch beruhigend weiterlaufen.

Die Funktion ausdrücklicher Prognosen ist es danach nicht, die Zukunft vorherzusagen, sondern mit den erhofften Abläufen auch auf mögliche alternative Abläufe in ihr aufmerksam zu machen; die Ungewissheit, wie die Dinge tatsächlich ablaufen werden, bleibt. Prognosen in der einen Richtung dunkeln oder blenden dabei unvermeidlich weitere mögliche Verläufe ab. Prognosen machen so zugleich sichtbar und unsichtbar. Sie schaffen keine Wahrheit, nur Anhaltspunkte für weitere Alternativen, gedank liche Erprobungen möglicher Zukünfte, auf die man sich gefasst machen will. So können sie lediglich vor befürchteten – aber nur den je weils befürchteten – Ereignissen oder Entwick lungen in der Zukunft warnen und helfen, sie zu verhindern, oder, bei günstigen Erwartun gen, ermutigen, sie herbeizuführen. In beiden Fällen verändern sie schon die Zukunft, schaf fen sie neue Ausgangsbedingungen und sind so immer schon mehr oder weniger self-defeating oder self-fulfilling prophecies. Sind die prog nostizierten Zukünfte dann eingetreten – wenn sie denn überhaupt eintreten –, bekommen sie jedoch unter den veränderten Umständen auch schon einen veränderten Sinn, und so bleibt immer fraglich, ob die Prognose tatsächlich eine Prognose war.<sup>19</sup>

### NIETZSCHES PROGNOSEN

Prognosen sind von bloßen Erwartungen, Wünschen, auch Forderungen und Warnungen oft nur schwer zu unterscheiden. An derartigen Prognosen hat Nietzsche in der Tat einiges ge wagt, hat vor den erwarteten Entwicklungen gewarnt oder zu ihnen ermutigt und dadurch auch selbst die Zukunft beeinflusst, jedoch nicht so, dass er sie bestimmte, sondern so, dass er sie für seine Leserinnen und Leser ent scheidbar machte.

Die Zeit, in der er begann, Geistesgeschich te zu machen, erlebte er als Zeit des deutschen nationalen Triumphs im Krieg gegen Frankreich, als Zeit wirtschaftlicher Prosperität, beflügelt durch hohe Reparationen, als Zeit enormer technischer und wissenschaftlicher, besonders auch medizinischer Fortschritte, als Zeit des Historismus und des Darwinismus, als Zeit der aufstrebenden demokratischen Bewegung und der sich scharf zuspitzenden sozialen und kon-

fessionellen Spannungen, die Bismarck noch zu bändigen verstand, als Zeit aber auch des kulturellen Niedergangs insbesondere Deutschlands, im Ganzen als eine Zeit des Optimismus, die dennoch so schwer angekränkt war, dass es die Philosophie des Pessimismus, die Philosophie Schopenhauers, in ihr zu höchster Berühmtheit bringen konnte. Vor diesem zeitgenössischen Hintergrund sind all seine Prognosen zu sehen.

Wir lassen Nietzsches frühen Einsatz für Schopenhauer und Wagner beiseite, von denen er sich zunächst die umfassendste Neuorientierung nicht nur der deutschen und europäischen Kultur, sondern der Entwicklung der Menschheit im Ganzen versprach, und beschränken uns angesichts der Überfülle seiner Prognosen auf fünf von ihnen, die aus heutiger Sicht, im gegenwärtigen Rückblick, seine bedeutsamsten waren und die im Blick auf 1914 und das Kommende wohl am meisten interessieren. Wir folgen dabei grob der Chronologie, in der Nietzsche sie vortrug:

1. die Entstehung einer Weltgesellschaft und die für ihn daraus sich ergebende Aufgabe einer Erdregierung,
2. die in diesem Zug notwendige Einigung Europas,
3. das unaufhaltsame Kommen der Demokratie,
4. das für ihn all dem zugrundeliegende Offenbarwerden des Nihilismus, der Entwertung zweitausendjähriger Werte, und
5. die Entfesselung eines „Geisterkriegs“ im Stil „großer Politik“, zu der der Nihilismus führen konnte.

### **Die Entstehung einer Weltgesellschaft und die daraus folgende Aufgabe einer Erdregierung**

Die moderne Wissenschaft, so Nietzsche, hat die Menschheit in ein „Zeitalter der Vergleichung“ geführt, in dem die „originalen Volksculturen“ kein „abgeschlossenes“ Dasein mehr fristen, sondern nun unter „verschiedenen Weltbetrachtungen, Kulturen und Sitten“ gewählt werden kann. Nun können, müssen die Menschen aber auch „mit Bewusstsein beschließen, sich zu einer neuen Cultur fortzuentwickeln, während sie sich früher unbewusst und zufällig entwickelten: sie können jetzt bessere Bedingungen für die Entstehung der Menschen, ihre

Ernährung, Erziehung, Unterrichtung schaffen, die Erde als Ganzes ökonomisch verwalten, die Kräfte der Menschen überhaupt gegen einander abwägen und einsetzen.“ „Seitdem der Glaube aufgehört hat, dass ein Gott die Schicksale der Welt im Grossen leite und, trotz aller anscheinenden Krümmungen im Pfad der Menschheit, sie doch herrlich hinausführe, müssen die Menschen selber sich ökumenische, die ganze Erde umspannende Ziele stellen.“ So falle an die „großen Geister des nächsten Jahrhunderts“ die „ungeheure Aufgabe“, eine „bewusste Gesamtregierung“ der Erde zu schaffen und dafür „eine alle bisherigen Grade übersteigende Kenntniss der Bedingungen der Cultur, als wissenschaftlichen Maassstab für ökumenische Ziele“ zu erwerben.<sup>20</sup> Gesamtverwaltung, Gesamtregierung der Erde bedeutete für Nietzsche nicht Gesamtstaat, den Weltstaat. Und wir erleben vorerst auch nicht die Entstehung eines Weltstaats, sondern ein allmähliches, immer neu verzögertes und behindertes, am Ende aber wohl unaufhaltsames Sich-Durchringen der Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen zur Wahrung gemeinsamer Interessen der Erdbevölkerung durch dafür zu schaffende effektive Organisationen. Dabei kann es auf einzelne „große“ Frauen und Männer ankommen.

### **Die Einigung Europas**

Europa hatte zu Nietzsches Zeit am ehesten die historischen, wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen zu einer Organisation der Weltgesellschaft. Es musste jedoch, um in dieser Weltgesellschaft nicht unterzugehen, statt sich weiter zu bekriegen, sich zuvor selbst einigen, hat sich schließlich, nach zwei von ihm ausgehenden Weltkriegen, dazu durchgerungen und ringt sich sichtlich weiter durch. Nietzsche hatte bei seiner Prognose, „dass Europa Eins werden will“, <sup>21</sup> jedoch nicht nur eine ökonomische und politische Einigung im Sinn, sondern versuchte Europa erst einen Begriff seiner selbst zu schaffen, keinen moralischen, wie es heute üblich ist, sondern gerade durch die kritische Genealogie seiner Moral. Nicht in seiner Moral, sondern in seiner über Jahrtausende hinweg erworbenen Fähigkeit zur Selbstkritik auch und gerade seiner Moral sah Nietzsche die Auszeichnung Europas in der Welt, und „guter Eu-

ropäer“ hieß für ihn vor allem selbstkritischer Europäer zu sein. Im Aphorismus Nr. 357 der „Fröhlichen Wissenschaft“ sprach er von einer „zweitausendjährigen Zucht zur Wahrheit“, dem unaufhörlichen Sich-Verantworten-Müssen vor einem Gott, der alles sieht, alles weiß und über alles richtet, das Europa mit der „Beichtväter-Feinheit des christlichen Gewissens“ imprägniert habe – bis schließlich dieses Bedürfnis nach Wahrhaftigkeit sich auch gegen seinen Ursprung wandte, „übersetzt und sublimiert [wurde] zum wissenschaftlichen Gewissen, zur intellektuellen Sauberkeit um jeden Preis“, die „am Schlusse sich die Lüge im Glauben an Gott verbietet“. Was also „eigentlich über den christlichen Gott gesiegt“ habe, sei „die christliche Moralität selbst“ gewesen, „der immer strenger genommene Begriff der Wahrhaftigkeit“. Und mit diesem „endlich und schwer erungenen Sieg des europäischen Gewissens“ seien wir nun „Erben von Europa's längster und tapferster Selbstüberwindung“ und darin, eben darin, „gute Europäer“ – oder könnten es doch sein. In diesem Sinn gute Europäer sind reif geworden für die Kultur des Vergleichs und damit für die Weltgesellschaft.

### Das unaufhaltsame Kommen der Demokratie

Nietzsche hat bekanntlich vor der Demokratie gewarnt, sofern sie lediglich mit gleichen Rechten in allem und jedem verbunden wurde. Sein Grund war: So werde Demokratie zur bloßen Forderung nach Nivellierung oder Vermittelmäßigung der Menschen mit der Gefahr, dass politische Führung, die gerade in der entstehenden Weltgesellschaft so nötig wird, moralisch diskriminiert, dadurch langfristig Führungskraft minimiert und um so mehr Gewaltherrschern der Weg geebnet wird. Demokratie bedeutete für Nietzsche stattdessen „Unabhängigkeit“, „Unabhängigkeit der Meinungen, der Lebensart und des Erwerbs“, und diese Unabhängigkeit galt ihm fraglos als „etwas Kommendes“. <sup>22</sup> Sie schließt neue Rangordnungen jedoch nicht aus. An die Stelle ständischer Hierarchien der alten Feudal- oder stratifikatorisch differenzierten Gesellschaften hätten Rangordnungen nach dem Kriterium der „Geistigkeit“, in aktuellen Begriffen der Orientierungs-, Urteils- und Entscheidungsfähigkeit zu treten, wie sie die mo-

derne funktional differenzierte Gesellschaft noch weit mehr nötig gemacht hat. Was eine Demokratie nicht erträgt, sind, so Nietzsche, „Besitzlose“, die sich in ihrer materiellen Not nur schwer eine unabhängige politische Meinung bilden, „eigentlich Reiche“, die die öffentliche Meinung manipulieren, und „Parteien“, die sie je nach den Interessen, die sie vertreten, propagieren können. <sup>23</sup> Alle drei Hindernisse halten wir heute wenn nicht für überwunden, so doch für überwindbar.

### Das Offenbarwerden des Nihilismus

Die Entstehung der Weltgesellschaft oder die Globalisierung, die Einigung des in sich multikulturellen Europa und die fortschreitende funktionale Differenzierung der Gesellschaft unter Einschluss ihrer Demokratisierung sind, was deren aktuell wachsende Moralisierung leicht verdeckt, nach Nietzsche erst durch den Nihilismus möglich geworden. „Nihilismus“ bedeutete für ihn – er spricht im veröffentlichten Werk nur zurückhaltend davon, und so bleibt seine genaue Bestimmung umstritten – Vergleichbarkeit der Werte ohne einen obersten und absoluten Maßstab für Werte, also die Einsicht in die Entwertung solcher obersten Werte. Werte können gewählt, über Werte kann entschieden werden, das war der Sinn der Einführung der Werte-Semantik im 19. Jahrhundert; er ist mit einem Werte-Relativismus verbunden, der heute noch die meisten Philosophen verschreckt und ihn mit allen Mitteln wegdisputieren lässt.

Doch die Werte-Semantik schafft die Moral nicht ab, sondern stellt mit der Entscheidung über die Werte selbst im Gegenteil höhere Anforderung an die ethische Orientierung. <sup>24</sup> Zu Nietzsches Diagnose des Nihilismus gehörte denn auch die Prognose, dass die Menschen und vor allem die Philosophen unter ihnen sich lange nicht an ihn herantrauen, ihn lange nicht wahrhaben wollen, wiewohl er längst offenkundig geworden und in einer Weltgesellschaft ohne Alternative ist. <sup>25</sup> Man will um jeden Preis weiter an scheinbar feststehenden, alle gleich verpflichtenden Werten festhalten, auch wenn nichts mehr sie glaubhaft verbürgt, und bewegt sich damit, so Nietzsche, auf brüchigem Eis, über das der Tauwind weht: „Es ist Alles glatt

und gefährlich auf unsrer Bahn, und dabei ist das Eis, das uns noch trägt, so dünn geworden: wir fühlen Alle den warmen unheimlichen Athem des Thauwindes – wo wir noch gehen, da wird bald Niemand mehr gehen können.“<sup>26</sup> Der Tauwind, der „das Eis und andre allzudünne ‚Realitäten‘ aufbricht“,<sup>27</sup> aber ist eben die unaufhaltsame Einsicht in den Nihilismus. Der „unerbittliche, gründliche, unterste Argwohn über uns selbst,“ so Nietzsches Diagnose, bekomme „uns Europäer immer mehr, immer schlimmer in Gewalt“ und löse das grundlose, längst unterhöhlte Vertrauen in unabdingbare Festigkeiten unserer Orientierung auf.<sup>28</sup> Das aber, die Weigerung, Realitäten zu sehen und auf dem scheinbar festen, tatsächlich längst brüchigen Eis weiterzugehen, ließ ihn jene „lange Fülle und Folge von Abbruch, Zerstörung, Untergang, Umsturz“ erwarten, die seine Prognosen so dramatisch machte. In einem Entwurf, den er Mitte 1887 nach dem V. Buch der „Fröhlichen Wissenschaft“ in Lenzer Heide niederschrieb, in dem er Übersicht über sein eigenes Denken zu gewinnen suchte und den nachträglich „Der europäische Nihilismus“ überschrieb,<sup>29</sup> umriss er sie genauer. Wir geben die Grundlinie in 5 Punkten wieder.

Vor dem Hintergrund des offenbar werden den Nihilismus prognostizierte Nietzsche Europa auf seinem Weg in die Weltgesellschaft eine sehr schwere Gesellschaftskrise. Als wichtigste Schritte dorthin dachte er sich:

1. die Auflösung der alten Metaphysik und Moral, nach der Gott dem Menschen „einen absoluten Werth“ verliehen habe, und die man nun, nachdem das Leben in Europa deutlich sicherer und planbarer, die Leiden geringer und erträglicher geworden seien, nicht mehr so nötig habe. Gott erscheine jetzt immer mehr Menschen als „eine viel zu extreme Hypothese“. Dennoch aber sei nun

2. das Bedürfnis nach einem „Sinn des Lebens“ geblieben (die Formel stammt von Nietzsche), auch wenn es sich nun nicht mehr erfüllen lasse – wie ein Phantomschmerz in einem amputierten Glied: „Der Nihilismus erscheint jetzt, nicht weil die Unlust am Dasein größer wäre als früher, sondern weil man überhaupt gegen einen ‚Sinn‘ im Übel, ja im Dasein mißtrauisch geworden ist. Eine Interpretation gieng

zu Grunde; weil sie aber als die Interpretation galt, erscheint es, als ob es gar keinen Sinn im Dasein gebe, als ob alles umsonst sei.“

3. So aber schütze die „Leidenden“ und „Schlechtweggekommenen“ keine allen übergeordnete Moral mehr, die ihnen eine letzte Überlegenheit über die Mächtigen und Besserweggekommenen gab, der Glaube, wenigstens moralisch über ihnen zu stehen, und so musste der Blick in den Abgrund des „Umsonst“, ohne Ziel und Zweck“ sie in „desperatete Verbitterung gegen das Dasein“ stürzen. So wollten sie am Ende das „Nichts“, die Selbstzerstörung. „Symptome dieser Selbstzerstörung der Schlechtweggekommenen“ seien „die Selbstvivisektion, die Vergiftung, Berausung, Romantik“, wir kennen das alles unter inzwischen neuen Namen.

4. Nun die Prognose: „Das zu-Grunde-Gehen präsentirt sich als ein – Sich-zu-Grunde-richten“, der „Instinkt der Selbstzerstörung“, der neue „Wille ins Nichts“, als „Wille zur Zerstörung“. Aber auch zu dieser Zerstörung aus Verzweiflung werden die Verzweifelten von sich aus nicht fähig sein, sie werden andere dazu brauchen, sie werden sich solche „Mächtigen“ suchen, die sie „zwingen“ können, „ihre Henker zu sein“, „gleichsam sich [ihre] Henker selbst züchten“. Die Folge werde eine mörderische Gesellschaftskrise sein, „ein Krampf, ein blindes Wüthen“.

5. Aber Nietzsche war kein Weltuntergangsprediger, er sah hier nicht das Ende. Eine derartige Krise könne im Gegenteil eine Neuorganisation der Gesellschaft vorbereiten mit neuen Werten und neuen Rangordnungen: „Der Werth einer solchen Crisis ist, daß sie reinigt, daß sie die verwandten Elemente zusammendrängt und sich an einander verderben macht, daß sie den Menschen entgegengesetzter Denkweisen gemeinsame Aufgaben zuweist – auch unter ihnen die schwächeren, unsichereren ans Licht bringend und so zu einer Rangordnung der Kräfte, im Gesichtspunkte der Gesundheit, den Anstoß giebt: Befehlende als Befehlende erkennend, Gehorchende als Gehorchende. Natürlich abseits von allen bestehenden Gesellschaftsordnungen.“ So umschreibt Nietzsche die funktionale Differenzierung der Gesellschaft, die sich im 20. Jahrhundert nach schwersten Kämpfen weithin durchgesetzt hat.

### Der Geisterkrieg

Die große Krise hat er zuletzt, in „Ecce homo“, einen „Geisterkrieg“ und diesen wiederum „grosse Politik“ genannt: „Der Begriff Politik ist dann gänzlich in einen Geisterkrieg aufgegangen, alle Machtgebilde der alten Gesellschaft sind in die Luft gesprengt – sie ruhen allesamt auf der Lüge: es wird Kriege geben, wie es noch keine auf Erden gegeben hat. Erst von mir an giebt es auf Erden grosse Politik.“<sup>30</sup> Das klingt, als ob Nietzsche solche Kriege gewollt habe. Er hat sie nur prognostiziert und sie vorab aus dem Nihilismus verständlich zu machen versucht: dass nämlich nun Kriege nicht mehr oder nicht mehr nur um Ländereien, Reichtümer, Herrschaftsansprüche, sondern auch um Religionen, Moralen, Ideologien geführt würden – ausgreifender und unerbittlicher denn je.

### NIETZSCHES PROGNOSEN UND UNSERE GEGENWÄRTIGE ORIENTIERUNG

Die Versuchung, Nietzsches Prognosen als Prophetien zu betrachten, ist groß. Die Katastrophen des 20. Jahrhunderts, die Weltkriege und Völkermorde von nie dagewesenem Ausmaß, aber auch das, was ihnen folgte, die Globalisierung, das Zusammenwachsen Europas und die entschlossene Demokratisierung Europas und auf sein Betreiben hin der ganzen Welt wären dann etwa so als Folgen des Nihilismus zu erklären: Die Mächtigen, die die verheerendsten Tötungskampagnen anstießen, Hitler, Stalin und Mao Tse-tung, wurden von ihren Völkern begrüßt und gefeiert. Denn sie hatten erklärtermaßen moralische Gründe für ihr Morden, verstanden sich als Vollzieher welthistorischer moralischer Aufgaben, der Bezwingung des „jüdischen Bolschewismus“ der eine, der Schaffung der kommunistischen Gesellschaft die andere, beide aber aus jenem Nihilismus heraus, wie ihn Nietzsche diagnostiziert hatte, einer Entwertung der obersten Werte, die neue Wertungen nötig machte, Wertungen, für die man sich nun selbst entscheiden musste. Die drei totalitären und terroristischen Diktatoren verstanden dies wiederum so, dass nur die stärksten und unumschränktesten, die obersten Führer diese Umwertung ins Werk setzen konnten, Führer, die sich in den Rang von Übermensch erhoben, auch wenn Nietz-

sche den Begriff oder die Metapher des Übermenschen ganz anders verstanden hat.<sup>31</sup> Sie konnten in Zeiten des Nihilismus in sehr breiten Kreisen ihrer Bevölkerungen und darüber hinaus so sehr damit neuen Glauben finden, dass selbst Terrorismus und Völkermord weitgehend stillschweigend akzeptiert wurde. Gesellschaften waren in Nietzsches Sprache zu „Herden“ geworden, die als Mittel „großer Politik“ eingesetzt werden konnten.<sup>32</sup> Erst dem faktischen Zusammenbruch solcher „großer Politik“, der Erschöpfung ebenso ihrer ökonomischen wie ideologischen Ressourcen, wäre es dann zu verdanken, dass die Entwicklung der Weltgesellschaft sich nun mehr und mehr, wenn auch nur langsam und zögernd, auf eher demokratischem Weg vollzieht, der alternativlos geworden ist.<sup>33</sup>

Nietzsche schließt solche Lesarten nicht aus, bietet sie sogar an. Er konnte und wollte auch grob sprechen und verlegte sich mehr und mehr darauf, um zunächst überhaupt einmal gehört zu werden. So konnte er von groben Lesern, wiewohl er sie ausdrücklich zurückwies, auch grob verstanden und noch gröber umgesetzt werden. Es war das Schicksal einer Zeit, deren Verhältnisse immer komplexer wurden, sie immer stärker simplifizieren, zu ebenso verführerischen wie entsetzlichen Vereinfachungen greifen zu müssen, um überhaupt verständlich zu bleiben. Es ist das Schicksal auch noch unserer Zeit und in weit gesteigertem Maß.

Doch man konnte und kann nun auch wissen, dass es sich um Prognosen und nicht um Prophetien, um Interpretationen, nicht um Wahrheiten handelte. Letzteres war Nietzsches Hauptthema in der Philosophie, mit der klaren Folgerung, dass jeder für seine Interpretationen und letztlich für seine Orientierung im Ganzen selbst verantwortlich ist, dass er seine Verantwortung für sie an niemanden mehr abgeben kann und dass er entsprechend vorsichtig und misstrauisch mit seinen eigenen Interpretationen umgehen muss.

Es war der Rechtsstaat, der die Unabhängigkeit der Meinungen, auch und gerade der moralischen und religiösen, rechtlich durchsetzte, und es ist die Demokratie, die sie als neuen Wert kultiviert. Wenn die Einsicht des Nihilismus, dass es mit absoluten Werten nichts

auf sich hat, keinen letzten festen Halt außerhalb der Orientierungen der Einzelnen mehr zulässt, müssen die Einzelnen sich den Halt in ihren Orientierungen selbst schaffen. Sie können diesen Halt dann durch einen unbedingten Glauben befestigen oder nicht, können nur auf Zeit an ihn glauben, solange sie ihn nötig haben, um nicht in Desorientierung zu verzweifeln, sie können auch ganz auf eingespielte Routinen setzen, solange sie sich bewähren, um sich dann auf neue Routinen umzustellen, die sich unter neuen Umständen besser bewähren.

Sie leben dann in unablässigen Experimenten und Abenteuern, und Nietzsche wollte auch der Philosoph des Experiments und Abenteuers sein. Inzwischen scheint das Bedürfnis nach Glauben überlegter, besonnener, selbstreflexiv geworden zu sein. Man weiß heute viel mehr als noch zu Nietzsches Zeit oder kann doch wissen, dass es zwar nirgends ohne Glauben geht, noch nicht einmal in der Wissenschaft, dass man jeden Glauben aber auch in Frage stellen kann, eben weil hinter ihm kein höchstes Prinzip, kein oberster Wert steht, die ihn fraglos verbindlich machen würden, auch nicht die so lange beschworene Vernunft, die in den politischen Totalitarismen so bitter versagt hat, als sich ihnen auch Professoren, Pastoren, Richter, Ärzte, Unternehmer freudig anschlossen. Im 20. Jahrhundert hat man, so scheint es, noch zu fraglos und zu viel geglaubt, und man könnte aus ihm gelernt haben, eben dann, wenn man glauben muss, nicht unbedingt zu glauben, sondern Distanz und Spielraum zu jedem Glauben zu wahren.

Dies aber ist es, was Nietzsche im Zeichen des „freien Geistes“ vorgeführt und gelebt hat, und dies hätte gegen Totalitarismen und Terrorismen und Geisterkriege helfen können.

---

**|| PROF. EM. DR. WERNER STEGMAIER**

ehem. Lehrstuhlinhaber für Philosophie mit  
Schwerpunkt Praktische Philosophie,  
Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Vgl. Volkov, Shulamit: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, München 1990.
- <sup>2</sup> Nietzsche, Friedrich: Menschliches, Allzumenschliches I, Nr. 475, KSA 2.310. Zitiert wird nach Nietzsche, Friedrich: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden, hrsg. von Giorgio Colli undazzino Montinari, München u. a. 1980 [= KSA]; und Nietzsche, Friedrich: Sämtliche Briefe. Kritische Studienausgabe in 8 Bänden, hrsg. von Giorgio Colli undazzino Montinari, München u. a. 1986 [= KSB].
- <sup>3</sup> Vgl. Nietzsche, Friedrich: Jenseits von Gut und Böse, Nr. 251, KSA 5.194.
- <sup>4</sup> Nietzsche, Friedrich: Morgenröthe, Nr. 205, KSA 3.183; vgl. Stegmaier, Werner: Nietzsche, die Juden und Europa, in: Europa-Philosophie, hrsg. von Werner Stegmaier, Berlin / New York 2000, S. 67-91.
- <sup>5</sup> Nietzsche, Friedrich: Ueber die Zukunft unserer Bildungsanstalten, Einleitung, KSA 1.644 f.
- <sup>6</sup> Nietzsche, Friedrich: Fünf Vorreden. Ueber das Pathos der Wahrheit, KSA 1.759.
- <sup>7</sup> Nietzsche, Friedrich: Nachlass 1874, 37[6], KSA 7.832.
- <sup>8</sup> Nietzsche, Friedrich: Nachlass 1875, 11[2], KSA 8.189.
- <sup>9</sup> Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches I, Nr. 126, KSA 2.122, u. Nr. 574, KSA 2.334.
- <sup>10</sup> Nietzsche, Friedrich: Menschliches, Allzumenschliches II, Der Wanderer und sein Schatten, Nr. 182, KSA 2.630.
- <sup>11</sup> Nietzsche, Friedrich: Nachlass 1880, 4[212], KSA 9.153.
- <sup>12</sup> Ebd., 5[47], KSA 9.192.
- <sup>13</sup> Nietzsche, Friedrich: Nachlass 1880/81, 8[97], KSA 9.403.
- <sup>14</sup> Nietzsche, Friedrich: Die fröhliche Wissenschaft, Nr. 84, KSA 3.441.
- <sup>15</sup> Ebd., Nr. 116, KSA 3.475.
- <sup>16</sup> Ebd., Nr. 316, KSA 3.549.
- <sup>17</sup> Nietzsche, Friedrich: Nachlass 1887, 9[127], KSA 12.410 u. ö.
- <sup>18</sup> Nietzsche: Die fröhliche Wissenschaft, Nr. 343, KSA 3.573 f.; zur Interpretation des Aphorismus im Ganzen vgl. Stegmaier, Werner: Nietzsches Befreiung der Philosophie. Kontextuelle Interpretation des V. Buchs der Fröhlichen Wissenschaft, Berlin / Boston 2012, S. 91-120. In späteren Notaten und Briefen spielt Nietzsche durchaus mit den Begriffen „Prophetie“, „Prophetei“, „prophetischer Mensch“ in Bezug auf seinen Zarathustra und sich selbst, aber nur hier und nicht im veröffentlichten und autorisierten Werk. Vgl. z. B. den Brief an Heinrich Köselitz vom 14. März 1885, KSB 7.21: „Für das, was ich noch zu sagen habe comme poète-prophète, ....“
- <sup>19</sup> Das gilt um so mehr für Prophezeiungen: Die delphischen Orakel waren für ihre Vieldeutigkeit berühmt.
- <sup>20</sup> Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches I, Nr. 23-25, KSA 2.44-46.
- <sup>21</sup> Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse, Nr. 256, KSA 5.201.
- <sup>22</sup> Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches II, Nr. 293, KSA 2.685.
- <sup>23</sup> Ebd.
- <sup>24</sup> Vgl. Stegmaier, Werner: Philosophie der Orientierung, Berlin / New York 2008, S. 541-626.
- <sup>25</sup> Vgl. Nietzsche: Die fröhliche Wissenschaft, Nr. 343, KSA 3.573 f.; und dazu Stegmaier: Nietzsches Befreiung der Philosophie, S. 91-120.
- <sup>26</sup> Nietzsche, Friedrich: Nachlass 1884, 25[9], KSA 11.12.
- <sup>27</sup> Nietzsche: Die fröhliche Wissenschaft, Nr. 377, KSA 3.629.
- <sup>28</sup> Ebd., Nr. 346, KSA 3.581.
- <sup>29</sup> Nietzsche, Friedrich: Nachlass 1886/87, 5[71], KSA 12.211-217.
- <sup>30</sup> Nietzsche, Friedrich: Warum ich ein Schicksal bin 1. Zur Interpretation des Aphorismus im Ganzen vgl. Stegmaier, Werner: Schicksal Nietzsche? Zu Nietzsches Selbsteinschätzung als Schicksal der Philosophie und der Menschheit (Ecce homo, Warum ich ein Schicksal bin 1), in: Nietzsche-Studien 37/2008, S. 62-114.
- <sup>31</sup> Vgl. Stegmaier, Werner: Der See des Menschen, das Meer des Übermenschen und der Brunnen des Geistes. Fluss und Fassung einer Metapher Friedrich Nietzsches, in: Nietzsche-Studien 39/2010, S. 145-179.
- <sup>32</sup> Vgl. jetzt Fritze, Lothar: Anatomie des totalitären Denkens. Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich, München 2012.
- <sup>33</sup> Gillespie, Michael Allen: Nietzsche and the Anthropology of Nihilism, in: Nietzsche-Studien 28/1999, S. 141-155, hier S. 154, blendet die von Europa ausgehenden Katastrophen des 20. Jahrhunderts ganz aus und hält darum „Nietzsche's fears about the inevitability of nihilistic despair and suicide“ für „extravagant and unfounded“. Er preist stattdessen die „much more positive view of the world“ in der „Anglo-American liberal tradition“.



# DER EUROPÄISCHE IMPERIALISMUS

## Höhepunkt und Krise um 1900

**FRIEDRICH KIEBLING** || Der europäische Imperialismus am Anfang des 20. Jahrhunderts hatte viele Gesichter. Er war modern, gewalttätig und von einer bis dahin nicht gekannten Effizienz geprägt. Doch auch auf dem Höhepunkt europäischer Macht darf man die Grenzen der kolonialen Expansion nicht übersehen. Spätestens mit dem Ersten Weltkrieg zeichnete sich dann das Ende der europäischen Dominanz ab.

Der Versuch, die Geschichte des Imperialismus an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auf den Punkt zu bringen und den Stand der europäischen Expansion jener Jahre in seiner historischen Bedeutung zu beschreiben, sieht sich erheblichen Schwierigkeiten gegenüber. Das beginnt damit, dass es *den* europäischen Imperialismus so nicht gibt. Schon der britische Imperialismus kann kaum als eine Einheit beschrieben werden. Je nachdem, ob wir über Kronkolonien, die weißen Siedlungskolonien oder Indien sprechen, zeigen sich ganz unterschiedliche Entwicklungen. International multipliziert sich das Problem angesichts der vielen „Imperialismen“ von Ländern wie Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden oder auch denen der USA, Japans oder dem wiederum deutlich anders gelagerten russischen Imperialismus. Zu beachten sind erhebliche Ungleichzeitigkeiten zwischen „alten“ Imperien, wie dem britischen oder dem spanischen, und verhältnismäßig jungen, wie dem deutschen oder dem italienischen. Hinzu kommt eine Forschungslage, die sich in den letzten Jahrzehnten inhaltlich wie quantitativ erheblich ausgeweitet hat und die mit Fragen nach der Verbindung von Imperialismus und Kultur, Geschlechtergeschichte, kolonialer Alltagsgeschichte, der Verknüpfung von Umweltgeschichte und Imperialismus oder der Frage von Wis-

sensproduktion und Imperialismus ganze neue Forschungsfelder erschlossen hat und zudem längst grundsätzlich über Reichweite und Grenzen des Imperialismus debattiert.<sup>1</sup> Unter diesen Umständen gerät die Frage nach Stand und Epochalität des europäischen Imperialismus um 1900 zur Frage, mit welchen Interpretationsachsen man eine solche Bestandsaufnahme versuchen kann. Welche Phänomene lassen sich sinnvoll herausgreifen, um die spezifische Dynamik der Jahre zu beschreiben?

Ich möchte es im folgenden Überblick über den europäischen Imperialismus um 1900 mit drei solcher Schlüsselprobleme versuchen: zum Ersten mit dem Zusammenhang von Territorialisierung und Gewalt, zum Zweiten mit den Rückwirkungen der Expansion auf Europa und zum Dritten mit Faktoren, die sich in das Bild eines allmählichen Abstiegs Europas aus der führenden welthistorischen Position einordnen lassen. Die Bedeutung der Jahre um 1900, so werde ich argumentieren, liegt nicht zuletzt darin, dass sich zwei historische Entwicklungslinien schnitten. Auf der einen Seite stand der Aufstieg Europas zur weltweiten Dominanz, gleichzeitig, und gerade auf dem Höhepunkt der Dominanz, verstärkten sich aber auch die Anzeichen eines Verlustes dieser Position. Um beides zu beschreiben, genügen allerdings nicht die Jahre um 1900. Es gelingt nur, wenn man

einen Zeitraum zusammenzieht, der von den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts bis einschließlich zum Ersten Weltkrieg reicht.

### TERRITORIALISIERUNG UND GEWALT

Für die europäische Dominanz sind viele Gründe ausgemacht worden. Niall Ferguson hat in einem provozierenden Buch mit dem Titel „The West and the Rest“ nicht weniger als sechs Aspekte aufgelistet: Wettbewerb, Wissenschaft, Eigentum, Medizin, Konsum und Arbeitsethik.<sup>2</sup> Christopher Bayly räumte in seiner Darstellung der Geburt der Moderne auch ideologischen Motiven, an der Spitze dem Nationalismus, breiten Raum ein.<sup>3</sup>

Bei allen diesen Versuchen muss man sich allerdings klar machen, dass die europäische Dominanz immer auch eine relative war. Bis heute weit verbreitete Karten von den europäischen Kolonialreichen vor 1914 zeigen viele bunte Flächen. Es gibt rote Flächen, die das britische Kolonialreich zeigen. Blaue bezeichnen das französische und so weiter. Cecil Rhodes Bemerkung, wonach es sein Bestreben sei, „so viel wie möglich der Karte Afrikas rot zu färben“, ist vermutlich einer der am meisten zitierten Sätze des Zeitalters des Imperialismus.<sup>4</sup>

Die schönen bunten Flächen, die bereits auf zeitgenössischen Karten vielfach zu sehen sind, waren allerdings bis weit in die 1890er-Jahre hinein, und häufig noch danach, mehr Ausdruck von Wünschen als von Realität. Zwar war schon auf der Berliner Kongo-Konferenz von 1885 vereinbart worden, das Prinzip der effektiven Kontrolle der Anerkennung von Kolonialgebieten zugrunde zu legen.<sup>5</sup> Von einer solchen waren aber viele Territorien noch lange weit entfernt.

Als Faustregel lässt sich festhalten, dass zumindest in Afrika in den 1880er-Jahren und Anfang der 1890er-Jahre die Kolonialherrschaft immer noch auf die Küstenbereiche beschränkt blieb. Im Hinterland waren die Grenzen häufig noch gar nicht definiert. Wirkliche Durchdringung begann in den 1890er-Jahren und zeigte um 1900 oder eben im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts Wirkung. Im deutschen Fall etwa bestand die Zentralverwaltung in Kamerun Mitte der 90er-Jahre gerade einmal aus 15 Beamten. In der Fläche kamen vielleicht noch

einmal so viele Beamte dazu. In Deutsch-Ostafrika sah es nicht sehr viel anders aus. Hier kamen auf eine geschätzte afrikanische Einwohnerzahl von 8 bis 10 Millionen zunächst weniger als 150 Deutsche, potenzielle oder tatsächliche Siedler, Pflanzler und Kaufleute, Verwaltungsbeamte und Soldaten.<sup>6</sup> Im Süden Ugandas gab es um die Jahrhundertwende 25 Briten, bei einer Einwohnerzahl von 3 Millionen. Noch am Vorabend des Zweiten Weltkrieges verwalteten etwa 1.200 Kolonialbeamte das gesamte britische Afrika mit einer geschätzten Bevölkerung von 43 Millionen Menschen.<sup>7</sup>

Als der französische Major Jean-Baptiste Marchand sich von der westafrikanischen Küste in einer berühmten Aktion aufmachte, soviel wie möglich von Nordafrika blau zu färben, hatte er ca. 160 Mann bei sich, darunter 12 Franzosen. Weitere Expeditionen, die sich mit ihm am Nil vereinigen sollten, waren gescheitert. Marchand benötigte zwei Jahre, um die Strecke von der Kongo-Mündung bis Faschoda zurückzulegen, wo er 1898 in einer berühmten Konfrontation auf eine britische Streitmacht unter General Kitchener traf.<sup>8</sup> Effektive Kontrolle sieht anders aus. Insgesamt haben solche Beispiele und Zahlen in der Forschung zu der Debatte geführt, wie weit der koloniale Einfluss überhaupt reichte. Michael Pesek hat treffend von „Inseln der Herrschaft“ gesprochen.<sup>9</sup> Auch vom Imperialismus als „Episode“ war die Rede.<sup>10</sup>

Selbst wenn Letzteres insgesamt zu schwach formuliert sein mag, muss man sich doch gerade für das späte 19. Jahrhundert die Grenzen der europäischen Herrschaft vergegenwärtigen. Vor diesem Hintergrund erhält die tatsächliche Besitzergreifung besondere Bedeutung. Mit einem Forschungsbegriff kann man sie die „Territorialisierung“ nennen:<sup>11</sup> die Möglichkeit der Europäer, mit Hilfe von Wissen, Technik und nicht zuletzt der Medizin auch in klimatisch und geographisch bisher ihnen nur schwer zugängliche Gebiete vorzustoßen und das Leben größerer Teile der indigenen Bevölkerung zu prägen. Im Zuge der Territorialisierung wurden die Grenzen festgelegt, damit aber auch neue Grenzen in die natürlich auch vorher bestehenden indigenen Einteilungen gezogen. Es wurden Entwicklungszonen und -linien geschaffen, kurz, es kam zu einer Re-Territorialisierung der

Gebiete durch Stationen, Missionen, Bahnlinien oder Straßen. Und diese Umgestaltung, bei der auch die Umwandlung der Natur nicht vergessen werden sollte, begann in den Jahren um 1900 von den Küsten in das jeweilige Hinterland hinein.

Die Territorialisierung hing unmittelbar mit einem weiteren grundlegenden Moment des europäischen Imperialismus zusammen: der kolonialen Gewalt. Die europäische Expansion war ungeheuer gewalttätig, und zwar auf mehreren Ebenen. Es gab die alltägliche, individuelle Gewalt. Sie fand statt als „Züchtigung“ von Arbeitern, von Untergebenen oder in Form von juristischen Strafen der indigenen Bevölkerung, die in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht den Rechtsschutz von Europäern genoss, sondern einem eigenen Eingeborenen-Recht unterstand. Es gab die Gewalt des Wissens. Die Europäer häuften, gerade im Zuge der Territorialisierungen, ungeheures Wissen an. Sie legten damit fest, definierten Traditionen, schufen oder verstärkten Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen und gossen dann dieses Wissen wiederum in Gesetze und Regeln. Es ist diese Gewalt des Wissens, die vor allem indische, anti-koloniale Intellektuelle bis heute umtreibt. Selbst die eigenen Traditionen und das Wissen darüber sind immer schon kolonial überwölbt oder kontaminiert.<sup>12</sup>

Ein weiterer Aspekt der Gewalt ist der Kolonialkrieg, wobei es hier mindestens vier Aspekte zu beachten gilt: Erstens waren Kolonialismus und Imperialismus fast immer mit militärischer Gewalt verbunden. Krieg war in den allermeisten Fällen ein konstitutionelles Element der Expansion. Zweitens handelte es sich meist um asymmetrische Kriege, die durch einen enormen technischen, organisatorischen und logistischen Unterschied zwischen den Konfliktparteien geprägt waren. Damit unmittelbar zusammenhängend gab es – drittens – eine große Spannweite der Intensität der Konflikte. Die Grenze zwischen größeren militärischen Kampagnen und kleineren „Straf-“ oder „Polizeiexpeditionen“ verlief häufig fließend. Eine Unterscheidung zwischen Phasen von Krieg und solchen des Friedens ist in vielen Fällen kaum möglich. Der vierte Aspekt betrifft die fehlenden Normen und Regeln des Krieges in den Kolonien. Die in

Europa geltenden Normen galten entweder nicht oder kamen nicht zur Anwendung.<sup>13</sup>

Nimmt man alle diese Aspekte zusammen, ist gerade die Verbindung von Territorialisierung und militärischer Gewalt evident. Christoph Marx hat in seiner Geschichte Afrikas von 1800 bis zur Gegenwart die vielen „Widerstandskriege“ der Jahrzehnte vor 1914, die zeitgenössisch von Europäern häufig als Aufstände oder Strafexpeditionen tituliert wurden, dementsprechend auch mit zu den Eroberungskriegen gezählt.<sup>14</sup> Erst mit ihnen wurde tatsächliche Herrschaft erreicht, erst mit ihnen konnte Territorialisierung vorangetrieben werden. Umgekehrt produzierte Territorialisierung diese Gewalt. Mögen die ungeheuren Grausamkeiten, die der belgische Kongo in unserem Zeitraum sah, hier schwer einzuordnen sein, weil auch am Anfang des 20. Jahrhunderts in diesem Gebiet weniger der Begriff der Territorialisierung als der der bloßen Ausbeutung zutrifft. In anderen Fällen ist der Zusammenhang von Territorialisierung und Krieg eindeutig. So fanden in Kenia zwischen 1894 und 1914 ca. 50 Strafexpeditionen der britischen Kolonialmacht statt.<sup>15</sup> 1894 ist dabei nicht zufällig auch das Jahr des Beginns des Eisenbahnbaus ins Landesinnere, in dessen Zuge auch die so genannten White Highlands als neues Siedlungsland erschlossen wurden. Die Strafexpeditionen gingen mit Kollektivstrafen für ganze Dörfer, dem Niederbrennen von Häusern und der Zerstörung der traditionell genutzten landwirtschaftlichen Flächen einher. Sie zielten darauf (mit welchen Mitteln auch immer), Platz für die Anbauformen der weißen Siedler zu schaffen.

Die Ausweitung der Herrschaft liegt auch den beiden bekanntesten deutschen Kolonialkriegen zugrunde. Sowohl in Deutsch-Südwestafrika als auch im Falle des Maji-Maji-Krieges in Deutsch-Ostafrika ging die Forcierung der „Inwertsetzung“ der Kolonien den „Aufständen“ voraus. In Deutsch-Ostafrika kam zur Erschließung durch Wege- und Eisenbahnbau seit den 90er-Jahren die Erhebung und Eintreibung von Hütten- und Kopfsteuer. Arbeitszwang, der Zwang zum Anbau von Baumwolle auf bestimmten Flächen und eine Vielzahl weiterer Regelungen, von Vorschriften beim Bau von Hütten zu Feuerbestimmungen bis hin zu

Pflanzungen von bestimmten Bäumen, führten mit zum Krieg.<sup>16</sup>

Auch der 1904 beginnende Hererokrieg war neben einer naturbedingten Agrarkrise auf den verstärkten Druck deutscher Siedler und deren Förderung durch die Kolonialverwaltung zurückzuführen.<sup>17</sup> Neben ihrer militärischen Bedeutung wurde die Unterbrechung der Eisenbahnlinien durch die Herero und die Konzentration der deutschen Kriegführung auf deren Sicherung in der ersten Kriegsphase zu so etwas wie symbolischen Akten der Landnahme wie des Widerstandes dagegen.

Sieht man von der besonderen deutschen Entwicklung ab, bei der sich der Ausbau des Kolonialreichs nach dem Ersten Weltkrieg in den Phantasieraum nach-kolonialer Phantomschmerzen verflüchtigte,<sup>18</sup> können für das britische, französische oder auch niederländische Kolonialreich die Jahrzehnte um 1900 als Beginn einer Ausbauphase der kolonialen Infrastruktur verstanden werden, die bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg reichte. Sie ging einher mit der Verdichtung von imperialer Gewalt, die sich langfristig in die Entwicklung der europäischen Dominanz einfügt und gleichzeitig dessen Höhepunkt darstellte.

### **KOLONIALE IDENTITÄTEN UND RÜCKWIRKUNGEN AUF DIE METROPOLEN**

Ähnlich wie bei der Frage von kolonialer Durchdringung, Territorialisierung und Gewalt stellt die Frage nach kolonialen Identitäten sowie Rückwirkungen auf die Mutterländer ein Hauptarbeitsgebiet der jüngeren Forschung dar. Im Mittelpunkt stehen die „post-colonial studies“ sowie eine Forschungsrichtung, die sich „New Imperial History“ nennt und die vor allem am Beispiel des britischen Empire entwickelt worden ist.<sup>19</sup> Beides sind heterogene Ansätze. Am besten lassen sie sich vielleicht damit auf einen Nenner bringen, dass es einerseits darum geht, traditionelle und bis heute reichende koloniale Hierarchien zu durchbrechen, andererseits statt der klassischen politischen oder ökonomischen Fragen solche der kolonialen Kultur sowie der konkreten kolonialen „Praxis“ in den Mittelpunkt zu stellen. Die Untersuchung von kolonialen Familien, von kolonialer Symbol-Politik oder die Frage, wie genau Imperialismus in den

Alltag der Menschen eingriff, interessieren die Forschung. Vor allem Letzteres betrifft dann auch die Frage nach der Präsenz des Imperialismus in Europa. Dabei wird grundsätzlich auf drei Ebenen argumentiert: Fragen nach direkten und bewussten Einflüssen stehen solchen nach der ganz alltäglichen Präsenz des Imperialismus in Europa sowie nach der Verbindung von Imperialismus und europäischer Identität gegenüber.

Im ersten Fall kann es etwa darum gehen, wer im jeweiligen Kolonialreich investierte, wie viele Menschen aus den Mutterländern ganz oder zumindest zeitweise in den Kolonien lebten oder inwieweit die Kolonien die großen Fragen der nationalen Politik bestimmten. Sieht man sich die Literatur zu solchen Aspekten an, wird etwa untersucht, wie hoch die Summe der Überweisungen aus den Kolonien in die Mutterländer war oder für welche Gruppen sich der Arbeitsmarkt durch die Kolonien erweiterte.<sup>20</sup> Insgesamt ist sich die Forschung relativ einig, dass vor allem die obere Mittelklasse auf diese Weise profitierte. Technische und wirtschaftliche Experten, Buchhalter, Juristen, Ärzte, Wissenschaftler, Ingenieure, Architekten, stellten die Gruppen dar, für die sich vor allem neue Karrierechancen ergaben.

Was die Verbindung zur heimischen Politik anbelangt, so geht die Forschung auch hier von einer besonderen Bedeutung der Jahre um 1900 aus. Allerdings kann das Urteil über die konkreten Einflüsse ganz unterschiedlich ausfallen. So hat z. B. David Cannadine argumentiert, dass das britische Empire am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts das britische Klassensystem stabilisiert hat.<sup>21</sup> Andere Autoren betonen, dass gerade britische Reformdebatten zunehmend von der Situation in den weißen Siedlungskolonien profitierten, die in manchen Bereichen, etwa beim Wahlrecht, dem britischen Mutterland inzwischen vorausgingen.<sup>22</sup>

Wie stark waren die Menschen in Leeds, London oder Glasgow, in Lyon, Paris, Hamburg oder München mit den kolonialen Aktivitäten ihrer Länder konfrontiert? Wie stark prägte der Imperialismus den Alltag der Menschen in Europa? Auch diese Frage ist kontrovers diskutiert worden. Bernhard Porter hat sich selbst für Großbritannien eher skeptisch gezeigt. Das Bri-

tische Weltreich benötigte das Engagement breiterer Bevölkerungsgruppen gar nicht und zu Hause mögen klassenspezifische Orientierungen deutlich wichtiger gewesen sein als imperiale.<sup>23</sup> Dagegen hat Jim Tomlinson am Beispiel Dundees gezeigt, dass nicht zuletzt wegen des British Empire das Leben in der schottischen Hafenstadt in früheren Jahrzehnten deutlich mehr von globalen Beziehungen geprägt war als heute.<sup>24</sup>

Mit der Frage nach imperialen Identitäten hat sich auch Catherine Hall ausführlich beschäftigt.<sup>25</sup> Die Zahl und Häufigkeit der persönlichen Kontakte mit den Kolonien kommt dabei ebenso zur Sprache wie die Präsenz von Menschen aus den Kolonien in London, Liverpool oder Northampton. Auch die großen Empire-Ausstellungen starteten nicht erst nach dem Ersten Weltkrieg, auch wenn die von 1924 die berühmteste von allen werden sollte. Allein in London gab es 1895 „Empire of India“, 1899 „The Greater Britain“ oder „Imperial International“ von 1911.<sup>26</sup> Was die Präsenz von imperialen Themen in der öffentlichen Debatte angeht, hat selbst Bernhard Porter zugegeben, dass es seit den 1880er-Jahren vermutlich schwer war, dem Thema zu entkommen.<sup>27</sup> Die Fashoda-Krise, der Burenkrieg, der Tod von General Gordon in Khartum gehörten zu den Top-Themen der Jahrzehnte um 1900. Doch bedeutet dies alles, dass englisch oder britisch zu sein für die Menschen im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem auch hieß, Angehöriger der größten Kolonialmacht zu sein? Bezog die Mehrheit der Briten daraus ihren Stolz, ihre Identität?

Catherine Hall hat vor allem auf zwei Ebenen argumentiert.<sup>28</sup> Zum einen sind auch für sie die öffentlichen Debatten wichtig. In der Berichterstattung über die koloniale Welt formte sich die britische Identität in der Differenz zur kolonialen Außenwelt. Eine zweite mögliche Quelle sind literarische Zeugnisse. Das Interessante an imperialen Momenten in einem so populären Roman wie „Vanity Fair“ von William Thackeray etwa ist für Hall, dass Vanity Fair ausdrücklich kein Kolonialroman ist. Dennoch erscheint die britische Gesellschaft in dem 1847/48 erschienenen Roman von kolonialen Stereotypen durchzogen. Diese lassen sich damit als gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten

begreifen, durch die die eigene Identität nur bestätigt und gefestigt wurde. Das Weltbild auch breiter sozialer Gruppen in Großbritannien war, bewusst oder unbewusst, nicht zuletzt auf diese Weise vom Empire geprägt.

Vieles von dem Gesagten gilt ebenso für andere Länder. In Frankreich ist eine verstärkte koloniale Identität gerade für die Jahrzehnte um 1900 ausgemacht worden.<sup>29</sup> Für das Deutsche Reich lässt sich sogar recht genau um 1900 eine verstärkte Präsenz von imperialen Symbolen im Alltag feststellen.<sup>30</sup> Aber gerade in Deutschland gibt es ebenso Anlass zur Vorsicht bei der Frage, wieweit Alltag und Identität vom Imperialismus durchdrungen wurden. Die Vertreter der deutschen Kolonialgesellschaft jedenfalls beklagten sich beständig über zu wenig Aufmerksamkeit für ihr Anliegen.<sup>31</sup>

#### **DEKOLONIALISIERUNG, ANTI-KOLONIALE NETZWERKE UND DER ABSTIEG EUROPAS**

Auch im Bereich von Dekolonisierung, der Bildung von antikolonialen Netzwerken und dem beginnenden politischen Abstieg Europas halten die Jahre um 1900 wichtige Beispiele bereit. Bei der Dekolonisation ist die so genannte zweite Dekolonisierung von Bedeutung. Nachdem sich im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert die 13 britischen Kolonien in Nordamerika bzw. die meisten mittel- und südamerikanischen Staaten von ihren Mutterländern gelöst hatten, begann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein zweiter Unabhängigkeitsprozess. Er betraf die verbliebenen „weißen“ Siedlungskolonien des British Empire. Ausgehend von Kanada, auf das der Begriff zuerst angewendet wurde, entstanden die so genannten britischen Dominions.

Die Entwicklung verlief überall zumindest ähnlich. Am Anfang stand die Einsetzung einer verantwortlichen Regierung („responsible government“). Für die innere Politik waren die Kolonien nun selbst verantwortlich. Für Außenpolitik, den Außenhandel oder die Verfassungsstruktur lag die Verantwortung zunächst weiter in London. Doch dabei blieb es nicht: Bis zum Ersten Weltkrieg hatten die Dominions auch den Außenhandel in ihrer Zuständigkeit und selbst im Sicherheitsbereich musste London immer mehr Zugeständnisse machen. Es kam

zu einer doppelten Entwicklung. Zum einen entwickelten die selbstverwalteten Siedlungskolonien immer mehr Selbstbewusstsein und ließen sich von London aus zunehmend weniger kontrollieren. Auf der anderen Seite aber blieb die Bindung zum Mutterland überall erhalten. Gefördert wurde diese durch die seit den 1880er-Jahren stattfindenden Colonial Conferences. Auf ihnen konferierte die Londoner Regierung mit den Vertretern der weißen Siedlungskolonien (fast) auf Augenhöhe. 1907 wurden die Siedlungskolonien mit Autonomierechten zum ersten Mal als Gruppe der Dominions bezeichnet.<sup>32</sup>

Diese Beziehungsstruktur aus weitgehender Autonomie, Resten rechtlicher Bindungen und starkem kulturellen Zusammenhalt wurde im Ersten Weltkrieg noch einmal relevant. Zwar erklärte London für das gesamte Empire 1914 den Krieg, aber sicher konnte sich die Regierung keineswegs sein, ob es zu einer tatsächlichen Hilfe der Siedlungskolonien kommen würde. Die Hilfe kam. Rund 1 Millionen Soldaten aus Kanada, Australien oder Neuseeland kämpften im „großen Krieg“ in Europa für die britische Sache. Die Unterstützung ging einher mit weiteren Autonomieforderungen, die im und vor allem nach dem Krieg gewährt wurden. Der Erste Weltkrieg wurde zum entscheidenden Schritt auf dem Weg zur endgültigen Autonomie.

Können die Jahrzehnte vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis einschließlich des Ersten Weltkriegs als die Phase gelten, in denen die britischen Dominions de facto Unabhängigkeit erlangten, gilt das für indigen geprägte Kolonien bekanntlich nicht. Aber auch hier bereiteten sich an vielen Stellen spätere Unabhängigkeitsbewegungen vor. In Indien bildete sich 1885 der National Congress. 1906 kam die Muslim Liga als Abspaltung vom Nationalkongress dazu. In Südafrika gründete sich 1912 der ANC, der African National Congress. Viele der späteren Führer der Unabhängigkeitsbewegung kamen inzwischen zum Studium in die imperialen Metropolen. Mahatma Gandhi oder Jawaharlal Nehru sind nur die bekanntesten unter ihnen. Bei afrikanischen Unabhängigkeitsführern ist diese Entwicklung etwas zeitversetzt, die meisten von ihnen studierten in der Zwischenkriegszeit in Europa oder den USA. Aber der Panafri-

kanismus als gemeinsamer Kampf schwarzer Amerikaner und Afrikaner gegen die europäische Herrschaft ist ein Kind der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Der erste Panafrikanische Kongress fand 1900 in London statt. William Edward Du Bois benannte auf ihm die „Color line“ als das entscheidende Problem des kommenden Jahrhunderts.<sup>33</sup>

Der dritte Aspekt der sich andeutenden Relativierung europäischer Macht liegt im machtpolitischen Aufstieg außereuropäischer Mächte. Hier halten die Jahre um 1900 gleich mehrere wichtige Beispiele bereit: 1898 besiegten die USA in einem kurzen Kolonialkrieg die alte europäische Kolonialmacht Spanien. Der japanisch-chinesische Krieg von 1894/95 mag zunächst als inner-asiatische Auseinandersetzung erscheinen, aber immerhin hielten es die europäischen Regierungen für nötig, mit dem deutsch-französisch-russischen „ostasiatischen Dreibund“ darauf zu reagieren. Im russisch-japanischen Krieg zeigte Japan dann, dass es in der Lage war, eine der großen europäischen Mächte militärisch zu schlagen, zwar an deren Peripherie, aber unter anderem zur See und damit auf einem der modernsten Gebiete der damaligen Militärtechnik.

Die Entwicklungen sollten durch den Ersten Weltkrieg noch einmal beschleunigt werden: Die „zweite Dekolonisierung“, durch den Dominion-Status vorbereitet, kam im Ersten Weltkrieg zum Durchbruch. Der Kriegseintritt der USA 1917 zeigte die politisch-militärische Machtverschiebung selbst in Europa ganz real. Nicht zuletzt veränderte der Krieg die Bilder von Europa in der außereuropäischen Welt. Das Prestige des alten Kontinents sank. Die Menschen, die nun nach Europa kamen, sahen nicht mehr das Land des Fortschritts, an dem es sich zu orientieren galt, sondern häufig einen zerstörten Kontinent, der seine Zeit gehabt hatte.<sup>34</sup>

## FAZIT

Was lässt sich aus diesem Überblick über die Geschichte des europäischen Imperialismus an der Wende zum 20. Jahrhundert lernen? Vielleicht lassen sich die Jahrzehnte um 1900 am besten als eine Zeit der großen Verdichtung kolonialer Kontakte verstehen. Diese Verdichtung fand auf unterschiedlichen Ebenen statt

und sie hatte weitreichende, zum Teil auch widersprüchliche Folgen. Innerhalb der Kolonialgebiete kam es zu einem ersten Schub beim Aufbau von Infrastrukturen, der mittel- und langfristig auch die unterworfenen Gebiete und Gesellschaften selbst zusammenrücken und dort Identitäten und anti-koloniale Nationsvorstellungen wachsen ließ. Damit einher ging nicht nur die Ausweitung kolonialer Gesetzgebung und entsprechender Vorschriften, sondern auch deren verstärkte Durchsetzung. Alltäglich verdichtete sich der Kontakt zwischen Kolonisierern und Kolonialisierten. Die Chance, einem Weißen auch tatsächlich zu begegnen (oder auch nur einheimischen Kolonialtruppen), stieg in den Jahrzehnten um 1900 insbesondere für die Menschen in Afrika, aber auch in Teilen Asiens erheblich. Umgekehrt verdichtete sich der Kolonialdiskurs in den Metropolen. Auch dort hatten nun mehr Menschen tatsächlich Kontakt mit dem Kolonialreich. Hinzu trat die Verdichtung der Gewalt, die nicht nur Kolonialisierte betraf, sondern auch Zehntausende europäischer Soldaten in die Kolonien brachte. Viele dieser Entwicklungen begannen sich seit den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts zu entfalten, aber auch der Erste Weltkrieg selbst wurde wichtig. Er brachte den Dominions die endgültige Bestätigung ihres fast-unabhängigen Status. Er brachte aber auch neue Gewalt. Aus europäischer Sicht mögen die Kämpfe in Afrika unerheblich gewesen sein. Für Afrikaner waren sie es nicht. Den recht kleinen weißen Einheiten standen Hunderttausende von schwarzen Truppen bzw. Trägern zur Seite. Viele von ihnen starben.<sup>35</sup>

Schließlich brachte der Erste Weltkrieg die Bilder von einander in Bewegung. Intellektuelle überall auf der Welt verglichen ihre Gesellschaften mit Europa. 1918 sahen sie ein verändertes Europa, ein Europa, das viel von seiner Vorbildhaftigkeit und Fortschrittlichkeit eingebüßt hatte. Der Erste Weltkrieg war damit ein Anfangspunkt dessen, was der Soziologe Shmuel N. Eisenstadt als „multiple modernities“ bezeichnet hat.<sup>36</sup> Hier liegt eine der Verbindungen zu den anderen Brüchen der Jahre vor 1914, die der Band umkreist: Der Imperialismus hat die moderne Globalisierung beschleunigt, es war ein Projekt, das wissenschaftlich und im

Namen des Fortschritts vorangetrieben wurde. Sieht man auf die Gewalt, wurde es mit schrecklicher Effizienz ausgeführt. Am Ende der hier verhandelten Periode waren den Europäern aber nicht nur neue Rivalen und auf nicht weniger als drei Kontinenten neue, sich als gleichrangig verstehende ehemalige Kolonien entstanden. Nicht wenigen Beobachtern war auch aufgegangen, dass es andere als die europäischen Wege in die Moderne geben musste.

---

#### || PROF. DR. FRIEDRICH KIEBLING

apl. Professor und Vertreter des Lehrstuhls für Neuere Geschichte II an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

---

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Forschungsüberblick z. B. in Schöllgen, Gregor / Kießling, Friedrich: *Das Zeitalter des Imperialismus*, München, 5. überarb. u. erw. Auflage, 2009, S. 160-175.
- <sup>2</sup> Ferguson, Niall: *Der Westen und der Rest der Welt. Die Geschichte vom Wettstreit der Kulturen*, Berlin 2011, S. 44.
- <sup>3</sup> Bayly, Christopher A.: *Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780-1914*, Frankfurt / New York 2006, S. 281.
- <sup>4</sup> Z. B. zitiert in Rotberg, Robert I.: *The Founder. Cecil Rhodes and the Pursuit of Power*, Oxford 1988, S. 415.
- <sup>5</sup> General-Akte der Berliner Konferenz, 26.2.1885, *Deutsches Reichsgesetzblatt*, Bd. 1885, Nr. 23, S. 215-246.
- <sup>6</sup> Zahlen z. B. in Speitkamp, Winfried: *Deutsche Kolonialgeschichte*, Stuttgart 2005, S. 46 und Pesek, Michael: *Koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika. Expeditionen, Militär und Verwaltung seit 1880*, Frankfurt / New York 2005, S. 17, 284.
- <sup>7</sup> Burroughs, Peter: *Imperial Institutions and the Government of Empire*, in: *The Oxford History of the British Empire*, Vol. III. *The Nineteenth Century*, hrsg. von Andrew Porter, Oxford / New York 1999, S. 170-197, hier S. 177 und Cell, John W.: *Colonial Rule*, in: *The Oxford History of the British Empire*, Vol. IV. *The Twentieth Century*, hrsg. von Judith M. Brown und Wm. Roger Louis, Oxford / New York 1999, S. 232-254, hier S. 232.
- <sup>8</sup> Zur Expedition und zur Fashoda-Krise siehe Pellissier, Pierre: *Fachoda et la Mission Marchand. 1896-1899*, Paris 2011.

- <sup>9</sup> Pesek: Koloniale Herrschaft, S. 190.
- <sup>10</sup> Ajayi, J.F.Ade: Colonialism: An Episode in African History, in: Colonialism in Africa 1870-1960, Bd. 1, hrsg. von Louis H. Gann und Peter Duignan, Cambridge 1969, S. 497-509.
- <sup>11</sup> Zum Konzept siehe z. B. Jureit, Ulrike: Territorialität als Ordnungsform. Überlegungen zu einer theoriegeleiteten Raumgeschichte, in: geographische revue 15/2013, S. 5-17, hier S. 6.
- <sup>12</sup> Siehe hierzu den Klassiker von Cohn, Bernhard S.: Colonialism and its forms of knowledge. The British in India, Princeton 1996.
- <sup>13</sup> Vgl. zum Kolonialkrieg z. B. Klein, Thoralf / Schumacher, Frank (Hrsg.): Kolonialkriege. Militärische Gewalt im Zeichen des Imperialismus, Hamburg 2006.
- <sup>14</sup> Marx, Christoph: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn 2004, S. 138.
- <sup>15</sup> Ebd., S. 137.
- <sup>16</sup> Kuß, Susanne: Deutsches Militär auf kolonialen Kriegsschauplätzen. Eskalation und Gewalt zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 2010, S. 104 f.
- <sup>17</sup> Ebd., S. 79 ff.
- <sup>18</sup> van Laak, Dirk: „Ist je ein Reich, das es nicht gab, so gut verwaltet worden?“ Der imaginäre Ausbau der imperialen Infrastruktur in Deutschland nach 1918, in: Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, hrsg. von Birthe Kundrus, Frankfurt / New York 2003, S. 91-109.
- <sup>19</sup> Einführungen bieten Reuter, Julia / Karnetzos, Alexandra (Hrsg.): Schlüsselwerke der Postcolonial studies, Wiesbaden 2012 bzw. Wilson, Kathleen (Hrsg.): A New Imperial History. Culture, Identity, and Modernity in Britain and the Empire 1660-1840, Cambridge 2004.
- <sup>20</sup> Thompson, Andrew: The Empire Strikes Back? The Impact of Imperialism on Britain from the Mid-Nineteenth Century, Harlow 2005, S. 20 und Magee, Gary B. / Thompson, Andrew S.: Empire and Globalisation. Network of People, Goods and Capital in the British World, c. 1850-1914, Cambridge 2010, S. 100.
- <sup>21</sup> Cannadine, David: Ornamentalism. How the British Saw their Empire, London 2002.
- <sup>22</sup> Thompson, Andrew: Empire and the British State, in: The British Empire. Themes and Perspectives, hrsg. von Sarah Stockwell, Oxford u. a. 2008, S. 39-61, hier S. 49.
- <sup>23</sup> Porter, Bernhard: The Absent-Minded Imperialists. Empire, Society, and Culture in Britain, Oxford 2006, S. 307, 311, 318.
- <sup>24</sup> Tomlinson, Jim: The Deglobalisation of Dundee, c. 1900-2001, in: Journal of Scottish Historical Studies 29/2009, S. 123-140.
- <sup>25</sup> Catherine Hall: Civilising subjects metropole and colony in the English imagination. 1830-1867, Cambridge 2002.
- <sup>26</sup> MacKenzie, John M.: Empire and Metropolitan Cultures, in: The Oxford History of the British Empire, Vol. III. The Nineteenth Century, hrsg. von Andrew Porter, Oxford / New York 1999, S. 270-293, hier S. 283.
- <sup>27</sup> Porter: The Absent-Minded Imperialists, S. 171, 194 ff.
- <sup>28</sup> Siehe Catherine Hall: Culture and Identity in Imperial Britain, in: The British Empire. Themes and Perspectives, hrsg. von Sarah Stockwell, Oxford u. a. 2008, S. 199-217.
- <sup>29</sup> Vgl. Engels, Jens Ivo: Kleine Geschichte der Dritten französischen Republik (1870-1940), Köln u. a. 2007, S. 111 f.
- <sup>30</sup> Ciarlo, David M.: Rasse konsumieren. Von der exotischen zur kolonialen Imagination in der Bildreklame des Wilhelminischen Kaiserreichs, in: Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, hrsg. von Birthe Kundrus, Frankfurt / New York 2003, S. 135-153.
- <sup>31</sup> Vgl. Albrecht, Bernd: Politik der Differenz und heterotopische Räume der Selbstaffirmation. Spuren des kolonialen Diskurses in Volksschullesebüchern des Deutschen Kaiserreichs (1895-1918), Masterarbeit, Erlangen 2013, S. 2.
- <sup>32</sup> Zur Entwicklung der ersten „Dominions“ siehe z. B. Wende, Peter: Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreichs, München 2008, S. 169-193.
- <sup>33</sup> Zum frühen Panafricanismus siehe Eckert, Andreas: Bringing the „Black Atlantic“ into Global History: The Project of Pan-Africanism, in: Competing Visions of World Order. Global Moments and Movements 1880s-1930s, hrsg. von Sebastian Conrad und Dominic Sachsenmaier, New York u. a. 2007, S. 237-258.
- <sup>34</sup> Siehe z.B. Sachsenmaier, Dominic: Chinese Debates on Modernization and the West after the Great War, in: Decentering America. New Directions in Culture und International History, hrsg. von Jessica Gienow-Hecht, Oxford / New York 2007, S. 109-131.
- <sup>35</sup> Förster, Stig: Vom europäischen Krieg zum Weltkrieg, in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, hrsg. von Gerhard Hirschfeld u. a., Paderborn u. a., aktual. und erw. Studienausgabe, 2009, S. 242-248, hier S. 244 f.
- <sup>36</sup> Eisenstadt, Shmuel N.: Multiple Modernities, in: Daedalus 129/2000, S. 1-29.

# DAS SOZIALE ENGAGEMENT DER KIRCHEN UM 1900\*

**JOCHEN-CHRISTOPH KAISER** || Die knapp anderthalb Jahrzehnte zwischen der Jahrhundertwende und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs markieren auch für die beiden Großkirchen in Deutschland eine teils von positiven Zukunftserwartungen, teils von zunehmendem Krisenbewusstsein begleitete Epoche: Letztere war geprägt einerseits von der Integration des deutschen Katholizismus in das Reich, nachdem die während des Kulturkampfes geschlagenen Wunden langsam vernarben. Und innerhalb des evangelischen Deutschland setzte sich der Kultur- oder Neuprotestantismus als Leitidee der noch weitgehend kirchlich geprägten bürgerlichen Gesellschaft allmählich durch. Andererseits nahmen die beiden Großkirchen die beginnende weltanschauliche Ausdifferenzierung der Gesellschaft durchaus wahr.

## **DIE ENTWICKLUNG DER KIRCHEN UND IHRER CHRISTLICHEN VERBÄNDE**

Die Kirchen mussten erkennen, dass sie ihr seit jeher unangefochten geltendes Monopol auf umfassende Sinndeutung des Lebens mit jenen neuen Ideen aus Philosophie, Ökonomie und Politik zu teilen hatten, die sich zunehmend kritisch mit den tradierten Ansprüchen des Christentums auseinandersetzten. Das traf in besonderer Weise auf die Herausforderungen der Industriellen Revolution und ihrer sozialen Folgekosten zu, die trotz allen Stolzes auf das politisch, wirtschaftlich und kulturell Erreichte wie ein Schatten über den letzten Friedensjahren des Kaiserreichs lagen.

Dabei ging es nicht mehr in erster Linie um existenzbedrohende ökonomische Notlagen der Unterschichten, weil auch diese seit den 1890er-Jahren mehr und mehr von der Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtsituation profitierten. Doch mit dem raschen Wachstum von SPD und sozialistischen Gewerkschaften erhielt die soziale Frage jetzt zunehmend politisches Gewicht, ja die Sozialdemokratie wurde als „Umsturzpartei“ mehr und mehr als Bedrohung für Weiterentwicklung und Stabilität der bürgerlichen Gesellschaft empfunden. Auch die Religi-

onsgemeinschaften und ihre führenden Repräsentanten fühlten sich davon betroffen, und zwar in mehrfacher Hinsicht: einmal als Teil der bürgerlichen Gesellschaft und dann als Staatskirchen, die in den Attacken der Sozialdemokratie, aber auch linksliberaler Kritikergruppen auf die politische Ordnung und das vorherrschende, christlich imprägnierte weltanschauliche Selbstverständnis die grundsätzliche Infragestellung ihrer seit alters her wahrgenommenen Funktionen innerhalb des Gemeinwesens sahen. Zum anderen fühlten sie sich mit Recht in ihren genuin religiösen Belangen beeinträchtigt und geschädigt, weil den sozialistischen wie radikalliberalen Kritikern ein latent bis offen artikulierter Agnostizismus eigen war, der auf materialistischer Grundlage und in offener Konkurrenz zum religiös geprägten Menschen- und Weltbild mehr oder weniger diffuse weltanschauliche Alternativen unterbreitete.

Neben den führenden Theoretikern der Sozialdemokratie, die allerdings aus taktischen Motiven meist in eigenem Namen und nicht in demjenigen der Partei den wissenschaftlichen Atheismus als Alternative zu jeder Form von Religion propagierten oder in zahllosen Kleinvereinen und Splittergruppen für den Kirchen-

austritt warben, entstanden seit den 1890er-Jahren innerhalb der SPD sog. proletarische Freidenkervereine mit dem Ziel, Religionskritik zum weltanschaulichen Markenzeichen der Partei zu machen. Auch wenn daraus vorerst keine breite Massenbewegung wie später in der Weimarer Republik erwuchs, sorgte die Verbindung von sozialistischen Politikzielen und antireligiöser Propaganda in der deutschen Öffentlichkeit der Wilhelminischen Ära für heftige Abwehrbewegungen in beiden Kirchen, die sich konfessionspolitisch wie von ihren religiösen Inhalten her durch solche Angriffe auf Dauer in ihrer Existenz gefährdet sahen.

Mit gewissem Recht führte man in den Kirchen die religionsfeindlich bis laizistisch motivierten Angriffe auf das Christentum und sein gesellschaftliches Engagement auf die ungelöste soziale Frage zurück, die – was die Sozialdemokratie betraf – zur erklärten Abgrenzung von Religion und Christentum in ihren kirchlichen Formen geführt habe.

Die daraus folgende, vermeintlich logische Konsequenz schien auch in verstärkten Bemühungen der Kirchen zu liegen, ihren Part zur Lösung dieser Frage zu leisten. Das Thema stand seit dem Vormärz auf der Agenda sozial-ethisch-theologischer Überlegungen, gewann aber erst mit der zunehmenden Politisierung an derartiger Relevanz, dass sich neben einzelnen Theologen und christlichen „Einzelkämpfern“ sowie den auf soziale Fragen konzentrierten, religiös geprägten Vereinen auch die Kirchen selbst intensiver damit beschäftigten. Diese hatten sich bisher kaum auf die soziale Problematik eingelassen, während einzelne, ihnen verbundene Persönlichkeiten sowie ihre im Kontext der zunehmenden Vereinsbildungen des neuen bürgerlichen Zeitalters entstehenden Vorfeldorganisationen dies sehr wohl taten. Dabei muss aber zwischen den Auswirkungen des Massenpauperismus bis etwa 1850 und jener durch die Industrialisierung bedingten sozialen Frage unterschieden werden.

Staatlicher Verwaltung und Innenpolitik fehlte jedes Bewusstsein einer Zuständigkeit der öffentlichen Hand und ihrer Institutionen für die Besserung sozialer Schwachstellen und akuter Problemlagen, sieht man von der traditionellen Armenpflege einmal ab. Diese war jedoch

nur in größeren Städten ausgebildet und zeigte in ländlichen wie kleinstädtisch geprägten Regionen kaum Wirkung. Kam es durch Missernten, Kriegseinwirkungen oder Seuchen zu außergewöhnlichen Notlagen, versagten die Strukturen der Armenpflege vollends, wie das Beispiel der schlesischen Weberunruhen in den 1840er-Jahren demonstriert. Hier wie auch in früheren Katastrophen schien der Einsatz von Militär oft als letztes Mittel, um lokale Aufstände, sog. Emeuten, ohne zielorientierte Koordination und Gesamtstrategie für eine Region oder ein Land des Deutschen Bundes niederzuschlagen. Erst als dieses „Befriedungsinstrument“ durch zunehmende Proteste der sich formierenden bürgerlichen Gesellschaft in Misskredit geriet, weil es nicht im Sinne des *Bonum commune* verantwortlich handelte, dem sich das neue Bürgertum verpflichtet fühlte, entwickelte sich allmählich ein Sozialbewusstsein der Regierungen und staatlichen Institutionen samt den ihnen eng verbundenen öffentlichen Einrichtungen wie den Kirchen. Hinter dieser fehlenden Bereitschaft des Staates, im sozialen Bereich zu intervenieren, stand ein verengtes Politikverständnis, das dieses auf die Gewährleistung des inneren und äußeren Friedens durch Polizei und Justiz sowie Diplomatie und Militär beschränkte, Kultur, Soziales und Ökonomie hingegen dem freien bürgerlichen Spiel der Kräfte überließ, ohne diesem – im Gegenzug – ein Mitgestaltungsrecht im Bereich des Politischen einzuräumen.

Nach der Erlangung der Reichseinheit erkannten die deutschen Länder unter Führung Preußens allmählich ihre Verpflichtung zu sozialem Handeln und begannen, sie politisch umzusetzen. Es war der berühmte Kurs von „Zuckerbrot und Peitsche“ des leitenden Staatsmanns Bismarck gegenüber der Sozialdemokratie, der die nach ihm benannten Sozialgesetze zur Sicherung gegen Invalidität, Alter und Krankheit in den 1880er-Jahren auf den Weg brachte. Sie sollten dafür sorgen, die revolutionären Forderungen der Partei aufzufangen und ihre Anhängerschaft friedlich in den Obrigkeitsstaat zu integrieren. Für den Fall, dass dies nicht gelingen würde, gab das Sozialistengesetz von 1878 die Möglichkeit eines auch gewaltsamen Eingreifens.

Die sich aus diesem im Sinne des Wortes zwiespältigen Kurs ergebenden Spannungen beschränkten sich keineswegs auf das sozialistische Milieu, sondern wirkten auch auf die bürgerliche Mehrheitsgesellschaft und damit auf die Kirchen zurück. Hier erkannte man die Notwendigkeit einer auf Verteilungsgerechtigkeit fußenden, sozial ausgleichenden Politik, die jedoch nicht auf Klassenkampf und öffentliche Tarifauseinandersetzungen baute, sondern um Interessenausgleich und wirtschaftliche Harmonie bemüht war. In beiden Konfessionen entwickelte sich auf diese Weise neben den schon bestehenden „Werken der christlichen Liebestätigkeit“ von Innerer Mission und Caritas ein eher gesellschaftspolitisch agierender sozialer Protestantismus wie Katholizismus, die beide gemeinsam mit der konfessionellen Sozialarbeit für die Herausbildung des modernen Sozialstaats von erheblicher Bedeutung wurden.

Seit der Reichsgründung nahm der politische Einfluss des sozialen Katholizismus wie Protestantismus zu. Zwar unterstützte das Zentrum als katholische Partei sozialstaatliche Interventionen mit einer gewissen Zögerlichkeit, weil man hier – getreu dem Subsidiaritätsprinzip – eher auf Hilfe zur Selbsthilfe setzte und in einem starken staatlichen Engagement auf dem Sozial- und Wohlfahrtssektor Gefahren einer möglichen Bevormundung der davon betroffenen Klienten und um deren Selbstbestimmung fürchtete. Aber dass eine neue Sozialgesinnung und der ihr folgenden Politik in Reich und Ländern notwendig sei, wurde auch vom Zentrum nicht bestritten.

Ähnlich verhielt es sich innerhalb des Sozialprotestantismus: Er setzte nach anfänglicher Konzentration auf „Mildtätigkeit“ und „Almosengeben“ in der zweiten Phase seiner Entwicklung nun auf soziale Strukturreformen, die allerdings nur mit Staatshilfe zu realisieren waren. Ohnehin eng mit den neuen evangelischen Führungsschichten des Reiches verbunden, wurde ein obrigkeitstaatlicher Paternalismus hier weniger bedrohlich empfunden als auf katholischer Seite.

Da beide konfessionelle Gruppierungen vor vergleichbaren Problemen standen und verwandte Lösungsvorstellungen im Hinblick auf eine anzustrebende sozialstaatliche Gesellschaftsver-

fassung verfolgten, hätte ein enge Kooperation an sich Sinn gehabt.

Bis 1918 stand dieser jedoch der religionspolitische Konkurrenzdruck entgegen, der durch das Ende des Alten Reiches, die wachsende Dominanz des politischen Protestantismus unter Führung Preußens und endlich mit Reichsgründung und Kulturkampf die alten Feindbilder in so intensiver Weise wieder aufleben ließ, dass einzelne Vertreter der neueren Forschung in der Renaissance des Konfessionsstreits gar die bestimmende Signatur des 19. Jahrhunderts sehen wollen.<sup>1</sup> Jedenfalls gab es erhebliche Auseinandersetzungen über die Frage einer engeren Zusammenarbeit der konfessionsverschiedenen christlichen Gruppen, was sich vor allem innerhalb des deutschen Katholizismus bemerkbar machte.<sup>2</sup>

1848 ergriff der Hamburger Theologe Johann Hinrich Wichern, Geschäftsführer des Rauhen Hauses, einer Einrichtung der, wie man heute sagen würde, „Jugendhilfe“, die Gelegenheit, um auf dem Wittenberger Kirchentag im September für die Idee eines Zusammenschlusses von lokalen Einrichtungen der evangelischen Sozialarbeit und – in einem zweiten Schritt – ihrer Organisation in regionalen Verbänden zu werben. Das kam nicht von ungefähr, denn das 19. Jahrhundert ist die „klassische Periode“ der bürgerlichen Vereinsbewegung in Deutschland gewesen. Die „Gesellschaften“, „Assoziationen“, „Bünde“ und „Vereine“ tauchten am Ende des 18. Jahrhunderts als Vorboten der sich formierenden bürgerlichen Gesellschaft auf und befriedigten mit ihren Zusammenschlüssen spezifische, in sich unterschiedliche, sich jedoch vielfach berührende Bedürfnisse. Sie erfüllten damit eine Brückenfunktion im Übergang von der Gesellschaft des Ancien Régime zur modernen Welt des 19. Jahrhunderts.

Eine wichtige Rolle spielten in diesem Zusammenhang von evangelischer Seite die sich bald bildenden christlichen Verbände. Zu ihren unmittelbaren Vorläufern gehörten die pietistischen Konventikel, die dem Charakter der Landeskirchen als „Heilsanstalt“ misstrauten und das Freiwilligkeitsprinzip zum Gründungselement ihrer Sozietäten machten. Eine Vorreiterrolle haben die christlichen Zusammenschlüsse bei der Entstehung des Verbandswesens aller-

dings nicht gespielt – sieht man von den zahlreichen protestantischen Pfarrern ab, die ad personam, nicht als Vertreter ihrer Landeskirchen in den Vereinen mitwirkten. Nicht die Kirchen übernahmen also das Vereinsprinzip und instrumentalisieren es für ihre Zwecke, sondern einzelne ihrer Glieder, die sich als Christen und zugleich Bürger verbandlich organisierten, was zeitgenössische Beobachter häufig und zu Unrecht als kirchenamtliche Unternehmungen interpretierten.

### DIAKONIE UND POLITIK IM 19. JAHRHUNDERT

Wichern wagte mit seinem Werk der Inneren Mission einen ersten Schritt in Richtung einer vorsichtigen Politisierung des Verbandsprotestantismus. Damit verband er primär das Ziel, die Öffentlichkeit auf die sozialen Missstände aufmerksam zu machen und sie um ihre Unterstützung bei der Bekämpfung dieser Notlagen zu bitten. Dass dahinter in erster Linie Strukturprobleme standen, die der rasche gesellschaftliche Wandel seit Beginn des Jahrhunderts hervorgerufen hatte, war ihm nicht bewusst. Denn dann hätte er für politische Reformen eintreten und eine Änderung der Sozial- und Wirtschaftsverfassung mit Hilfe des Staates fordern müssen. Davon war er weit entfernt, denn solche Zielsetzungen vertraten zu seiner Zeit nur wenige Splittergruppen der sich bildenden „linken“ Bewegung, die man damals pauschal als „Comunisten“ bezeichnete. Wichern und seine politisch konservativen Freunde machten nicht den wirtschaftlichen Wandel für die sozialen Verwerfungen verantwortlich, sondern gerade diese Strömungen, denen sie auch die „Schuld“ an der Märzrevolution von 1848 und der Abwendung großer Bevölkerungsteile von Christentum und Kirchen gaben. Wicherns Auffassung, dass der Staat nicht in den Bereich der Ökonomie regulierend einzugreifen habe, und die Furcht, jede Änderung der Gesellschaftsverfassung gefährde das Königtum und den christlichen Staat als Zielperspektive, ließen es ihm undenkbar erscheinen, dafür einzutreten.

Dieses Urteil wird allerdings berücksichtigen müssen, dass Wichern die sozialen Zustände seiner Epoche noch nicht als Folgen des Industrialisierungsprozesses sah, sondern als Frucht der Massenarmut des Pauperismus. Erst eine

Generation nach ihm erkannten die (evangelischen) Staatssozialisten diesen Zusammenhang. Der ihnen nahestehende Hofprediger Adolf Stoecker und seine Vorstellungen von einem sozialkonservativen Königtum markierten die zweite Phase eines sozialen Protestantismus, der sich jetzt anders als 40 Jahre früher für die Intervention des Staates in diesem Bereich aussprach. Auch wenn damit die herrschenden Gesellschaftsstrukturen im Sinne eines defensiven Konzepts in eine unverkennbar neue Zeit hinübergerettet werden sollten, deuten diese Vorstellungen auf einen Bewusstseinswandel innerhalb der Inneren Mission hin.

1884 erschien in Berlin unter dem programmatischen Titel „Die Aufgabe der Kirche und ihrer inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart“ eine Denkschrift des Central-Ausschusses für Innere Mission und sorgte in den an der „sozialen Frage“ interessierten Fachkreisen für Aufsehen.<sup>3</sup> Verfasser war der preußische Ministerialbeamte und spätere Unterstaatssekretär im Preußischen Handelsministerium Theodor Lohmann, von 1880 bis 1905 zugleich Mitglied des CA (Central-Ausschuss der Inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche).<sup>4</sup> Das Papier sollte die sozialpolitische Standortbestimmung der Inneren Mission – allerdings nur bezogen auf die soziale Frage als „Arbeiterfrage“ und nicht auf das Gebiet der Armen- bzw. Wohlfahrtspflege – für ein Menschenalter festlegen. Freilich behauptete der CA darin, sich „allen politischen und sozialpolitischen Parteibestrebungen ferne“ zu wissen, wolle aber mitwirken, in „den die Gegenwart bewegenden sozialen Fragen die geistliche Weltauffassung zu ihrem Rechte zu bringen“. Kirche und Innere Mission werden mit deutlicher Stoßrichtung gegen die Sozialdemokratie aufgefordert, das gesamte gesellschaftliche Leben „mit dem Sauerteig des Evangeliums zu durchdringen“. Liberalismus und Sozialdemokratie hätten letztlich die gleichen Ursachen: den Materialismus als neuen Gott, der für die einen den Gewinn und für die anderen die „Arbeit als Quelle allen Reichtums“ in den Mittelpunkt stelle. Demgegenüber sollten Kirche und Innere Mission auf die instrumentelle Funktion der Ökonomie hinweisen: Sie habe die Arbeiter vor

existenzieller Not zu bewahren und mit ihren Ressourcen für eine ausreichende materielle Basis „sittlicher Lebensführung“ Sorge zu tragen.

Knapp zwölf Jahre danach (1896) publizierte der CA eine weitere Erklärung „über die Aufgabe der Kirche und ihrer inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart“, die er als Nachwort zur ersten firmieren ließ.<sup>5</sup> Es handelte sich um die leicht verspätete Reaktion auf den sogenannten Maulkorb-Erlass des Evangelischen Oberkirchenrates vom 16. Dezember des Vorjahres, der die sozialpolitische Betätigung der preußischen Pfarrerschaft faktisch beendete. Das geschah in Folge des berühmten Telegramms von Wilhelm II. an seinen ehemaligen Gymnasiallehrer Georg Hinzpeter in Kassel, in dem er sich nach Enttäuschungen über den Erfolg der 1890 durchgeführten neuen Sozialpolitik und einigem Ärger über die politischen Alleingänge des als Hofprediger inzwischen entlassenen Stoecker zu der Aussage hatte hinreißen lassen, „Christlich-sozial sei Unsinn, wer christlich denke, handele auch sozial“. Der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin, das leitende Organ der Preußischen Landeskirche, folgte dem Monarchen, der ja zugleich „summus episcopus“ seiner Landeskirche war, und untersagte den Geistlichen in dem erwähnten Erlass jedes weitere sozialpolitische Engagement.

Der CA stand damit vor einer schwierigen Situation: Denn man konnte den Erlass so interpretieren, als seien auch die sozialen Aktivitäten der Inneren Mission und der ihr verbundenen Vereinsgeistlichen darunter zu fassen – das musste er ablehnen, wenn er nicht zahlreiche Arbeitsfelder gefährden wollte. Freilich legte das Spitzengremium bei aller Betonung der vereinsrechtlichen Freiheiten der Inneren Mission auf die kirchliche Grundlage diakonischen Wirkens großen Wert, wollte aber andererseits nicht in den Verdacht geraten, den je nach politischer Großwetterlage wechselnden sozialpolitischen Voten des Kirchenregiments bedingungslos zu folgen.

Alles in allem wird in diesen Auseinandersetzungen das Grunddilemma des politischen und sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert kenntlich: Das Staatskirchentum ließ eigenständigen Initiativen seiner Untergliederungen

nur geringen Spielraum und förderte nachhaltig die Illusion einer immer wieder beschworenen „Überparteilichkeit“ kirchlich-verbandlichen Wollens, das in Wirklichkeit auf den sozialkonservativen Kurs der staatstragenden Eliten des Reiches fixiert blieb.

## **CARITASVERBAND UND SOZIALKATHOLIZISMUS**

Der konfessionelle Antagonismus, der nach dem Wiener Kongress durch die Einverleibung weiterer Regionen mit überwiegend katholischer Bevölkerung in protestantisch geprägte Staaten wie Preußen (und vice versa) virulent wurde, war wichtigster Hintergrund der Entfaltung eines kraftvollen katholischen Vereinswesens auf der Basis einer breiten Laienbewegung, jedoch – anders als bei den Protestanten – unter Führung der Bischöfe. Man wollte der bedrängten Kirche gegenüber der protestantisch dominierten Staatskultur zur Seite stehen.

Nachdem die katholische Liebestätigkeit seit der Jahrhundertwende bereits zahlreiche soziale Aufgaben in Angriff genommen hatte, wuchsen in den Jahren nach der Reichsgründung – nur abgebremst während des Kulturkampfes der 1870er-Jahre – die Neugründungen katholisch-karitativer Einrichtungen und Initiativen in rascher Folge an. Bis etwa 1890 entstand ein auch für Insider kaum noch überschaubares Spektrum organisierter katholischer Sozialarbeit, es fehlte an einer Koordination dieser vielfältigen Aktivitäten. In dieser Situation, die ein Kenner der Materie einmal prägnant als „Anarchie“ der organisierten katholischen Nächstenliebe gekennzeichnet hat, forderten weitblickende Experten der Caritasbewegung immer deutlicher Abhilfe.

Es handelte sich um sozial gesonnene Priester und Laien, vor allem aus dem Umfeld des 1880 gegründeten Vereins „Arbeiterwohl“ in Trägerschaft des „Verbandes katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde“. Hier artikulierte man in besonders intensiver Weise das Bedürfnis nach einer strafferen Organisation der Caritasbestrebungen und machte sich praktisch an die Arbeit, um dieses Ziel zu erreichen. Zu diesem Kreis gehörte der Münchner Kapuzinerpater Cyprian Fröhlich, Gründer des Seraphischen Liebeswerkes und Mitinitiator des

Marianischen Mädchenschutzverbandes – bei den Einrichtungen des konfessionellen Jugendschutzes.<sup>6</sup> Fröhlich war sich der beachtlichen Konkurrenz der anderen Wohlfahrtsverbände bewusst, darunter vor allem der protestantischen Inneren Mission, die schon 1848 jenes Spitzengremium geschaffen hatte, das der katholischen Caritas bislang fehlte.

Fröhlich hatte als einer der Vorkämpfer einer schlagkräftigen Caritasstruktur in mehreren Schriften anerkennend und frei von konfessioneller Polemik auf die erfolgreiche Tätigkeit der von Wichern vereinheitlichten Inneren Mission hingewiesen. In ihrem CA sah er ein mögliches Vorbild für ein katholisches Pendant, wie es dann in Gestalt des Deutschen Caritasverbandes verwirklicht werden sollte. Er forderte dazu auf, der katholischen Liebestätigkeit etwas Gleichwertiges zur Seite zu stellen, sonst laufe diese am Ende Gefahr, ihre Eigenständigkeit aufs Spiel zu setzen. Auch der mögliche Verlust katholischer Klienten an den Apparat der Inneren Mission stand ihm vor Augen, wenn die Caritasbewegung hier nicht nachziehe. Insofern spielte der konfessionelle Antagonismus unbeschadet aller Anerkennung gleichwohl eine nicht zu bestreitende Rolle.

Allerdings: Seit der Beilegung des Kulturkampfes und den Bemühungen des Katholizismus um seine gesellschaftliche und politische Integration, schliffen sich konfessionelle Animositäten und Proporzdenken wenigstens in der Praxis langsam ab. Das hatte auch mit der weltanschaulichen Ausdifferenzierung und Pluralisierung des „Sektors Wohlfahrtspflege“ zu tun, die beide christliche Lager zwar keineswegs bejahten, die sie aber gleichwohl in Rechnung stellen mussten, sollten ihre sozialkaritativen Arbeitsfelder Bestand haben. Seit den 1880er-Jahren machten sich zunehmend neue Tendenzen in der kultur- und sozialpolitischen Landschaft bemerkbar, in denen man einen gemeinsamen Gegner sah. Sozialdemokratische Umsturzgefahren, proletarischer Atheismus und liberal-laizistische Kirchenkritik drängten den Konfessionsgegensatz allmählich zurück und schärften den Blick für die Leistungen der jeweils anderen Kirchengemeinschaft.

An dieser Stelle muss noch ein Name genannt werden: Lorenz Werthmann, Leiter des

Freiburger Diözesanrats der badischen Vinzenzvereine und Hauskaplan des dortigen Erzbischofs. Seit Jahren beschäftigte er sich auch mit Fragen einer Vereinheitlichung der Caritasbewegung. Er war jedoch der Auffassung, dass die Zeit für diözesane Caritasverbände noch nicht gekommen sei, und verfocht stattdessen die Konzeption, dass ein überregional agierender Gesamtverband ihnen erst den Boden bereiten müsse. Vermutlich dachte auch er an das Beispiel der Inneren Mission, die erst nach der Gründung ihres CA die Errichtung von Landes- und Provinzialausschüssen evangelischer Liebestätigkeit in Anlehnung an die landeskirchlichen Grenzen planmäßig und mit Erfolg vorangetrieben hatte. Somit vertrat er ein doppeltes Ziel: Der Caritas-Gesamtverband sollte als erster die praktische Arbeit aufnehmen und intensivieren, um dann die organisatorische Feingliederung auf diözesaner Ebene in Angriff zu nehmen.<sup>7</sup>

An der Wiege des DCV (Deutscher Caritasverband) standen neben vielen schon bestehenden Einrichtungen der Fürsorge noch andere sozial aktive katholische Organisationen, die maßgeblich zu der Meinungsbildung der katholischen Bevölkerung und des Diözesanklerus beitrugen. Allerdings wird man sagen müssen, dass Bischöfe, Klerus und Gemeindeglieder nicht unbedingt an einem Strang zogen, sondern gerade um die Jahrhundertwende in heftige Debatten, ja harte Kontroversen über den richtigen Kurs verstrickt waren, mit dem die Kirche zur Lösung der sozialen Frage beitragen sollte. Dabei ging es primär um die Frage, ob und inwieweit man sich mit parallelen Bestrebungen im Bereich des Protestantismus verbünden sollte oder durfte, um seinen Zielen näherzukommen, ohne genuin katholische Positionen zu gefährden oder gar aufzugeben.

Die sozialkatholischen Vereinsgründungen gingen sämtlich von der Voraussetzung aus, dass Arbeitgeber wie Arbeitnehmer eng und invernünftig miteinander kooperieren müssten, wollten sie erfolgreich zur Lösung der sozialen Frage beitragen. Das stand in diametralem Gegensatz zu den Klassenkampfvorstellungen der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihrem Gewerkschaftsflügel, die jede Verbesserung der Lohnsituation und Arbeitsbedingungen primär als das Ergebnis der Auseinandersetzungen

zwischen den Tarifpartnern bzw. der SPD und den bürgerlichen Kräften in den Parlamenten sahen. Das Ringen um eine Lösung der sozialen Frage ging von der Möglichkeit aus, die Gesellschaft zu befrieden und – von katholischer Seite – auf dem Hintergrund des christlichen Sozialismus in enger Zusammenarbeit der Sozialpartner das Los der Arbeiterschaft zu verbessern, ohne die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln anzutasten. Damit wäre die Drohung der sozialen Revolution gegenstandslos geworden und – im Erfolgsfalle – gleichzeitig den linken Arbeiterorganisationen jener Nährboden entzogen worden, auf dem sie sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts so rasant entwickelten.

Um diesem Ziel näherzukommen, riefen interessierte katholische Laien und Geistliche seit 1880 mehrere Vereine ins Leben, die diesen Prozess theoretisch vorbereiten und begleiten und dafür schließlich in der katholischen Öffentlichkeit werben sollten. Dazu gehörte seit 1880 der erwähnte Verein Arbeiterwohl, als dessen Vorsitzende der rheinische Textilunternehmer Franz Brandts zusammen mit dem späteren Reichskanzler Georg Frhr. von Hertling fungierten. Generalsekretär wurde der Geistliche Franz Hitze.

Die Verantwortlichen des Vereins erkannten bald, dass nur eine massenwirksame Organisation den angestrebten Zielen des Sozialkatholizismus näherkommen konnte. Dazu mussten in erster Linie die katholischen Arbeiter mobilisiert werden und zwar in ähnlicher Weise und mit ähnlichen Mitteln wie jene der sozialistischen Bewegung. Daraus entstand unter maßgeblicher Beteiligung des Zentrums-Fraktionsvorsitzenden im Reichstag, Ludwig Windthorst (1812-1891), 1890 der Volksverein für das katholische Deutschland mit Zentrale in Mönchen-Gladbach. Windthorst verhinderte, dass der neue Verein eine anti-evangelische Ausrichtung erhielt (etwa als Gegenründung gegen den Evangelischen Bund von 1886), während er sich aber bewusst als antisozialdemokratische Kampforganisation verstehen sollte. Vorsitzender wurde wiederum Franz Brandts, Generalsekretär für 27 Jahre der junge Priester August Pieper. Der Volksverein wuchs rasch zur Massenorganisation heran und war 1914 der mitgliederstärkste konfessionelle Verein im

Reich mit ca. 800.000 Mitgliedern. Ziel Piepers war eine Sozialreform in christlichem Geist auf der Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung; die Erkenntnisse der modernen Sozialwissenschaft – damals der Nationalökonomie – sollten dafür ausschlaggebend sein. Anders als dem Verein Arbeiterwohl, dem es um die Sensibilisierung des mittelständischen Katholizismus für die soziale Frage ging, richtete der Volksverein sein Hauptaugenmerk auf die katholische Arbeiterschaft und die Besserung ihrer Lage. Pieper betrachtete ihn als „die große soziale Fortbildungsschule für das gesamte katholische Deutschland“. Sie sollte die Anziehungskraft der Sozialdemokratie bekämpfen und auf die Gesellschaft „im Sinne der christlichen Sozialreform Einfluss [nehmen]“.<sup>8</sup>

Eng mit dem Volksverein verbunden waren auch die katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften. Letztere agierten interkonfessionell, jedenfalls auf dem Papier, besaßen jedoch eine ganz überwiegend katholische Mitgliedschaft. Über die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften gab es heftigen Streit zwischen diesen selbst, einigen Diözesanbischöfen und auch dem Vatikan. Er bezog sich auf die Frage, ob katholische Organisationen auch evangelische Mitglieder aufnehmen dürften. Dahinter standen einmal die sog. Integralisten, die von den Bischöfen von Trier und Breslau, Michael Felix Korum und Georg von Kopp, vertreten wurden, und die besonders erboste, dass die christlichen Gewerkvereine auch demokratische und soziale Emanzipationsbestrebungen vertraten. Auf der anderen Seite standen Generalsekretär August Pieper, Franz Hitze und der spätere Reichsarbeitsminister, der Priester Heinrich Brauns von der Kölner und Mönchen-Gladbacher Richtung der christlichen Gewerkschaften.

Im Zuge der Auseinandersetzung spalteten sich die katholischen Arbeitervereine: Ein Teil der Mitgliedschaft gründete unter geistlicher Führung 1903 einen integralistischen Verband und verwarf die Zusammenarbeit mit der evangelischen Arbeitervereinsbewegung. Es war eine reine Machtfrage, die auf die geistliche Dominanz in den Arbeitervereinen zielte. Auch der Vatikan unter Pius X. schlug sich 1912 mit der Enzyklika *Singulari quadam* auf ihre Seite.

Allerdings duldete man in Rom den Kurs der christlichen Gewerkschaften, sofern ihre katholischen Mitglieder zugleich einem katholischen Arbeiterverein angehörten – ein Kompromiss, für den sich auch der Kölner Erzbischof Fischer, die Zentrumsparterie und die Reichsregierung beim Papst eingesetzt hatten.

Gleichwohl waren die christlichen Gewerkschaften fortan beinahe handlungsunfähig und konnten es sich nicht mehr leisten, an Streiks teilzunehmen. Nicht wenige Arbeiter wandten sich daraufhin vom Zentrum ab und gaben ihre Stimme dieser Partei nicht mehr. In der Folge des Gewerkschaftsstreits kam es zum Zentrumsstreit, der durch den bald Furore machenden Aufsatz von Julius Bachum (1906) ausgelöst wurde: „Wir müssen aus dem Turm heraus.“<sup>9</sup> Vornehmlich in den preußischen Westprovinzen verlangte man die künftige Unabhängigkeit der Partei von kirchlichen Einflüssen, während die Trierer Richtung daran festhielt.

Im Oktober 1894 beschlossen Werthmann und seine Mitsstreiter die Gründung eines Caritas-Comités, das sich im Frühjahr 1895 konstituierte. Zu seinen Aufgaben gehörte die Schaffung einer Organisation der gesamten katholischen Nächstenliebe in Deutschland, die von wissenschaftlich gebildeten Mitarbeitern getragen und durch regelmäßige Publikation und Information öffentlich wirken sollte. Ein Jahr vor der Kölner Gründungsversammlung stellte Werthmann seine Planungen auf dem Ersten Caritasstag in Schwäbisch Gmünd vor. Die positive Resonanz ermutigte ihn dann, einen Aufruf zur Gründung eines Caritasverbands für das katholische Deutschland zu erlassen. Ergänzend dazu gab er zu dessen Charakter eine kennzeichnende Stellungnahme ab: Geplant sei keine Massenorganisation, wie sie der „Volkverein für das katholische Deutschland“ darstelle, sondern ein Verein, für den man als Mitglieder vor allem „reichere katholische Laien in ganz Deutschland“ gewinnen wolle. Das bedeutete das Konzept einer Stabsstelle der katholischen Liebestätigkeit, in der sich wohlfahrtspflegerischer Sachverstand und materielle Ressourcen mischen sollten, um von hier aus systematisch ein Netzwerk der Caritasbewegung in ganz Deutschland aufzubauen. Der Zweite Caritasstag am 9. November 1897 in Köln stimmte der Satzung

zu, in der es hieß, der Verein werde sich der „planmäßigen Förderung der Werke der Nächstenliebe“ unter dem Schutz des Episkopats widmen. Werthmann wurde zum Präsidenten und Freiburg zum Verbandssitz bestimmt.

Damit begann nicht die Geschichte der deutschen Caritasbewegung, wohl aber die ihrer Einheitsorganisation, deren Wirken für das Werden des deutschen Sozialstaats und des ihn kennzeichnenden dualen Systems sozialer Sicherung von kaum zu unterschätzender Bedeutung werden sollte. Ein wichtiges Kennzeichen der Verbandsarbeit war die durch Werthmann geförderte permanente wissenschaftliche und fachliche Selbstvergewisserung katholischer Wohlfahrtspflege in der Praxis. Gleichgewichtig war jedoch ein zweites Moment: die Verankerung der Caritasarbeit im Wertehorizont christlich motivierten Hilfehandelns. Dieses Grundanliegen wirkte zusammen mit dem parallelen Wollen der evangelischen Diakonie immer wieder als Korrektiv auf die deutsche Wohlfahrtspflege und den sich ausdifferenzierenden Markt der Anbieter sozialer Hilfen zurück. Nicht nur in den Krisenzeiten der Weimarer Republik und des Dritten Reiches hat der Caritasverband unbeschadet ähnlich bitterer Niederlagen wie im Bereich der Inneren Mission auf dieser Basis einen entscheidenden Beitrag zur deutschen Wohlfahrtskultur geleistet.

#### **DER BEZUG ZUM JAHR 1914 BIS ZUR WIEDERVEREINIGUNG**

Abschließend ließe sich fragen, was die sozialen Aktivitäten der beiden Großkirchen bzw. ihrer Vorfeldverbände mit dem Jahr 1914 zu tun haben. Vielleicht nicht so offenkundig wie andere Faktoren, aber keineswegs zu unterschätzen ist ihr Einfluss auf jene vier Jahre des Ersten Weltkriegs, die zur Inkubationszeit einer grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftspolitischen Landschaft auf dem Sektor der Wohlfahrtspflege wurden. Denn in den Zwängen der Kriegswohlfahrtspflege erwies sich immer klarer, dass die freien Verbände, allein auf sich selbst gestützt und ohne Staatshilfe, nicht in der Lage waren, die sozialen Probleme an der sog. Heimatfront aus eigener Kraft zu schultern. Aus diesem Bewusstsein heraus entstand in einem längeren Prozess das sog. duale System sozialer

Sicherung in Deutschland, das bis heute in Kraft ist und in dem staatlich-kommunale wie freie Träger gemeinsam die soziale Arbeit schultern – nicht in Konkurrenz und Spannung zueinander, sondern sogar mit einem gesetzlich fixierten Vorrang für die Freie Wohlfahrtspflege, die auf diese Weise zu einem integralen Bestandteil der sozialen Sicherungssysteme des Reiches, dann der Bonner Republik und schließlich des vereinigten Deutschland wurden.

---

**|| PROF. DR. JOCHEN-CHRISTOPH KAISER**

Fachbereich Theologie, Philipps-Universität  
Marburg

---

**ANMERKUNGEN**

- \* Vortrag auf der Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth: „1914 – Epochenjahr Europas“ vom 26.-28.6.2013.
- <sup>1</sup> Blaschke, Olaf (Hrsg.): *Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: ein zweites konfessionelles Zeitalter*, Göttingen 2002.
- <sup>2</sup> Vgl. Frie, Ewald: *Katholische Wohlfahrtskultur im Wilhelminischen Reich: Der „Charitas-Verband für das katholische Deutschland“*, die Vinzenzvereine und der „kommunale Sozialliberalismus“, in: *Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik*, hrsg. von Jochen-Christoph Kaiser und Wilfried Loth, Stuttgart u. a. 1997, S. 184-201, Zitat S. 185, Anm. 5.
- <sup>3</sup> Neudruck der Denkschrift bei Brakelmann, Günter: *Zwischen Widerstand und Mitverantwortung. Vier Studien zum Protestantismus in sozialen Konflikten*, Bochum 1994, S. 133-146; siehe auch Ders.: *Theodor Lohmann – ein protestantischer Sozialpolitiker aus der Inneren Mission. Die Vorbereitung der Denkschrift „Die Aufgaben der Kirche und ihrer Inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben der Gegenwart“*, Bochum 1994, S. 85-130.
- <sup>4</sup> Zitt, Renate: *Theodor Lohmann*, in: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon XX/2002*, Sp. 937-943.
- <sup>5</sup> *Die Stellung der Inneren Mission zu den sozialen Bestrebungen der Gegenwart. Ein Nachwort des Central-Ausschusses für Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche zu seiner Denkschrift über die Aufgabe der Kirche und ihrer Inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart*, Berlin 1896; Nachdruck bei Brakelmann: *Zwischen Widerstand und Mitverantwortung*, S. 155-158.
- <sup>6</sup> Dazu Henkelmann, Andreas: *Caritasgeschichte zwischen katholischem Milieu und Wohlfahrtsstaat: das Seraphische Liebeswerk (1889-1971)*, Paderborn u. a. 2008.
- <sup>7</sup> Kaiser, Jochen-Christoph: *Die zeitgeschichtlichen Umstände der Gründung des Deutschen Caritasverbandes am 9. November 1897*, in: *Lorenz Werthmann und die Caritas. Aufgegriffenes und Liegen gelassenes der Verbandsgründung im Jahr 1897*, hrsg. von Michael Manderscheid und Hans-Josef Wollasch, Freiburg i. Br. 1989, S. 11-29 u. pass. Siehe auch Ders.: *Vor hundert Jahren. Zur Gründung des Deutschen Caritasverbandes 1897*, in: *caritas '97. Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes*, Freiburg 1996, S. 24-31; wieder abgedruckt in Kaiser / Loth (Hrsg.): *Soziale Reform im Kaiserreich*, S. 174-183.
- <sup>8</sup> Kaiser / Loth (Hrsg.): *Soziale Reform im Kaiserreich*, S. 147.
- <sup>9</sup> Siehe *Historisch-Politische-Blätter für das katholische Deutschland* 137/5, 1906, S. 376-386.



# DAS HEGEMONIALE POTENZIAL DES DEUTSCHEN KAISERREICHES

**ANDREAS ROSE** || Allein die Größe, die militärische Stärke und das wirtschaftliche Potenzial des deutschen Kaiserreichs deuteten auf einen neuen Hegemon in der Mitte der europäischen Staatenwelt. Gleichwohl schlug nicht nur der vermeintliche „Griff nach der Weltmacht“, sondern auch der nach der europäischen Vormachtstellung auf spektakuläre Weise fehl. Im Folgenden werden sowohl die wirtschaftliche Potenz als auch die Hypotheken des Reiches miteinander verrechnet.

Die Gründung des Deutschen Kaiserreiches im Herzen Europas bedeutete fraglos einen völligen Umsturz des europäischen Großmächtegefüges. Noch ehe die Schlachtfelder Frankreichs geräumt waren und das Reich proklamiert worden war, meldeten sich bereits die ersten, die ein unheilvolles Ende des Reiches wie auch der internationalen Stabilität prophezeiten. „Zu deutlich“, so berichtete der deutsche Botschafter in St. Petersburg, sei der Sieg nach russischem Geschmack über Frankreich ausgefallen. Der englische Botschafter in Berlin, Odo Russell, bemerkte in die Heimat, dass es Bismarck vermutlich Napoleon Bonaparte gleichtun werde.<sup>1</sup> Tatsächlich hatten die dominierenden Mächte am westlichen und östlichen Rande des Kontinents nicht mit einem so deutlichen Sieg Preußen-Deutschlands gerechnet. Vielmehr hatten sie auf ein zähes Ringen zwischen Preußen-Deutschland und Frankreich ohne Sieger gesetzt. An die Stelle des Norddeutschen Bundes und des bis dahin schwächsten Gliedes im Großmächtekonkordat, Preußen, trat stattdessen aber mit dem Deutschen Reich ein neues, überaus selbstbewusstes Kräftefeld, welches allein durch seine Größe, seine Erfolge und seine wirtschaftliche Stärke scheinbar ein enormes Potenzial für einen neuen europäischen Hegemon besaß: „Europe has lost a mistress

and got a master“, wie Edward Bulwer Lytton die allgemeine Einschätzung in den europäischen Hauptstädten zusammenfasste.<sup>2</sup>

Wer sich mit der Geschichte der Außenpolitik des Deutschen Kaiserreiches beschäftigt, ist leicht versucht, Unvermeidbarkeiten festzustellen. Entstanden aus drei siegreich geführten Kriegen (1864, 1866 und 1870/71) ging es nur 49 Jahre später in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges schon wieder unter. Zwischen dem Aufstieg und dem Fall des ersten deutschen Nationalstaates sowie dem Zusammenbruch des Großmächtesystems nach Jahrzehnten der Stabilität besteht ohne Zweifel ein enger Zusammenhang. Nicht umsonst bedienen sich unzählige Studien des weitblickenden Benjamin Disraeli als Kronzeugen. Als Oppositionsführer im englischen Unterhaus hatte er die Reichsgründung bereits im Februar 1871 als „deutsche Revolution“ bezeichnet, die in ihren Wirkungen auf die Staatenwelt sogar die Französische Revolution von 1789 in den Schatten stellen werde.<sup>3</sup> Aus der kriegerischen Gründung wird damit zugleich auch auf das kriegerische Ende als logische Folge der Hybris eines Emporkömmlings und einer bedrohlichen Dominanz geschlossen, dem sich die übrigen Mächte vornehmlich aus Gleichgewichtsgründen widersetzt hätten. Das Kaiserreich, so ist immer wieder zu

lesen, besaß nicht nur das Potenzial, sondern insbesondere den Willen zur Weltgeltung. Augenscheinlich wurde dies nicht nur in den geradezu atemberaubenden Wirtschaftsdaten um die Jahrhundertwende, sondern auch in den zahlreichen Forderungen nach einem „Platz an der Sonne“, einem größeren Engagement in der Weltpolitik sowie nicht zuletzt dem Aufbau einer kaiserlichen Hochseeflotte, die gemeinhin noch immer als eine weitere, von der Mitte des Kontinents ausgehende „Revolution der Staatenwelt“ interpretiert wird.<sup>4</sup>

Aus analytischen Gründen gilt es gleichwohl zu unterscheiden zwischen dem vermeintlichen „Griff nach der Weltmacht“ im imperialen Sinne, den Fritz Fischer und seine Schüler immer wieder im deutschen Verhalten zu erkennen glauben, und dem klassischen Begriff des Hegemons im Rahmen des etablierten Staatensystems. Ein Imperium herrscht über Untergebene, bildet für sich ein eigenes Herrschaftssystem, setzt jegliches Gleichgewicht außer Kraft und ist daher mit einem internationalen Staatensystem grundsätzlich nicht zu vereinbaren. Eine Hegemonialmacht bzw. eine hegemoniale Ordnung ist hingegen sehr wohl mit dem Staatensystem, sogar mit dem etablierten Gleichgewichtssystem kompatibel. Ein Hegemon bildet dabei als *primus inter pares* eine vorwaltende Macht, ohne die keine finalen Entscheidungen getroffen werden können. Das Streben nach Hegemonie ist der politischen Theorie der Internationalen Beziehungen zufolge ein völlig normales und legitimes Motiv zur Wahrung eigener Staatsinteressen, nicht zuletzt der eigenen Sicherheit und Prosperität. Die hegemoniale Position impliziert nicht einmal automatisch eine militärische Dominanz. Diese kann sich durchaus auch auf andere Politikfelder gründen, wie etwa die geteilte Hegemonie der Flügelmächte Großbritannien und Russland im 19. Jahrhundert belegt.<sup>5</sup> Um das spezifische Machtpotenzial und die Fähigkeiten zur Vorherrschaft eines Staates zu bemessen, genügt es daher keineswegs, lediglich die Stärke seiner Streitkräfte einzuschätzen, was bereits schwierig genug ist. Vielmehr geht es darum, wie es Correlli Barnett am Beispiel Großbritanniens vorexerziert hat, ein ganzes Konglomerat von Bedingungsgefügen und Gemengelagen zu berücksichtigen: die wirt-

schaftlichen, demographischen und technologischen Ressourcen etwa oder die geographische Lage. Auch vermeintlich weiche und volatile Faktoren wie nationale Strömungen, die Energie, der Ehrgeiz und die Disziplin, mit der die Bevölkerung eine Mission verfolgt und eine Art Sendungsbewusstsein entwickelt. Die besondere Schwierigkeit ist dabei die Verknüpfung der verschiedenen Faktoren und diese in Relation zu den außenpolitischen Verpflichtungen, dem Verhältnis zu anderen Staaten bzw. den internationalen Konstellationen insgesamt zu setzen.<sup>6</sup>

Es ist selbstredend unmöglich, ein solches Programm zur Machtbestimmung in der Kürze eines Artikels abzuwickeln. Die folgenden Überlegungen konzentrieren sich daher in erster Linie darauf, den weithin bekannten enormen Aufschwung des Kaiserreiches zu skizzieren und mit den inzwischen wieder verstärkt thematisierten Hypothesen des Reiches zu verrechnen. Zum 100-jährigen Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges geht es dabei um einen Beitrag zu der Frage, ob das Kaiserreich überhaupt zum „Griff nach Weltmacht“ in der Lage war oder ob bereits seiner hegemonialen Position Grenzen gesetzt waren.

#### **DAS DILEMMA DER „HALBHEGEMONIALEN“ STELLUNG**

Obwohl das Deutsche Reich durch beeindruckende Leistungen auf dem Schlachtfeld gegründet worden war, war es entgegen vielfacher Vermutungen zu keinem neuen Hegemon aufgestiegen. Spätestens nachdem Bismarck in der Krieg-in-Sicht-Krise 1875 von Großbritannien und Russland in die Schranken gewiesen worden war, er das Reich für „saturiert“ erklärt hatte und nachdem selbst seine „ehrlche Maklerrolle“ auf dem Berliner Kongress 1878 weitgehend erfolglos geblieben war, da sie die Spannungen zum Zarenreich auf ein unerträgliches Maß erhöht hatte, galt, was Ludwig Dehio so treffend als „halbhegemoniale“ Stellung beschrieben hat.<sup>7</sup> Gemeint war eine problematische Zwischenposition, die nicht so dominant ist, um den europäischen Nachbarn den eigenen Willen aufzwingen zu können, zugleich aber doch so stark, dass sie als bedrohlich wahrgenommen wurde, Gegenkräfte bündelte, Koalitionen provozierte und stets Gefahr lief, in die

Isolation zu führen. Schuld daran war vornehmlich die europäische Mittellage. Sie gestattete weder eine Flucht nach vorn in einen Präventivkrieg, da die Berliner Führung sich stets mit dem Albtraum einer feindlichen Koalition beschäftigen musste,<sup>8</sup> noch die Rolle des kontinentalen Vermittlers, da auch hier stets Ungemach von Seiten der Unzufriedenen drohte.

Wirklich in Sicherheit konnte sich die neue Zentralmacht trotz aller militärischen Meriten und wirtschaftlichen Erfolge der Gründerzeit in einem Staatensystem mit fünf Großmächten nur auf der Seite von Dreien fühlen. Die Bismarck'sche Außenpolitik war fortan in erster Linie Sicherheitspolitik nach der Vorgabe, dass möglichst „alle Mächte außer Frankreich unserer bedürfen“.<sup>9</sup> Über wechselnde Bündniskonstellationen gelang es dem „eisernen Kanzler“, unter Ausnutzung internationaler Spannungen und wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen die deutsche Position im Mächtegefüge zu wahren, ohne sie allerdings ausbauen zu können.<sup>10</sup> So blieb die Lage des Reiches selbst in der Hochphase der mit Russland „geteilten Hegemonie“ zu Beginn der 1880er-Jahre,<sup>11</sup> in denen sogar der Kolonialerwerb möglich war, insgesamt prekär. Nachdem das Dreikaiserbündnis im Zuge der Doppelkrise Mitte der 1880er-Jahre zerbrochen war, musste Bismarck sogar dazu übergehen, internationale Spannungen nicht nur auszunutzen, sondern sogar zu fördern, um den Draht nach Petersburg aufrechtzuerhalten und eine Zweifrontensituation zu vermeiden. So genial und komplex sein zweites System zwischen Zweibund, Dreibund, Mittelmeerentente und Rückversicherungsvertrag gerade wegen der beabsichtigten Widersprüche zwischen 1887 und 1890 auch war, es wirkte zunehmend artifiziell, offensichtlich auf Zeitgewinn ausgerichtet und letztlich alles andere als stabil. Erklärtes Ziel blieb es, den Bündnisfall gar nicht erst eintreten zu lassen und das Staatensystem auf diese Weise zu managen. Die Komplexität „der Aushilfen“, denen nicht einmal Herbert von Bismarck über den Weg traute,<sup>12</sup> bewies, dass sich das Reich auch zwanzig Jahre nach seiner Gründung noch keineswegs auf dem Weg zu einer Hegemonialmacht befand, sondern, wenn überhaupt, eine „halbhegemoniale“ Stellung für sich reklamieren konnte.

## ATEMBERAUBENDE ENTWICKLUNGEN UND WELTPOLITISCHE AMBITIONEN

Zur Erleichterung vieler gehörte es zu den ersten Amtshandlungen von Bismarcks Nachfolgern, den komplexen Bündnisverstrickungen im Sommer 1890 zu entsagen. Mit „Volldampf voraus“ wollte der junge Kaiser nun seine Landsleute „herrlichen Zeiten“ entgegenführen.<sup>13</sup> Das Wort von der Weltpolitik machte die Runde. Wen interessierten da noch die wenig erfreulichen und kaum zu begreifenden Verstrickungen des Kontinents. Auch Historiker sind angesichts der unerschöpflichen Menge an wohlklingenden Belegen deutschen Tatendrangs in den 1890er-Jahren nicht selten in Versuchung, diese nicht nur einem vermeintlichen Sonderweg zuzuordnen, sondern auch die europäische Gemengelage der Jahrhundertwende zu vernachlässigen. Während für das Bismarckreich die außenpolitischen Zwänge bereits frühzeitig in den historischen Bewertungen berücksichtigt worden sind, galt die wilhelminische Außenpolitik lange in erster Linie als Inbegriff permanenten Versagens. Tatsächlich scheinen die Möglichkeiten des mehr und mehr prosperierenden Reiches um die Jahrhundertwende nahezu grenzenlos, so dass selbst die weiterhin bestehenden geopolitischen Belastungen davor in den Hintergrund rückten.<sup>14</sup> Die wirtschaftlichen und demographischen Daten kannten nur eine Richtung: steil nach oben. Bis 1914 sollte das „zu spät gekommene“ Reich als mächtigster Staat auf dem Kontinent wirken und zu den führenden Wirtschaftsnationen England und USA aufschließen. Nur einige Details sollen die atemberaubende Entwicklung veranschaulichen (siehe Tab. 1).

Zwischen 1880 und 1913 stieg die Bevölkerung um 48 % auf 66,9 Millionen und rangierte damit an dritter Stelle hinter den beiden Riesenstaaten Russland und den USA. Im Vergleich zum Bildungsniveau stellte Deutschland das Zarenreich weit in den Schatten. Das deutsche Bildungssystem mit seinem gegliederten Schulsystem, den polytechnischen Instituten und Universitäten galt als einzigartig in der Welt. Davon profitierte nicht nur die gesamte Wirtschaft des Landes, sondern auch die Armee. So verfügte Deutschland 1914 über die „phantastische Zahl von 112.000 gut ausgebildeter Un-

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Millionen Einwohner<sup>15</sup>

Land	Landfläche in km <sup>2</sup>	1881	1899	1909	1913	Wachstum in %
Russland	5.377.444	72,5	106,2	125,3	175,1	+ 141,5
USA	9.420.670	50,1	74,4	85,8	97,3	+ 94,2
Deutsches Reich	540.777	45,2	54,3	60,6	66,9	+ 48
Österreich- Ungarn	677.667	42,6 (1890)	46,7	50,8	52,1	+ 22,3
Japan	421.300	39,9 (1890)	43,8	49,1	51,3	+ 28,6
Frankreich	536.464	36,9	38,5	39,3	39,7	+ 7,5
England	314.869	34,5	38,1	45	45,6	+ 32,1
Italien	312.352	30,0 (1890)	32,3	34,4	35,1	+ 17

Tabelle 2: Industriepotenzial<sup>16</sup>

Referenzwert Großbritannien in 1900 = 100

Land / Region	1880	1900	1913
Europa	196,2	335,4	527,8
Österreich-Ungarn	14,0	25,6	40,7
Frankreich	25,1	36,8	57,3
Deutsches Reich	27,4	71,2	137,7
Italien	8,1	13,6	22,5
Russland	24,5	47,5	76,6
Großbritannien	73,3	100	127,2
USA	46,9	127,8	298,1
Japan	7,6	13,0	25,1
Welt	320,1	540,8	932,5

teroffizieren“. Frankreich brachte es hingegen lediglich auf 48.000.<sup>17</sup> Was Deutschland im Zeitalter des Imperialismus aber besonders auszeichnete, war dessen Industriepotenzial. Das spiegelte sich insbesondere in der deutschen Kohleförderung, der Eisen- und Stahlproduktion wider. Überall schloss das Reich zur „einstigen Werkbank der Welt“, Großbritannien, auf oder überholte dieses (siehe Tab. 2).

Noch beeindruckender war die Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der neueren Industriezweige: der elektrotechnischen, optischen und chemischen Industrie. Chemische Konzerne wie Bayer oder Hoechst, Elektrokonzerne wie Siemens und AEG beherrschten den Weltmarkt nach Belieben. Bis zum Kriegsausbruch stieg der deutsche Anteil an den Industrierzeugnissen der Welt auf 14,8 % und überholte damit Großbritannien (13,6 %). Die Exporte stiegen kontinuierlich und auch die Handelsmarine expandierte zur zweitgrößten der Welt, obgleich die englische Handelsmarine fünf Mal größer war.

So war es kein Wunder, dass Publizisten wie Friedrich Naumann (1860-1919), Historiker wie Heinrich von Treitschke (1834-1896), Friedrich Meinecke (1862-1954) oder Soziologen wie Max Weber (1864-1920) unisono eine selbstbewusstere Rolle Deutschlands in der Welt sowie eine „nationale Wirtschaftspolitik“ anmahnten.<sup>18</sup> Letzterer brachte das Credo dieser neuen, man könnte beinahe sagen, zweiten Gründerzeit in seiner berühmten Freiburger Antrittsvorlesung 1895 auf den Punkt: „Wir müssen begreifen, dass die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluss und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte.“<sup>19</sup>

Kaum zu klären ist hingegen die Frage, inwiefern diese Stimmen die deutsche Diplomatie beeinflussten. Für Reichskanzler Bethmann Hollweg jedenfalls stand fest, dass mit „solchen Idioten“ keine Außenpolitik zu machen sei.<sup>20</sup> Kaum zu vermeiden war auch, dass Interessengruppen wie der Alldeutsche Verband, die deutsche Kolonialgesellschaft oder der deutsche Flottenverein einen Willen zur Weltgeltung

propagierten, damit das Ausland irritierten und die eigene Regierung in Zugzwang setzten. Das konnte, ja musste bedrohlich auf andere wirken. Andererseits waren solche Stimmen im internationalen Vergleich keineswegs unüblich. Ob in Frankreich, Japan, Italien, den USA und, allen voran, in Großbritannien und Russland – überall finden sich unzählige Äußerungen und Bestrebungen, sich auszudehnen und die Welt an ihrem jeweiligen Wesen genesen zu lassen. Im allgemeinen sozialdarwinistischen Zeitverständnis der Weltreichslehre schien die globale Mächtekonkurrenz unvermeidlich, der Wettlauf um die besten Plätze eine Selbstverständlichkeit.<sup>21</sup>

Die USA reklamierten die gesamte westliche Hemisphäre für sich und gingen zur Hochschutzzollpolitik über, während sie die europäischen Märkte mit ihren Produkten überschwemmt. Zwischen Deutschland und Russland kam es zum andauernden Zollkrieg, und in England wurde ungeachtet der USA als neuer führender Wirtschaftsmacht vor allem der Konkurrenzdruck aus Deutschland verstärkt wahrgenommen. Ein regelrechter Pressekrieg entflammte zwischen beiden Ländern, an dessen Anfang 1896 die „Saturday Review“ mit Blick auf die deutsche Konkurrenz sogar ein „Germaniam esse delendam“ forderte.<sup>22</sup>

In Deutschland wiederum glaubte die Publizistik deshalb, in England den wahren Feind ausgemacht zu haben, der den eigenen Aufstieg, wo es möglich war, behindere. Es ging um Rohstoffressourcen sowie neue Absatzmärkte, und für Großbritannien spielten vor allem neue Investitionsmöglichkeiten eine vergleichbar große Rolle wie für Deutschland potenzielle Siedlungsräume für die schnell wachsende Bevölkerung. Weitere wichtige Motive wie der Wunsch nach Missionierung und die Aufgabe der „Kulturarbeit“ gesellten sich hinzu und lieferten die allgegenwärtige moralische Legitimation zur Expansion. Dass etwa im Zuge der Kolonialpolitik Bismarcks bereits sehr früh klar geworden war, dass sich die deutschen Erwerbungen weder wirtschaftlich noch als Siedlungskolonien eigneten, man aber dennoch daran festhielt, unterstreicht den ideologischen Charakter des Strebens um die Jahrhundertwende.

### FISKALISCHE, MILITÄRISCHE UND MACHTPOLITISCHE GRENZEN

Auf den ersten Blick schien das Reich nun im Kreis der Weltmächte mitzumischen. Auf den zweiten allerdings bleiben Zweifel, sowohl gegenüber dem vermeintlich so aggressiven Expansionsstreben des wilhelminischen Kaiserreiches als auch, was dessen hegemoniale Fähigkeiten anbetrifft. Im Vergleich der imperialen Mächte agierte das Reich überraschend erfolglos. Überall, das ist zweifelsfrei richtig und das war natürlich ein Indiz für den hegemonialen Anspruch, wollte es gefragt werden, gehört werden und mitentscheiden. Doch die machtpolitischen Resultate waren überaus bescheiden. Die noch bei Abgang Bismarcks vorhandene halbhegemoniale Stellung erodierte geradezu nach der Jahrhundertwende. Nicht genug, dass es die Annäherung und Zusammenschlüsse der Entente-Mächte 1904 und 1907 und die Realisierung des „cauchemar des coalitions“ nicht verhindern konnte. Es ging darüber hinaus in allen kolonialen und internationalen Streitigkeiten, ob in Samoa, Marokko, West-Afrika, in Südamerika, bei der Bagdadbahnfrage oder am Persischen Golf, als Verlierer vom Platz. Und selbst als es zwischen 1911 und 1914 zur internationalen Entspannung kam und Deutschland verstärkt mit England kooperierte, hatten die Mittelmächte letztlich das Nachsehen, wie die Balkankriege, die Liman-von-Sanders-Krise oder der „Geheimnisverrat“ um die geheimen anglo-russischen Marinegespräche belegen. Nur in der bosnischen Annexionskrise gelang es Berlin, sich für die Interessen der Habsburgermonarchie durchzusetzen, was allerdings schon bald mehr einem Pyrrhussieg statt einem nachhaltigen diplomatischen Erfolg ähnelte. Die Geschichte des so bedrohlichen „Griffs nach der Weltmacht“ ist daher vornehmlich eine Geschichte des Scheiterns.

Während Großbritannien sein Empire zwischen 1880 und 1912 noch einmal territorial um 35 % vergrößern und einen Bevölkerungszuwachs von 48 % erzielen konnte, Frankreich sein Weltreich sogar verfünffachen und seine Bevölkerung verachtfachen konnte, gelangen dem Kaiserreich in der wilhelminischen Epoche keine nennenswerten Zugewinne mehr.<sup>23</sup> Vielfach wurde das offensichtliche Versagen mit

dem „Zu-Spät-Kommen“ Deutschlands in der Welt begründet. Aber auch die USA, die erst 1898 in den imperialen Wettlauf eingriffen, konnten noch beträchtliche Gewinne verzeichnen.

Eine weitere Erklärung für das schlechte Abschneiden des Kaiserreiches sah die Forschung in dessen aggressivem Säbelgerassel, seiner Rüstungspolitik, namentlich seiner Flottenrüstung, der Kanonenbootpolitik oder dem lauttönenden Auftreten des Kaisers, welches natürliche Gleichgewichtsreflexe bei den Wettbewerbern ausgelöst habe. Doch auch diese Begründung vermag bei näherer Betrachtung nicht zu überzeugen. Nicht nur in Marokko hatte Berlin die Bestimmungen der Madrider Konvention von 1881 zur Gleichbehandlung aller Mächte in dem Land auf seiner Seite, auch in Ägypten und Venezuela mussten britische Diplomaten wiederholt einräumen, dass sich Berlin äußerst wohlwollend und verlässlich verhalten habe.<sup>24</sup>

Selbst dem anti-deutschen „Spectator“ erschien Deutschland aufgrund seiner Mittellage sogar eher zu schwach denn zu stark, erkannte er doch den „Horror, Deutscher zu sein“ und jederzeit mit dem beidseitigen Einfall der stärksten Armeen Europas rechnen zu müssen.<sup>25</sup> Überdies haben jüngere Studien zuletzt verstärkt herausgearbeitet, dass die Mächte, allen voran Großbritannien, eben nicht nur auf das Reich reagierten, sondern vornehmlich eigenen Interessen folgten.<sup>26</sup> Und was das Aggressionspotenzial der Berliner Regierung anbetraf, so verhielten sich andere Großmächte, allen voran das Zarenreich, nicht minder aggressiv. Immerhin war es nicht Deutschland, sondern das autokratische Russland, welches nicht nur immer wieder durch Pogrome gegen die eigene Bevölkerung, insbesondere Juden, auffiel und welches mit seiner expansiven und vertragswidrigen Politik in der Mandschurei einen Großkrieg gegen das aufstrebende Japan entfesselte, dessen verheerender Verlauf bereits viele Entwicklungen des Weltkrieges vorwegnahm. Das soll nicht die Mittelmächte zu Opfern stilisieren, die plumpe Außenpolitik Berlins relativieren oder dessen weltpolitische Ansprüche negieren. Auch eine planvolle Einkreisungspolitik der Ententemächte zu vermuten, geht insgesamt fehl, denn eine solche gab es nicht. Nichtsdes-

totrotz hatten die anderen Wettbewerber im Zeitalter des Imperialismus ureigene Interessen, die für eine Auskreisung und Isolierung des Reiches sprachen.<sup>27</sup> Für die Frage nach dem hegemonialen Potenzial ist es wichtig festzuhalten, dass das Deutsche Reich, wenngleich es mit hegemonialen Ansprüchen auftrat und in allen internationalen Fragen mitspielen wollte, keinerlei maßgebliche Ziele erreichen konnte und wiederholt von den anderen Mächten ausgebremst und dessen Isolierung schließlich bewusst in Kauf genommen wurde.

Warum gelang es aber ausgerechnet dem wirtschaftlich wie militärisch so starken Kaiserreich nicht, seine Potenziale in machtpolitisches Kapital umzumünzen? Ein Grund dafür war sicher, dass eine aktive Wirtschaftsaußenpolitik zumeist als negatives Instrument statt als positives Element zur Herbeiführung zusätzlicher politischer Optionen genutzt wurde. Schon Bismarck verstand sich nur darauf, mit Hilfe wirtschaftlicher Maßnahmen Rivalitäten zu schaffen oder auszunutzen bzw. Druck zu erzeugen. Als vertrauensbildendes Instrument hingegen wurde die wirtschaftliche Stärke erst viel zu spät entdeckt und dann auch nur phasenweise, etwa unter Leo von Caprivi, eingesetzt. Dass die Zunahme deutscher Handelsaktivitäten aber verstärkt als unwillkommene Konkurrenz wahrgenommen wurde, zeigt, dass die Zeit für eine aktive Wirtschaftsaußenpolitik im heutigen Sinne auch im allgemeinen Zeitverständnis noch nicht gegeben war.<sup>28</sup> Wenn wirtschaftliche oder finanzielle Interessen eine außenpolitische Rolle spielten, dann zumeist bei der Interessenwahrung. Aber selbst hier stieß die deutsche Politik an ihre Grenzen. In der Venezuela-Krise zum Beispiel musste das Reich nicht zuletzt aufgrund maritimer Unzulänglichkeiten von London geradezu zur Aktion gedrängt werden, um am Ende als internationaler Störenfried zu gelten.

Erneut war es die kontinentale Mittellage, die deutsche Ambitionen behinderte. Darüber hinaus wirkte sich die chronische Finanzschwäche des Kaiserreiches als wesentliches Handicap aus. Das zeigte sich vor allem in der Rüstungspolitik. Gemeinhin gilt gerade das militärische Potenzial des Reiches vor 1914 zu Lande, aber auch zu Wasser als sicheres Indiz für dessen

hegemoniales Potenzial. Als die „stärkste“ Landmacht sich anschickte, auch zu Wasser aktiv zu werden, bedeutete das, so das gängige Urteil, eine weitere „Revolution der Staatenwelt“. Jüngere Studien haben hier gerade mit dem Mittel des historischen Vergleichs als auch unter Berücksichtigung der Zweifrontenbedrohung in den letzten Jahren jedoch wiederholt Zweifel angemeldet.<sup>29</sup> Nicht nur, dass Deutschland alle Voraussetzungen zu einer Seemacht fehlten, die Royal Navy betrachtete sie, wenn überhaupt, nur im Verbund der anderen Seemächte als Bedrohung.<sup>30</sup> Zu Lande fällt bei der militärischen Entwicklung im Verhältnis zur Reichsbevölkerung ins Auge, dass Deutschland keineswegs unverhältnismäßig gegen seine Nachbarn aufrüstete. International bewegten sich die Truppenzahlen völlig im Rahmen. Für die hegemonialen Bestrebungen des Reiches allerdings waren das schlechte Nachrichten. Denn angesichts der Zweifrontenbedrohung durch die französisch-russische Militärkonvention von 1894 genügten die Truppenstärken keineswegs (siehe Tab. 3).

Bei aller Vorsicht gegenüber rein quantitativen Größen deuten die Zahlen weniger auf eine bis an die Zähne hochgerüstete, aggressive Großmacht auf dem Sprung zur Hegemonie als vielmehr auf ein zunehmendes Sicherheitsproblem. Denn aus historischer Sicht mag es richtig sein, dass etwa der französische Generalstab seinen eigenen Rekruten nur wenig zutraute und das Zarenreich weder genügend Waffen noch ausreichend Munition, Ausrüstung und Offiziere besaß, um seine millionenstarke Reservearmee auszustatten und zu führen.<sup>31</sup> Gleichwohl, gegenüber der in militärischen Angelegenheiten eher unwissenden Öffentlichkeit gehen diese Einschränkungen ins Leere. Schließlich operierten auch die Zeitgenossen schon aus Gründen der immer komplexeren militärtechnologischen Sachverhalte mit Zahlenwerken statt mit komplizierten qualitativen Erörterungen. Die realen Kräfteverhältnisse waren daher kaum abzuschätzen, weshalb gerade bei den Rüstungen zu Lande nicht selten Quantitäten statt Qualitäten die Grundlage politischer Entscheidungen bildeten. Es handelte sich also keineswegs um plumpe Manipulationen,<sup>32</sup> wenn deutsche Generalstäbler sich zunehmend im militärischen

Tabelle 3: Militärische Entwicklung Truppenzahlen (Heer und Flotte in Tsd.) im Verhältnis zur Bevölkerung<sup>33</sup>

	England	Frankreich	Russland	Deutsches Reich	Österreich-Ungarn	USA
<b>1880</b>	367	543	791	426	246	34
<b>% der Bevölk.</b>	1,06	1,5	1,1	1,0	0,8	0,1
<b>1900</b>	624	715	1162	524	385	96
<b>% der Bevölk.</b>	1,6	1,9	1,1	0,96	0,9	0,13
<b>1910</b>	571	769	1285	694	425	127
<b>% der Bevölk.</b>	1,3	2,0	1,0	1,1	0,9	0,14
<b>1914</b>	532	910	1352	891	444	164
<b>% der Bevölk.</b>	1,2	2,3	1,1	1,3	0,9	0,17

Hintertreffen wähten. Denn ausgerechnet zu Lande schien das Kaiserreich seine Möglichkeiten offenbar nicht auszuschöpfen. So blieb es im Durchschnitt bei der in Artikel 60 der Reichsverfassung erwähnten Friedenspräsenzstärke von ca. 1 % der Bevölkerung. Ob bei den Pro-Kopf-Ausgaben oder den Ausgaben im Vergleich zum Nationalprodukt, Deutschland bildete keine Ausnahme und gab mit 28 Mark pro Einwohner weniger aus als Frankreich (31 Mark) oder England (32 Mark).<sup>34</sup> Erst

nachdem 1912 das kostspielige Wettüsten zu Wasser zugunsten Englands entschieden war, konzentrierte sich Berlin wieder auf die Heeresrüstung, die lange auf dem Stand der Einigungskriege verharrt hatte, und versuchte vergangene Versäumnisse nachzuholen. Wie wenig man im Sommer 1914 in Berlin offenbar für einen Krieg plante, zeigt nicht nur die Tatsache, dass man die gesamte militärische Führung in Urlaub schickte, sondern auch dass die Munitionsvorräte nur bis Oktober ausreichten.<sup>35</sup>

Tabelle 4: Militärausgaben im Verhältnis zum Nettoinlandsprodukt<sup>36</sup>

Jahre	England	Frankreich	Russland	Österreich-Ungarn	Deutsches Reich	Italien	Durchschnitt
<b>1901</b>	7,1	4,6	3,9	2,7	4,1	3,2	4,3
<b>1903</b>	4,2	4,1	3,9	2,7	3,9	3,3	3,7
<b>1906</b>	3,1	3,9	8,7	2,3	3,8	2,7	4,1
<b>1909</b>	3,3	3,8	4,3	3,0	4,0	2,9	3,6
<b>1913</b>	3,4	4,3	5,1	3,5	4,9	5,1	4,4
<b>Durchschnitt</b>	4,2	4,1	5,1	2,8	4,1	3,4	4,0

Dies ist umso überraschender, unterstellten doch gerade Fritz Fischer und seine Schüler unverhohlene Kriegsabsichten. Aber es ist allzu offensichtlich, dass Deutschland am Vorabend des Krieges militärisch zurückfiel. Auch wenn die Friedensstärke noch einmal durch die letzten Reformen von 588.000 im Jahre 1904 auf 761.000 Mann 1914 angehoben wurde, die französischen und russischen Armeen wuchsen wesentlich rasanter. Noch 1904 betrug der Vorsprung der französisch-russischen Allianz 260.982 Soldaten. 1914 betrug die Lücke zu den Mittelmächten bereits 1,3 Millionen. War das allein über einen besseren Bildungsstand, wirtschaftliche Erfolge, viele Unteroffiziere und bessere Militärtechnik aufzufangen?

Für den Kriegsfall konnten Wien und Berlin 3,5 Millionen Soldaten stellen, gegenüber 5,4 Millionen auf Seiten der Ententemächte.<sup>37</sup> Schlieffen und Moltke wussten, dass die positive demographische Entwicklung in die Irre führe, wenn es Deutschland nicht gelänge, diesen Vorteil auch an die Front zu bringen.<sup>38</sup> Zweifellos war Deutschland eher in der Lage, eine große Anzahl Reservisten einzuberufen. Es ist auch richtig, dass Frankreich seinen Rekruten nicht allzu viel zutraute. Gleichwohl wirkten in der Situation zunächst einmal die nackten Zahlen, und auch die deutsche Führung konnte nicht mit Sicherheit sagen, wie verlässlich und militärisch schlagkräftig ihre Reservisten waren. Es ist richtig, dass Deutschland seine eigenen Fähigkeiten unterschätzte und die Angriffsmacht Russlands überschätzte. Gleichwohl führten allein die Heereszahlen zu geringeren diplomatischen Druckmitteln. Kriegspläne hin oder her, in Berlin und Potsdam verdichtete sich der Eindruck, dass es mehr um die Selbstbehauptung durch schnelle Schläge gegen eine Phalanx von Feinden als um weitreichende Weltmachtphantasien ging. Diese gingen, sollten sie gelingen, natürlich mit der Erringung einer hegemonialen Position einher. Aber ein Erfolg schien mit zunehmender Dauer alles andere als sicher.

Ein Grund für die nachteilige Entwicklung war sicher die fehlgeleitete Konzentration auf die Marinerüstung. Auf einen anderen Grund hat Niall Ferguson vor einigen Jahren hingewiesen: die fiskalische Struktur des Kaiserreiches.<sup>39</sup> Bis heute wird vielfach übersehen, dass

für die Bewertung des hegemonialen Potenzials im Zeitalter der Moderne weniger die industrielle, wirtschaftliche oder demographische Entwicklung zählen, sondern vielmehr die finanzpolitische Kraft und deren Beweglichkeit. Die Bedingungen des „fiscal-military state“ des 18. Jahrhunderts, der sich vor allem über Steuereinnahmen und durch eine klare Verantwortlichkeitsstruktur auszeichnete, galten zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach wie vor.<sup>40</sup> Ein genauerer Blick auf die Finanzdaten belegt: Das Kaiserreich war finanzpolitisch zu schwach und zu dezentral strukturiert, um seine militärische Stärke zur Geltung zu bringen.

Während sich London von der „Werkbank“ zum Kreditgeber der Welt entwickelt hatte und um die Jahrhundertwende bereits den industriepolitischen Verlust weitgehend durch seinen finanzpolitischen Einfluss wett gemacht hatte, fiel die fiskalische Struktur des Kaiserreiches zurück und wurde bei den relativen Rüstungsausgaben in der Regel von Frankreich und Russland übertroffen. Selbst 1913, nach zwei aufeinanderfolgenden Armeevorlagen, gab Berlin zwar mit 3,5 % mehr als Großbritannien (3,1 %) und Österreich-Ungarn (2,8 %), aber noch immer weniger als Frankreich (3,9 %) und Russland (4,6 %) aus. Wenn Deutschland im Begriff war, entweder nach der Weltmacht zu greifen, oder sich im besonderen Maße durch die französisch-russischen Rüstungen bedroht fühlte, warum forcierte es nicht seine Anstrengungen? Zumal, wenn es nach den Wirtschaftsdaten durchaus höhere Ausgaben hätte stemmen können? Die Haupthindernisse waren neben der verhältnismäßig hohen Staatsquote das Budgetrecht des Reichstages (Art. 62) und die föderale Struktur. Das Reich blieb unter den gegebenen Kräfteverhältnissen im Reichstag bis zuletzt ein „Kostgänger“ seiner Einzelstaaten und von deren Matrikularbeiträgen abhängig. Wenn die Ausgaben des Staates beständig stiegen, so war das in erster Linie nichtmilitärischen Ausgaben geschuldet. Hinzu kam, dass es, anders als Großbritannien, über keine feste Einnahmequelle aus Einkommenssteuern verfügte und auch nicht in dem Maße in der Lage war, wie Russland oder Frankreich große Anleihen auf dem internationalen Kapitalmarkt zu platzieren. Die wachsenden öffentlichen Aus-

gaben und der durchweg hohe Schuldendienst von durchschnittlich 60 % des Nettoinlandsproduktes mussten, anders als bei den zentralistisch organisierten Rivalen, hauptsächlich über Konsumsteuern und Zölle bedient werden, die zu Lasten der Militärausgaben gingen.<sup>41</sup> Während das Machtpotenzial des Reiches auf diese Weise objektiv gebremst wurde, erhöhte sich das subjektiv empfundene Unsicherheitsgefühl. Den kostenintensiven internationalen Rüstungswettlauf konnte Deutschland ohne eine grundlegende Finanzreform nicht gewinnen, weshalb nicht zuletzt Bernhard von Bülow eine Finanzreform als „eine Frage von Leben und Tod“ bezeichnete.<sup>42</sup>

Die historische Forschung hat jahrzehntelang auf das wirtschaftliche und militärische Machtpotenzial Deutschlands verwiesen und die Julikrise letztlich als Vorwand, wenn nicht unbedingt für einen Griff nach der Weltmacht, so doch zumindest nach der europäischen Hegemonie gewertet.<sup>43</sup> Betrachtet man das Potenzial des Kaiserreiches dazu, so fällt das Fazit doch eher nüchtern aus. Ohne Frage hatte das Reich nach seiner Gründung eine rasante wirtschaftliche Entwicklung genommen. Dies gilt vor allem, was den kontinentalen Maßstab anbelangte. Im direkten Vergleich mit Frankreich und Österreich-Ungarn deutete die Entwicklung zweifellos auf eine dominierende Rolle hin. Im Vergleich zu den etablierten Weltmächten Großbritannien und Russland bzw. den USA relativierten sich die Berliner Erfolgsaussichten jedoch. Während dem Reich zugetraut wurde, sich in der europäischen Mitte als feste Größe zu etablieren und dem Kontinent seinen Stempel aufzudrücken, so fällt global gesehen eher das Ringen der angelsächsischen, slawischen und asiatischen Völker ins Auge. Auf allen Gebieten des modernen Wirtschaftslebens gehörte Deutschland fraglos zur ersten Riege der modernen Wirtschaftsnationen. Allein, es gelang nicht, diese Stärke in machtpolitische Erfolge umzusetzen. Die Mittellage erwies sich insgesamt als zu großes Handicap, welches die Kosten in die Höhe trieb und die strukturelle Finanzschwäche des Reiches verdeutlichte. Darüber hinaus erodierte selbst die durch die Bismarck'sche Bündnisdiplomatie erreichte Stellung als attraktiver Bündnispartner so sehr, dass

Großbritannien die Mittelmeerentente auslaufen ließ und sich lieber seinen traditionellen Rivalen annäherte.<sup>44</sup> Mitteleuropapläne à la Friedrich Naumann, denen gerade die wirtschaftliche Stärke des Reiches zum Erfolg verhelfen sollte, waren eine logische Konsequenz.

Aber noch war das Zeitalter des verdichteten Warenaustauschs und der positiven Wirtschaftsaußenpolitik, die eine Mittellage begünstigte, nicht gegeben. Im Sommer 1914, dies gilt inzwischen als Tenor der neueren Forschung, griff Berlin jedenfalls nicht nach der Weltmacht. Wenn überhaupt, so handelte es sich um den Versuch, die „begrenzt-hegemoniale Stellung“ der Bismarck-Ära zurückzugewinnen.<sup>45</sup>

---

#### || DR. ANDREAS ROSE

Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl für  
Neuere und Neueste Geschichte am Institut für  
Geschichtswissenschaften an der Rheinischen  
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Zit. nach Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt a. M., 2. Aufl., 2007, S. 74.
- <sup>2</sup> Zit. nach Morley, John: The Life of William Ewart Gladstone, Bd. II, London 1903, S. 357.
- <sup>3</sup> Zit. nach Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart 1995, S. 13.
- <sup>4</sup> Hildebrand, Klaus: „Staatskunst oder Kriegshandwerk“. Akteure und System der europäischen Staatenwelt vor 1914, in: Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente, hrsg. von Hans Ehlert u. a., Paderborn u. a. 2006, S. 21-44, 28.
- <sup>5</sup> Vgl. Schroeder, Paul W.: The Mirage of Empire versus the Promise of Hegemony, in: Systems, Stability, and Statecraft: Essays on the International History of Modern Europe, hrsg. von Paul W. Schroeder, New York 2004, S. 298-305; Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin, 2. Aufl., 2005, S. 11-34.
- <sup>6</sup> Barnett, Correlli: The Collapse of British Power, London / New York 1972, S. xi.
- <sup>7</sup> Dehio, Ludwig: Deutschland und die Epoche der Weltkriege, in: Historische Zeitschrift 173/1952, S. 77-94, hier S. 80.
- <sup>8</sup> Vgl. dazu u. a. Schmidt, Rainer F.: Bismarck. Realpolitik und Revolution, Stuttgart 2004, S. 191-195.
- <sup>9</sup> Bismarck, Kissinger Diktat, 15.6.1877, Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914, Sammlung der diplomatischen Aktenstücke des Auswärtigen Amtes, hrsg. von Johannes Lepsius u. a., 40 Bde., Berlin 1922-1927, Bd. 2, Nr. 294, S. 153-154.
- <sup>10</sup> Vgl. Rose, Andreas: Otto von Bismarck und das (außen-)politische Mittel der Handels- und Schutzzollpolitik, in: Otto von Bismarck und die Wirtschaft, hrsg. von Michael Epkenhans und Ulrich von Hehl, Paderborn u. a. 2013, S. 77-96.
- <sup>11</sup> Canis, Konrad: Bismarcks Außenpolitik 1870-1890. Aufstieg und Gefährdung, Paderborn u. a. 2004.
- <sup>12</sup> Herbert von Bismarck an Wilhelm von Bismarck, 19.6.1887, zit. nach Hildebrand: Das vergangene Reich, S. 121.
- <sup>13</sup> Zit. nach ebd., S. 149.
- <sup>14</sup> Besonders deutlich wird dies bei Brechtken, Magnus: Scharnierzeit 1895-1897. Persönlichkeitsnetze und internationale Beziehungen in den deutsch-britisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, Mainz 2006.
- <sup>15</sup> Zahlen gerundet aus Neher, Michael: Der Imperialismus. Das Deutsche Reich und seine europäischen Nachbarn im Zeitalter der imperialen Expansion (1880-1914), Freiburg, 5. Aufl., 1979, S. 25; Kennedy, Paul M.: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt 1989, S. 308.
- <sup>16</sup> Ebd., S. 311.
- <sup>17</sup> Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte, S. 342.
- <sup>18</sup> Heinrich von Treitschke in einer Vorlesung an der Berliner Universität 1890, zit. nach von Treitschke, Heinrich: Politik, Vorlesungen, gehalten an der Universität zu Berlin, hrsg. von Max Cornelius, Bd. 1, Leipzig, 5. Aufl., 1922, S. 42-43.
- <sup>19</sup> Zit. nach Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1969, S. 69-70.
- <sup>20</sup> Mommsen, Wolfgang J.: Public Opinion in Wilhelmine Germany, 1897-1914, in: Central European History 24/1991, S. 381-401.
- <sup>21</sup> Vgl. Neitzel, Sönke: Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn u. a. 2000.
- <sup>22</sup> Saturday Review, 11.9.1897. Zum Pressekrieg zwischen England und Deutschland vgl. Geppert, Dominik: Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896-1912), München 2008. Zum englischen politischen Raum jetzt Rose, Andreas: Der politische Raum Londons und die öffentlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland vor 1914, in: Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, hrsg. von Frank Bösch und Peter Hoeres, Göttingen 2013, S. 95-121.
- <sup>23</sup> Vgl. Mommsen, Wolfgang J.: Imperialismus. Seine geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen, Hamburg 1977, S. 37-38.
- <sup>24</sup> Grey an Maxse, 21.6.1904, Nachlass Leopold Maxse, West Sussex Record Office, MAXSE/452. Thomas Sanderson, Memorandum, 21.2.1907, Gooch, George Peabody / Temperley, Harold (Hrsg.): British Documents on the Origins of the War, 1898-1914, Bd. III, London 1928, Anhang B, S. 421-431.
- <sup>25</sup> The Spectator, 18.5.1901, zit. nach Rose, Andreas: Zwischen Empire und Kontinent. Die britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, München 2011, S. 74. Weitere ähnliche Äußerungen, ebd. S. 360.
- <sup>26</sup> Vgl. Geppert, Dominik / Rose, Andreas: Machtpolitik und Flottenbau vor 1914. Zur Neuinterpretation britischer Außenpolitik im Zeitalter des Hochimperialismus, in: Historische Zeitschrift 293/2011, S. 401-437.
- <sup>27</sup> Schroeder, Paul W.: Stealing Horses to great applause, in: An Improbable War: The Outbreak of World War I and European Political Culture, hrsg. von Holger Afflerbach und David Stevenson, London 2007, S. 17-42.
- <sup>28</sup> Vgl. zur Bismarckschen Wirtschaftspolitik Rose: Otto von Bismarck und das (außen-)politische Mittel der Handels- und Schutzzollpolitik, S. 77-96.

- <sup>29</sup> Vgl. u. a. Schmidt, Stefan: Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, München 2009; McMeekin, Sean: The Russian Origins of the First World War, Cambridge Mass. 2011. Völlig ignoriert werden neuere Ergebnisse indes zuletzt von Krumreich, Gerd: Das Nahen des Weltkriegs, in: Damals, Sonderband 2013: Der Erste Weltkrieg, S. 7-22.
- <sup>30</sup> Lord Selborne an Arthur J. Balfour, 28.10.1903, Nachlass John S. Sandars, Bodleian Library Oxford, MSS Eng.hist. c. 715.
- <sup>31</sup> Ebd.
- <sup>32</sup> Ferguson, Niall: Public Finance and National Security. The Domestic Origins of the First World War Revisited, in: Past and Present 142/1994, S. 141-168, hier S. 146.
- <sup>33</sup> Vgl. Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte, S. 308, 313.
- <sup>34</sup> Ebd., S. 164.
- <sup>35</sup> Zur „Munitionskrise“ vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003, S. 48.
- <sup>36</sup> Stevenson, David: Armaments and the Coming of War, Oxford 2000, S. 6.
- <sup>37</sup> Reichsarchiv, Der Weltkrieg, Bd. I: Die militärischen Operationen zu Lande, Berlin 1925, S. 22.
- <sup>38</sup> Förster, Stig: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985, S. 164, 205.
- <sup>39</sup> Ferguson: Public Finance and National Security.
- <sup>40</sup> Vgl. Brewer, John: The Sinews of Power. War, Money, and the English State, 1688-1783, London 1989.
- <sup>41</sup> Ferguson: Public Finance and National Security, S. 162-165.
- <sup>42</sup> Zit. nach Berghahn, Volker: Germany and the Approach of War in 1914, London 1973, S. 83.
- <sup>43</sup> Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18, Düsseldorf 1967, S. 46-47.
- <sup>44</sup> Rose: Zwischen Empire und Kontinent.
- <sup>45</sup> Vgl. u. a. Clark, Christopher M.: The Sleepwalkers. How Europe went to War, London 2013; Neitzel, Sönke: Kriegsausbruch. Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900-1914, Zürich 2002; Canis, Konrad: Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902-1914, Paderborn u. a. 2011, S. 686.

# 1914: AUFBRUCH ZUR KULTURELLEN FÜHRUNG?

## Die Werkbund-Ausstellung in Köln

**FRIEDRIKE WEIMAR** || Die Werkbund-Ausstellung (ab Mai 1914) in Köln bot nicht nur einen „Überblick über den heutigen Stand der deutschen ‚Qualitätsarbeit‘“,<sup>1</sup> sondern sie wollte auch ein „Aufbegehren der Pickelhauben“, eine „kleine deutsche Invasion“ sein.<sup>2</sup> Die Ausstellung und die mit ihr verbundenen Themen spiegelten auf kultureller Ebene die innenpolitischen Hoffnungen auf eine Einheit des jungen, föderativ organisierten Staates und auf eine Struktur – von manchen konservativ, von anderen demokratisch gewünscht.

### VORGESCHICHTE

1887 beschloss das englische Parlament, dass auf importierten Waren das Herkunftsland angegeben werden müsse; drei Jahre später wurde das Gesetz von vielen weiteren Staaten übernommen.<sup>3</sup> Die Warenkennzeichnung war als Affront der Engländer insbesondere gegen Deutschland gemeint, denn „made in Germany“ hieß seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „billig und schlecht“. In Deutschland gründeten sich schnell Initiativen, um aus der Schmähebezeichnung ein Qualitätssiegel zu machen,<sup>4</sup> die wichtigste wurde der 1907 ins Leben gerufene Deutsche Werkbund. Anders als der Arts-and-Crafts-Movement in England setzte der Deutsche Werkbund von Anfang an auf eine Zusammenarbeit von Kunst und Industrie. Es ging nicht um eine Wiederbelebung handwerklicher Traditionen, sondern um eine künstlerische Gestaltung von industriell hergestellten Massenprodukten: „Vom Sofakissen bis zum Städtebau“.<sup>5</sup>

Zur Gründungsversammlung luden sechs Künstler und sechs Firmen ein, und etwa einhundert Architekten, Künstler, Kunsthandwerker, Museumsleute, Politiker und Vertreter von Unternehmen folgten der Einladung. Denn, so war 1914 eine verbreitete Meinung: „Der Mensch im Zeitalter des Eisens und des Betons, der elektrischen Schnellbahn und des Luft-

schiffs ist ja überhaupt ein anderer als jener aus der gemütlichen Zeit der Postkutsche und des Biedermeiertums. Was uns Heutigen not tut: ein[e] neue ästhetische Kultur, die unser Dasein lebenswerter macht, indem sie ringsum Schönheit verbreitet, das erstrebt der Deutsche Werkbund.“<sup>6</sup> Das Bündnis mit der Industrie war das Revolutionäre, das Neue und das Eigene des Deutschen Werkbundes<sup>7</sup> und das Zukunftsweisende, der Aufbruch zu einem neuen Verständnis von Modernität.

Doch gerade diese enge Verknüpfung von künstlerischem und industriellem Schaffen führte innerhalb des Werkbundes zu vehementen Auseinandersetzungen. Und die Werkbundausstellung 1914 brachte mit ihrer zeitgleichen Jahresversammlung der Mitglieder auch eine „Werkbundkrise“,<sup>8</sup> die sich im Grundsatzstreit zwischen Hermann Muthesius und Henry van de Velde zuspitzte. Es ging um Typisierung gegenüber künstlerischer Individualität, die die Produkte des Werkbundes prägen sollten.<sup>9</sup> Entsprechend der unterschiedlichen Positionen zeigte die Werkbundausstellung ein vielfältiges Spektrum an modernen Ausdrucksformen.<sup>10</sup> Einig war man sich zwar darüber, dass die Produkte „qualitätsvoll“ sein sollten, aber Qualität wurde sehr unterschiedlich definiert – sowohl ästhetisch als auch hinsichtlich des Herstellungsverfahrens.<sup>11</sup>

Abbildung 1: Peter Behrens, Werkbund-Ausstellungsplakat, 1914



Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/K%C3%B6lner\\_Werkbundaussstellung](http://de.wikipedia.org/wiki/K%C3%B6lner_Werkbundaussstellung), Stand: 12.9.2013.

Der erste große Höhepunkt (und zugleich auch ein erster Schlusspunkt)<sup>12</sup> in der Geschichte des Deutschen Werkbundes war die auf eine internationale Wirkung ausgerichtete Ausstellung 1914 in Köln. Etwa eine Million Gäste besuchten die Schau, für die die Stadt ein Gelände von 350.000 m<sup>2</sup> gegenüber der Kölner Altstadt (auf dem Deutzer Rheinufer) zur Verfügung gestellt hatte.<sup>13</sup>

### DEUTSCHE WERKBUND-AUSSTELLUNG CÖLN 1914

Der Schwerpunkt der umfassenden Schau lag auf der Präsentation moderner Architektur und vorbildlichen Designs.

48 renommierte deutsche und österreichische Architekten hatten die Ausstellungsgebäude entworfen. Das Haupthaus stammte von Theodor Fischer, weitere wichtige Gebäude von Peter Behrens, Josef Hoffmann, Bruno Paul, Margarete Knüppelholz-Roeser, Adolf Meyer, Wilhelm Kreis, Hermann Muthesius und Georg Metzendorf.

Zu ihrem Wahrzeichen wurde schnell die abends bunt leuchtende Architektur-Skulptur „das Glashaus“ von Bruno Taut. Auch das Theater von Henry van de Velde und die Fabrik- und Verwaltungsgebäude von Walter Gropius erkannte man bereits damals als wegweisend. Sie „scheinen die Ankunft einer Architektur anzukündigen, welche die industrielle Moderne entschieden bejaht“.<sup>14</sup> Ein Blick auf die gesamte Architektur der Ausstellungsbauten präsentiert jedoch eher einen Querschnitt durch das Stilvokabular der Zeit: Es gab ein „Rheinisches Dorf“ im Regionalstil und vielfach historisierende Anklänge an den Barock, die Renaissance und den Klassizismus.

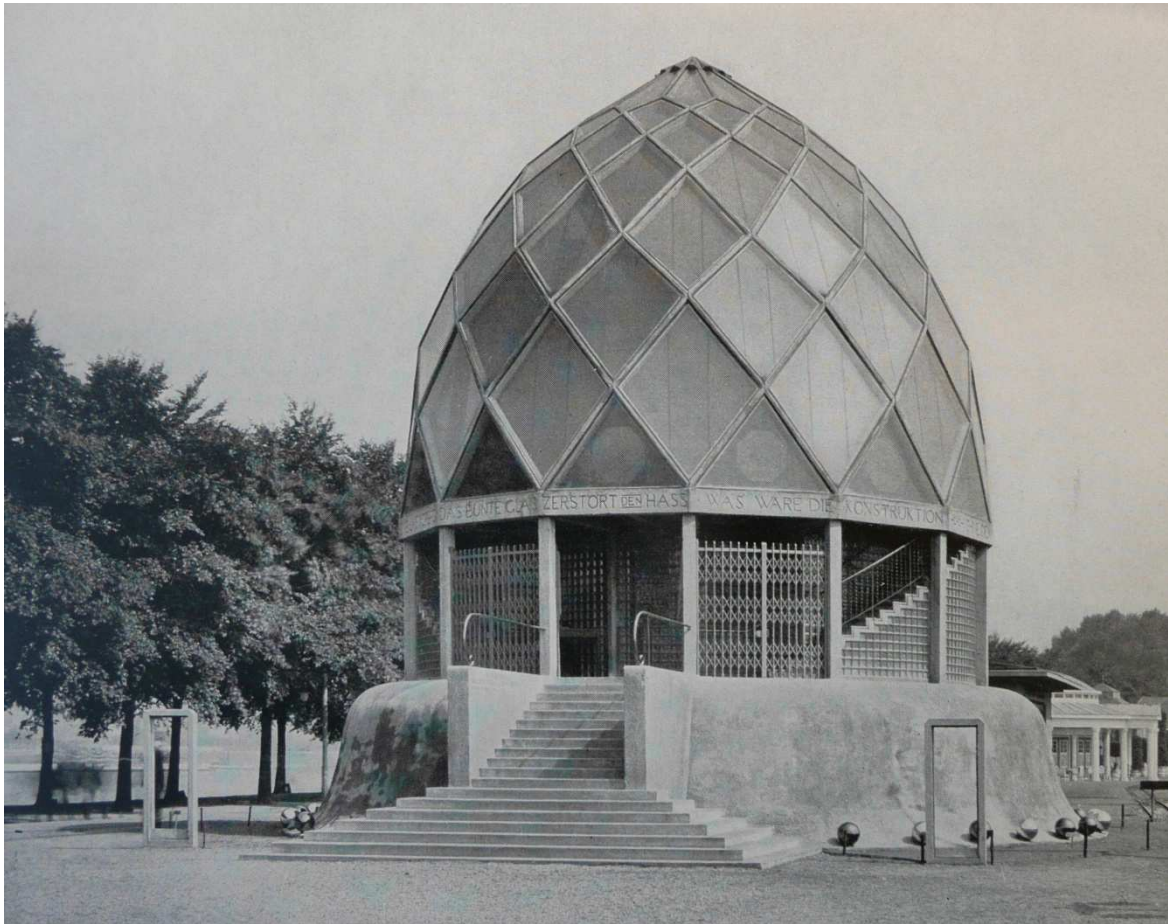
Das Werkbund-Theater von Henry van de Velde (1863-1957) ist eines der Hauptwerke des vor allem als Architekt und Designer tätigen Künstlers. Da der Belgier in Deutschland lebte und arbeitete, bezeichnete man ihn seitens des Werkbundes als „Wahldeutschen“<sup>15</sup> und als solchen durchaus geeignet, um an einer

Abbildung 2: Henry van de Velde, Werkbund-Theater, 1914



Quelle: Die Kunst. Monatsheft für freie und angewandte Kunst 30/1914, S. 500.

Abbildung 3: Bruno Taut, Glashaus, 1914



Quelle: Deutsche Form im Kriegsjahr. Die Ausstellung Köln 1914 (= Jahrbuch des Deutschen Werkbundes 1915, München 1915).

neuen deutschen Formfindung mitzuwirken. Im Zentrum des Entwurfs stand seine Idee von einer dreiteiligen Bühne. Diese sollte einen Übergang von einer Szene zur nächsten ohne Unterbrechungen durch Umbauten ermöglichen. Außerdem wollte van de Velde eine größtmögliche Ausdehnung der Bühne erreichen, „die mir selbst auf dem größten Theater der Welt zu gering und daher alle dramatische Handlung in ihrem Fluge hemmend erschienen war“. Und schließlich lehnte er „jede Einrahmung der Bühne“ ab, um „die Handlung gegen das Publikum hin“ auszudehnen, „um möglichst die Vorstellung zu unterstreichen, dass das Drama in unsrer Mitte, so nah wie möglich bei uns, sich abspielte“.<sup>16</sup> Dem Prinzip des Jugendstils verpflichtet, entwickelte van de Velde den Bau von innen nach außen, und an der äußeren Form sind die Innenräume ablesbar: Die Außenwände springen

vor und zurück, bilden Erker und haben unterschiedliche Höhen. „Ein Geschmiede streng bemessener Gebilde, Flächen, Umrisse, fast der Struktur eines Schiffes verwandt; nicht Fassade, sondern Organismus; nicht festliche Gelassenheit, sondern gespannter Formwille. Kurz und gut: van de Velde.“<sup>17</sup> Klare Vertikalen und Horizontalen fügten sich mit sanften Rundungen und den elliptischen Fensterdurchbrüchen rechts und links vom Haupteingang zu einer strengen Spielart des Jugendstils.

Inspiziert von der phantastischen Literatur Paul Scheerbarts (1863-1915) über Glasarchitektur und von den Möglichkeiten, die die moderne Glasindustrie bot (die den Bau maßgeblich förderte und als Werbung für sich betrachtete), entwarf Bruno Taut (1880-1938) seinen ersten international beachteten Bau: das Glashaus. Die Grundform des Baus (aus Eisenbeton), der

keinen Zweck erfüllen, sondern „ein Gewand für die Seele“<sup>18</sup> sein sollte, war ein Tambour, der in eine zugespitzte, vielfach facettierte Kuppel überging. Tagsüber spiegelte das Glas seine Umgebung, nachts wurde es farbig beleuchtet. Das Innere glied mit seinen verschiedenen Gläsern („Glastafeln, Kristallprismen, Smalten, kurz alle Spielarten des Glases“),<sup>19</sup> die teils eingefärbt, teils farbig beleuchtet und teils durch ihren prismatischen Schliff farbig wirkten, einem Zauberland. Ein Wasserfall, ebenfalls farbig beleuchtet, ergoss sich über mehrere Stufen. Licht und Wasser unterstrichen so die utopische Architektur. Im Jahrbuch des Werkbundes von 1915 heißt es begeistert: Ein „Jungquell der Anregung ... so erfrischend und blinkend wie der Wasserfall, der innen unter der glitzernden Kuppel zwischen Glasfenstern und Glasfliesen und Luxferprismen und Mosaiken über leuchtende Strahlen niederrann. ... Wirklich klingende Musik ... in diesem kleinen Juwel.“<sup>20</sup> Das Glashaus von Bruno Taut wurde zu einer Ikone für eine utopische Architektur und regt bis heute Künstler und Wissenschaftler an.<sup>21</sup>

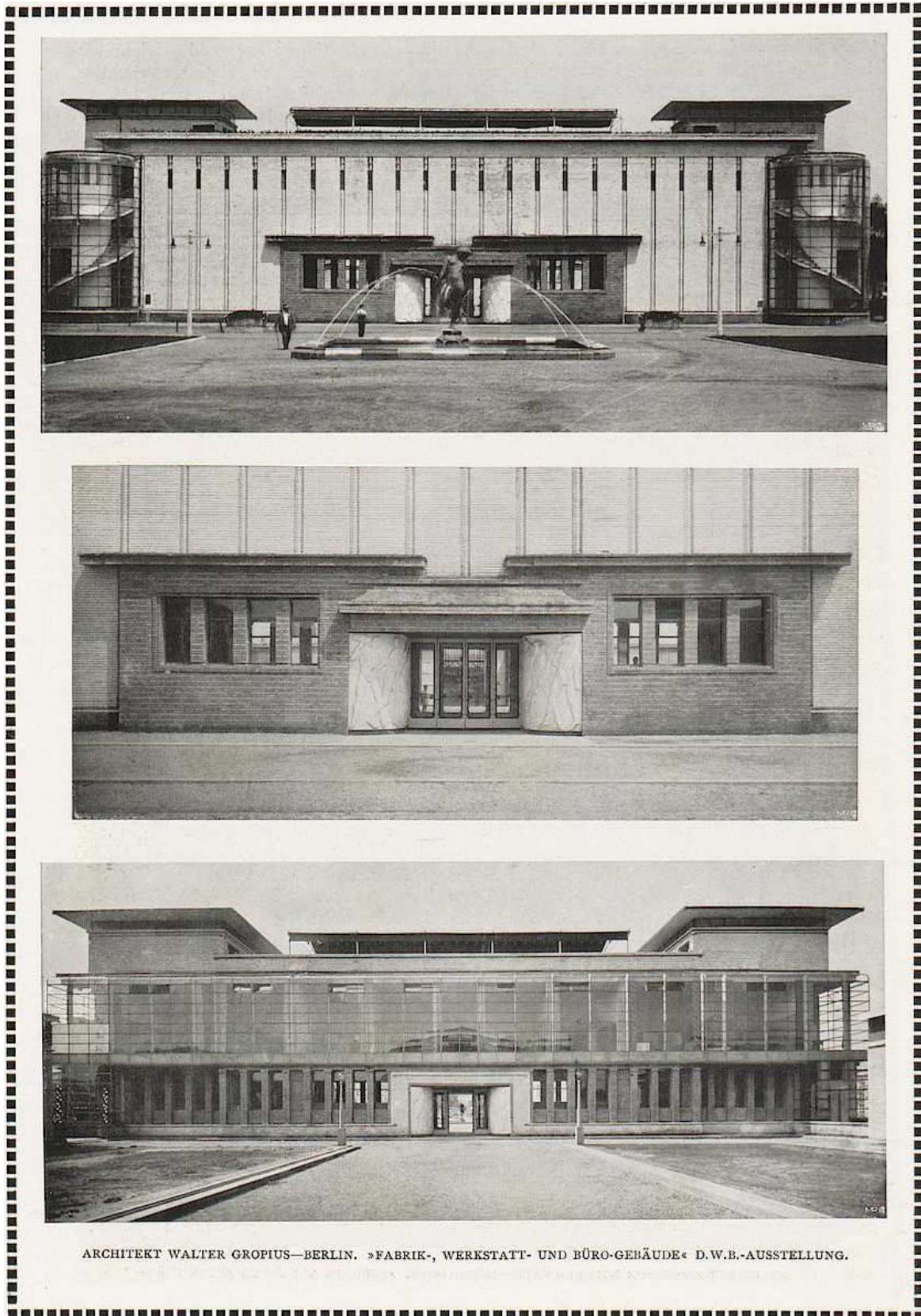
Wie moderne Industriearchitektur aussehen konnte, hatte Walter Gropius (1883-1969) bereits 1911/12 im Fagus-Werk (einer Fabrik für Schuhleisten) in Alfeld gezeigt. Für die Werkbund-Ausstellung entwarf der Architekt und Industriedesigner eine noch kühnere Variante eines Fabrik- und Bürohauses – geprägt durch seine kubische Form, die Zur-Schau-Stellung der Konstruktion und den Einsatz von viel Glas. „Bei der Anlage des Bureauhauses war klare Übersichtlichkeit des Grundrisses entsprechend dem Organisationsgang des Betriebes, verbunden mit reichlicher Lichtzuführung, maßgebend. Die Einrichtung des Hauses mit Möbeln und Kleingerät ist bis in die Einzelheiten der kaufmännischen Buchführung hinab betriebsfertig durchgeführt. Das flache Dach wurde zum Dachgarten als Erholungsstätte für die kaufmännischen Angestellten ausgebaut. Die Maschinenhalle, eine neue Konstruktion freigespannter Blechbinder, enthält in übersichtlicher Verteilung die ausgeprägtesten Entwicklungstypen moderner ...-maschinen, feinmechanischer Instrumente, Werkzeuge und industrieller Fabrikate.“<sup>22</sup> Die Glasfront, die vor den steinernen Pfeilern verläuft, hatte Gropius bereits für das Fagus-

Werk geplant, aber dort nicht umsetzen können. Das Werkbund-Gebäude zeigt nun diesen Fassaden-Vorhang aus Glas. Neuartig und später vielfach zitiert (aber bei den Zeitgenossen ebenfalls sehr umstritten) waren auch die gläsernen Treppenhäuser an den Ecken des Gebäudes. An die Stelle der traditionellen Fabrikgebäude, die die Solidität des Unternehmens durch massiv und schwer wirkende Bauten suggerierten und die Arbeiter von den Verwaltungsangestellten deutlich trennten, setzte Gropius eine leichte, luftige und transparente Architektur, die einer Verbesserung sowohl der physischen Arbeitsplatzbedingungen als auch dem Abbau von Hierarchien dienen sollte.

Neben der Architektur war der zweite Schwerpunkt der Ausstellung die Präsentation von vollständig eingerichteten Wohnräumen. So konnten Möbel, Teppiche, Wandgestaltungen, Gemälde und Skulpturen (davon viele Leihgaben der avantgardistischen Galerie Alfred Flechtheim),<sup>23</sup> Lampen und Wohnaccessoires im Ensemble wahrgenommen werden. Diese – gemeinsam von Künstlern und Firmen – gestalteten Wohnräume waren über die verschiedenen Ausstellungsgebäude verteilt. Sie zielten auf ein gutbürgerliches Publikum. Teure Materialien, aufwändige Verarbeitungen und historische Formzitate prägten die repräsentativen Herrenzimmer, Boudoirs und Empfangsräume. Als charakteristisch für den „neuen deutschen Stil“ galt eine Haltbarkeit und Solidität suggestierende Gestaltung: „schwer, wuchtig, massiv, trotzig“.<sup>24</sup> Bevorzugt wurden Möbel anstatt auf Beine auf breite Sockel gesetzt und Tischplatten mit übertriebener Dicke gestaltet.

Um zugleich dem wirtschaftlichen Ziel des Werkbundes gerecht zu werden, ignorierte man vielfach den Grundsatz von Materialgerechtigkeit und der Sichtbarmachung der Konstruktion, indem mit Verblendungen und Furnieren gearbeitet wurde.<sup>25</sup> Die Industrie forderte außerdem „gemäßigt moderne Muster“,<sup>26</sup> die „man als durchaus anständig, dabei aber auch als durchaus gleichgültig und langweilig bezeichnen kann“<sup>27</sup>, wie seitens des Werkbundes selbstkritisch konstatiert wurde. „Die Werkbundausstellung 1914 spiegelte aber die Strömungen und Tendenzen ihrer Zeit in Deutschland wider.“<sup>28</sup>

Abbildung 4: Walter Gropius, Fabrik-, Werkstatt- und Bürogebäude, 1914



Quelle: Deutsche Kunst und Dekoration. Illustrierte Monatshefte für moderne Malerei, Plastik, Architektur, Wohnungskunst und künstlerisches Frauen-Arbeiten 34/1914, S. 432.

Abbildung 5: Max Heidrich-Paderborn, Diele des Sommerhauses, 1914



Quelle: Die Kunst. Monatsheft für freie und angewandte Kunst 30/1914, S. 567.

### Das vorzeitige Ende der Werkbund-Ausstellung

Die Kölner Ausstellung sollte die Krönung der bisherigen Bemühungen des Werkbundes sein: sowohl hinsichtlich der Größe der Schau als auch bezüglich der Qualität der gezeigten Arbeiten und der Wirkung ins In- und ganz besonders ins Ausland („Auch das Ausland, besonders Frankreich, England und Amerika, verfolgt unsere kunstgewerbliche Entwicklung mit sehr aufmerksamem Interesse, und dank einer geschickten Propaganda ist auf einen sehr starken Besuch aus diesen Ländern zu rechnen.“).<sup>29</sup> Neben der eigentlichen Ausstellung lockten ein Vergnügungspark sowie ein umfangreiches und vielgestaltiges Rahmenprogramm – vom Theater bis zum Sportfest – Besucher an.<sup>30</sup> Die Dauer der Schau war für Mai bis Oktober geplant. Im August musste sie wegen des Kriegsausbruchs vorzeitig beendet werden: „Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Köln 1914 ist als eines der ersten Opfer des Krieges gefallen, kaum voll-

endet, ehe sie sich hat auswirken können“,<sup>31</sup> war im Jahrbuch 1915 des Werkbundes zu lesen. Überstürzt wurden die Ausstellungshallen geräumt, um Platz zu machen für Soldaten, Pferde, Flüchtlinge und Verletzte. Dieser plötzliche und ungeplante Abbruch führte zu zahlreichen Verlusten von Exponaten.<sup>32</sup> Selbst die Foto-Dokumentation, die drei Werkbundmitglieder vorbereiten sollten, wurde nicht mehr ausgeführt, da die Zuständigen sofort nach Kriegsausbruch in den Militärdienst eintraten.<sup>33</sup> Nach dem Krieg begann der sukzessive Abriss der nun baufälligen Ausstellungsgebäude.<sup>34</sup>

### DIE WERKBUND-AUSSTELLUNG ALS KULTURELLE KRIEGSERKLÄRUNG?

Das Ausstellungsplakat von Peter Behrens wurde bereits kurz nach Kriegsbeginn und Ausstellungsende (eingebettet in die Schilderung einer Vision des Zeitungskritikers) so gedeutet: „Eine düstere Wolkenbank stand unbeweglich

am westlichen Horizont, von hinten blutig angesprenkelt, wie vom Widerschein einer ungeheuern Feuersbrunst. Der Spiegel des Rheines strahlte in einem seltsamen kalten und harten Glanz, wie hauchgetrübter Stahl. Es war eine drückende bedrohliche Stimmung in dem Bild. Und dann sah ich hinter dem Weidengebüsch auf dem gelben Sande des Strandes einen Jüngling auf schwarzem, gewaltigem Ross hervorspringen. Hart am Wasser riss er das Ross zurück, dass es aufbäumte, und schwang die lodernde Fackel, die er in der Hand trug, nach hinten, dass die Flamme lang hinwehte, wie der feurige Schweif eines kriegverkündenden Kometen.“<sup>35</sup>

Diese unmittelbare Verknüpfung der Ausstellung mit dem Krieg basiert auf einer generell (und international)<sup>36</sup> in jener Zeit sehr verbreiteten nationalistischen Sichtweise auf Kultur. Der Kunstkritiker Max Osborn formulierte – wie viele andere in ähnlicher Form auch – diese Meinung kurz nach Kriegsausbruch deutlich, indem er schrieb, dass es „den Söhnen und Enkeln der Männer von 1870“ gelungen sei, dem, „was man unter ‚moderner‘ Baukunst, Innenarchitektur, Dekoration und kunstgewerblicher Reform verstand, nach Geist und Wesen den Stempel des Eigenen, des Einheimischen, des Deutschen“ zu geben. „Der grandiose Aufschwung nationalen Lebens, den wir von den Kämpfen, die wir jetzt führen, und von ihrem siegreichen Ende mit Sicherheit erwarten, wird seinen Ausdruck in einer selbstbewussten Steigerung deutscher Kultur suchen und künstlerische Formen ersehen, die imstande sind, die Kraft und Herrlichkeit des neuen Deutschland strahlend zu offenbaren!“<sup>37</sup>

Von seiner Gründung an hatte der Deutsche Werkbund das Ziel, den Absatzmarkt für deutsche Produkte durch eine verbesserte Qualität und (dank industrieller Fertigung) günstige Preise zu vergrößern. Teil dieser Idee war die Ausbildung eines einheitlichen, wiedererkennbaren „deutschen Stils“. Die Produkte des Werkbundes (und durch seine Strahlkraft die Waren aus ganz Deutschland) sollten Markenprodukte werden.<sup>38</sup> Der Reichstagsabgeordnete und Mitbegründer des Deutschen Werkbundes, Friedrich Naumann, träumte 1914 in Köln von einer weltweit geschätzten, deutschen „Werkbundmarke“.<sup>39</sup>

Hinter diesem Wunsch nach einem Nationalstil stand ein „Komplex wertanschaulicher, wirtschafts- und kulturpolitischer Gedanken und Programme“.<sup>40</sup> Ein Kritiker konstatierte 1914 nach seinem Besuch der Werkbund-Ausstellung: „Man lernte wieder erkennen, dass alle Ausdrucksformen irgendwie Darstellung der herrschenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände sind.“ Und weiter: „Die Bewegung [der Deutsche Werkbund, Anm. FW] ist eben inzwischen aus einer künstlerischen zu einer sozial und ethisch, merkantil und weltpolitisch orientierten zivilisatorischen geworden.“<sup>41</sup>

Mit der Entwicklung eines „deutschen Stils“ strebten einige Protagonisten der Bewegung ein „nationales Identifikationsmedium“<sup>42</sup> an. Die Produkte sollten durch ihre industrielle und damit preisgünstige Fertigung für alle sozialen Gruppen der Gesellschaft erschwinglich sein und auf diesem Wege, eben durch eine gemeinsame ästhetische Sprache, zu einer Zusammenführung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen führen. Es sollten nicht „unerschwingliche, mit Künstlerhonoraren belastete Einzelerzeugnisse“ produziert werden, sondern „gute, geschmacklich hochstehende Werkbund-Ware, die vom Ladentisch weggekauft werden kann“.<sup>43</sup> Andere wurden von einem „kulturellen Hegemonialstreben“<sup>44</sup> angetrieben, der Idee, dass die Deutschen ein qualitätsvolles und zeitgemäßes Design entwickeln könnten, das Vorbild für alle Industrienationen der Welt werden sollte. Beide Positionen stießen sowohl in der Bevölkerung als auch in der Wirtschaft auf breite Zustimmung.<sup>45</sup> Die Ausstellung 1914 wurde als „Wiederbelebung einer neuen künstlerischen Kultur“ gesehen, welche zum „Aufschwung unseres Vaterlandes in wirtschaftlichen Dingen“ führen werde, denn sie präsentiere die „Lösung des deutschen Formproblems“.<sup>46</sup> Bei der Eröffnung wurden nicht nur massenweise schwarz-weiß-rote Fähnchen in die Luft geworfen und ein Hoch auf den Kaiser gerufen, sondern auch 8.000 Brieftauben stiegen auf, „die ihren Flug nach allen Richtungen der Windrose nehmen und die Kunde ... über die deutsche Erde tragen“.<sup>47</sup>

Mit dem Bau moderner Fabriken und der Erhöhung des Arbeitsplatzkomforts, aber auch mit der ästhetischen Erziehung der Arbeiter,

indem diese qualitätsvolle Produkte herstellen und kaufen konnten, hofften zudem manche, die drohende Ausbreitung der Sympathie für die Sozialdemokratie eindämmen zu können. Die Arbeiter sollten sich durch den neuen „deutschen Stil“, der sich im gesamten Lebensumfeld spiegeln würde, wertgeschätzt fühlen. Zufriedene Arbeiter – so die These – würden eher im politischen Status quo verbleiben wollen, als unzufriedene.<sup>48</sup> Andere meinten hingegen, dass der Weg des neuen Stils mit seiner Nüchternheit sowie der Zweckmäßigkeit, der Materialgerechtigkeit und der technischen Vernunft eindeutig zu einer Abkehr von der Aristokratie und statt dessen zu einer Demokratisierung führen werde: „man begriff, dass das moderne Bürgertum die sittliche Pflicht hat, Häuser und Möbel, Teppiche und Gläser nach dem eigenen Wesen zu gestalten“. Ein „Erwachen der Konsumentenmassen“ sei das erzieherische Ziel des Deutschen Werkbundes.<sup>49</sup>

Die Werkbund-Ausstellung und die mit ihr verbundenen Themen spiegelten auf kultureller Ebene somit die innenpolitischen Hoffnungen auf eine Einheit des jungen, föderativ organisierten Staates und auf eine – von manchen konservativ, von anderen demokratisch gewünschte – Struktur. Der „Burgfrieden“, den der deutsche Kaiser mit Kriegsausbruch verkündete, schien auf politischer Ebene jene Zusammenführung aller sozialen Gruppen zu vollziehen, die der Werkbund auf kultureller Ebene anstrebte.<sup>50</sup>

Schon Monate vor der Eröffnung der Ausstellung stellte ein Journalist fest: „Aesthetisch, ethisch, wirtschaftlich – irgendwie steht jeder mit den Dingen in Verbindung, die auf der ersten Ausstellung des deutschen Werkbundes in geschlossener Einheit als ein Kulturweltbild im kleinen vorgezeigt werden sollten.“<sup>51</sup> Nach Kriegsausbruch las man im Jahrbuch des Werkbundes: „Ich habe einen Freund, einen Franzosen, der bis zum 1. August 1914 in Deutschland lebte, es kannte und nach seiner Art liebte. Er pflegte zu sagen: was euch groß macht, das ist die Solidarität, die sich gründet auf der Disziplin. Er hatte recht: der Krieg hat es bewiesen, die unverbrüchliche Gemeinschaft im Felde und daheim. Dieselbe Gemeinschaft aller Kräfte ist das Ziel, das Wesen, der Lebensnerv des Werkbundes. ... Und diese Gesinnungsfragen werden

letzten Endes auch über den geistigen Gewinn oder Verlust des Werkbundjahres 1914 entscheiden. Möge der Krieg, der große Bildner des Charakters, seine läuternde und formende Macht auch an uns bewähren.“ Der Ausstellungsort Köln erschien im Rückblick besonders geeignet, weil er „Deutschlands Warte gegen den Westen, das Eingangstor für so viele nähere und fernere Nachbarn“ sei. Man wollte es den „neidischen Nachbarn“<sup>52</sup> zeigen, insbesondere den Franzosen. „Es begann jetzt, als eine Art liebenswürdige Revanche für die Manet und Monet, die Degas und Cézanne, als Vergeltung für diese Väter der deutschen Malerei, die endgültige Erledigung des französischen Monopols in allen Angelegenheiten der formalen Kultur.“ Und „Die Möglichkeit, dass, entsprechend dem Wandel, der sich auf den wirtschaftlichen und politischen Gebieten bereits vollzogen hatte, nun auch in dem Komplex der Architektur die germanischen Völker ... die Führung bekommen könnten, wurde langsam wahrscheinlich.“ Der „neue deutsche Stil“, wie er sich auf der Werkbund-Ausstellung 1914 in Köln zeigte, wollte ein „Aufbegehren der Pickelhauben“ sein, eine „kleine deutsche Invasion“.<sup>53</sup>

---

#### || DR. FRIEDERIKE WEIMAR

selbständige Kunsthistorikerin, Publizistin,  
Kuratorin und Dozentin, Forschungs- und  
Vermittlungsschwerpunkt Norddeutsche Moderne,  
Hamburg

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Rehorst, Carl: Vorwort, in: Ausst.-Kat. Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Berlin 1914 (Nachdruck Köln 1981), S. V-IX, hier S. V.
- <sup>2</sup> Breuer, Robert: Cölner Werkbund Ausstellung, in: Deutsche Kunst und Dekoration 34/1914, S. 416-436, hier S. 423.
- <sup>3</sup> 1891 wurde das internationale „Madriider Abkommen über die Unterdrückung falscher Herkunftsangaben auf Waren“ unterschrieben.
- <sup>4</sup> Vgl. Heiser, Christiane: Der Deutsche Werkbund auf der Weltbühne oder wie Deutschland 1913 doch noch an der Weltausstellung teilnahm. Das deutsche Haus und die deutsche Abteilung für Raumkunst und Kunstgewerbe in Gent, in: Archiv für Kulturgeschichte 92/2010, S. 364-398, hier S. 366-367 sowie u. a. Ewers-Schultz, Ina: „Ringsum Schönheit“. Kunstgewerbe im rheinischen Expressionismus – eine Neubewertung, in: Lebenswelten. Stillleben, Interieur und Kunsthandwerk im rheinischen Expressionismus, Ausst. Kat. August Macke Haus Bonn, Städtische Galerie Delmenhorst, Bonn 2008, S. 49-103.
- <sup>5</sup> Muthesius, Hermann: Wo stehen wir?, in: Die Durchgeistigung der deutschen Arbeit. Wege und Ziele im Zusammenhang von Industrie / Handwerk und Kunst (= Jahrbuch des Deutschen Werkbundes), Jena 1912, S. 11-26, hier S. 16.
- <sup>6</sup> Die Deutsche Werkbund-Ausstellung, in: Rheinische Zeitung, 16.5.1914, o. S.
- <sup>7</sup> Vgl. Posener, Julius: Der Deutsche Werkbund bis 1914, in: Ausst.-Kat. Der westdeutsche Impuls 1900-1014. Kunst und Umweltgestaltung im Industriegebiet. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Kunstmuseum Düsseldorf, Museum Folkwang Essen, Karl-Ernst-Osthaus-Museum, Hagen, Kölnischer Kunstverein, Kaiser-Wilhelm-Museum Krefeld, Von-der-Heydt-Museum, Wuppertal, Köln 1984, S. 15-17. Komplexer sieht Frederic J. Schwartz den ideellen Hintergrund der Werkbund-Gründung im „romantischen Antikapitalismus“ (Georg Lukács), mit dem gleichzeitigen Versuch einer Verbindung zwischen Kunst und Industrie; vgl. Schwartz, Frederic J.: Neue Formen der Kultur im Industriezeitalter, in: Ausst.-Kat. 100 Jahre Deutscher Werkbund. 1907-2007, Architekturmuseum der Technischen Universität München in der Pinakothek der Moderne, München; Akademie der Künste, Berlin / München 2007, S. 12-15 und wesentlich ausführlicher in: Schwartz, Frederic J.: Der Werkbund. Ware und Zeichen 1900-1914, Amsterdam / Dresden 1999.
- <sup>8</sup> Junghanns, Kurt: Der Deutsche Werkbund. Sein erstes Jahrzehnt, Berlin 1982, S. 42.
- <sup>9</sup> Vgl. hierzu ausführlich Schwartz: Der Werkbund. Ware und Zeichen, hier v. a. S. 227-321. Vgl. hierzu auch Paul Westheim, der sich bereits 1914, noch vor der Eröffnung der Ausstellung mit dieser Problematik auseinandersetzte: Westheim, Paul: Woher und wohin? Eine Betrachtung, in: Die Kunst. Monatsheft für freie und angewandte Kunst 30/1914, S. 303-312.
- <sup>10</sup> Vgl. Hagspiel, Wolfram: Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, in: Ausst.-Kat. 100 Jahre Deutscher Werkbund. 1907-2007, Architekturmuseum der Technischen Universität München in der Pinakothek der Moderne, München; Akademie der Künste, Berlin / München 2007, S. 65-66, hier S. 66.
- <sup>11</sup> Vgl. Posener: Der Deutsche Werkbund bis 1914, S. 15.
- <sup>12</sup> Vgl. Thiekötter, Angelika: Deutsche Werkbund-Ausstellung in Cöln 1914. Idee und Realisierung, in: Ausst.-Kat. Der westdeutsche Impuls 1900-1014. Kunst und Umweltgestaltung im Industriegebiet. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Kunstmuseum Düsseldorf, Museum Folkwang Essen, Karl-Ernst-Osthaus-Museum, Hagen, Kölnischer Kunstverein, Kaiser-Wilhelm-Museum Krefeld, Von-der-Heydt-Museum, Wuppertal / Köln 1984, S. 60-77, hier S. 66.
- <sup>13</sup> Vgl. Jessen, Peter: Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Köln 1914, in: Deutsche Form im Kriegsjahr. Die Ausstellung Köln 1914 (= Jahrbuch des Deutschen Werkbundes 1915), München 1915, S. 1-42, hier S. 1 sowie u. a. Thiekötter: Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 76 und S. 61; Herzogenrath, Wolf / Teuber, Dirk: Deutsche Werkbund-Ausstellung, Cöln 1914 – eine Dokumentation 70 Jahre danach, in: Ausst.-Kat. Der westdeutsche Impuls 1900-1014. Kunst und Umweltgestaltung im Industriegebiet. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Kunstmuseum Düsseldorf, Museum Folkwang Essen, Karl-Ernst-Osthaus-Museum, Hagen, Kölnischer Kunstverein, Kaiser-Wilhelm-Museum Krefeld, Von-der-Heydt-Museum, Wuppertal / Köln 1984, S. 12-14, hier S. 12 und Hagspiel: Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 65. Die Stadt übernahm außerdem fast fünf Millionen Mark der Kosten und stellte 134 Beamte für die Vorbereitungen zur Verfügung.
- <sup>14</sup> Schwartz: Neue Formen der Kultur, S. 12; vgl. auch Hagspiel: Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 65; Herzogenrath / Teuber 1984: Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 12; Thiekötter, Angelika: Drei Bauten im Spiegel der zeitgenössischen Presse. Josef Hoffmann, Österreichisches Haus, Peter Behrens, Festhalle, Theodor Fischer, Haupthalle, in: Ausst.-Kat. Der westdeutsche Impuls 1900-1014. Kunst und Umweltgestaltung im Industriegebiet. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Kunstmuseum Düsseldorf, Museum Folkwang Essen, Karl-Ernst-Osthaus-Museum, Hagen, Kölnischer Kunstverein, Kaiser-Wilhelm-Museum Krefeld, Von-der-Heydt-Museum, Wuppertal / Köln 1984, S. 155-164, hier S. 155.
- <sup>15</sup> Jessen: Die Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 35.

- <sup>16</sup> van de Velde, Henry: Das Werkbund-Theater, in: Offizieller Katalog der Deutschen Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Köln 1914 (Nachdruck Köln 1981), S. 246-247.
- <sup>17</sup> Jessen: Die Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 36.
- <sup>18</sup> Taut, Bruno, zit. nach Thiekötter, Angelika, [www.museumderdinge.de/werkbund\\_archiv/geschichte/bruno\\_tauts\\_glashaus.php](http://www.museumderdinge.de/werkbund_archiv/geschichte/bruno_tauts_glashaus.php), Stand: 23.8.2013.
- <sup>19</sup> Das Glashaus, in: Offizieller Katalog der Deutschen Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Köln 1914 (Nachdruck Köln 1981), S. 242.
- <sup>20</sup> Jessen: Die Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 25.
- <sup>21</sup> Vgl. u. v. a. den Workshop von Jürgen Claus 2012 in Auerstedt zum Thema Solarenergie und Bruno Tauts Glashaus.
- <sup>22</sup> Fabrik, Werkstatt und Büro, in: Offizieller Katalog der Deutschen Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Köln 1914 (Nachdruck Köln 1981), S. 217.
- <sup>23</sup> Vgl. Teuber, Dirk: Die Galerie Alfred Flechtheim, Düsseldorf, in: Ausst.-Kat. Der westdeutsche Impuls 1900-1014. Kunst und Umweltgestaltung im Industriegebiet. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Kunstmuseum Düsseldorf, Museum Folkwang Essen, Karl-Ernst-Osthaus-Museum, Hagen, Kölnischer Kunstverein, Kaiser-Wilhelm-Museum Krefeld, Von-der-Heydt-Museum, Wuppertal / Köln 1984, S. 321-323, hier S. 321 und Ausst.-Kat. Deutsche Werkbund-Ausstellung Köln, Mai bis Oktober 1914, Leihgaben der Galerie Alfred Flechtheim, Düsseldorf, Alleestr. 7, Düsseldorf 1914.
- <sup>24</sup> Muthesius, Hermann: Die Werkbundarbeit der Zukunft und Aussprache darüber, Sonderheft 7. Tagung des Deutschen Werkbundes in Köln vom 2.-6.7.1914, Jena 1914, S. 46, zit. nach Thiekötter, Angelika: Das „Werkbund-Genre“ in: Ausst.-Kat. Der westdeutsche Impuls 1900-1014. Kunst und Umweltgestaltung im Industriegebiet. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Kunstmuseum Düsseldorf, Museum Folkwang Essen, Karl-Ernst-Osthaus-Museum, Hagen, Kölnischer Kunstverein, Kaiser-Wilhelm-Museum Krefeld, Von-der-Heydt-Museum, Wuppertal / Köln 1984, S. 95-113, hier S. 95.
- <sup>25</sup> Vgl. Thiekötter: Werkbund-Genre, S. 96.
- <sup>26</sup> Gustav Gericke, zit. nach Thiekötter: Werkbund-Genre, S. 109.
- <sup>27</sup> Hermann Muthesius, zit. nach Thiekötter: Werkbund-Genre, S. 109.
- <sup>28</sup> Kinkhardt, Gisela: Die Plastik in der Werkbundaussstellung Köln 1914, Mannheim 1996 (Diss.), S. 182.
- <sup>29</sup> Köln a. Rh. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung, in: Kunstgewerbeblatt: Vereinsorgan der Kunstgewerbevereine Berlin, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe I. B., Königsberg i. Preussen, Leipzig, Magdeburg, Pforzheim und Stuttgart, 25/1914 (NF), S. 157.
- <sup>30</sup> Thiekötter, Angelika: Die Ausstellung – ein rauschendes Fest, in: Ausst.-Kat. Der westdeutsche Impuls 1900-1014. Kunst und Umweltgestaltung im Industriegebiet. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Kunstmuseum Düsseldorf, Museum Folkwang Essen, Karl-Ernst-Osthaus-Museum, Hagen, Kölnischer Kunstverein, Kaiser-Wilhelm-Museum Krefeld, Von-der-Heydt-Museum, Wuppertal, Köln 1984, S. 337-340, hier S. 338.
- <sup>31</sup> Jessen: Die Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 1.
- <sup>32</sup> Vgl. dazu auch Klinkhardt: Plastik, S. 17, die insbesondere auf die Verluste von Skulpturen hinweist.
- <sup>33</sup> Vgl. Jessen: Die Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 1.
- <sup>34</sup> Vgl. Hagspiel, Wolfram: Die Schließung der Werkbund-Ausstellung und das Schicksal der Bauten, in: Ausst.-Kat. Der westdeutsche Impuls 1900-1014. Kunst und Umweltgestaltung im Industriegebiet. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung Cöln 1914, Kunstmuseum Düsseldorf, Museum Folkwang Essen, Karl-Ernst-Osthaus-Museum, Hagen, Kölnischer Kunstverein, Kaiser-Wilhelm-Museum Krefeld, Von-der-Heydt-Museum, Wuppertal, Köln 1984, S. 341-344, hier S. 341-342.
- <sup>35</sup> Kölnische Zeitung, 6.8.1914, zit. nach Hagspiel: Die Schließung der Werkbund-Ausstellung, S. 344.
- <sup>36</sup> Vgl. Heiser: Der Deutsche Werkbund auf der Weltbühne, S. 3.
- <sup>37</sup> Osborn, Max: Neue Hoffnungen Deutscher Kultur und Kunst, in: Deutsche Kunst und Dekoration. Illustrierte Monatshefte für moderne Malerei, Plastik, Architektur, Wohnungskunst und künstlerisches Frauen-Arbeiten 35/1914-15, o. S.
- <sup>38</sup> Vgl. Heiser: Der Deutsche Werkbund auf der Weltbühne, S. 7; Breuer, Gerda: Die englischen Vorläufer und die deutsche Kunstgewerbe-Reformbewegung um 1900, in: Ausst.-Kat. 100 Jahre Deutscher Werkbund. 1907-2007, Architekturmuseum der Technischen Universität München in der Pinakothek der Moderne, München; Akademie der Künste, Berlin, München 2007, S. 15-19, hier S. 16 und Thiekötter: Werkbund-Genre, S. 111-112.
- <sup>39</sup> Friedrich Naumann, zit. nach Thiekötter: Werkbund-Genre, S. 112.
- <sup>40</sup> Thiekötter: Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 66.
- <sup>41</sup> Breuer: Cölner Werkbund-Ausstellung, S. 420 u. 417.
- <sup>42</sup> Heiser: Der Deutsche Werkbund auf der Weltbühne, S. 8.
- <sup>43</sup> Schulze-Elberfeld, Otto: Die Arbeiten des Bildhauers Hermann Fauser-Iserlohn, in: Kunstgewerbeblatt: Vereinsorgan der Kunstgewerbevereine Berlin, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe I. B., Königsberg i. Preussen, Leipzig, Magdeburg, Pforzheim und Stuttgart, 25/1914 (NF), S. 132-136, hier S. 132.
- <sup>44</sup> Heiser: Der Deutsche Werkbund auf der Weltbühne, S. 8.

- <sup>45</sup> Vgl. ebd. sowie Wiesenberger, Robert: A national style for the world: The German Werkbund in wartime. 1914-1918, Chicago 2007, Manuskript im Archiv des Deutschen Werkbundes, Berlin, S. 8-9.
- <sup>46</sup> Die Eröffnung der Werkbund-Ausstellung, in: Kölner Tageblatt, 16.5.1914, Abend-Ausgabe, zit. nach: Thiekötter: Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 60.
- <sup>47</sup> Ebd., hier S. 60-61.
- <sup>48</sup> Vgl. Posener: Der Deutsche Werkbund bis 1914, S. 16.
- <sup>49</sup> Breuer: Cölner Werkbund-Ausstellung, S. 420.
- <sup>50</sup> Vgl. Wiesenberger: A national style for the world, S. 21.
- <sup>51</sup> Wolf, Georg Jacob: Die Deutsche Werkbund-Ausstellung in Köln 1914, in: Die Kunst. Monatsheft für freie und angewandte Kunst 30/1914, S. 175-177, hier S. 175.
- <sup>52</sup> Jessen: Die Deutsche Werkbund-Ausstellung, S. 42, 3, 29.
- <sup>53</sup> Breuer: Cölner Werkbund-Ausstellung, S. 423.

# EIN „GEISTIGER SONDERWEG“ IN DEN KRIEG?

## Was vom „deutschen Wesen“ 1914 übrig blieb

**THOMAS WELSKOPP** || Der Beitrag verfolgt die Frage, ob eine der zeitgenössischen oder späteren Konstruktionen eines geistesgeschichtlichen oder philosophischen „deutschen Sonderwegs“ tatsächlich auf eine politisch handlungsleitende Konstellation im Sommer des Kriegsbeginns 1914 hindeutet. Was vom viel beschworenen „deutschen Wesen“ trug zur Auslösung des Angriffskrieges bei? Es war der „Mut zum Willen“, der in einer Entschlossenheit zum Befreiungsschlag mündete.

### **DIE „SONDERWEG“-THESE IN DER BUNDESDEUTSCHEN SOZIALGESCHICHTE**

In der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland hatte sich seit den 1960er-Jahren eine „Sonderweg“-Deutung der deutschen Geschichte fest etabliert und zwischenzeitlich als eine Art kritischer nationaler Meistererzählung geschichtspolitisch so gut wie durchgesetzt. Danach sei der Absturz der Deutschen in die Barbarei des Nationalsozialismus, in die Katastrophe eines verlorenen Eroberungskrieges und in den Zivilisationsbruch des Holocaust finales Ergebnis eines bereits lange Zeit zuvor eingeschlagenen „deutschen Weges“ gewesen, der zu einer zunehmenden Abkehr vom westlichen, das heißt vor allem englischen und amerikanischen Pfad der Modernisierung geführt habe. Während der die Gesellschaften allerorten tiefgreifend umwälzende Industrialisierungsprozess im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika von Fortschritten in der Demokratisierung vieler Lebensbereiche begleitet gewesen sei, was es erlaubt habe, Verwerfungen des erstarkenden Kapitalismus wie etwa eine zunehmende soziale Ungleichheit politisch abzufedern, habe es in dem spät nationalstaatlich formierten Deutschen Reich an solch einem Gleichschritt von Industrie und Demokratie ge-

fehlt. Verlauf und Form des Staatsbildungsprozesses hätten vielmehr den Fortbestand alter, historisch eigentlich überlebter Eliten ermöglicht und deren entscheidende Machtpositionen auf lange Sicht verhängnisvoll gestärkt. Anstelle der historisch gebotenen politischen Emanzipation habe sich das deutsche Bürgertum jener anachronistischen Führung angebedert und im Einklang mit dieser eine weiterreichende Demokratisierung der deutschen Gesellschaft blockiert.<sup>1</sup>

Deren Dynamik, nicht zuletzt infolge des immer wieder gefährliche Ungleichgewichte produzierenden wirtschaftlichen Wachstums, gebar ständig neue „Krisenherde“, die das Regime der alten Eliten, ungeschützt durch die Puffer demokratischer Verfahren, vor wachsende Legitimationsprobleme stellte. Von Rücksichten auf demokratische Regeln völlig frei, trugen bürgerliche Gruppen, insbesondere Industrielle und unter diesen vor allem die Herren der Schwerindustrie, durch eine skrupellose Interessenpolitik zu den Schwierigkeiten der Reichsführung im Management einer aufstrebenden Industriegesellschaft bei. Gemäß der „Sonderweg“-These antwortete die Reichsführung mit Versuchen der Ablenkung innenpolitischer Spannungen in aggressive außenpolitische Expansion.

Hans-Ulrich Wehler etwa deutete die deutsche Kolonialpolitik als „Sozialimperialismus“ in diesem Sinne. Auch die Wilhelminische „Weltpolitik“ mit großtuerischem Weltmachtanspruch und mit der schlecht kalkulierten Flottenrüstung gegen England sei in dieses Ressort gefallen. Kolonisierungsabsichten im Osten, Militarismus und Heeresvermehrung, verbunden mit einer immer wieder dramatisierten „russischen Bedrohung“, hätten dies flankiert.<sup>2</sup>

Obwohl der Fluchtpunkt der „Sonderweg“-Interpretation der deutschen Geschichte im Nationalsozialismus lag, bildeten das Deutsche Kaiserreich und der Erste Weltkrieg doch das eigentliche Scharnier für diese historische Meistererzählung. Denn zum einen wollte man den tragischen Verlauf der Geschichte auf Kontinuitäten zurückführen, die weit früher in der Historie angelegt waren, als es die hektische, oft sprunghaft anmutende Ereignisabfolge in den wenigen Jahren der Weimarer Republik oberflächlich erkennen ließ. Zum anderen trachtete man danach, das Deutsche Kaiserreich, indem man es zumindest als Wegstation ins „Dritte Reich“ markierte, von dem idealisierten Bild zu befreien, das die bundesrepublikanische Nachkriegsgeschichte von ihm gezeichnet hatte. In ihm hatte man eine fast idyllische „alte Zeit“ beschworen, in der alles noch seine gute deutsche Ordnung gehabt hätte, im Kontrast zur brutalen und menschenverachtenden Despotie der Nazi-Zeit. Stattdessen hoben die Vertreter der „Sonderweg“-These nun die Planung des Weltkriegs als Angriffsfeldzug, die faktische Diktatur der Dritten Heeresleitung im Anschluss an die repressiven Reichsführungen zuvor, völkische Tendenzen in der Propaganda und die protofaschistischen Strömungen in der Endphase des Kriegs hervor.

Auf dem Weg in den Krieg lag besonderes Augenmerk. An der, wenn nicht alleinigen, so doch maßgeblichen Kriegsschuld Deutschlands bestand kein Zweifel, beziehungsweise arbeitete die „Sonderwegs“-Interpretation an vorderster Front daran mit, den Mythos, 1914 seien alle beteiligten Mächte gleichsam „in den Krieg hineingeschlittert“, zu destruieren. Obwohl man ihn nicht als „Sonderwegs“-Historiker im engeren Sinne vereinnahmen darf, hatte Fritz Fischer mit seinen Büchern „Griff nach der

Weltmacht“ (1961) und „Krieg der Illusionen“ (1969) für eine Interpretation den Boden bereitet, die den Weltkrieg als weltmachtpolitisches Kalkül der deutschen Reichsführung und als Feldzug für die Erfüllung maßloser industrieller Kriegsziele deutete. Für Hans-Ulrich Wehler, ganz im Banne seiner Analyse des Kaiserreichs als eines in einer permanenten Legitimationskrise befindlichen, modernisierungsblokkierenden Systems, war die Politik des Deutschen Reichs im Juli und August 1914 klar eine „Flucht nach vorn“ aus einer Zwangslage, die er im Vokabular einer innenpolitischen Endzeitsituation darlegte.

Die „Sonderweg“-Geschichtsschreibung konkretisierte Helmuth Plessners „verspätete Nation“ und differenzierte Ralf Dahrendorfs pointiert-kritische soziologische Rundumdeutung der deutschen Geschichte, die z. B. auch die Arbeiterbewegung energisch in die Verantwortung für den deutschen „Sonderweg“ nahm.<sup>3</sup> Sie brach damit die ja bereits seit den 1940er-Jahren diskutierten generalisierenden „Sonderwegdeutungen“ der deutschen Geschichte von ihren geschichtsphilosophischen, anthropologischen und ideengeschichtlichen Großkonstruktionen auf eine Ebene sozial- und politikgeschichtlicher Betrachtungen herab, die es erlaubte, zwischen kritisch abzulehnenden und zustimmungsfähigen Elementen und Strömungen in der deutschen Geschichte zu unterscheiden. Sie setzte sich vor allem von jenen geschichtspolitischen Entwürfen der unmittelbaren Nachkriegszeit ab, die einen „deutschen Sonderweg“ mit tragischem Ausgang aus lange zurückreichenden geistesgeschichtlichen Traditionen herleiteten und zuweilen eine Kontinuität von Luther über die deutsche Romantik, die Philosophien Kants, Hegels und vor allem Nietzsches bis hin zur idealistischen Ablehnung der Weimarer Demokratie und schließlich zu Adolf Hitler konstruierten. Der sicherlich bekannteste Entwurf stammte 1946 aus der Feder Friedrich Meineckes.<sup>4</sup>

Die sozialgeschichtliche Deutung des „Sonderwegs“ ersetzte somit interessengeschichtliche für ideengeschichtliche Faktoren auch bei der Identifizierung der Ursachen – oder besser: Schuldgründe – für die Entfesselung des Ersten Weltkriegs. Abgesehen davon, dass die empiri-

schen Befunde etwa der in den 1980er-Jahren aufblühenden vergleichenden Bürgertumsforschung diese sozialgeschichtliche „Sonderwegs“-Interpretation keineswegs untermauerten, sondern eher zunehmend in Frage stellten – so ließ sich etwa beim deutschen Bürgertum vor 1914 eine weit weniger ausgeprägte Neigung zur „Feudalisierung“ ausmachen als bei ihren englischen Klassengenossen –, überrascht jedoch das brüske Wegwischen jedweder Vorstellungen geistes- oder ideengeschichtlicher Kontinuitäten und ihrer möglichen Einflüsse auf die Entscheidung des Kriegseintritts im August 1914. Zwar war das Argument überzeugend, die in solchen Schriften mit kühnem Schwung gezogenen langen Linien ließen eine spezifische Zurechnung auf die Motivation bei der Auslösung des Ersten Weltkriegs nicht zu. Aber das galt nicht zuletzt ebenfalls für die lange zurückwirkenden realgeschichtlichen Faktoren, die die sozialhistorischen „Sonderwegs“-Interpreten in ihrer Erklärung der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ bemühten.<sup>5</sup>

### NEUERE INTERPRETATIONEN DES WEGS IN DEN WELTKRIEG

Die Frage blieb offen, ob es eine spezifisch deutsche Tradition gegeben hatte, die in der Motivationslage der Akteure im Juli und August 1914 eine möglicherweise ausschlaggebende Rolle zugunsten der Auslösung des Kriegs spielte, und darüber hinaus, ob man diese Tradition in der deutschen Geistes- und Ideengeschichte lokalisieren könne. Christopher Clark hat diese Frage in seinem neuesten Buch zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs – ohne Zweifel allein wegen seines breit vergleichenden Blicks ein großer Wurf – auf zweifache Weise negativ beantwortet. Zum einen rekonstruiert er den Weg in den Krieg als einen kontingenten Prozess, vorangetrieben von den kurzfristigen Orientierungen und Ängsten einer europäischen Diplomatenelite, deren ängstliche Abschirmung gegenüber der „realen“ Außenwelt, begünstigt durch eine generelle Verdächtigung aller auswärtigen Politiker als potenzielle Feinde, Missverständnisse und Sprechverbote diktierte, die Sondierungen nach Kompromisslösungen letztlich unmöglich machten. Österreich-Ungarn und das Vereinigte Königreich erscheinen in dieser

Darstellung als weitaus kriegsgeneigter als das Deutsche Kaiserreich.

Zum anderen arbeitet Clark, wenn er von längerfristigen philosophischen oder ideologischen Vorprägungen spricht, mit anderswo noch nicht erreichter Deutlichkeit die Ähnlichkeit von Traditionserfindungen, philosophischen Grundannahmen, ideologischen Prämissen, Präferenzen und Antipathien bei allen später kriegsbeteiligten Parteien heraus, unter denen die im Deutschen Reich in der politischen Elite kursierenden keinen Sonderfall darstellten, sondern gewissermaßen nur einen deutsch eingefärbten Dialekt in einer ansonsten eher gemeinsamen Sprache.<sup>6</sup> Einen hypertrophen Nationalismus, das Bewusstsein einer „historischen Mission“ des eigenen Volkes, Kolonialismus als Zivilisationsaufgabe, schnell sozialdarwinistisch als Überlegenheit der weißen Rasse über die „primitiven Naturvölker“ Afrikas und Asiens getönt, schließlich eine Ahnung von der Unausweichlichkeit eines bewaffneten Konflikts in Europa als Ausbruch aus einer bürgerlich satt und träge empfundenen gesellschaftlichen Enge, auf konservativer Seite verstärkt durch einen grassierenden Kulturpessimismus – all das gab es auf englischer und französischer wie auf deutscher Seite.

Selbst die „Russophobie“ war keine deutsche Spezialität, sondern hatte ein eigentlich sogar stärkeres Pendant in einer wie auch immer begründeten Furcht der Engländer vor einer „russischen Invasion“. Wenn man die These von der anachronistischen Vormachtstellung der alten Eliten – hier des Adels – im Deutschen Reich ernst nimmt, kann man gerade bei Clark nachlesen, dass der deutsche Kaiser Wilhelm II., mit dem russischen Zaren blutsverwandt, einen Krieg mit Russland regelrecht scheuen musste, gewiss aber keine ideologische Mission mit einem Waffengang verfolgte. Der historisch irgendwann notwendig werdende Krieg gegen die reaktionäre Großmacht im Osten war vielmehr seit dem Vormärz und der Revolution von 1848 ein Projekt der demokratischen und später sozialistischen Linken gewesen.<sup>7</sup> Es ist deshalb nicht zufällig, dass die Reichsleitung im August 1914 den Krieg der deutschen Sozialdemokratie gerade mit dem Hinweis auf die russische Mobilmachung als gerechtfertigten

Defensivkrieg zu verkaufen und sie zur Einwilligung in den „Burgfrieden“ und in die Bewilligung der Kriegskredite zu bewegen vermochte.

### **DIE APOLOGIE EINES „DEUTSCHEN WEGES“ IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT**

Der „deutsche Dialekt“ in der europäischen Ideologieproduktion wäre indessen doch von Interesse, wenn man nachweisen könnte, dass er die Motivationslage der zentralen zeitgenössischen Akteure auf deutscher Seite in der entscheidenden Phase vor der aggressiven Auslösung des Kriegs tatsächlich merklich beeinflusst hatte. Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass deutsche Konstruktionen eines „Sonderwegs“ in ideengeschichtlicher Hinsicht vor allem ein Phänomen der Zwischenkriegszeit waren, also in der Zeit nach 1918 entstanden. Das gilt freilich auch für weltgeschichtliche Entwürfe, die den Kulturpessimismus der Vorkriegszeit gewissermaßen sozialdarwinistisch erdeten und den Krieg nachträglich als „Urpolitik alles Lebendigen“, aber eben nicht mehr als nur deutsches Projekt, rechtfertigten. Oswald Spenglers „Der Untergang des Abendlandes“ steht natürlich paradigmatisch dafür.<sup>8</sup>

Die geschichtspolitischen Entwürfe der Zwischenkriegszeit, maßgeblich an das Publikum adressiert von Exponenten der deutschen Geschichtswissenschaft, müssen also in erster Linie als Ex-Post-Rechtfertigungen der Weltkriegsführung auf deutscher Seite angesehen werden. Sie geben keinen Aufschluss über die Rolle, die die darin beschworenen Kontinuitäten im deutschen Geistesleben und im Werden eines spezifisch „deutschen Wesens“ in der besonderen Motivationslage der Akteure im Juli und August 1914 gespielt haben. Auf jeden Fall aber besetzten in diesen Konstruktionen geistes- und ideengeschichtliche Kontinuitäten eine beherrschende Position.

Mit überzeugender Autorität urteilte Bernd Faulenbach in seiner Studie über die „Ideologie des deutschen Weges“ darüber: „In den Sog der deutschen Identitätskrise nach dem Ersten Weltkrieg und der ideologischen Auseinandersetzung in der Weimarer Republik geriet vor allem die Beurteilung der deutschen Geistesgeschichte. Im Hinblick auf die Gegenwart, entsprechend der in der Wilhelminischen Zeit und

während des Weltkrieges ausgebildeten ‚deutschen Ideologie‘, wurden ‚Individualität‘ und ‚Entwicklung‘ des deutschen Denkens überwiegend in einer Weise bestimmt, die nicht nur allzusehr vom europäischen Zusammenhang absah, sondern auch bestimmte Epochen und Strömungen überbelichtete, während sie andere als mehr oder weniger irrelevant – weil nicht genuin deutsch – ausblendete. ‚Individualität‘ und ‚Entwicklung‘ des deutschen Denkens waren mithin fragwürdige Konstruktionen. Gewiss lässt sich die große Bedeutung der Lutherischen Reformation oder des Idealismus, der Romantik und des Historismus für die deutsche Geistesgeschichte gar nicht bestreiten. Problematisch war indes, dass aus diesen Strömungen ein relativ geschlossener und stabiler deutscher Denktypus abstrahiert und dem – meist mit dem Naturrechtsdenken der Aufklärung gleichgesetzten – ‚westeuropäischen Denken‘ entgegengestellt wurde, obwohl manche Stimmen vor einer allzu einseitigen Kontrastierung warnen. Infolge des so definierten deutschen Denkens wurde nicht nur das Bild der deutschen Geistesgeschichte unzulässig vereinfacht; auch die genannten Strömungen wurden um die in ihnen nachweisbaren emanzipatorischen Inhalte verkürzt und nicht selten in die Nähe antimodernistischer, konservativer Denkschemata gebracht, die damit ihrerseits eine nationale Überhöhung erfuhren. Insofern konnte dieses Interpretationsmuster mit spezifischen politischen Interessen zusammenfallen und ‚deutsches Denken‘ zur ‚deutschen Ideologie‘ werden. Trotz einiger Versuche, dieser Tendenz auszuweichen, war es bezeichnend, dass das ‚deutsche Denken‘ der Realität der Weimarer Republik in Gestalt eines deutschen Freiheitsbegriffs entgegengehalten wurde, in dem Rechte durch Pflichten begründet und Staat und Nation als übergeordneten Werten bezogen waren.“<sup>9</sup>

### **„DEUTSCHE TUGENDEN“, „DEUTSCHES WESEN“ UND „DEUTSCHER HEROS“ IM KRIEG**

Aber es handelte sich, wie gesagt, um Retroprojektionen zur apologetischen Rechtfertigung des deutschen Waffengangs, vor allem gegen die vermeintlichen Gefahren der „Verwestlichung“, der Unterwanderung deutscher „Kultur“ durch westliche „Zivilisation“, vorrangig in Gestalt

der „Demokratie“. Dieses Argumentationsmuster war nicht erst in der Zwischenkriegszeit entstanden. Es zog sich durch den Tsunami an kriegsverherrlichenden Schriften, die schon während des Ersten Weltkriegs, zum Teil nach den ersten Monaten des immer blutiger werdenden Feldzugs, entstanden. Deutsche Intellektuelle beeilten sich, der Entscheidung zur Mobilmachung neben Hoffnungen auf eine „seelische Reinigung“ einer für sie kapitalistisch-verflachten Gesellschaft Vorstellungen von einem ästhetischen Heldentum an die Seite zu stellen, das ihre eigene Bedeutung vom Markenartikel auf dem Kunstmarkt in die Höhen eines künstlerischen nationalen Heros hätte steigern können. Zumindest im Moment. Aber sonderlich deutsch war auch das nicht. Obwohl 93 deutsche Dramatiker, Schriftsteller und Wissenschaftler, unter ihnen Max Reinhardt, Gerhart Hauptmann, Max Planck und Wilhelm Röntgen, im Herbst 1914 mit einem Manifest „An die Kulturwelt!“ für die vermeintlich deutsche Sache sprachlich ins Feld zogen, hatte ihnen Rudyard Kipling, der Propagandist des britischen Kolonialimperialismus, der die Expansion in der Welt rassistisch als Zivilisationsmission, als „The White Man’s Burden“ beschworen hatte, im Einklang mit 52 englischen Schriftstellern in ihrem Aufruf für einen „gerechten Krieg“ schon den Boden bereitet. Schon 1909 hatte der futuristische italienische Literat Tommaso Marinetti deklamiert: „Wir wollen den Krieg verherrlichen – diese einzige Hygiene der Welt – den Militarismus, den Patriotismus, die Vernichtungstat der Anarchisten, die schönen Ideen, für die man stirbt, und die Verachtung des Weibes.“<sup>10</sup>

Die geistige Aufrüstung war also auf allen Seiten zu beobachten, und mehr noch, sie folgte erst im Anschluss an die Entfesselung der Feindseligkeiten, als eine retrospektive Rechtfertigung und Einschwörung auf die anstehende Mission. Keinesfalls taugten dabei auch die Rückwärtsprojektionen auf in der langen Geschichte der Nationen angelegte besondere Wege und „Wesenseigenheiten“ als wirkliche Herleitung der Entscheidung, das tödliche Wagnis der Schlachteröffnung einzugehen. Thomas Mann ist dafür das beste Beispiel. Aus seiner Sicht erfüllte er mit den kompulsiven, sich über

fast 600 Seiten erstreckenden „Betrachtungen eines Unpolitischen“ seinen „Zeitdienst“ in Ermangelung der Möglichkeit, sich an der Front zu beweisen. Das war ein Kreuzzug gegen die Demokratie, gegen die „westliche Zivilisation“, für deutsche „Kultur“ und seelischen Tiefgang. Der Krieg französischer „Zivilisation“ gegen deutsche, zutiefst verwurzelte „Kultur“ sei Deutschland aufgezwungen, Deutschland gerade deshalb verpflichtet, den Waffengang anzunehmen: „In Deutschlands Seele werden die geistigen Gegensätze Europas ausgetragen.“<sup>11</sup> Deutschlands Mission in diesem Krieg sei die Errichtung eines auf deutscher Hegemonie basierenden Friedens: „Der Friede Europas sei nicht international, sondern übernational, er sei kein demokratischer, sondern ein deutscher Friede. Der Friede Europas kann nur beruhen auf dem Siege und der Macht des übernationalen Volkes, des Volks, das die höchsten universalistischen Überlieferungen, die reichste kosmopolitische Begabung, das tiefste Gefühl europäischer Verantwortlichkeit sein eigen nennt. Dass das gebildetste, gerechteste und den Frieden am wahrsten liebende Volk auch das mächtigste, das gebietende sei, – darauf, auf der durch keine Zettelung mehr antastbaren Macht des Deutschen Reiches ruhe der Friede Europas.“<sup>12</sup>

Was war daran, laut Thomas Mann, so besonders deutsch? Er sagt: „So war es deutsch, so war es bürgerlich; Ästhetizismus im Wortsinne, *Schönseligkeit* also, ist die undeutscheste Sache von der Welt und die unbürgerlichste zugleich; man wird nicht zum Ästheten erzogen in Schopenhauerisch-Wagnerscher Schule, man atmet ethisch-pessimistische Luft dort, deutschbürgerliche Luft: denn das Deutsche und das Bürgerliche, das ist Eins; wenn ‚der Geist‘ überhaupt bürgerlicher Herkunft ist, so ist der *deutsche* Geist bürgerlich auf eine besondere Weise, die deutsche *Bildung* ist bürgerlich, die deutsche Bürgerlichkeit *human*, – woraus folgt, dass sie nicht, wie die westliche, *politisch* ist, es wenigstens bis gestern nicht war, und es nur auf dem Wege ihrer Enthumanisierung wird ...“<sup>13</sup>

Es war dies eine ethisch und künstlerisch überhöhte „Bürgerlichkeit“, die Mann dem dadurch fast übernatürlich, übermenschlich erscheinenden „deutschen Wesen“ zusprach. Und dabei berief er sich wiederum auf Beispiele aus

der deutschen Geistes- und Kunstgeschichte, auf Schopenhauer, Wagner und – mit starken Einschränkungen – Nietzsche: „Zu sagen, bei Schopenhauer und Wagner befinde man sich in bürgerlicher Sphäre, es sei eine bürgerliche Erziehung, die man durch sie erhalte, scheint eine widersinnige Behauptung; denn es fällt schwer, den Begriff der Bürgerlichkeit mit dem der Genialität zu vereinigen. Was wäre auch unbürgerlicher, als ihr hochgespannter, tragischer, heftig-qualvoller und in Weltruhmesglanz mündender Lebensgang! Trotzdem sind sie rechte Kinder ihres bürgerlichen Zeitalters, und überall ist in ihrer Menschlichkeit und Geistigkeit das Bürgerliche nachweisbar. Man sehe sich Schopenhauers Leben an: Seine hanseatisch-kaufmännische Herkunft; seine Sesshaftigkeit in Frankfurt, die kantisch-pedantische Unwandelbarkeit und Pünktlichkeit seines Tageslaufes; seine weise Gesundheitspflege auf Grund guter physiologischer Kenntnisse ...; seine Genauigkeit als Kapitalist ...; die Ruhe, Zähigkeit, Sparsamkeit, Gleichmäßigkeit seiner Arbeitsmethode ... – Das alles zeugt ebenso stark für die Bürgerlichkeit seines menschlichen Teils, wie es Ausdruck bürgerlicher *Geistigkeit* war, dass er das romantische Mittelalter, Pfaffentum und Ritterwesen so entschieden verabscheute und durchaus auf klassischer Humanität bestehen zu wollen meinte.“<sup>14</sup>

Mann beschwor ein Heldentum, ein spezifisch deutsches Heldentum, das sich nicht aus mittelalterlichem Ruhmesehrgeiz speiste, sondern aus einer in Mut und Unerschrockenheit gründenden „deutschen Bürgerlichkeit“, die ihren Wurzelgrund wiederum in humaner Ethik und europäischer Verantwortlichkeit für das Vaterland fand. Das begründete für ihn den Übergang zum Aktivismus, zur „Tat“, den der Eintritt in den Krieg für ihn bedeutet hatte. Am Ende seiner Betrachtungen zitiert er zustimmend Christoph Martin Wielands Worte aus der Zeit der Kriege gegen Napoleon: „Welcher Deutsche, in dessen Brust nur ein Funke von Nationalgefühl glimmt, kann den Gedanken ertragen, dass ein auswärtiges Volk sich anmaße, uns einen alle unsere häuslichen und bürgerlichen Verhältnisse zerstörenden politischen *Wahnglauben* mit den Waffen in der Hand *aufzudringen*, und zu eben der Zeit, da sie nichts als Menschen-

rechte, Freiheit, Gleichheit, Weltbürgerschaft und allgemeine Verbrüderung im Munde führen, uns die abscheuliche Wahl vorlegen, ob wir entweder zu Verrätern an den Gesetzen unseres Vaterlandes, an unseren rechtmäßigen Regenten und an uns selbst und unsern Kindern werden oder uns wie die verworfensten Sklaven behandeln lassen wollen?“<sup>15</sup>

Als bürgerliches „Heldenvolk“ setzte auch der bekannte Nationalökonom Werner Sombart, der seine wissenschaftliche Karriere mit sozialistischen Neigungen begonnen hatte und nun einen unwiderruflichen, scharfen Schwenk nach rechts vollführte, die „Deutschen“ in seinem 1915 erschienenen Pamphlet „Händler und Helden“ dem „Krämervolk“ der Engländer entgegen.<sup>16</sup> Es war dies, wie zwischen den Zeilen bei Thomas Mann, ein Heldentum des immateriellen Geistes, der ethischen Reinheit und der unverbrüchlichen Treue zum Vaterland, was hier als spezifisch „deutsch“ und als Rechtfertigungsgrund für den Krieg beschworen wurde. Es bedeutete Mut und Tatkraft auch im Angesicht übermächtig erscheinender Umstände. Denn nicht nur die Verachtung „krämerischer“ Geldorientierung schien in Sombarts Schmähung der „materiellen“ Briten durch, sondern „Materialität“ hieß auch Einsicht in die Härte handlungsbegrenzender Strukturen, oder auch: Einsicht in die gegebenen Realitäten. „Deutsch“ sei letztlich, so Mann und Sombart und viele andere, sich trotz Kenntnis über diese Einsichten hinwegzusetzen, gegen die Realitäten die Macht des unbedingten Willens zu mobilisieren. Das scheint, wenn überhaupt, der rote Faden bei allen Versuchen gewesen zu sein, aus der disparaten, vielfältigen und sicher nicht stromlinienförmigen Geistesgeschichte durch Selektion, Überhöhung und retrospektive kausale Zurechnung einen „deutschen Sonderweg“ zu konstruieren, um mit dieser Denkfigur Deutschlands Rolle im Weltkrieg zu rechtfertigen.

### WAS BLEIBT VOM „DEUTSCHEN SONDERWEG“ IM GEISTE?

Das bedeutet natürlich noch nicht, dass solche nachträglichen Konstruktionen in programmatisch apologetischer Absicht nachweisbar auf tatsächliche Motivationslagen in der politischen Entscheidungssituation vom Sommer 1914

hindeuten. Christopher Clark betont in seiner großen Studie über die europäischen Staatsführungen und Diplomaten die Unsicherheit auf allen Seiten, das Schwankende, auch Verzagte, und das sehr überzeugend. Gerade auch für Kaiser Wilhelm II. arbeitet er Momente und Phasen des Zögerns, des Zurückschreckens vor den Konsequenzen des eigenen nassforschenden Auftretens heraus. Gegenüber seinem Verwandten, dem Zaren, schreibt er noch kurz vor Bekanntmachung der Mobilmachung von der Unmöglichkeit eines Krieges mit Russland. Auch Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg bekannte in persönlichen Aufzeichnungen und Äußerungen ein großes Maß an Fatalismus in einer vermeintlich ausweglosen Situation – nicht gerade ein Anzeichen für „heldische“ Aggressivität.

Und doch passt die von Mann und Sombart und vielen anderen stilisierte „deutsche“ Mentalität zu einer solchen eher ängstlichen Gesinnungslage. Es ging ja um den Mut im Angesicht scheinbar übermächtiger Verhältnisse, um die Unerschrockenheit aus ethischer Überzeugung („Ich stehe hier, ich kann nicht anders ...“), um die Ermächtigung durch den Willen, der sich über alle materiellen Umstände hinwegsetzt. Das bedeutete offenbar eine situative Therapie durch Autosuggestion. Und das galt sozial übergreifend, nicht nur für die von Mann und Sombart gefeierte, ominöse „deutsche Bürgerlichkeit“, sondern auch für die adeligen politischen Eliten und die militärischen Funktionsträger. Bethmann-Hollweg steht eben neben seinem Fatalismus auch für eine Mentalität des „Befreiungsschlages“, nach dem Motto: Wenn es denn notwendig ist, dann jetzt und mit aller Entschlossenheit. Der Schlieffen-Plan, der deutsche Aufmarschplan für einen Zweifrontenkrieg in Europa, verkörperte mit seiner bedingungslos offensiven Ausrichtung im Westen und mit seinem Vabanque-Spiel einer einzigen, wenn möglich kriegsentscheidenden, offensiven Operation diese Mentalität in nuce. Der Plan automatisierte alle militärischen Abläufe von der Sekunde der Bekanntgabe der Mobilmachung an. Danach musste kein politischer Führer in Deutschland mehr über Zögern oder Tatkraft nachdenken. Es galt nur, den entscheidenden Moment für die Auslösung dieses gewaltigen

militärischen Mechanismus nicht zu verpassen. Der Schlieffen-Plan spielt seltsamerweise in Christopher Clarks Geschichte keine zentrale Rolle. Dabei scheinen solche Erwägungen in der Juli-Krise tatsächlich Wirkung gezeigt zu haben. Insofern, und nur insofern, lässt sich von einem „deutschen Sonderweg“ in den Krieg reden.

---

**DR. PHIL. THOMAS WELSKOPP**

Professor für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie, Arbeitsbereich Geschichte moderner Gesellschaften an der Universität Bielefeld

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Welskopp, Thomas: Identität ex negativo. Der „deutsche Sonderweg“ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre, in: Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, hrsg. von Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow, Göttingen 2002, S. 109-139.
- <sup>2</sup> Wehler, Hans-Ulrich: Krisenherde des Kaiserreichs. Studien zur Sozial- und Verfassungsgeschichte 1871-1918, Göttingen, 2. Aufl., 1979 (zuerst 1970); Ders.: Bismarck und der Imperialismus, Köln, 4. Aufl., 1976 (zuerst 1969); Ders.: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen, 6. Aufl., 1988 (zuerst 1973).
- <sup>3</sup> Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation, Stuttgart 1959 (zuerst 1935); Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München, 3. Aufl., 1974 (zuerst 1965).
- <sup>4</sup> Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.
- <sup>5</sup> Kritisch dazu: Blackbourn, David / Eley, Geoff: Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt a. M. u. a. 1980.
- <sup>6</sup> Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.
- <sup>7</sup> Welskopp, Thomas: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000, S. 528 ff.
- <sup>8</sup> Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. 1: Wien 1918, Bd. 2: München 1922.
- <sup>9</sup> Faulenbach, Bernd: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980, S. 302.
- <sup>10</sup> Zit. in: Matussek, Matthias: Der Krieg der Dichter, in: Der Spiegel Geschichte 5/2013: Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Als Europa im Inferno versank, S. 76-79, 79.
- <sup>11</sup> Zit. in: ebd., S. 77.
- <sup>12</sup> Mann, Thomas: Betrachtungen eines Unpolitischen, Frankfurt a. M., 5. Aufl., 2012, S. 222.
- <sup>13</sup> Ebd., S. 125.
- <sup>14</sup> Ebd., S. 125 f.
- <sup>15</sup> Zit. in: ebd., S. 591.
- <sup>16</sup> Sombart, Werner: Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München 1915.

# NIBELUNGENTREUE VERSUS BÜNDNISFREIHEIT

## Deutsche Außenpolitik 1871-1914

**ULRICH LAPPENKÜPER** || Über das Maß der Verantwortung des Deutschen Kaiserreichs für den Ersten Weltkrieg wird seit dem Versailler Friedensvertrag heftig gestritten. Dass die deutsche Außenpolitik das mörderische Ringen von langer Hand bewusst entfesselt hat, gilt mittlerweile als widerlegt. Doch welche Rolle spielte die „Nibelungentreue“ zu Österreich-Ungarn am Ausbruch der „Ur-Katastrophe Europas“?

Die Außenpolitik des Deutschen Kaiserreichs bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs unter dem Rubrum von „Nibelungentreue versus Bündnisfreiheit“ zu erörtern, gebietet zunächst einige definitorische Klarstellungen. Erstens: Was ist Außenpolitik? Einer der namhaftesten Experten unserer Zeit, der Kölner Politikwissenschaftler Werner Link, hat diese auf den ersten Blick vielleicht banale, bei näherem Hinsehen indes keineswegs einfache Frage einmal so beantwortet: Außenpolitik sei der Versuch eines Staates, „die Beziehungen zur internationalen Umwelt aktiv und reaktiv den eigenen Zielvorstellungen und Präferenzen gemäß zu gestalten“.<sup>1</sup>

Das heutige Deutschland, dies die zweite Vorbemerkung, vollzieht diese „Gestaltung der Beziehungen zur internationalen Umwelt“ ganz wesentlich im Rahmen internationaler Organisationen mit dem Ziel eines friedvollen Ausgleichs der staatlichen Interessen. In dem hier zu durchmessenden Zeitraum des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts herrschten hingegen andere „Gesetze“. Krieg galt gemäß dem berühmten Wort von Clausewitz als Fortsetzung der Politik, sprich Außenpolitik, mit anderen Mitteln. Und die Mitwirkung in internationalen Organisationen, d. h. Bündnissen, blieb weitgehend auf die Zeit militärischer Ausein-

andersetzungen beschränkt. In Friedensphasen war sie hingegen verpönt, da sie die Handlungsfreiheit der ja auf Souveränität gepolten Nationalstaaten einengte. Gewissermaßen stilbildend wirkte die einzige echte Weltmacht der damaligen Zeit, Großbritannien, mit ihrem Leitspruch von der „splendid isolation“.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund sollen nun im Folgenden drei Fragen erörtert werden:

- Warum und zu welchem Zweck wandte sich das Deutsche Kaiserreich bald nach seiner Gründung vom Credo der Bündnislosigkeit ab?
- Wieso trieb es eines seiner Bündnisse, das mit Österreich-Ungarn, bis zur sog. „Nibelungentreue“, also jener dem Nibelungenlied entlehnten, ebenso bedingungslosen wie verhängnisvollen Treue?
- Welche Bedeutung kam der deutsch-österreichischen „Nibelungentreue“ beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu?

### DIE HYPOTHEK DER POTENZIELLEN HEGEMONIE

Am Anfang der Betrachtungen muss ein Staatsmann stehen, der mit diesem Systemwechsel nur sehr bedingt etwas zu tun hat: Otto von Bismarck. Nach drei kurzen Kriegen war es dem preußischen Ministerpräsidenten 1871 gelungen

gen, die über Jahrhunderte zersplitterte Mitteleuropas in ein politisches „Gravitationszentrum“<sup>3</sup> namens Deutsches Reich umzuwandeln. Mit „Eisen und Blut“<sup>4</sup> katapultierte er Preußen-Deutschland gleichsam über Nacht in den Rang einer europäischen Großmacht. Bei einer Bevölkerung von gut 41 Mio. Menschen und einer Größe von mehr als 500.000 km<sup>2</sup> war das Deutsche Reich nach Russland der gewichtigste Staat auf dem Kontinent. Dank seines enormen wirtschaftlichen Aufschwungs sollte es bald auch zur führenden kontinentalen Wirtschaftsmacht aufsteigen.

Nicht nur die in den Reichseinigungskriegen militärisch besiegten Staaten Dänemark, Österreich und Frankreich, auch die abseits stehenden Mächte England und Russland hatten den Aufstieg Preußen-Deutschlands mit größtem Argwohn verfolgt. Wie tief das Misstrauen saß, verdeutlichen die Warnungen zweier maßgeblicher Staatsmänner der „Flügelmächte“ des internationalen Systems: Benjamin Disraeli, der englische Oppositionsführer, bezeichnete die Geschehnisse von 1870/71 als „deutsche Revolution“ und stellte sie damit auf eine Ebene mit der Französischen Revolution von 1789. Alexander Gortschakow, der russische Reichskanzler, sah Europa durch den deutsch-französischen Krieg geradezu „aus den Angeln gehoben“.<sup>5</sup> Würde das von Bismarck geschaffene Reich, so fragten sich die besorgten Geister von St. Petersburg bis Paris und von London bis Rom, der Versuchung widerstehen, seine „potenziell hegemoniale“<sup>6</sup> Machtstellung weiter auszubauen, vielleicht sogar nach dem Vorbild Ludwigs XIV. oder Napoleons I. die Vorherrschaft in Europa anzustreben?

Es kann kein Zweifel bestehen: Das Deutsche Kaiserreich trug schwer an den Hypotheken, die ihm gewissermaßen als Morgengabe in die Wiege gelegt worden waren: Zusätzlich zu dem allgegenwärtigen Misstrauen gegenüber dem potenziellen Hegemon war da zum einen die Annexion Elsass-Lothringens, die Deutschland dazu zwang, das gedemütigte Frankreich fortan als negativen Faktor im europäischen Machtspiel einzuplanen; da war zum anderen der schleichende Wandel der internationalen Staatenwelt, in der das Militärische über dem Politischen zu rangieren begann; und schließ-

lich das im Deutschen Reich sich zunehmend schmerzhafter auswirkende Fehlen einer zivilisatorischen Idee, wie es für Frankreich der Gedanke von Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit war.

## DURCH BÜNDNISSE DEN GROßKRIEG VERMEIDEN

Bismarck, der preußische Ministerpräsident und neue deutsche Reichskanzler, fühlte sich schon bald von zwei tiefsitzenden Ängsten erfasst: dem „Alpdruck der Revolutionen“ im Innern und dem „Alpdruck der Koalitionen“ von außen: der Furcht vor einer Zerstörung des Kaiserreichs durch revolutionären Umsturz oder durch Krieg.<sup>7</sup> Um die, objektiv betrachtet, noch ungefestigte Machtstellung Deutschlands im europäischen Konzert zu sichern, boten sich in der nun beginnenden Ära der „Machtbesessenheit und Machtanbetung“<sup>8</sup> drei Handlungsmuster an: Zum einen besaß das Reich die Möglichkeit, die von Bismarck verursachten Verschiebungen im europäischen Kräfteverhältnis mittels Kompensationen an die relativ schwächer gewordenen Großmächte auszugleichen. Zum anderen konnte es durch präventive Militäraktionen gegen potenzielle Gegner eine Einkreisung durch die immerhin acht Nachbarstaaten verhindern. Schließlich blieb der Weg, die Interessen der europäischen Großmächte an den Rand des Kontinents zu dirigieren und – bei eigener Zurückhaltung – gegeneinander zu lenken.<sup>9</sup>

Nach einer intensiven Bestandsaufnahme der internationalen Beziehungen gewann Bismarck die Überzeugung, dass das Deutsche Reich seine fragile Machtstellung nur würde festigen können, wenn es eine im Kern defensive Sicherheitspolitik betrieb, die auf drei Pfeilern ruhte:

- der Verhinderung gegnerischer Koalitionen mit Hilfe eines möglichst lockeren Bündnisses mit Österreich-Ungarn und mit Russland, den anderen beiden Kaiserreichen in der Pentarchie,
  - der Pflege möglichst guter Beziehungen zu Großbritannien und
  - der Isolation des sog. Erbfeindes Frankreich.<sup>10</sup>
- Gewissermaßen als Ideal, so formulierte der Meister der Realpolitik es in seinem berühmten „Kissinger Diktat“ vom 15. Juni 1877,<sup>11</sup> schweb-

te ihm eine Gesamtsituation vor, in der alle Mächte mit Ausnahme Frankreichs des „ehrlichen Maklers“<sup>12</sup> Deutschland bedurften und zugleich durch ihre bi- bzw. multilateralen Konflikte von der Bildung einer anti-deutschen Allianz abgehalten würden.

Den Angelpunkt dieser Konzeption bildete notabene nicht Österreich-Ungarn, sondern Russland; denn das Riesenreich der Romanows galt militärisch als unbesiegbar und besaß zugleich die höchst bedrohliche Möglichkeit, Deutschland mit Frankreich eine Zweifrontensituation aufzuzwingen. Mochte Zar Alexander II. seinem Onkel Kaiser Wilhelm I. auch dynastisch eng verbunden sein, hielt diese Gefühlspolitik ihn und seinen frankophilen Reichskanzler Gortschakow doch nicht davon ab, nur wenige Jahre nach der Reichsgründung zunehmend ungeduldiger eine Kompensation für den deutschen Machtzuwachs einzufordern. Umgetrieben vom Alpdruck einer russisch-französischen Allianz, schloss Bismarck daher 1879 ein militärisches Defensivbündnis mit Österreich-Ungarn. Dieser Zweibundvertrag war keine außenpolitische Option zugunsten der Habsburger-Monarchie, sondern gedacht als Ausgangspunkt für den Aufbau eines umfassenden europäischen Bündnissystems, das nach dem Dafürhalten seines spiritus rector einen zentralen Zweck verfolgte: den Großmächtekrieg in Europa zu vermeiden.

### **DIE ULTIMA RATIO DER OPFERUNG ÖSTERREICHS**

Das von ihm in den nächsten Jahren erfolgreich gewebte Netz der checks and balances funktionierte bis 1885, dann wurde es auf eine dramatische, ja existenzielle Probe gestellt. Im Osten Europas führte der Unabhängigkeitskampf der Balkanvölker gegen den türkischen Sultan zu einem unheilbaren Riss zwischen Österreich-Ungarn und Russland. Im Westen, d. h. in Frankreich, formierte sich eine radikal anti-deutsche Bewegung, die die Revanche auf ihre Fahnen schrieb und zur Koalition mit dem Zarenreich aufrief. Durch die Presse aufgeputschte Nationalismen drohten Bismarcks kunstvoll errichtetes Gebäude einer in traditionellen Kategorien denkenden Diplomatie zu unterspülen.

Auch in Deutschland fand der Friedenskurs des Reichskanzlers kaum noch Anhänger. Die von ihm zwangsverordnete Politik der Satiertheit als „unerträglichen Stillstand“<sup>13</sup> empfindend, forderten einflussreiche Stimmen in den Parteien, der öffentlichen Meinung und namentlich in der hohen Generalität offen einen Präventivkrieg, mal gegen Frankreich, mal gegen Russland. Auch in Kreisen der Wirtschaft nahm die Antipathie gegen das Zarenreich, das seinen Binnenmarkt durch ein Hochzollschutzsystem abschirmte, dramatisch zu. Anders als im ökonomischen Raum, wo er mit zoll-, finanz- und handelspolitischen Maßnahmen das Reich vor äußerer Konkurrenz abzuschirmen versuchte,<sup>14</sup> gab Bismarck den Forderungen im politisch-militärischen Bereich nicht nach. Eisern hielt er an seiner Linie der Friedenspolitik fest, stellte aber insgeheim Notfallplanungen an, die im Reich – wenn sie bekanntgeworden wären – kaum jemand gebilligt hätte: Sollte Deutschland bei Ausbruch eines europäischen Krieges der staatliche Untergang drohen, so ließ er sich im Kreis vertrauter Diplomaten vernehmen, müsse es Russland freie Hand im Orient gewähren, vielleicht sogar „à tout prix, d. h. mit Aufopferung von Österreich“.<sup>15</sup> Dieses Szenario war für Bismarck wohl bemerkt ultima ratio, ausgehend von der Überzeugung, dass Russland unter allen Umständen an Deutschlands Seite gehalten werden müsse. Von „Nibelungentreue“ zu Österreich keine Spur!

### **EIN NEUER KURS**

Nach dem erzwungenen Rücktritt des Eisernen Kanzlers im Jahre 1890 gab es im Reich niemanden, der seinem außenpolitischen ceterum censeo noch hätte eine Stimme geben mögen. An der Staatsspitze wartete ein junger, sprunghafter Monarch mit ungestümem Tatendrang darauf, endlich einen „neuen Kurs“ einleiten zu können.<sup>16</sup> Und auch die vom Umbruch eines Agrar- zum Industriestaat erfasste Gesellschaft sehnte sich außenpolitisch nach neuen Ufern. Max Weber, der berühmte Soziologe, brachte den von Sozialdarwinismus, Rassismus und Expansionismus geprägten Zeitgeist des Hochimperialismus prägnant auf den Punkt, als er 1895 mahnend ausrief: Die deutsche Nation hätte den „Jugendstreich“ der Einigung besser

unterlassen, wenn diese Einigung „der Abschluss und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte“.<sup>17</sup>

Schon fünf Jahre zuvor hatte die neue Reichsführung ein erstes, in seinen Konsequenzen kaum zu unterschätzendes Signal einer außenpolitischen Umorientierung gesendet. Im Sommer 1890 wurde das Bündnis mit Russland, von Bismarck 1887 mit dem sog. Rückversicherungsvertrag noch einmal notdürftig gekittet, nicht mehr verlängert. Gleichzeitig suchte Kaiser Wilhelm II. unterhalb der Bündnisebene eine Annäherung an England und führte damit eben jene „schicksalhafte Allianz“ zwischen Frankreich und Russland zusammen,<sup>18</sup> die der Eiserne Kanzler stets zu verhindern versucht hatte. Da das Bemühen um eine engere Beziehung zu England ebenso scheiterte wie die anschließend abrupt eingeleitete Rückwendung zu Russland, besaß das Deutsche Reich seit Mitte der 1890er-Jahre, abgesehen vom eher unzuverlässigen Dreibund-Partner Italien, nur noch einen Bundesgenossen – Österreich-Ungarn. Dies aber erwies sich spätestens dann als problematisch, als das Reich ganz im Sinne Max Webers zum Sprung in die Weltpolitik ansetzte, im Banne eines Primats der Flottenrüstung den Aufbau einer großen Schlachtflotte einleitete und dadurch einer „Revolutionierung des Mächtesystems“<sup>19</sup> Vorschub leistete.

### DIE POLITIK DER „FREIEN HAND“

Im festen Vertrauen, dass die europäischen Großmächte aufgrund ihrer bilateralen Konflikte nicht zum Schulterschluss fähig seien, wähnte sich das Kaiserreich nach der Jahrhundertwende stark genug, mit einer „Politik der freien Hand“ machtpolitische Ambitionen im Nahen Osten, Afrika und Asien anzumelden. Entgegen manch kritischer Stimme in der Forschung wirkte der neue Reichskanzler Bernhard von Bülow mit seinem zwischen „Arroganz und Furcht“<sup>20</sup> oszillierenden Kurs indes nicht zielstrebig darauf hin, das Deutsche Reich wenn nötig auf kriegerischem Wege auf Kosten Englands zur Weltmacht zu führen;<sup>21</sup> dennoch fühlte sich gerade Großbritannien durch sein Streben nach dem „Platz an der Sonne“<sup>22</sup> massiv herausgefordert. Unter dem Eindruck einer mentalen Aufrüstung der veröffentlichten Mei-

nung<sup>23</sup> und unter der Last ihres Weltreiches flüchteten die Briten nun in zwei militärische Bündnisse, zunächst mit Japan, dann mit Frankreich. Deutschlandpolitische Überlegungen standen beim Abschied von der „splendid isolation“ eher im Hintergrund; notwendig erschien dieser Schritt, abgesehen vom Wunsch nach einer Klärung kolonialpolitischer Streitfragen mit Frankreich, vornehmlich zum Schutz vor Frankreich, dessen Allianzpartner Russland seit 1904 in einem verlustreichen Krieg gegen Japan stand. Und dennoch waren die Konsequenzen dieses „grand tournant de la politique mondiale“<sup>24</sup> gerade für das Deutsche Reich höchst fatal. Mit dem Abschluss der englisch-französischen Entente Cordiale gewann die Gefahr einer antideutschen Auskreisung mit Frankreich als Scharnier mehr und mehr Kontur.

Anstatt dieser Tendenz durch eine Politik der Détente entgegenzuwirken, weitete Deutschland seine „Weltmacht“-Ambitionen nun noch auf Nordafrika aus. Vom Reichskanzler gedrängt, landete Kaiser Wilhelm II. Ende März 1905 mit einem Kriegsschiff im marokkanischen Tanger und pochte auf die Unabhängigkeit des unter französischem Einfluss stehenden Landes.<sup>25</sup> Deutschlands außenpolitischer Kurs der „Freien Hand“ erreichte einen ersten gefährlichen Höhepunkt; denn das Reich forderte damit nicht nur Frankreich, sondern auch dessen neuen Entente-Partner England heraus. Noch immer davon überzeugt, dass der französisch-britische Gegensatz in Übersee letztlich unüberbrückbar sei, wies Berlin Pariser Kompromissvorschläge schnöde zurück und meinte, die Entente Cordiale auf einer Großmächtekonferenz spalten zu können.

### DIE AUSKREISUNG DEUTSCHLANDS

Fundamentale Bedeutung für die internationalen Beziehungen gewannen nun der Sieg Japans über Russland und der damit einhergehende Übergang von der alten Staatenwelt zu einer neuen, wahrhaft global angelegten Weltpolitik.<sup>26</sup> Denn nach der Zerstörung der russischen Seemacht und dem Baustopp der französischen Marine gab es für Britannien nur noch einen maritimen Gegner: Deutschland. In einer völligen Verkennung der internationalen wie

auch innerdeutschen Machtverhältnisse glaubte Wilhelm II., das geschlagene Zarenreich nun in eine trilaterale Kontinentalallianz mit Frankreich drängen zu können. Sein Versuch schlug jedoch fehl, weil sowohl die deutsche als auch die russische Regierung den Kurs des Kaisers nicht mittragen wollten. Umso wichtiger wurde für Berlin damit die Entwicklung des Verhältnisses zu London.

Ein Machtwechsel an der Themse sollte die Lage für Berlin jedoch nicht unerheblich verschlechtern. Denn mit dem neuen Außenminister Edward Grey übernahm Ende 1905 ein Mann die Leitung der britischen Außenpolitik, der die British Interests als annähernd identisch mit denen Frankreichs einstufte und die Entente Cordiale von „einem Aushilfsmittel zum Grundprinzip“ der britischen Außenpolitik erhob.<sup>27</sup> Noch wichtiger als das „herzliche Einvernehmen“ mit Frankreich war für Grey die Verständigung mit Russland, sowohl zur Sicherung Indiens als auch zur Eindämmung Deutschlands: „An entente between Russia, France and ourselves would be absolutely secure. If it is necessary to check Germany it could then be done“, erklärte er Anfang 1906.<sup>28</sup> Nicht der zunehmend schärfer ausgefochtene wirtschaftliche Wettbewerb stellte für ihn dabei das „eigentliche Ärgernis“, sondern „das Unruhestiften“ Wilhelms II., der offenbar „aggressive Pläne zur Weltpolitik“ hegte.<sup>29</sup>

Kaum zwei Jahre später hatte der Chef des Foreign Office sein Ziel erreicht. Ende August 1907 unterzeichneten die beiden Flügelmächte eine Konvention, mit der sie Afghanistan als englisches, Tibet aber als russisches Interessengebiet anerkannten. Ihr „Great Game“ in Asien war damit zwar noch immer nicht entschieden, aber offenbar in eine zivilisierte Form des Interessenausgleichs übergeführt worden.<sup>30</sup>

Für Deutschland besaß der Abschluss dieses Abkommens, das den entscheidenden Schritt in Richtung auf eine englisch-russisch-französische Triple-Entente markierte, geradezu katastrophale Folgen, besiegelte es doch die sich seit langem abzeichnende internationale Auskreisung. Obwohl die Reichsführung sich als „eigentliche[n] Adressat[en]“ der Konvention sah,<sup>31</sup> erlaubte es ihr Weltmachtstreben nicht, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Vielmehr meinten

Wilhelm II. und Bülow, nun angesichts einer allgemeinen „Rückwendung der Großmächte von Übersee nach Europa“<sup>32</sup> noch mehr auf eine Politik der Stärke setzen zu müssen. Und beschleunigten damit nur die antideutsche Blockbildung.

#### DAS BEKENNTNIS ZUR „NIBELUNGENTREUE“

In aller Deutlichkeit zeigte sich dieser verhängnisvolle Konnex in der Bosnien-Herzegowina-Krise der Jahre 1908/09. Obwohl die eigenmächtige Annexion der beiden türkischen Provinzen durch Österreich-Ungarn selbst in der deutschen Presse als Völkerrechtsbruch gebrandmarkt wurde, galt der düpierten Berliner Reichsführung die Verteidigung des einzig zuverlässigen Bündnispartners gegenüber dem russischen Protest als „selbstverständlich“.<sup>33</sup> In der Überzeugung, dass nicht weniger als die Großmachtstellung Deutschlands in Europa auf dem Spiel stehe, bekannte sich Kanzler Bülow in einer emotional aufgeladenen Reichstagsdebatte Ende März 1909 dezidiert zur „Nibelungentreue“. Als ihm daraufhin von Seiten der Opposition Vasallenschaft vorgeworfen wurde, pochte er ostentativ auf den Erhalt des Zweibundes, fügte aber eingedenk der damit ausgelösten „blutigen“ Assoziationen rasch hinzu, welche eminenten Friedensfunktion dem Bündnis zukomme.<sup>34</sup> Dass das Deutsche Reich ob des schleichenden Machtverfalls seines Partners nun mehr und mehr gezwungen wurde, zu dessen innerer Stabilisierung beizutragen, übergang Bülow geflissentlich.

Vorderhand erreichte der Reichskanzler sein Ziel einer Stärkung des Zweibundes, da sich St. Petersburg nach einer türkisch-österreichischen Einigung zum Einlenken genötigt sah. Indem Habsburger und Hohenzollern ihre Allianz aber nun in einen Block mit offensiver Ausrichtung umwandeln, trugen sie implizit dazu bei, die Bindungen innerhalb der keineswegs konfliktfreien Triple-Entente zu festigen. Während Österreich-Ungarn sein Heil in einer aktiven, einflussichernden Außenpolitik im Orient suchte und dadurch in eine verschärfende Konfrontationshaltung gegenüber Russland geriet, forcierte Berlin den Rüstungswettlauf zur See und damit den Antagonismus zu London. Nicht nur wegen der außenpolitischen „Rückendeckungs-

funktion“, auch wegen der innenpolitischen „Integrationsfunktion“ zwecks „Herstellung einer verbreiterten parteipolitischen Konsensbildung“ wurde der Zweibund für beide Kaiserreiche damit „alternativlos“.<sup>35</sup>

### EINE NEUE INTERNATIONALE FRIEDENSORDNUNG?

Ein Ende der abschüssigen Bahn schien erst in Sicht, als im Juli 1909 mit Theobald von Bethmann Hollweg ein neuer Geist ins Reichskanzleramt einzog. Der bis auf den heutigen Tag umrätelte „Philosoph von Hohenfinow“<sup>36</sup> hoffte nämlich, die als Einkreisung empfundene zunehmende Isolierung des Deutschen Reiches durch eine Verständigung mit England durchbrechen und ganz generell „eine neue internationale Friedensordnung“ schaffen zu können.<sup>37</sup>

Sein Ansinnen stand indes von Anfang an unter einem dunklen Stern. Zum einen verweigerte das Reich weiterhin jegliche Konzilianz in der Flottenrüstung, da sowohl für Wilhelm II. als auch für Großadmiral von Tirpitz der Großmachtstatus Deutschlands unlösbar mit dem Besitz einer starken Kriegsmarine verknüpft war. Zum anderen belastete es die Sondierungen gegenüber England mit der Forderung nach einer Neutralitätszusage für den Fall, dass Deutschland bei einem unprovokierten russischen Angriff auf Österreich zu den Waffen greifen müsse. Aus Londoner Sicht erbrachte Berlin damit einen untrüglichen Nachweis, wie wenig es von den Bewegungsgesetzen der britischen Außenpolitik verstand. Denn die Anerkennung der englischen Überlegenheit zur See galt an der Themse eben keineswegs als ein Konzessionen erheischendes deutsches Zugeständnis, sondern als Akzeptieren einer Tatsache.

Dass sich das Reich Mitte 1911 mit dem „Panthersprung nach Agadir“<sup>38</sup> einen neuerlichen außenpolitischen „Fehltritt“ leistete, trug nicht eben zur Entspannung in den internationalen Beziehungen bei. Wie schon sechs Jahre zuvor, forderte Deutschland seinen westlichen Nachbarn im südlichen Mittelmeerraum heraus und glaubte ihn zu einer Kompensation in Französisch-Äquatorialafrika nötigen zu können. Wie damals stellte sich das Gros der europäischen Mächte aber nicht auf die Seite des Deutschen Reiches, sondern des vom Krieg be-

drohten Frankreich. England verständigte sich mit seinem Partner nun sogar auf den Einsatz eines britischen Expeditionskorps im Konfliktfall und verlieh der Entente Cordiale damit ein zunehmend militärisches Gepräge.

Wie die Erste, so endete auch die Zweite Marokkokrise mit einer diplomatischen Niederlage Deutschlands: Zwar trat Frankreich dem Reich für dessen Verzicht auf seine Ansprüche in Marokko einen Teil seiner Kolonie Neukamerun ab; doch dieser Gebietsgewinn umfasste nur einen Bruchteil dessen, was die deutsche Regierung ursprünglich einzuheimen gehofft hatte. Vor allem war es Deutschland abermals nicht gelungen, den sich schließenden Einkreisungsring zu sprengen – im Gegenteil.

### DER EINKREISUNGSRING SCHLIEßT SICH

Bei besonnenen Politikern und Diplomaten schärfte der Konflikt am Rande eines Krieges die Einsicht, dass das Reich mit seiner Kraftmeierei die eigene Sicherheit nicht festige, sondern gefährde. Weniger besonnene dagegen hielten unbeirrt am alten Kurs fest. Während Bethmann Hollweg nun mit dem Gedanken spielte, das deutsche Flottenbauprogramm zu verzögern, sofern die Briten ein Neutralitätsabkommen eingingen, lehnten Wilhelm II. und Tirpitz ein derartiges Kompensationsgeschäft als indiskutabel, weil mit dem deutschen Weltmachtanspruch nicht vereinbar ab. Akzeptabel war für sie allenfalls eine Verständigung in „peripheren“ Fragen der internationalen Politik – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Eine erste Bewährungsprobe hatte diese neue Taktik im Oktober 1912 auf dem wieder einmal aufgewühlten Balkan zu bestehen, wo ein unter russischem Patronat geschlossener bulgarisch-serbischer Balkanbund mit Griechenland und Montenegro das Osmanische Reich angriffen. Als der militärische Erfolg der Allianz in einen europäischen Krieg umzuschlagen drohte, drängten Berlin und London auf diplomatischem Wege gemeinsam zur Mäßigung – mit Erfolg. Nicht nur Deutschland und England, auch die Dreibundmächte Deutschland, Österreich und Italien agierten aus Sorge um den europäischen Frieden jetzt wie eine „Versicherungsgesellschaft“.<sup>39</sup> Selbst die beiden verfein-

deten Nachbarn am Rhein suchten und fanden Möglichkeiten zur Verständigung,<sup>40</sup> so dass auch der im Sommer 1913 ausbrechende Zweite Balkankrieg nicht in ein heillooses Durcheinander mündete.

Allerdings, dies gilt es festzuhalten, besaßen all diese Bemühungen um eine Kalmierung der explosiven Lage im Vorfeld des Ersten Weltkriegs einen kontraproduktiven Nebeneffekt. Da die Entspannung dem Verständnis der Akteure gemäß als Schritt zur Überwindung der bestehenden Blöcke gedacht war, säte sie nämlich innerhalb der Allianzen erhebliches Misstrauen. Um die scheinbar in Frage gestellte Blockkohäsion zu stärken, sahen sich die Regierungen daher gezwungen, parallel zur Détente politik eine blockinterne Rückversicherungspolitik zu betreiben, die wiederum zu einer Verschärfung der Blockgegensätze führen konnte.<sup>41</sup>

Da das Reich überdies von seiner „periklitierenden“ Weltpolitik<sup>42</sup> nicht ablassen wollte, hielt sich der Erfolg der Verständigung in engen Grenzen. Dies verdeutlichte nachdrücklich die sog. Liman-von-Sanders-Krise 1913/14. Ende 1913 entsandte Wilhelm II. eine deutsche Militärmission nach Konstantinopel, deren Chef Generalleutnant Liman von Sanders vom Sultan zum Kommandierenden General des I. türkischen Armeekorps und zum Generalinspekteur der osmanischen Armee ernannt wurde. Kaum überraschend, empfand Russland diese türkisch-deutsche Sicherheitskooperation als Bedrohung seiner Interessensphäre und erhob scharfen Protest. Zur Lösung des Problems wurde Liman von Sanders Anfang 1914 zur Armee des Sultans abgeordnet; er blieb zwar Generalinspekteur des türkischen Heeres, musste aber das Kommando über das I. Armeekorps abgeben.

Den Streit mit St. Petersburg nicht auf die Spitze zu treiben schien Berlin umso mehr geboten, als namentlich London keinen Zweifel daran ließ, auf wessen Seite es im Konfliktfall stünde. Im Juli 1914 schlossen die Briten gar mit Russland eine Marinekonvention, die neben einer Garantie für Indien auch eine Hilfszusage in Europa enthielt.<sup>43</sup> Aus der Sicht Berlins drohte sich der militärische „Einkreisungsring“ nun vollends zu schließen. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn mutierte damit zum Rettungsnetz deutscher Sicherheitspolitik.

## DIE ÖFFNUNG DES JANUSTEMPELS

Beinahe zwangsläufig drängte das Deutsche Reich seinen Bundesgenossen nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger am 28. Juni 1914 in Sarajevo zur Kraftprobe gegen den serbischen Drahtzieher. Im Zuge einer Theorie des „kalkulierten Risikos“<sup>44</sup> hoffte Bethmann Hollweg, mit dieser „Blankovollmacht“ die österreichische Großmachtstellung behaupten und die deutsche Position sichern zu können. Der Reichskanzler unterschätzte jedoch Russlands Kriegsbereitschaft ebenso wie er Englands Friedenswillen überschätzte. Nachdem Österreich-Ungarn den Berliner „Blankoscheck“ eingelöst hatte, erklärte die von der russischen Generalmobilmachung überraschte Reichsleitung unter dem Zwang des Schlieffen-Plans sowohl dem Zarenreich als auch Frankreich den Krieg. Wenngleich von der bewussten Entfesselung eines Präventivkriegs nicht die Rede sein kann,<sup>45</sup> oblag Deutschland bei der Öffnung des Janustempels eine „initiierende“<sup>46</sup> Verantwortung, da es das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung bewusst in Kauf nahm. Freilich: Auch die übrigen Mächte waren nicht bereit, das Unheil aufzuhalten. Das durch Absprachen der militärischen Eliten für einen Kriegsfall zunehmend unbeweglichere Geflecht der Allianzen und das Wettrüsten hatten in Europa ein „Sicherheitsdilemma“<sup>47</sup> geschürt, dem die von Mobilmachungsplänen mehr und mehr zu Lakaien der Militärs degradierten Staatsmänner nicht mehr gewachsen waren. Wirtschaftliche Erwägungen standen dabei ungeachtet aller Handelsrivalitäten im Hintergrund, wenngleich mancher Industrielle und Politiker vom Krieg auch den Gewinn neuer Absatzmärkte erhoffte.<sup>48</sup>

Hätte Bismarck oder ein ihm kongenialer deutscher Staatsmann die „Ur-Katastrophe Europas“<sup>49</sup> abwenden können? Zweifel sind angebracht, und zwar aus zweierlei Gründen. Zum einen befanden sich die Politiker des Juli 1914 nicht mehr im Zeitalter des Absolutismus, sondern dem der Massen, die ihre Aktionsradien erheblich beschnitten. Zum anderen galt der außenpolitische Kurs des Reichsgründers schon seit langem als überlebt. Bündnisse dienten dem Deutschen Reich wie den übrigen Großmächten nicht mehr primär zur Friedenssicherung, sondern der Vorbereitung auf den Krieg.

Diese Erkenntnis sollte uns allerdings nicht dazu führen, die Monarchen und Staatsmänner aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Ungeachtet aller tatsächlichen oder eingebildeten Handlungszwänge waren sie es – in Berlin ebenso wie in Wien, in Paris ebenso wie in St. Petersburg oder London –, die mit ihren Entscheidungen Europa im Sommer 1914 in den Abgrund stürzten.

**|| PROF. DR. ULRICH LAPPENKÜPER**

---

Geschäftsführer der Otto-von-Bismarck-Stiftung,  
Friedrichsruh, Professor für Neuere Geschichte an  
der Universität der Bundeswehr, Hamburg

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Link, Werner: Die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, hrsg. von Werner Weidenfeld und Harald Zimmermann, München 1989, S. 571-588, hier S. 572.
- <sup>2</sup> Vgl. Howard, Christopher: Splendid Isolation. A Study of Ideas Concerning Britain's International Position and Foreign Policy During the Later Years of the Third Marquis Of Salisbury, London 1967.
- <sup>3</sup> Hillgruber, Andreas: Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br., 2. Aufl., 1981, S. 129.
- <sup>4</sup> Rede Bismarcks in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses vom 29.9.1862, in: Bismarck. Die gesammelten Werke, Bd. 10 Reden, bearb. von Wilhelm Schüßler (Friedrichsruher Ausgabe), Berlin 1928, S. 138-140, hier S. 140.
- <sup>5</sup> Zit. nach Alter, Peter: Herausforderer der Weltmacht. Das Deutsche Reich im britischen Urteil, in: Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871-1945), hrsg. von Klaus Hildebrand, München 1995, S. 159-177, hier S. 168; bzw. Lappenküper, Ulrich: Die Mission Radowitz. Untersuchungen zur Rußlandpolitik Otto von Bismarcks (1871-1875), Göttingen 1990, S. 32.
- <sup>6</sup> Hillgruber, Andreas: Deutsche Rußlandpolitik 1871-1918. Grundlagen – Grundmuster – Grundprobleme, in: Ders.: Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf, 2. Aufl., 1979, S. 70-90, hier S. 71; grundlegend dazu Dehio, Ludwig: Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, hrsg. von Klaus Hildebrand, Zürich 1996.
- <sup>7</sup> Vgl. Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik 1871-1945, Stuttgart 1995, S. 35.
- <sup>8</sup> Baumgart, Winfried: Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830-1878, Paderborn u. a. 1999, S. 158.
- <sup>9</sup> Vgl. Hillgruber, Andreas: Die „Krieg-in-Sicht“-Krise 1875 – Wegscheide der Politik der europäischen Großmächte in der späten Bismarckzeit, in: Ders.: Deutsche Großmacht- und Weltpolitik, S. 35-52, hier S. 40-42.
- <sup>10</sup> Grundlegend neben Hildebrand: Das vergangene Reich; Canis, Konrad: Bismarcks Außenpolitik 1870-1890. Aufstieg und Gefährdung, Paderborn u. a. 2004; Mommsen, Wolfgang J.: Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870-1914, Frankfurt a. M. u. a. 1993.
- <sup>11</sup> „Kissinger Diktat“ Bismarcks vom 15.6.1877, in: Bismarck, Otto von: Gesammelte Werke, Abt. III Schriften, Bd. 3, bearb. von Michael Epkenhans und Erik Lommatzsch (Neue Friedrichsruher Ausgabe), Paderborn 2008, S. 152-154.
- <sup>12</sup> Reichstagsrede Bismarcks vom 19.2.1878, in: Bismarck: Die Gesammelten Werke, Bd. 11 Reden, bearb. von Wilhelm Schüßler (Friedrichsruher Ausgabe), Berlin 1929, S. 520-534, hier S. 526.
- <sup>13</sup> Hildebrand, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1871-1918, München, 3. überarb. u. erw. Aufl., 2008, S. 2.
- <sup>14</sup> Vgl. Deininger, Helga: Frankreich-Rußland-Deutschland 1871-1891. Die Interdependenz von Außenpolitik, Wirtschaftsinteressen und Kulturbeziehungen im Vorfeld des russisch-französischen Bündnisses, München / Wien 1983; Kumpf-Korfes, Sigrid: Bismarcks „Draht nach Rußland“. Zum Problem der sozial-ökonomischen Hintergründe der russisch-deutschen Entfremdung im Zeitraum von 1878 bis 1891, Berlin 1968; Müller-Link, Horst: Industrialisierung und Außenpolitik. Preußen-Deutschland und das Zarenreich von 1860 bis 1890, Göttingen 1977.
- <sup>15</sup> Paul von Hatzfeldt an Friedrich von Holstein, 15.4.1891, in: Die Geheimen Papiere Friedrich von Holsteins, Bd. 3 Briefwechsel, hrsg. von Norman Rich und M. H. Fisher, Deutsche Ausgabe von Werner Frauendienst, Göttingen u. a. 1961, S. 336-338, hier S. 338.
- <sup>16</sup> Vgl. Canis, Konrad: Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997; Lahme, Rainer: Deutsche Außenpolitik 1890-1894. Von der Gleichgewichtspolitik Bismarcks zur Allianzstrategie Capravis, Göttingen 1990.
- <sup>17</sup> Weber, Max: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, Antrittsvorlesung an der Universität Freiburg vom 13.5.1895, in: Ders.: Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892-1899, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen (Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 4,2), Tübingen 1993, S. 542-574, hier S. 571.
- <sup>18</sup> Kennan, George F.: Die schicksalhafte Allianz. Frankreich und Rußland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Köln 1990.
- <sup>19</sup> Berghahn, Volker: Des Kaisers Flotte und die Revolutionierung des Mächtesystems von 1914, in: Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, hrsg. von John C. G. Röhl, München 1991, S. 173-188; s. a. Epkenhans, Michael: Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991; Hobson, Rolf: Maritimer Imperialismus. Seemachtideologie, seestrategisches Denken und der Tirpitz-Plan 1875-1914, München 2004.
- <sup>20</sup> Farrar, L. L.: Arrogance and Anxiety. The Ambivalence of German Power, 1848-1914, Iowa City 1981.
- <sup>21</sup> Vgl. mit gegensätzlicher Akzentuierung Canis, Konrad: Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902-1914, Paderborn 2011; Fesser, Gerd: Reichskanzler von Bülow. Architekt der deutschen Weltpolitik, Leipzig 2003; Winzen, Peter: Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow. Weltmachtstrategie

- ohne Fortüne – Wegbereiter der großen Katastrophe, Göttingen u. a. 2003.
- <sup>22</sup> Rede Bülow vom 6.12.1897, in: Verhandlungen des Reichstages, Stenographische Berichte, IX. Legislaturperiode, V. Session, Bd. 1, Berlin 1898, S. 60.
- <sup>23</sup> Vgl. Geppert, Dominik: Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896-1912), München 2007.
- <sup>24</sup> Paléologue, Maurice: Un grand tournant de la politique mondiale (1904-1906), Paris 1934.
- <sup>25</sup> Vgl. Mayer, Martin: Geheime Diplomatie und öffentliche Meinung. Die Parlamente in Frankreich, Deutschland und Großbritannien und die erste Marokkokrise 1904-1906, Düsseldorf 2002.
- <sup>26</sup> Vgl. Hildebrand, Klaus: Eine neue Ära der Weltgeschichte. Der historische Ort des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05, in: Der Russisch-Japanische Krieg (1904/05), hrsg. von Josef Kreiner, Bonn 2005, S. 27-51.
- <sup>27</sup> Monger, George: Ursachen und Entstehung der englisch-französisch-russischen Entente 1900-1907, Darmstadt 1972, S. 382.
- <sup>28</sup> Memorandum Greys vom 20.2.1906, in: British Documents on the Origins of the War 1898-1914, Bd. 3, hrsg. von George Peabody Gooch und Harold Temperley, London 1928, S. 267.
- <sup>29</sup> Memorandum Greys vom Dezember 1906, zit. nach Joll, James: Die Ursprünge des Ersten Weltkriegs, München 1984, S. 222.
- <sup>30</sup> Vgl. Gillard, David: The Struggle for Asia 1828-1914. A Study in Britain and Russian Imperialism, London 1977; Mark, Rudolf A.: Im Schatten des Great Game. Deutsche „Weltpolitik“ und russischer Imperialismus in Zentralasien 1871-1914, Paderborn u. a. 2012.
- <sup>31</sup> Schöllgen, Gregor: Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871-1914, München 1984, S. 231.
- <sup>32</sup> Hillgruber, Andreas: Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen, 2. erg. Aufl., 1979, S. 23.
- <sup>33</sup> Schlussbemerkung Wilhelms II. zu einem Schreiben Bülow vom 5.10.1908, in: Die Große Politik der Europäischen Kabinette, Bd. 26/I, hrsg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme, Berlin 1925, S. 777-781, hier S. 780.
- <sup>34</sup> Reichstagsrede Bülow vom 29.3.1909, in: Verhandlungen des Reichstages, Stenographische Berichte, XII. Legislaturperiode, I. Session, Bd. 236, Berlin 1909, S. 7799-7803.
- <sup>35</sup> Angelow, Jürgen: Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Köln u. a. 2000, S. 472; s. a. Skřivan, Aleš: Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906-1914, Hamburg 1999.
- <sup>36</sup> Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 143.
- <sup>37</sup> Wollstein, Günter: Theobald von Bethmann Hollweg. Letzter Erbe Bismarcks, erstes Opfer der Dolchstoßlegende, Göttingen u. a. 1995, S. 167.
- <sup>38</sup> Meyer, Thomas: „Endlich eine Tat, eine befreiende Tat ...“. Alfred von Kiderlen-Wächters „Panthersprung nach Agadir“ unter dem Druck der öffentlichen Meinung, Husum 1996; Oncken, Emily: Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der Zweiten Marokkokrise 1911, Düsseldorf 1981.
- <sup>39</sup> Afflerbach, Holger: Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Wien u. a. 2002, S. 819.
- <sup>40</sup> Vgl. Wilsberg, Klaus: „Terrible Ami – aimable ennemi“. Kooperation und Konflikt in den deutsch-französischen Beziehungen 1911-1914, Bonn 1998.
- <sup>41</sup> Vgl. Kießling, Friedrich: Gegen den „großen“ Krieg? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911-1914, München 2002.
- <sup>42</sup> Hildebrand, Klaus: Julikrise 1914: Das europäische Sicherheitsdilemma. Betrachtungen über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 36/1985, S. 469-502, hier S. 486.
- <sup>43</sup> Vgl. Schröder, Stephen: Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Tripleentente am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Göttingen 2006.
- <sup>44</sup> Hillgruber, Andreas: Riezlers Theorie des kalkulierten Risikos und Bethmann Hollwegs politische Konzeption in der Julikrise 1914, in: Ders.: Deutsche Großmacht- und Weltpolitik, S. 91-107.
- <sup>45</sup> Vgl. dagegen Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Kronberg i. T. 1977; Hoffmann, Dieter: Der Sprung ins Dunkle. Oder wie der 1. Weltkrieg entfesselt wurde, Leipzig 2010.
- <sup>46</sup> Hildebrand: Deutsche Außenpolitik, S. 37.
- <sup>47</sup> Hildebrand: Julikrise 1914.
- <sup>48</sup> Vgl. Clark, Christopher: The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914, London 2012; Meyer-Arndt, Lüder: Die Julikrise 1914. Wie Deutschland in den Ersten Weltkrieg stolperte, Köln u. a. 2006; Strachan, Hew: The First World War, Bd. 1: To arms, Oxford 2003.
- <sup>49</sup> Kennan, George F.: Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890, Frankfurt a. M. u. a. 1981, S. 12.

# MODERNISIERUNGSPOTENZIALE UND DEFIZITE IN DER DONAUMONARCHIE

**ANDREAS GOTTMANN** || Wie modern war die Donaumonarchie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert? Kann ein Staat, der aus zwei Reichshälften besteht, zwei unterschiedliche Staatsbürgerschaften vergibt und nur durch die Klammern der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zusammengehalten wird, überhaupt modern sein? Schon bei den Zeitgenossen war umstritten, ob dieses Staatsgebilde überhaupt als Reich und somit als gemeinsamer Staat angesehen werden konnte.

Wenn man in Budapest vom Staat sprach, dachte man in erster Linie an das Reich der Stephanskronen, und auch von Wien aus gesehen reduzierte sich der Reichsbegriff zunehmend auf die cisleithanische, im engeren Sinne „österreichische“, Reichshälfte, die aber offiziell nie so genannt werden durfte.<sup>1</sup>

Auch aus Sicht der modernen Imperienforschung wird die Einordnung Österreich-Ungarns unter diesen Begriff angezweifelt, da dieser Staat wesentliche Kriterien eines Imperiums nicht erfüllte. Zumindest aus der Sicht nationalstaatlicher Integration der Zeit war die Doppelmonarchie zweifellos unmodern. Hinzu kam, dass die beiden Staatshälften nach 1867 nicht nur weitgehend voneinander getrennt waren, sondern auch völlig unterschiedliche Entwicklungen nahmen. Das national-liberal regierte Ungarn orientierte sich am französischen Staatsbürgerbegriff und ersetzte die alte Adelsmonarchie durch einen an liberal-bürgerlichen Maßstäben orientierten Zentralstaat, in dem alle Staatsbürger, ungeachtet ihrer Konfession, Nationalität und Sprache, zumindest theoretisch gleichberechtigt waren. Faktisch war die ungarische Politik allerdings nationalstaatlichen Kriterien verpflichtet. In Cisleithanien wählte man – durch die politischen Verhältnisse erzwungen – die Option der Föderalisierung. Der ehemals von Wien aus neoabsolutistisch

regierte Staat sollte schrittweise zu einem dezentralisierten Staatsgebilde umgebaut werden, in dem nicht nur die einzelnen Staatsbürger, sondern auch die Volksstämme gleichberechtigt lebten, garantiert durch die Verfassung und durch rechtsstaatliche Institutionen. Pieter Judson spricht von einem „institutionalisierten Pluralismus“.<sup>2</sup>

Die beiden Reichshälften drifteten immer stärker auseinander. In Ungarn war – abgesehen vom kroatisch-ungarischen Ausgleich 1868 – keine weitere Föderalisierung angedacht, in der österreichischen Reichshälfte fürchteten viele, dass eine zu weitgehende Dezentralisierung in die Auflösung des Staates münden könnte. Auf der anderen Seite gab es hier zahlreiche unterschiedliche und parallele politische und rechtliche Traditionen, die nach dem Verschwinden der Binnengrenzen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erst langsam zusammengeführt werden mussten, um eine gemeinsame Staatlichkeit zu ermöglichen.<sup>3</sup> Der Historiker hat es somit im Hinblick auf die Modernisierungspotenziale der Donaumonarchie mit zwei völlig unterschiedlichen Staatsgebilden zu tun, wobei die Entwicklung beider Reichshälften in letzter Konsequenz aber doch immer mit dem „Staats- und Reichsproblem“ verwoben blieb, da eine Neustrukturierung des Staates eine Einigung mit Ungarn vorausgesetzt hätte.<sup>4</sup>

Die Donaumonarchie war in beiden Staats- teilen in ökonomischer, sprachlicher, konfessioneller und gesellschaftlicher Hinsicht ungleich heterogen, die Vielfalt kam allerdings in Cisleithanien aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen politisch stärker zum Tragen als in den Ländern der Stephanskronen. Die starke regionale Ungleichzeitigkeit war aber auch für die insgesamt langsame und zögernde Modernisierung verantwortlich. Während Nordböhmen und -mähren, Niederösterreich mit Wien sowie Vorarlberg eine rasche und durchaus mit westeuropäischen Mustern vergleichbare sozio-ökonomische Entwicklung nahmen, fielen die südlichen und östlichen Gebiete – vor allem Krain, Istrien, Dalmatien, Galizien und die Bukowina – im Vergleich dazu stark ab. Darüber hinaus wurde die Geschichte der ökonomischen Modernisierung in der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch lange Stockungsphasen charakterisiert, die sich mit Perioden raschen Wachstums abwechselten.<sup>5</sup>

#### **DIE REVOLUTION VON 1848/49 ALS AUSGANGSPUNKT DER MODERNISIERUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS**

Der entscheidende politische Modernisierungsschub erfolgte in Cisleithanien durch die Revolution von 1848/49. In Ungarn wurde diese 1849 mit militärischer Unterstützung des Zarenreichs niedergeschlagen, die Aufständischen wurden hingerichtet oder flüchteten ins Ausland. Erst nach dem Ausgleich 1867 und der weitgehenden Selbständigkeit des Landes konnte die Umformung zum liberalen Staat erfolgen.

Zwar kam es 1849 auch in Cisleithanien zu einem Bruch, dennoch überwogen hier die Kontinuitäten: so etwa in der durch die im Revolutionsjahr geschaffene moderne Behördenstruktur. Auch musste infolge der vom Reichstag beschlossenen Grundentlastung in den folgenden Jahren das Gemeindewesen auf völlig neue Grundlagen gestellt werden. Der Reichstag hatte sich 1848/49 in Wien und Kremsier auf eine den Erfordernissen des Staates angepasste Verfassung und einen sehr fortschrittlichen Grundrechtskatalog geeinigt. Beides konnte zwar in dieser Form nicht verwirklicht werden, prägte jedoch die konstitutionelle Entwicklung des Staates und wirkte bis in das 20. Jahrhundert.<sup>6</sup>

Der Reichstag hatte sich – durch die politischen Umstände der Zeit bedingt – klar gegen das nationale Prinzip und für die Staatsorganisation auf Basis der bestehenden Kronländer ausgesprochen. Der hier geprägte „Föderative Zentralismus“ blieb bis zum Ende der Monarchie die Grundlage der Verfassungs- und Verwaltungsstruktur der österreichischen Reichshälfte – also unter Ausklammerung der ungarischen Problematik und der schon damals damit einhergehenden, weitestgehenden Reduzierung des Staatsverständnisses auf Cisleithanien.

Es herrschte weitgehend Konsens, dass im Sinne des Erhalts des gemeinsamen Staates ein Ausgleich zwischen Länderinteressen und den Erfordernissen zentraler Regierungspolitik geschaffen werden musste. Die Sistierung dieser Entwicklungen im autokratischen System des Neoabsolutismus der 1850er-Jahre – das sich in ökonomischer Hinsicht übrigens durchaus modernisierungsfreundlich gab – war nicht nachhaltig. Nach dessen Scheitern im verlorenen italienischen Krieg 1859 begann in den sechziger Jahren unter Staatsminister Anton Schmerling der grundlegende Umbau des Staates, der allerdings bis zum Ende der Monarchie nicht abgeschlossen werden konnte. Durch die Einbindung der alten aristokratischen und der modernen bürgerlichen Eliten in das neue System erfolgte die institutionelle und in der Folge auch gesellschaftliche Neustrukturierung unter deutlich systemkonservativeren Vorgaben, als dies im Revolutionsjahr der Fall gewesen war. Die Grundlage blieben jedenfalls auch unter Schmerling die Kronländer, und durch die Wahl aus den Landtagen gab der Staatsminister 1861 der Abgeordnetenkammer formal den Charakter eines Ausschusses der Landtage. Er sicherte sich aber durch ein geschicktes Wahlsystem eine gemäßigt zentralistisch-liberale Mehrheit – ein Gegensatz, der auch nach der Einführung direkter Wahlen im Jahre 1873 realpolitisch fortbestand. Hinzu kam, dass die Ausweitung der Staatstätigkeit ab den sechziger Jahren zur faktischen Erweiterung der Verwaltungskompetenzen von Statthaltereien und Bezirksverwaltungen und zunehmend auch der Landtage führte. Diese verwaltungstechnische „Subsidiarität“ brachte allerdings auch die Gefahr einer Blockierung, Verzögerung und Verwässerung

staatlicher Reformen durch die lokale Verwaltung mit sich.

Autoritär-zentralistische und vor allem antiparlamentarische Elemente blieben über den Neoabsolutismus hinaus bestehen, was sich in der starken konstitutionellen Stellung des Monarchen und im Notverordnungsrecht manifestierte. Um die Jahrhundertwende wurde das Instrument der Notverordnungen bis über die Grenzen des politisch und konstitutionell Erträglichen hinaus strapaziert, dennoch bestand daneben auch die Möglichkeit des Regierens mit dem Parlament. Das Finanzgesetz 1901/02 kam nach fünfjähriger Pause wieder regulär zustande, und die Zahl der Notverordnungen ging zumindest vorübergehend zurück<sup>7</sup> – das, was jedoch bestehen blieb, war der „subsidiäre Absolutismus“ (Friedrich Tezner).

Die Verbreiterung der politischen Machtbasis durch bürgerliche und verbürgerlichte Eliten und der Kompromiss mit altständischen Traditionen in den sechziger Jahren erzwang also eine unvollkommene Demokratisierung und Föderalisierung. Die wirtschaftlichen Interessen und die ökonomische und soziale Basis der führenden Schicht lagen zum Teil in den Ländern und in den bisherigen Peripherien. Die neue Konzeption umfasste Elemente einer bundesstaatlichen Organisation, wobei der Regierung Koordinierungsaufgaben und Richtlinienkompetenzen zukamen. Tendenziell verringerten sich aber ihre direkten politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Die Alternative zu einer durch die Anwendung von Notverordnungen nur scheinbar starken zentralen Regierung war durchaus riskant: das Nebeneinander unterschiedlicher Lösungsmodelle oder, positiv ausgedrückt: das Zulassen unterschiedlicher, an die lokalen Gegebenheiten und Machtverhältnisse angepasster politischer Zugangsweisen. Auf lange Sicht musste sich der Habsburgerstaat auf dieses Experiment einlassen. Das kalkulierte Risiko war der Zerfall, die Chance die Entstehung eines krisenresistenten Staatsaufbaus.

Die Umsetzung wurde durch das Nebeneinander konkurrierender Raummodelle erschwert: Vor allem in der Staatsbürokratie hatte sich die Vision einer in entscheidenden Fragen mit politischen Entscheidungskompetenzen ausgestatteten Zentralmacht erhalten. Ihr Raum-

modell war der Zentralstaat. Das widersprach den Selbständigkeitsbestrebungen der Länder, die ein dezentrales, föderales Raummodell vertraten, das durch die Gemeindevestverwaltung ergänzt wurde. Der Kontrahent der Länder im Kampf um politische Einflussphären war der mit starken Kompetenzen ausgestattete verlängerte Arm der Zentralmacht in Form der Statthaltereien, die durch das enge Netz von Bezirkshauptmannschaften auch auf lokaler Ebene präsent waren. Politisch geschickt, hatte dies mentalitätsgeschichtlich fatale Folgen, denn der Staat wurde dadurch vom Bürger nur mehr in seiner überwachenden und polizeilichen Funktion wahrgenommen, während die Landesverwaltung positiv konnotiert war.

Das dritte Raummodell war zwar 1848/49 verworfen worden, setzte sich in den italienischen Provinzen aber ein knappes Jahrzehnt später durch und wurde ab den neunziger Jahren überall in der Donaumonarchie zu einem Motor politischer Integration: Die Idee einer weitgehenden nationalen Autonomie zog die bestehenden Raummodelle in Zweifel, ohne aber eine gemeinsame Staatlichkeit prinzipiell auszuschließen. Auch hier wird wieder das für die späte Habsburgermonarchie typische Potenzial der Vereinbarkeit des scheinbar Unvereinbaren deutlich. Alle drei Raummodelle – Zentralstaat, Föderaler Staat, Nationalautonomie – boten also Möglichkeiten für Zwischenlösungen. Weder ein gemeinsamer politischer und staatlicher Raum noch eine weitgehende Verselbständigung der Teile waren prinzipiell auszuschließen.

Und noch ein Faktor kam hinzu: die starke Stellung der Gemeindevertretungen,<sup>8</sup> die nicht selten in Konkurrenz zur Macht der Länder traten, deren Kompetenzen „von unten“ beschnitten wurden, durchaus im Sinne des bürokratischen Zentralstaates, der ein Überhandnehmen autonomistischer Bestrebungen in den Ländern befürchtete. Diesem Umstand war wohl auch eines der wesentlichen Modernisierungsdefizite der späten Habsburgermonarchie geschuldet: Während es aus politischen Gründen opportun schien, breite Volksmassen in die Politik einzubinden, und die Regierungen durch Wahlrechtserweiterungen und schließlich 1907 durch die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts die Grundlage für die Entstehung moderner

Massenparteien legten, wurde dies auf Landesebene konsequent verhindert. Die Landtage verblieben damit ihren überkommenen elitären Strukturen verhaftet, was negative Rückwirkungen auf die Formierung politischer Loyalitäten in der Bevölkerung hatte.

### **DIE SCHIEDSRICHTERFUNKTION DES STAATES**

Im späten 19. Jahrhundert wuchs dem Staat durch die von ihm ausgeübte Rahmengesetzgebung und seine Kompetenzen in der Rechtssetzung in vielen Bereichen die Rolle eines Schiedsrichters in politischen Streitfragen zu. Die kaiserliche Regierungspolitik konnte dabei an den Nimbus des Monarchen als „Landesvater“ anknüpfen, der allen Untertanen gleich verpflichtet war. Idealtypisch setzte sich dieser politische Bereich aus drei Komponenten zusammen: 1. Die Regierung erfüllte neben ihrem Initiativrecht wichtige Koordinierungs- und Kontrollfunktionen, 2. die Legislative legte die gesetzlichen Rahmenbedingungen fest – meist aufgrund von Regierungsvorlagen –, innerhalb derer die lokalen Körperschaften agieren konnten, und 3. kam den obersten Gerichtsinstanzen Reichsgericht und Verwaltungsgericht die Aufgabe zu, die Rechts- und Verfassungsmäßigkeit der Entscheidungen der einzelnen Gesetzgebungs- und Verwaltungsebenen zu überprüfen. Als einer der ersten hat diesen Aspekt Gerald Stourzh in seinen Arbeiten untersucht.<sup>9</sup> Bei den Höchstgerichten, aber auch in den mittleren und unteren Gerichtsinstanzen kam es zu einer für die Zeit durchaus beachtlichen Durchsetzung rechtsstaatlicher Kriterien, die sich politischer Beeinflussung weitgehend entzogen. Dies zeigt sich im Verfassungsrecht, aber auch im Strafrecht, etwa in den zahlreichen Freisprüchen bei Hochverratsprozessen.

Der Staat war in Ansätzen schon seit den sechziger Jahren – hier allerdings vorwiegend im autonomen Wirkungsfeld der Gemeinden –, spätestens aber seit Ministerpräsident Eduard Taaffe (cisleithanischer Ministerpräsident 1879-1893) auch um eine rudimentäre soziale Absicherung bemüht. Dass diesbezüglich gerade unter der konservativen Regierung Taaffe viel geleistet wurde, beweist, dass man sich bewusst war, dass sozialen Fragen eine Sprengkraft innewohnte, die die staatliche Existenz in Frage

stellen konnten. Eine Rolle mag dabei aber auch die Überlegung gespielt haben, dass der Staat dem Bürger nicht nur in seiner polizeilich-kontrollierenden, sondern auch in seiner fürsorgenden Funktion verpflichtet war und man sehr wohl erkannte, dass auch über diese Schiene politische Loyalitäten und Staatsbewusstsein geschaffen werden konnten.<sup>10</sup>

Die Positionierung der Zentralregierung als eines über den Partikularinteressen stehenden Akteurs wird vor allem in der Sprachenpolitik deutlich. Innenminister Alexander Bach hatte am 15. August 1849 die staatlichen Behörden angewiesen, sich die Kenntnis der in ihrem Kronland „landesüblichen“ Sprachen anzueignen, um damit den in der Verfassung des Kaiserstaates Österreich ausgesprochenen theoretischen Grundsatz von der Gleichberechtigung der Sprachen zu verwirklichen. Damit wurde ein Prozess eingeleitet, der die habsburgischen Länder bis zum Ende der Monarchie beschäftigen sollte. Die sprachliche Gleichberechtigung im Bereich der Amtssprache machte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wesentliche Fortschritte. Die Autonomie der Landes- und Gemeindebehörden brachte es jedoch mit sich, dass diese die Amtssprache in ihrem Bereich frei wählen konnten, wobei meist nicht auf die Interessen von sprachlichen Minderheiten Rücksicht genommen wurde. Es ist kein Zufall, dass sich die meisten Klagen wegen sprachlicher Benachteiligung vor Reichs- und Verwaltungsgericht auf die autonome Verwaltung bezogen. Doch auch in der staatlichen Verwaltung gab es Defizite. Ein Beispiel hierfür ist das von Kroaten, Slowenen und Italienern besiedelte Istrien. Die slowenische und die kroatische Bevölkerung waren in der lokalen Staatsverwaltung nicht ausreichend vertreten, die kaiserliche Verwaltung wurde daher als Fremdherrschaft empfunden – in diesem Fall als italienisch dominierte Fremdherrschaft. Doch auch die nationalbewussten Italiener waren unzufrieden. Obwohl außer Frage stand, dass sie ihre Sprache bei Ämtern, Gerichten und Schulen verwenden konnten, empfanden sie die neuen Regelungen als Benachteiligung. Allein die Tatsache, dass die italienischen Staatsdiener gezwungen waren, eine als sozial inferior eingestufte slawische Sprache zu erlernen, wurde als

Provokation empfunden, man fühlte sich nicht mehr als Herr im eigenen Haus.<sup>11</sup> Diese Situation war vergleichbar mit Böhmen in den Zeiten der Badenikrise, als die deutschböhmischen Politiker aus Protest gegen Zugeständnisse der Regierung an die Tschechen im Bereich der Amtssprache – überall in Böhmen sollten die Staatsdiener beide Landessprachen beherrschen – ab 1897 durch anhaltende Obstruktion den Wiener Reichsrat boykottierten. Diese Parallelität zwischen nationalisierter Lokalverwaltung und tendenziell immer stärker übernational werdender staatlicher Regionalverwaltung führte überall in Cisleithanien zu Spannungen, die in der Badenikrise auch auf die übergeordnete staatliche Ebene übergriffen.<sup>12</sup>

#### KULTURPOLITIK ALS „POLITISCHES LABOR“

Doch es gab auch Lösungsansätze, vor allem im Bereich der Kulturpolitik. Das Unterrichtswesen war in josephinischer Tradition nun nicht mehr allein auf die Heranbildung guter Staatsbürger ausgerichtet, immer stärker trat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch der Aspekt der Förderung eines Österreich- und Vaterlandsbewusstseins in den Vordergrund. Als wesentlicher Faktor zu dessen Durchsetzung wurde einmal mehr die sprachliche Gleichberechtigung und die Ermöglichung des muttersprachlichen Unterrichts erkannt.<sup>13</sup> „Sprachengerechtigkeit“ wurde zu einem der wichtigsten Schlagworte dieser Zeit und schrieb sich trotz der zunehmenden Ideologisierung, Politisierung und Nationalisierung von Sprachenkonflikten in das „kollektive Gedächtnis“ der Monarchie ein.<sup>14</sup> Auf dieser Grundlage entstand 1869 mit dem Reichsvolksschulgesetz eines der modernsten Schulgesetze seiner Zeit.

Ähnliche Tendenzen gab es auch in der Kunstpolitik. Schon zur Mitte des 19. Jahrhunderts reifte die Überzeugung, dass Kunst bzw. Kunstförderung über die Möglichkeiten politischer Propaganda hinaus als politisches Gestaltungsmoment dienen kann. Kunst und Kultur sowie das Unterrichtswesen wurden auf diese Weise spätestens ab den sechziger Jahren zu einem Instrument staatlicher Integration. Im Umfeld der Badenikrise kam es in der Kunstpolitik zu einer planmäßigen Förderung regionaler und nationaler Initiativen. Die Ausrichtung auf

den gemeinsamen Staat blieb zwar erhalten, allerdings auf eine deutlich subtilere Weise als bisher, die regionale Vielfalt sollte stärker zum Ausdruck kommen. Ganz neu war die Idee nicht. Sie hatte sich in den fünfziger und beginnenden sechziger Jahren in Lombardo-Venetien mit der Idee der Schaffung einer „Italianità austriaca“ manifestiert. Gezielt sollte damals eine eigene regionale italienische Loyalität geschaffen werden, die sich von der nationalstaatlich geprägten italienischen Identität abheben sollte. Die Kreierung regionaler Identitäten stand im Jahre 1864 auch hinter der Gründung des „Österreichischen Museums für Kunst und Industrie“. Trotz aller Berücksichtigung der „Provinz“ stand damals allerdings noch die Orientierung auf das Zentrum Wien im Vordergrund. Ab 1897 – zeitgleich mit dem Überhandnehmen national geprägter Sichtweisen – wurden regionale Strömungen dagegen prinzipiell als gleichberechtigt betrachtet, der „österreichische Stil“ sollte sich aus der Vielfalt unterschiedlicher kultureller Traditionen entwickeln und in Kombination mit den Bemühungen im Unterrichtswesen zur Schaffung eines in der Bevölkerung verankerten österreichischen Staatsbewusstseins beitragen. Der nationalstaatlichen Dynamik wurde das Konzept einer zumindest in ihrem kleinsten Nenner kulturellen Gemeinsamkeit entgegengesetzt. Die politischen Bemühungen zeigten Wirkung, für eine Konsolidierung blieb jedoch keine Zeit.

Diese Überlegungen trugen nach der Jahrhundertwende zu mehreren regionalen Ausgleichsversuchen bei. Der bekannteste und am stärksten durchdachte war der sogenannte „Mährische Ausgleich“ des Jahres 1905. Er basierte wie auch die anderen Ausgleichsversuche auf der Idee einer weitgehenden kulturellen Autonomie des Landes und der hier lebenden sprachlichen Gruppen. Durch die Einrichtung nationaler Kurien innerhalb der regionalen Vertretungskörperschaften gelang es, das Konfliktpotenzial zu senken. Allerdings führte dies zu einer sehr weitgehenden und kaum mehr umkehrbaren gesellschaftlichen Parallelisierung.

Neben dem Unterrichtswesen und der Kunst gab es noch einen dritten großen Bereich staatlicher Kulturpolitik – die Kirchenpolitik – und auch hier zeichneten sich grundlegende Ände-

rungen ab. Mit dem Konkordat von 1855 wurde das josephinische Staatskirchensystem beendet, wobei aber wesentliche Punkte, vor allem das kaiserliche Ernennungsrecht von Bischöfen, nicht angetastet wurden. Ziel des Konkordats war jedenfalls die Befreiung der Kirche von der Bevormundung des Staates. Durch die liberale Gesetzgebung der sechziger Jahre bereits in wesentlichen Bereichen ausgehöhlt, wurde das Konkordat 1870 von österreichischer Seite aufgekündigt, wichtige Inhalte prägten die Habsburgermonarchie dennoch bis zu ihrem Ende. Was im Bereich des Schulwesens weitgehend gelang – eine Entkoppelung von Schule und Staat, der Einfluss der katholischen Kirche wurde auf den Bereich des konfessionellen Schulwesens und des Religionsunterrichts zurückgedrängt – ebenso hinsichtlich der Aufwertung und Gleichberechtigung der anderen Konfessionen, scheiterte im Bereich der Zivilehe: Die vor dem katholischen Pfarrer geschlossene Ehe blieb in Cisleithanien die Norm, Vorstöße zur Einführung einer allgemein verbindlichen staatlichen Ehe verliefen – übrigens im Gegensatz zu Ungarn – erfolglos.<sup>15</sup> Obwohl die Trennung von Kirche und Staat keineswegs durchgängig war, kam es doch zu einer vergleichsweise weitgehenden Zurückdrängung des katholisch-kirchlichen Einflusses auf das politische Leben, was sich in zahlreichen Konflikten zwischen Episkopat und staatlichen Behörden zeigte, aber auch in der Tatsache, dass ab den 1890er-Jahren die katholische Kirche auf eine neue politische Karte setzte – die Christlichsoziale Partei – und damit ihren universalistischen Anspruch aufgab und sich an die modernen politischen Verhältnisse der Massendemokratie anpasste.

## ERGEBNISSE

Die durch die Wahlrechtserweiterungen geförderte Entstehung moderner Massenparteien erschwerte in zunehmendem Maße politische Lösungen. Viele dieser Parteien definierten sich als national und sahen soziale, ökonomische und kulturelle Konflikte und Defizite ausschließlich durch die nationale Linse. Auch die Parteien, bei denen das eigentlich nicht im Mittelpunkt der politischen Argumentation stand – vor allem die Christlichsozialen –, bedienten sich diverser

„Sündenböcke“ zur Erklärung politischer und sozialer Phänomene. Nur eine Großpartei versuchte dem auf Grundlage des ihr eigenen internationalistischen ideologischen Ansatzes gegenzusteuern: die Sozialdemokratie. Mit dem „Brünner Nationalitätenprogramm“ gelang ihr 1899 der große Wurf: die Einführung einer modernen Zugangsweise durch die Zurückdrängung des Territorialprinzips und die Propagierung des Personalitätsprinzips, das später sowohl im Mährischen Ausgleich als auch in den Theorien Karl Renners zur Anwendung kam bzw. weiterentwickelt wurde. Eine reformistische Umformung des Habsburgerstaates wurde gefordert, dieser aber als allgemeiner politischer Rahmen akzeptiert. Die österreichische Sozialdemokratie – die „kleine Internationale“ – zerbrach in den folgenden Jahren allerdings an den internen Interessengegensätzen. Ihr kommt jedoch das Verdienst zu, sich nicht widerspruchslos der nationalen Logik gefügt, sondern neue Konzepte entwickelt zu haben.<sup>16</sup>

Die kaiserlichen Regierungen waren also gezwungen, sich eine überregionale, überparteiliche und übernationale Sichtweise anzueignen, da jeder Versuch einer Reduzierung politischer Optionen das System zum Scheitern gebracht hätte. Als Beispiel sind etwa die Versuche zur Festlegung des Deutschen als Verhandlungssprache im Reichsrat zu nennen. Das Angebot unterschiedlicher Optionen und das Nichtentscheiden kontroverser Fragen durch die Zentralmacht sicherten letzten Endes die Existenz des Staates. Allerdings erhöhte das Verschieben von Problemen und Entscheidungskompetenzen auf die regionale Ebene das Konfliktpotenzial, wobei der Staat der ihm zukommenden Schiedsrichterfunktion nur zum Teil gewachsen war. Die staatliche Organisation Cisleithaniens wies deutliche Defizite auf: Auf lokaler Ebene dominierte der Hang zur Majorisierung nicht mehrheitsfähiger Standpunkte, ohne dass der Staat effizient gegensteuerte. Darüber hinausgehende autoritäre Entwicklungen auf lokaler Ebene waren allerdings durch das Korrektiv des gemeinsamen Staatswesens kaum möglich. Autoritäre Strömungen zur Etablierung eines starken Zentralstaats gab es in Cisleithanien vor allem unter Ministerpräsident Ernest von Koerber (1900-1904). Sie erwiesen sich aber

aufgrund der bestehenden föderalen Strukturen als nicht umsetzbar. Dennoch gilt Koerber als bedeutendster Modernisator der zu Ende gehenden Habsburgermonarchie, dem es durch seinen Einsatz gelungen war, den nach der politischen Obstruktion der späten 1890er-Jahre festgefahrenen politischen Verhältnissen noch einmal einen neuen Impuls zu geben.<sup>17</sup>

Der Habsburgerstaat war kein Friedensprojekt, zu willkürlich zusammengewürfelt waren seine Teile, zu sehr baute er auf fürstlichen Herrschaftsansprüchen und nicht auf dem Bewusstsein ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Vorteile eines gemeinsamen Staatswesens auf. Der Paradigmenwechsel hin zu der von František Palacký am Reichstag des Jahres 1848 beschworenen Union freier Völker – in welcher Form auch immer – wurde nicht vollzogen. Doch nicht am Nationalitätenproblem, auch nicht an einer zu weit gehenden Föderalisierung oder aber Zentralisierung scheiterte der Staat. Zum Verhängnis wurde ihm das Unvermögen, mit den Auswirkungen der politischen Pluralisierung umzugehen und diese in den Dienst der staatlichen Konsolidierung zu stellen. Hierin zeigten sich massive Modernisierungsdefizite. Die weitgehend im patriarchalisch-absolutistischen System verhafteten politischen Zugangsweisen waren der Dynamisierung und Polemisierung der modernen Massendemokratie und der sich verstärkenden Politisierung von Alltagsproblemen nicht gewachsen. Schließlich überwog die Angst vor revolutionären Umwälzungen über den politischen Gestaltungswillen. Es fehlte zwar nicht an Visionen, wohl aber am politischen Mut und oft auch an den Möglichkeiten, Neues zu wagen. Hinzu kam die veränderte internationale politische Konstellation. Der Habsburgerstaat wich am Ende des Ersten Weltkriegs der Neugestaltung des Machtgefüges in Mitteleuropa, doch die Kontinuitäten reichen bis weit in die Zwischenkriegszeit.

Es wäre verfehlt, den Habsburgerstaat allein aus der rückwärtsgewandeten Sicht der Auflösung zu betrachten oder ihn auf die Person des Monarchen zu reduzieren. Zwar hatte der Kaiser für einen modernen Staat sehr weitgehende politische Einflussmöglichkeiten und die fehlende – zwar bereits 1848/49 diskutierte, dann aber an der Reaktion gescheiterte – Volkssou-

veränität war wohl mehr ein Zeichen von Rückwärtsgewandtheit als von Modernität. Dennoch sollte über diesen Defiziten nicht das Bemühen zahlreicher Persönlichkeiten vergessen werden, die in ihrer Gesamtheit zum gesellschaftlichen Fortschritt beitrugen und an denen die Donaumonarchie in Politik, Kultur und Wissenschaft besonders reich war. Sie trugen ungeachtet späterer staatlicher Veränderungen zur Schaffung eines modernen politischen Bewusstseins bei, auf dem spätere Generationen aufbauen konnten.

### ZUSAMMENFASSUNG

Infolge der sich wandelnden ökonomischen und sozialen Grundbedingungen – vor allem durch den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des Bürgertums – kam es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Donaumonarchie zu einer umfassenden Modernisierung in Politik, Verwaltung und Rechtswesen. Hingegen verschärften sich die regionalen Entwicklungsgegensätze in Ökonomie und Infrastruktur, da der von liberalen Grundsätzen geprägte Staat wirtschaftliche Eingriffe ablehnte. Er konzentrierte sich vielmehr auf die Rolle eines über den Partikularinteressen stehenden und um Ausgleich bemühten Schiedsrichters. Die föderalen Strukturen Cisleithaniens hinderten jedoch den Staat immer mehr, auf regionaler Ebene (Länder und Gemeinden) gestaltend einzugreifen. Nur auf zentralstaatlicher Ebene verfügte er durch die von ihm ausgeübten polizeilichen Funktionen und die politischen Notrechte über wirksame Instrumente. Die beiden Reichshälften – das föderal strukturierte Cisleithanien und das zentralistisch geführte Ungarn – drifteten politisch, verwaltungstechnisch und ökonomisch immer stärker auseinander. Hinzu kam das kaum überwindbare soziale und wirtschaftliche Gefälle innerhalb der Länder Cisleithaniens. Diese strukturelle Schieflage erschwerte in letzter Konsequenz eine durchgehende und allumfassende politische und ökonomische Modernisierung des Habsburgerstaates.

---

#### || DR. ANDREAS GOTTMANN

Dozent am Institut für Geschichte der  
Universität Wien und Direktor des  
Österreichischen Historischen Instituts in Rom

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Dazu ausführlich Stourzh, Gerald: Der Dualismus 1867 bis 1918. Zur staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Problematik der Doppelmonarchie, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften, Wien 2000, S. 1.177-1.230.
- <sup>2</sup> Judson, Pieter M.: L'Autriche-Hongrie était-elle un empire?, in: Annales. Histoire, Sciences sociales 63/2008, S. 563-596.
- <sup>3</sup> Heindl, Waldtraud / Saurer, Edith (Hrsg.): Grenze und Staat. Passwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremdenrecht in der österreichischen Monarchie (1750-1867), Wien / Köln / Weimar 2000.
- <sup>4</sup> Rumpler, Helmut: Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (= Österreichische Geschichte 1804-1914), Wien 1997.
- <sup>5</sup> Bruckmüller, Ernst: Sozialgeschichte Österreichs, Wien / München 2001, S. 284.
- <sup>6</sup> Gottmann, Andreas: Der Reichstag von Kremsier und die Regierung Schwarzenberg. Die Verfassungsdiskussion des Jahres 1848 im Spannungsfeld zwischen Reaktion und nationaler Frage, Wien 1995.
- <sup>7</sup> Hasiba, Gernot D.: Das Notverordnungsrecht in Österreich (1848-1917). Notwendigkeit und Missbrauch eines „Staatserhaltenden Instrumentes“ (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 22), Wien 1985.
- <sup>8</sup> Urbanitsch, Peter: Die Gemeindevertretungen in Cisleithanien, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. VII, Teilband 2: Die regionalen Repräsentativkörperschaften, Wien 2000, S. 2.199-2.181.
- <sup>9</sup> Stourzh, Gerald: Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848-1918, Wien 1985.
- <sup>10</sup> Drobesh, Werner: Ideologische Konzepte zur Lösung der „sozialen Frage“, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. IX: Soziale Strukturen, 2. Teilband: Von der Stände- zur Klassengesellschaft, Wien 2010, S. 1.419-1.463; zu den Anfängen sozialpolitischer Maßnahmen Wedrac, Stefan: Die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Wien 1868-1880. Die Wurzeln der Wiener Gebietskranken-Entstehung, Umfeld und Erfolge, Wien 2013.
- <sup>11</sup> Die Gleichberechtigung der landesüblichen Sprachen in der staatlichen Verwaltung des Küstenlandes 1848-1918, in: Moravské vyrovnání z roku 1905: možnosti a limity národnostního smíru ve střední Evropě – Der mährische Ausgleich von 1905: Möglichkeiten und Grenzen für einen nationalen Ausgleich in Mitteleuropa, Brno 2006, S. 199-237.
- <sup>12</sup> Kazimierz Badeni hatte am 5. April 1897 die böhmischen und am 22. April 1897 die mährischen Behörden angewiesen, auch in den deutschsprachigen Gebieten die doppelsprachige Amtsführung durchzusetzen. Das bedeutete insbesondere, dass der Schriftverkehr der Behörden in der Sprache abgefasst sein sollte, in der die Eingabe erfolgt war. Außerdem sollte künftig eine Sprachprüfung die Voraussetzung für eine Anstellung in der staatlichen Verwaltung sein. Die darauf folgenden massiven parlamentarischen und außerparlamentarischen Proteste führten Ende 1897 zum Sturz der Regierung Badeni. Die Sprachenverordnungen mussten zurückgenommen werden. Die Folgen dieser Staatskrise waren überall in der Donaumonarchie spürbar und führten zu einer allgemeinen Verschärfung des nationalpolitischen Diskurses. Siehe dazu Sutter, Berthold: Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer (= Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 46 und 47), Graz / Köln 1960 und 1965 (2 Bände).
- <sup>13</sup> Ausführlich dazu Burger, Hannelore: Sprachenrecht und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867-1918 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 26), Wien 1995.
- <sup>14</sup> Ebd., S. 236.
- <sup>15</sup> Weinzierl-Fischer, Erika: Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, Wien 1960; Vocelka, Karl: Verfassung oder Konkordat? Der publizistische und politische Kampf der österreichischen Liberalen um die Religionsgesetze des Jahres 1868 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 17), Wien 1978.
- <sup>16</sup> Mommsen, Hans: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat, Wien 1963; sowie Konrad, Helmut: Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Materialien zur Arbeiterbewegung, Bd. 4, Wien 1984.
- <sup>17</sup> Ableitinger, Alfred: Ernest von Koerber und das Verfassungsproblem im Jahre 1900. Österreichische Nationalitäten und Innenpolitik zwischen Konstitutionalismus, Parlamentarismus und oktroyiertem allgemeinen Wahlrecht (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 12), Wien / Köln / Graz 1973.

# RUSSLAND UND DIE „DEUTSCHE ÜBERMACHT“

## Ein Exempel für die wachsende Bedeutung der öffentlichen Meinung

**KLAUS HELLER** || Russlands öffentliche Meinung nahm im Laufe der letzten Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg an Bedeutung zu, blieb aber im Grunde eine Angelegenheit der beiden Hauptstädte. Während das „deutsche“ St. Petersburg eine verhältnismäßig neutrale Haltung gegenüber allem Deutschen einnahm, war es das „slawische“ Moskau, das frühzeitig eine skeptische, wenn nicht gar feindliche Einstellung gegenüber der angeblichen „deutschen Übermacht“ nach außen wie nach innen zeigte. Dabei waren es gerade dort fortschrittliche Kräfte innerhalb bürgerlicher Kreise, die deutlich nationalistische Aversionen gegenüber allem Deutschen zeitigten.

### **DER DEUTSCHE ALS GEGENTYP DES RUSSEN UND SEINE AKZEPTANZ IN DER RUSSISCHEN ÖFFENTLICHKEIT**

Seit dem 19. Jahrhundert war der Deutsche fast überall in Russland anzutreffen. Er repräsentierte für den Russen den Prototyp des westlichen Geschäftsmanns, gepaart mit einigen – besonders dem Deutschen zugeschriebenen – charakterlichen Schwächen. Des Deutschen Tüchtigkeit forderte dem Russen zwar Respekt ab, gewann aber nicht unbedingt seine Sympathie. Unbezweifelbar waren seine Kenntnisse und Fertigkeiten in Handel und Gewerbe. Sein ausgeprägtes Rechtsdenken stach in einer Welt voller Korruption zudem positiv hervor. Aber gerade diese penetrante Rechthaberei des Deutschen nervte den Russen im Allgemeinen. Vor allem Angehörige der „Intelligencija“ hielten dies nicht selten für einen Ausweis wahren Spießertums. Andererseits aber war für den Russen des Deutschen Vertragstreue ein hohes Gut. Was der deutsche Kaufmann anbot, war in der Regel nicht billig, und Preisnachlässe waren ihm kaum abzuhandeln. Aber seine Ware lieferte er immer termingerecht und von bester Qualität. Das führte wiederum dazu, dass der anscheinend leichtsinnigere Russe beim Deutschen immer

so etwas wie Hochmut, ja sogar Verachtung, sich gegenüber zu verspüren glaubte.<sup>1</sup>

In den von Vladimir Dal' in den Jahren 1861/62 herausgegebenen „Sprichwörtern des russischen Volkes“ findet man eine Reihe von Redensarten, die auf den „Deutschen“ direkt Bezug nehmen. Lasse doch dessen Verstandeskälte russische Warmherzigkeit erstarren. Zwar könne der Deutsche vieles, „hat für alles ein Instrument“ und „ist schlau: hat den Affen erdacht“, aber bei ihm sind eben „die Beinchen etwas dünn und die Seele etwas kurz“ geraten.<sup>2</sup>

Aber es ging in der Folgezeit nicht nur um den Deutschen im Lande selbst, mit seinem ausgeklügelten Geschäftssinn und überhaupt seiner auf Nützlichkeit ausgerichteten Lebensführung. Besonders nach der Gründung des Deutschen Reiches (1871) glaubte man außerdem den zunehmenden Konkurrenzdruck der dortigen Wirtschaft zu spüren. Die wachsende „deutsche Übermacht“ (nemeckoe zasil'e), die Russlands wirtschaftliches Wachstum von außen wie innen gefährdete und damit sein eigenes Streben nach Weltgeltung für die Zukunft in Frage stellte, wurde in den beiden letzten Jahrzehnten des Zarenreiches zum politischen Schlagwort.

Es ist allerdings schwierig zu beantworten, aus welchen Quellen in Russland sich ein solch allgemeines Vorurteil gegenüber allem Deutschen, und zwar nicht nur im ökonomischen Bereich, speiste. Die zuvor aufgezeigte Ernüchterung des Russen über das deutsche Wesen im Allgemeinen war mit Sicherheit eine der Konstanten. Eine weitere war ohne Zweifel die Dominanz der Deutschen in verschiedenen staatlichen Bereichen Russlands; nicht zuletzt – besonders was den deutsch-baltischen Adel betraf – innerhalb der hohen Bürokratie auf zentraler wie auf regionaler Ebene.<sup>3</sup> Aber zu einer letztlich ausschlaggebenden Konstante wurde das Verhältnis zum neuen deutschen Kaiserreich von 1871, dessen politische und wirtschaftliche Dynamik Russlands eigenen imperialistischen Ambitionen mehr und mehr in die Quere zu kommen schien.

Das sich seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts allmählich abzeichnende Szenario wachsender deutsch-russischer Spannungen lässt sich besonders auf die unterschiedliche politische und ökonomische Reife beider Staaten zurückführen. Während sich das Deutsche Reich erkennbar zu einem modernen Staat entwickelt hatte, in dem gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessen nach innen und nach außen zu wirken begannen, blieb das Russische Reich trotz spürbarer Reformschritte seit den 1860er-Jahren noch immer ein rückständiges Staatswesen.

Russland war es trotz oder gerade wegen seiner großen Eroberungen in Europa und besonders in Asien in den letzten beiden Jahrhunderten bisher nicht gelungen, einen funktionsfähigen modernen Staats- und Wirtschaftskörper und insbesondere eine dafür notwendige Infrastruktur auszubilden. Vielmehr waren die Randgebiete des europäischen und asiatischen Russlands eher in der Hand fremder Kaufleute aus den angrenzenden Regionen; nicht zuletzt zum Leidwesen der russischen Kaufmannschaft, die dieser ausländischen Konkurrenz selbst im Landesinnern kaum etwas entgegenzusetzen vermochte. Dazu kam von je her die Konkurrenz des westeuropäischen Kaufmanns überhaupt, die im Zeitalter des Imperialismus eine ganz neue Qualität gewann.<sup>4</sup>

Im Hinblick auf die deutsche Konkurrenz sah man sich für die Zukunft sogar einer dop-

pelten Bedrohung – von außen und von innen – ausgesetzt. Die in Russland von alters her lebenden Deutschen ließen sich aber in Wahrheit nur sehr bedingt für die Interessen der reichsdeutschen Wirtschaft und ihrer Vertreter vor Ort einspannen, wenn sie sich nicht sowieso von vornherein eher ablehnend verhielten. Das war verständlich, denn sie verfolgten ihre eigenen, auf Russland selbst bezogenen wirtschaftlichen Ziele.<sup>5</sup> Wie groß nicht selten die Distanz der ortansässigen Deutschen gegenüber den „Reichsdeutschen“ war, dafür lassen sich viele Beispiele anführen. Jedenfalls nahmen sie offenbar wenig Anteil an deren Patriotismus für Kaiser und Vaterland.

Dennoch wurde die Loyalität der in Russland lebenden Deutschen bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg öffentlich in Zweifel gezogen. Es traf zunächst vor allem den letzten Schub deutscher Kolonisten ins Zarenreich, die sich in den westlichen Gouvernements Russlands (Wolhynien) niedergelassen hatten. Obwohl diese deutschen Siedler dem Lande mit ihren modernen Anbaumethoden großen landwirtschaftlichen Nutzen brachten, wurden sie besonders von Slavophilen und Panslavisten im ausgehenden 19. Jahrhundert als Vorboten einer schleichenden „Germanisierung“ geschmäht und von der Regierung diskriminiert.<sup>6</sup>

Aber es war nicht nur die nationalistisch aufgeladene Atmosphäre<sup>7</sup> in der Regierungszeit Alexanders III. (1881-1894), die den Deutschenhass besonders beförderte. In den Vorkriegsjahren unter Nikolaus II. (1894-1917) nahm die Befürchtung vor einer Überfremdung durch die Deutschen noch weiter zu. Man nahm vor allem an, dass das Deutsche Reich seine imperialistischen Ziele besonders nach Osten ausgerichtet habe; nicht zuletzt, um sich seines wachsenden Bevölkerungsüberschusses zu entledigen. Dazu böten sich in Anbetracht der geopolitischen Situation die westlichen Gouvernements Russlands als am günstigsten gelegen an; zumal die dort bereits ansässigen deutschen Kolonisten dafür den Boden schon gut vorbereitet hätten.<sup>8</sup>

Noch aber waren die Vorbehalte gegenüber dem Deutschen im Lande in erster Linie auf diese Neankömmlinge gerichtet, weniger auf die Deutschen, die dort schon seit langem an-

sässig waren. Das galt nicht zuletzt für die „Moskauer Deutschen“, die man sich aus dem Geschäfts- und Kulturleben der Stadt nicht wegdenken konnte, weil sie überall präsent waren.<sup>9</sup> Im Gegensatz zu den in St. Petersburg auftretenden arroganten Vertretern des offiziellen Deutschland mit ihrem ungunstigen Einfluss auf die im Grunde deutschfreundliche eigene Regierung und mit ihrer Verachtung für die „russische Gesellschaft“ handelte es sich bei ihnen um den seit langem vertrauten „gutmütigen Michel“. Dieser Gast aus dem Nachbarland aber genösse wegen seiner geschäftlichen Erfahrung und seines hohen kulturellen und wissenschaftlichen Sachverständnisses nach wie vor des Russen vollstes Vertrauen. Mit einem solchen Nachbarn in Freundschaft zu leben, sei „nützlich und angenehm“. Erfreulich sei es dabei zu sehen, dass diese im Lande schon lange lebenden Deutschen durchaus mit den russischen Sitten und Gewohnheiten vertraut seien und sich bemühten, ihren eigenen Beitrag für die politische und kulturelle Emanzipation der Gesellschaft im Allgemeinen zu leisten.<sup>10</sup>

Aber diese weitgehende Loyalität gegenüber ihrer russischen Heimat bewahrte diese „inneren Deutschen“ nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht davor, ebenso wie die „Reichsdeutschen“ als Feinde betrachtet und verfolgt zu werden. Man unterstellte den Deutschen bald allgemein, selbst denen, die seit Generationen im Lande lebten, dass sie sich „nur formal als russische Untertanen“ betrachteten. In Wahrheit aber zöge es sie „ihrer politischen Überzeugung, ihrer Sprache, ihren Gewohnheiten und ihrer Religion nach zu ihren ausländischen Landsleuten“.<sup>11</sup>

### **DIE MOSKAUER INDUSTRIELLEN UND DIE DEUTSCHE HERAUSFORDERUNG**

Die Gefahr aber, dass sich die wachsende ökonomische Überlegenheit der „Reichsdeutschen“ mit der bereits vorhandenen Dominanz der „Russlanddeutschen“ in vielen Bereichen des Landes, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, gut zu kombinieren schien, ließ das deutsche Problem für interessierte Kreise in Russland als besonders bedrohlich erscheinen. Aber es ging nicht nur darum. Der allzu große Einfluss der Deutschen in Staat und Gesellschaft sollte über-

haupt bekämpft werden. Als wenig förderlich für die eigenen wirtschaftlichen Ziele wurde besonders von den Industriellen der inneren Gouvernements um Moskau herum deren hoher Anteil innerhalb des Finanzministeriums und des Ministeriums für Handel und Industrie empfunden.<sup>12</sup>

Je näher der Erste Weltkrieg heranrückte, umso mehr wurde diese offensichtliche Überfremdung durch Deutsche in leitenden Positionen sogar als Gefährdung der nationalen Sicherheit betrachtet.<sup>13</sup> Vor allem nach den schweren Niederlagen der russischen Armee bei Tannenberg und an den Masurischen Seen im Jahre 1915 wurde zum Kampf gegen alles Deutsche im Lande aufgerufen.<sup>14</sup>

Die wachsende Bedrohung durch die deutsche Industrie hatte man unter den russischen Fabrikanten schon frühzeitig ausgemacht.<sup>15</sup> An Vehemenz nahm die Abwehrhaltung dann im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag von 1894 zu. Angesichts einer offenbar übermächtigen deutschen Konkurrenz bangte man umso mehr um die künftigen Absatzmöglichkeiten der eigenen Manufakturerezeugnisse im Lande selbst.

Folgt man z. B. dem Journalisten und Herausgeber des konservativen „Novoe vremja“ Aleksej S. Suvorin (1834-1912), so galt es auf beiden Seiten, bei den Vertragsverhandlungen die jeweiligen Interessen gebührend zu berücksichtigen. Wenn man aber auf russischer Seite eine zukünftige Gefährdung der eigenen Industrie beklagte, so machte Suvorin bereits 1893 darauf aufmerksam, dass es in Russland noch immer an den kulturellen und technischen Voraussetzungen für ein Gleichziehen mit der westlichen Konkurrenz im Allgemeinen mangelte. Es liege doch schließlich an Russlands Wirtschaft selbst, dass sie sich in einem solchen Rückstand gegenüber dem Westen und damit auch Deutschland befinde und ihre natürlichen Ressourcen an Menschen und Naturreichtümern nicht richtig zu nutzen vermöge.

Da man nicht in der Lage sei, sich selbst zu entwickeln, müsse man immer von Neuem westliche Unterstützung erbitten. In dieser selbstverschuldeten Abhängigkeit von Deutschen, Engländern und Franzosen liege doch das eigentliche „Übel“.<sup>16</sup> Für Suvorin konnte deshalb

„keinerlei Schutzzollsystem“ Russlands Industrie auf den gleichen Stand wie die des Westens heben, sondern allein eine umfassende Bildungs-offensive.<sup>17</sup> Zu Beginn des Ersten Weltkriegs stellte Boris Suvorin seine Zeitung allerdings ganz auf den „Kampf gegen die deutsche Übermacht“ im Lande ein.<sup>18</sup>

Für die Moskauer Industriellen war und blieb aber die deutsche Industrie der eigentliche Gegner. Dies zeigte sich besonders deutlich bei ihren ungewöhnlich frühzeitig geäußerten Bedenken im Hinblick auf den Abschluss eines neuen deutsch-russischen Handelsvertrages, der eigentlich erst für 1917 anstand.<sup>19</sup> Das nach wie vor zumeist aus den einflussreichen Textilfabrikanten bestehende Moskauer Börsenkomitee machte bereits seit 1906 dagegen mobil und verstärkte in den Vorkriegsjahren noch seinen Widerstand gegen den ihrer Auffassung nach allzu starken deutschen Einfluss.

Spiritus rector war Pavel P. Rjabušinskij (1871-1924), der den geistigen Mittelpunkt eines „Zirkels“ „junger“ Unternehmer in Moskau bildete.<sup>20</sup> Die miteinander versippten und verschwägerten Spitzen der Moskauer Kaufmannschaft, die auch geschäftlich eng miteinander verbunden waren, zeigten sich nach den revolutionären Ereignissen des Jahres 1905 bestrebt, aus der alten, in ihrem Stand sich abschottenden Kaufmannschaft eine weltoffene, moderne Bourgeoisie zu formen. Bemerkbar machte sich hier ein neuer kapitalistischer Geist, der sich mit den patriarchalischen Vorstellungen der alten Kaufmannschaft zu einem russischen Nationalismus verband. Dies wiederum sorgte dafür, dass die alte Moskauer Distanz gegenüber dem „deutschen“ St. Petersburg eine politische Qualität erhielt. Waren es doch eben dieselben Akteure, die sich 1907 von der Partei der „Oktobristen“ als gegenüber der Zarenmacht deutlich oppositionellere „Progressisten“ abspalteten und sich seit 1912 als eigene Partei formierten.<sup>21</sup>

Von offizieller deutscher Seite wurde bereits früh bemerkt, dass die „Unfreundlichkeit gegen Deutschland“, die in den Jahren 1905/06 öffentlich immer stärker zum Tragen kam, keineswegs von der Autokratie, sondern von den oppositionellen Parteien ausging. Man erkannte klar, dass der russische Nationalismus dort seine

eigentliche Heimstatt hatte und Deutschland deshalb gerade mit „Sympathien des russischen Liberalismus nicht zu rechnen hat“ und das diese Aversionen gegen Deutschland „später in der Reichsduma noch schärfer zutage treten“ würden.<sup>22</sup>

Wichtige Hinweise auf diese weiter anwachsende Moskauer Gegnerschaft gegen ein angeblich wirtschaftlich übermächtiges Deutschland lassen sich vor allem in der von P. P. Rjabušinskij geleiteten Moskauer Tageszeitung „Utro Rossii“ („Der Morgen Russlands“) finden. In seinem Entwurf für die Herausgabe der Zeitung machte Rjabušinskij bereits sein politisches Programm deutlich. So sollte die allgemeine Tendenz der neuen Zeitung „progressiv“ sein und eine eindeutig kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf demokratischer Basis propagieren. Eine von staatlicher Einmischung möglichst frei gehaltene Industrie sollte jedoch vor jeglicher auswärtigen Konkurrenz durch ein Höchstmaß an Protektionismus so lange wie nötig geschützt werden.<sup>23</sup>

Von September 1907 – mit Unterbrechung im Jahre 1908 – bis zu ihrem Verbot durch die Bolschewiki im April 1918 vertrat diese in Moskau herausgegebene Zeitung die Interessen der dortigen Großindustrie und des von ihr beherrschten Moskauer Börsenkomitees.<sup>24</sup> Dabei pflegte die Zeitung in ihrer Gegnerschaft gegen die deutsche Wirtschaft wie auch gegen alles Deutsche eine besonders einseitige Sichtweise.<sup>25</sup> Wie auch die Berichte des deutschen Konsuls und späteren Generalkonsuls in Moskau, Wilhelm Kohlhaas, an die deutsche Reichregierung aus diesen Jahren bestätigen, gingen die Angriffe gegen die „deutsche Übermacht“ in Moskau immer wieder besonders von den Textilindustriellen aus.

Moskauer Klagen über das deutsche Verhalten bezogen sich zunächst auf den 1904 abgeschlossenen Ergänzungsvertrag<sup>26</sup> zum alten deutsch-russischen Handelsvertrag von 1894. Hier unterstellte man, dass sich die deutsche Seite die prekäre Lage Russlands nach dem verlorenen Krieg gegen Japan (1904/05) voll zunutze gemacht habe, um die Konditionen für ihre eigenen Industriewaren bei den Verhandlungen über die Zölle zu verbessern. Natürlich drehte sich alles wiederum vorrangig um die

Absatzinteressen der zentralrussischen Baumwollfabrikanten. Man sah die deutschen Industriewaren nach wie vor im Vormarsch, wobei sich die Lage für die russische Konkurrenz vor allem dadurch weiter zugespitzt habe, dass die deutsche Seite, um die hohen Zollmauern zu umgehen, dazu übergegangen sei, in Russland selbst eigene Niederlassungen zu gründen. Nicht weniger bedrohlich sah man seitens der Moskauer Industriellen die Tatsache, dass – neben den Engländern – auch die Deutschen mehr und mehr dazu übergingen, auf dem Balkan und im Nahen und Mittleren Osten ihre Waren abzusetzen; alles Gebiete, die von den Moskauern als ihre ureigenen Absatzmärkte betrachtet, aber kaum genutzt wurden.

Die stärkere Hinwendung Russlands zu den Westmächten nach der ersten Marokko-Krise (1906) ließ zwar die deutsche Seite befürchten, dass zukünftig in Russland englische und französische Waren einseitig bevorzugt würden. Aber die Beziehungen deutscher Firmen zu ihren russischen Partnern blieben nach wie vor stabil. Waren jene doch ganz anders aufgestellt und fast überall im Geschäft und, was Preise, Qualität und Einhaltung der Lieferfristen betraf, noch immer nahezu konkurrenzlos. Darüber hinaus kannten sie die Bedürfnisse ihrer Kunden vor Ort weitaus besser als Engländer und Franzosen. Entgegen kam dem deutschen Russlandgeschäft zudem, dass in den Direktionen russischer Firmen oftmals Deutsche (Juden) saßen, mit denen sich die Kontakte weitaus besser pflegen ließen. Noch mehr galt dies auf der Ebene des kaufmännischen und technischen Personals.<sup>27</sup>

Für die Moskauer Industriellen war jedoch weniger die Zurückdrängung der deutschen Konkurrenten durch Verbesserung ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit von Interesse als die Abwehr der deutschen Exportoffensive überhaupt. Dieser „Antagonismus der materiellen Interessen“ bildete für die russische Bourgeoisie zugleich „die Grundlage für die Germanophobie“, die für die Herausbildung ihres eigenen Nationalbewusstseins mitbestimmend werden sollte.<sup>28</sup>

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs war man sich allerdings schon bewusst, dass ein Sieg über Deutschland nur „zu einem hohen Preis“ zu erkaufen sei. Zeige doch die Import-Statistik

allzu deutlich, „dass das industrielle Russland überaus fest an seinen jetzigen Feind – Deutschland – gekettet“ sei. Wenn es nicht gelänge, im eigenen Lande durch russische Hand das herstellen zu lassen, was man „sogar in militärischer Hinsicht“ aus Deutschland bezöge, sehe es für die eigene wirtschaftliche Zukunft düster aus. Nach den ersten Monaten des Krieges zeigten sich wegen des Ausbleibens deutscher Importe bereits empfindliche Versorgungslücken. In Moskau mangelte es bald an allen Ecken und Enden. So war man wegen der Sequestrierung der Niederlassungen der deutschen Chemiefirmen (BASF, Bayer, Höchst) selbst nicht so rasch imstande, die für die Textilindustrie dringend benötigten Farben durch eigene Produkte zu ersetzen.<sup>29</sup>

Die Hoffnungen, die besonders Moskauer Industrielle hegten, dass man nach dem Krieg einem besiegten Deutschland die eigenen ökonomischen Bedingungen werde aufzwingen können,<sup>30</sup> erwiesen sich schon in den Anfangszeiten des Krieges als illusorisch. Dennoch sah man weiterhin nur im Sieg über Deutschland, das Russland „immer als Kolonie betrachtet“ habe, die Möglichkeit, sich industriell zu emanzipieren.<sup>31</sup> Diese besondere wirtschaftliche Abhängigkeit Russlands von Deutschland wurde in erster Linie darin gesehen, dass die Deutschen nicht einfach Kapital gegen möglichst hohe Zinsen verliehen, wie dies Franzosen und Engländer täten. Die Deutschen nützten vielmehr jede Gelegenheit, um auf dem Boden Russlands Filialen ihrer eigenen Industrien zu errichten. „Aus Deutschland emigrierten nicht nur Kapitalien, sondern auch Menschen“; und zwar mit dem nationalen Auftrag, die politische und wirtschaftliche Einflussphäre Deutschlands zu vergrößern: „In Wahrheit trägt die Investierung von deutschem Kapital Eroberungscharakter.“<sup>32</sup>

### **DIE DIREKTE BEKÄMPFUNG DES DEUTSCHEN HANDELS DURCH DIE MOSKAUER KAUFMANNSCHAFT**

Gleich zu Kriegsbeginn stand die Moskauer Kaufmannsgesellschaft im Kampf gegen die „deutsche Übermacht“ an vorderster Front. Es waren nicht zuletzt die ersten Pogrome in Moskau gegen deutsche Geschäfte am 9./10. Oktober 1914, die sie dazu ermunterten, es nicht

nur bei bloßen Worten zu belassen, sondern den „wirklichen Kampf mit dem deutschen Handel“ aufzunehmen. Man verurteilte zwar diese Übergriffe des Pöbels,<sup>33</sup> aber ansonsten betrachtete man das Ganze eher als Aufbruchsignal für die Befreiung des russischen Handels aus den Händen des deutschen Kapitals. So sollten Maßnahmen für einen landesweiten Boykott deutscher und österreichischer Waren ergriffen und alles daran gesetzt werden, um im Lande selbst Ersatz für die feindlichen Waren zu schaffen.<sup>34</sup> Zugleich sollte der Export russischer Rohstoffe um jeden Preis verhindert werden. Dafür böte sich zu allererst an, ab 1915 keine weiteren Handelslizenzen mehr an deutsche bzw. österreichischen Staatsangehörige auszugeben.<sup>35</sup>

Es ging also nicht nur um die Abwehr reichsdeutscher Hegemonialbestrebungen gegenüber Russland, sondern die Kampfansage galt ebenso dem „inneren Deutschen“, d. h. dem in Russland selbst seit langem lebenden deutschen Geschäftsmann.

„Wir machen uns nicht auf, wir haben uns schon fast aufgemacht, um der deutschen Übermacht auf ökonomischem Gebiet unsere russische Initiative und unsere russische Energie entgegenzustellen. Wir wollen den russischen Menschen dazu zwingen, ohne den ‚inneren Deutschen‘ auszukommen, das feindselige deutsche Element aus Handel und Industrie vertreiben, uns von der germanischen Hegemonie auf unseren Märkten emanzipieren und unseren zukünftigen Sieg über den äußeren Deutschen in vollem Maße zu unserem eigenem Vorteil ausnutzen.“<sup>36</sup>

Es sollte erst gar nicht der Eindruck erweckt werden, als sei der Kampf gegen die „deutsche Übermacht“ in Russlands Handel und Industrie nur eine Folge des jetzigen Krieges. So wie die Kaufmannschaft es immer als ihre Aufgabe betrachtet habe, in Russland gegen „das politische Monopol des Gutsadels“ anzukämpfen, so habe es schon immer gegolten, „die künstlich gezüchtete ökonomische Herrschaft des ausländischen Kaufmanns“ zu überwinden. Habe doch erst die Dominanz fremder Kaufleute wesentlich dazu beigetragen, dass in Russland „die Entwicklung eigener Wirtschaftskräfte und eigenen Kapitals“ negativ beeinflusst wurde.<sup>37</sup>

Was aber die jetzige „deutsche Übermacht“ für die Moskauer Kaufmannschaft zu einer noch größeren Herausforderung werden lasse, sei, dass sie sich nicht bloß auf das Gebiet der Wirtschaft erstreckte. Vielmehr gehe der deutsche Einfluss „ziemlich tief“, denn „überall“ in Russland spielten Deutsche „die entscheidende Rolle, ob auf dem Gebiet der Verwaltung oder der Politik, der Volksaufklärung, des Handels und der Industrie usw.“<sup>38</sup>

Noch mehr „feindliche Gefühle“ als die ausländischen flößten dem russischen Beobachter offensichtlich die inländischen Deutschen ein, die – „aufgezogen und reich geworden“ in seinem eigenen Vaterland – dort „auf seine Kosten leben und es jetzt offen oder heimlich bekämpfen, indem sie unsere Feinde mit Geld unterstützen“. Selbst als russische Untertanen blieben die Deutschen nämlich nichts anderes, als was sie schon immer gewesen seien: „treue Untertanen des deutschen Kaisers“.<sup>39</sup>

Um ihren Forderungen nach Zurückdrängung des deutschen Einflusses im Lande noch mehr Nachdruck zu verleihen, besuchte eine Delegation der Moskauer Kaufmannsgesellschaft am 1./14. Dezember 1914 Petersburg, um dort bei den verantwortlichen Ministern des Innern (N. A. Maklakov) und für Handel und Industrie (S. I. Timašev) direkt vorstellig zu werden. Die russische Regierung hatte zwar wie die westlichen Alliierten, insbesondere Großbritannien, bereits zu Beginn des Kriegs eine Reihe von Maßnahmen gegen deutsche Einrichtungen im Lande ergriffen, aber in Anbetracht der hohen Importabhängigkeit von deutschen Industriewaren war dies nicht so einfach wie bei den übrigen Alliierten in die Praxis umzusetzen. Was aber die industriellen Aktivitäten der deutschen Feinde im eigenen Lande anging, so ergab sich hier die Schwierigkeit, dass man darauf zumeist nicht sofort verzichten konnte, wollte man nicht die eigene industrielle Entwicklung überhaupt gefährden.<sup>40</sup>

Die Moskauer Kaufmannschaft aber drängte auf konsequenteres Handeln. So verlangte sie vom Ministerium für Handel und Industrie, die Geltungsfristen für Privilegien und Patente deutscher und österreichischer Untertanen und ebenso die ihnen überlassenen Handelszertifikate unverzüglich aufzuheben. Vor allem aber

sollten die noch im Lande tätigen „feindlichen“ Aktiengesellschaften wie bei den westlichen Alliierten einer scharfen Kontrolle unterzogen werden, um jeglichen Einfluss deutscher bzw. österreichischer Untertanen zu unterbinden. Natürlich sollte ebenso deren Vermögen unter Sequester gestellt werden.<sup>41</sup> Zwar versicherten die beiden Minister den Vertretern der Moskauer Kaufmannsgesellschaft jegliche Unterstützung bei ihrem Kampf gegen die „deutsche Übermacht“. Aber man glaubte auf Moskauer Seite bei den Gesprächen mit der Petersburger Bürokratie deutlich, eine gewisse Geringschätzung russischer Wirtschaftsleistungen im Vergleich zu den deutschen herauszuhören. So spreche sich gerade der Minister für Handel und Industrie, Timašev, eher für ein vorsichtiges Vorgehen bei der Sequestrierung feindlicher Vermögen aus, um die labile russische Kriegswirtschaft nicht zusätzlich zu belasten.<sup>42</sup>

Hinzu käme das allgemeine Misstrauen der Petersburger Bürokratie gegenüber der Mentalität russischen Unternehmertums. So führe z. B. das Finanzministerium in Petersburg die deutsche Handelsmacht weniger auf die Unterstützung durch den dortigen Staat und seine Banken zurück, wie es die Moskauer Kaufleute behaupteten, als „auf die Energie des deutschen Kaufmanns, seine persönliche Talente und seine Fähigkeit, sich den Erfordernissen des Marktes anzupassen“. Von der Moskauer Kaufmannschaft wurden solche Vorzüge des deutschen Geschäftsmannes nicht unbedingt bestritten. Ihrer Auffassung nach müsse aber ebenso berücksichtigt werden, dass es in Deutschland für eine freie individuelle Entwicklung des Menschen ganz andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen gäbe; angefangen bei einer guten schulischen Ausbildung. Könnte sich der Russe in seinem eigenen Vaterland ohne staatliche Bevormundung so entwickeln, wie es seinen Talenten entspräche, so wäre er als Geschäftsmann seinem deutschen Konkurrenten in Zukunft kaum mehr unterlegen.<sup>43</sup>

Dies aber bedeute, Russland sofort weiter zu industrialisieren, und damit nicht bis zum Ende des Krieges zu warten. Vielmehr müsse die russische Industrie bei der Rückkehr zur Normalität bereit sein, „der deutschen und jeder anderen Übermacht mit breiter Brust entgegen-

zutreten“. Darum sollte der Wirtschaft von Seiten der Regierung mehr Bedeutung zugemessen werden, als das bisher der Fall gewesen sei. Dazu gehöre aber, dass das dafür zuständige Ministerium für Handel und Industrie unter seinem neuen Minister Fürst V. N. Šachovskoj in die Lage versetzt werde, gegenüber den Ministerien der Finanzen und des Innern, dem es bisher unterstellt sei, eine „selbständige Position“ einzunehmen.<sup>44</sup>

Zu einer solchen nationalen und zugleich liberalen Wirtschaftspolitik sollte aber auch gehören, dass sich die Öffentlichkeit, d. h. insbesondere die „führenden Kreise der Intelligencija“, unter dem Eindruck des Kriegs mehr als zuvor um die Ursachen für die Dominanz deutscher Waren auf den einheimischen Märkten kümmere. Wenn auch die deutschen Produkte preislich und geschmacklich attraktiver seien, müsse doch bedacht werden, dass dies alles doch nur „um den Preis der Monopolisierung und der Beseitigung von Konkurrenten“ erkaufte werde. Der Krieg sollte aber der eigenen Intelligencija endgültig die Augen dafür geöffnet haben, dass es, um der „deutschen Übermacht“ zu begegnen, notwendig sei, „dass alle heute von patriotischen Gefühlen erfüllten Menschen sich gegen diesen deutschen Expansionsdrang zur Wehr setzen“.<sup>45</sup>

## SCHLUSSBETRACHTUNG

Bleibt festzuhalten, dass der Deutsche im Russland vor 1914 und insbesondere bei der Moskauer Kaufmannschaft zwar wegen seiner Fähigkeiten als Geschäftsmann respektiert wurde. Aber seine Loyalität wurde stark in Zweifel gezogen, seitdem sich das neu erstandene Deutsche Reich von 1871 immer stärker zu einem wirtschaftlichen Riesen zu entwickeln schien. Im Kampf gegen diese wachsende „deutsche Übermacht“ gewann die Moskauer Kaufmannschaft jedoch selbst an bourgeoisem Selbstbewusstsein hinzu. Ihren eigenen Wirtschaftsnationalismus mit deutlich liberalen Zügen wollte im alten und erst recht im neuen Russland freilich keiner mehr als politisch ernst zu nehmende Alternative wahrnehmen. Die Versuche der fortschrittlichen Moskauer Industriellen vom Schlage eines P. P. Rjabušinskij, im Revolutionsjahr 1917 die Geschicke eines de-

mokratischen Russland entscheidend mitzubestimmen, waren deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Der „innere Deutsche“, gemeint ist hier der „städtische Russlanddeutsche“, verschwand aber nach Krieg, Revolution und Bürgerkrieg fast völlig aus seinem ehemaligen „Heimatland“. Wenn auch die Lage für die deutschen Firmen in Russland und besonders in Moskau während des Ersten Weltkriegs nicht einfach gewesen war, liquidiert wurden sie erst nach dem Machtantritt der Bolschewiki. Dann wurde endgültig der „Schlusspunkt im Kampf mit der deutschen Übermacht auf dem Gebiet von Handel und Industrie gesetzt“.<sup>46</sup>

---

**|| PROF. EM. DR. KLAUS HELLER**

Universität Gießen, Fachbereich Geschichts-  
und Kulturwissenschaften, Historisches Institut,  
Abteilung Osteuropäische Geschichte

**ANMERKUNGEN**

- 1 Ausführlicher s. Heller, Klaus: Gesellschaftliche Vorurteile gegenüber einheimischen und fremden „Kaufleuten“ im vorrevolutionären Russland. Zeichen für antibürgerliche Wahrnehmungen der Modernen Welt?, in: German Merchant and Entrepreneurial Migrations / Deutsche unternehmerische Migrationen / Migrazioni imprenditoriali tedesche (1750-1900), hrsg. von Monika Poettinger, Milano 2012, S. 165-197.
- 2 Russische Sprichwörter, hrsg. von Helmut Dehio unter Mitarbeit von Valentina Nikolaevna Krylova, München 1974, S. 90 f. (entnommen aus Vladimir Ivanovič Dal', Poslovicy russkogo naroda. M. 1957).
- 3 Hierzu s. Amburger, Erik: Geschichte der Behördenorganisation Russlands von Peter dem Großen bis 1917, Leiden 1966. Das Personaltableau des Außenministeriums liest sich fast wie ein „Gotha“ des deutschbaltischen Adels; s. auch „Inostrannoe“ vedomstvo, in: Utro Rossii Nr. 285, 18.11.1914, S. 1.
- 4 Zu den Bemühungen der Moskauer Textilfabrikanten um die Gewinnung ausländischer Absatzmärkte s. Muriel, Joffe: The Cotton Manufacturers in the Central Industrial Region, 1880's-1914: Merchants, Economics and Politics, Phil. Diss. University of Pennsylvania 1981, S. 344-412.
- 5 Im Allgemeinen s. Bochanov, Aleksandr Nikolaevic: Krupnaja buržuazija Rossii (konec XIX v.-1914 g.), Moskau 1992, S. 198 f.
- 6 Hierzu s. Kohls, Winfred A.: Beitrag zur Geschichte der deutschen Kolonisten in Russland. Eine Untersuchung russischer Pressepolitik und der deutschen diplomatischen Berichte aus der St. Petersburger Amtszeit des Botschafters von Schweinitz, in: Archivalische Fundstücke zu den russisch-deutschen Beziehungen. Erik Amburger zum 65. Geburtstag, hrsg. von Hans-Jürgen Krüger, Berlin 1973, S. 147-183; s. auch Heller, Klaus: Bismarcks Außenpolitik aus russischer Sicht, in: Bismarck und der Osten, von Konrad Canis, Klaus Heller und Ulrich Lappenküper, Friedrichsruh 2001, S. 51-80, hier S. 73-80.
- 7 Hierzu s. Obolenskaja, Svetlana: „Germanskij vopros“ i russkoe obščestvo konca XIX v., in: Rossija i Germanija, vyp. I, M. 1998, S. 190-205.
- 8 Kaškarov, V.: Nemeckaja kolonizacija, in: Utro Rossii Nr. 313, 30.11.1910, S. 2.
- 9 Hierzu Dönninghaus, Viktor: Die Deutschen in der Moskauer Gesellschaft. Symbiose und Konflikte (1494-1941), München 2002.
- 10 Kaškarov, V.: Moskovskie nemcy, in: Utro Rossii Nr. 14, 19.1.1911, S. 1 f.
- 11 Kaškarov, V.: V dvojnom poddanstve, in: Utro Rossii Nr. 194, 19.8.1914, S. 1.
- 12 Vnutrennij nemeck, in: Utro Rossii Nr. 292, 25.11.1914, S. 1; s. auch Sinjavskij, M.: Inorodcy i nemcy, in: Utro Rossii Nr. 314, 17.12.1914, S. 2.
- 13 Gosudarstvennaja Duma: Zasedanie 3-go avgusta, in: Utro Rossii Nr. 213, 4.8.1915, S. 2.
- 14 So aus der Sicht eines dieser loyalen deutschbaltischen Barone: Taube, Michael Freiherr von: Der großen Katastrophe entgegen. Die russische Politik der Vorkriegszeit und das Ende des Zarenreiches (1904-1917). Erinnerungen, Leipzig, 2. umgearb. u. erw. Ausgabe, 1937, S. 372.
- 15 Hierzu s. Martin, Thomas: Baumwollindustrie in Sankt Petersburg und Moskau und die russische Zolltarifpolitik (1850-1891). Eine vergleichende Regionalstudie, Gießen 1998, S. 96-105; s. auch Struve, Petr B.: Torgovaja politika Rossii, Čeljabinsk 2007 (Wiederauflage der Ausgabe SPb. 1913), S. 224-229.
- 16 CXXVIII, 18 (30) avgusta (1893), No. 6275, in: Suvorin, A.: V ožidanii veka XX. Malen'kie pis'ma 1889-1903 gg. M. 2005, S. 282.
- 17 CXXIX, 24 avgusta (5 sentjabrja) (1893), No. 6281, S. 282 f., in: Suvorin, A.: V ožidanii veka XX. Malen'kie pis'ma 1889-1903 gg. M. 2005, S. 282 f.
- 18 Lohr, Eric: Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during the World War I, Cambridge u. a. 2003, S. 26.
- 19 Nach den Anfang der 1880er-Jahre einsetzenden Querelen über Russlands wachsenden Protektionismus folgte der Abschluss des deutsch-russischen Handelsvertrages am 30.1./11.2.1894, ergänzt durch einen neuen Vertrag, abgeschlossen am 15./28.7.1904.
- 20 Rieber, Alfred J.: Merchants and Entrepreneurs in Imperial Russia, Chapel Hill 1982, S. 285.
- 21 West, James L.: The Riabushinskii Circle. Russian Industrialists in Search of a Bourgeoisie, in: JGO 32/1984, S. 358-377; s. insbes. auch Petrov, Jurij A.: Moskovskaja buržuazija v načale XX veka: predprinimatel'stvo i politika, Moskau 2002, S. 250-291; sowie Heller, Klaus: Auf dem Weg zum Bourgeois? Das „Moskau der Kaufleute“ vor 1917, in: Unternehmer im russischen Reich. Sozialprofil, Symbolwelten, Integrationsstrategien im 19. und frühen 20. Jahrhundert, hrsg. von Jörg Gebhard, Rainer Lindner und Bianca Pietrow-Ennker, Osnabrück 2006, S. 45-75, hier S. 68-75.
- 22 Bericht Nr. 1100 vom 5.3.1906 des deutschen Konsuls in Moskau Wilhelm Kohlhaas an den deutschen Reichskanzler, in: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen 1906-1914. Dokumente, hrsg. u. eingel. von Heinz Lemke, Berlin 1991, S. 34.
- 23 Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj federacii (GARF) f. 4047, ed. chr. 12, op. 1.
- 24 Šacillo, Michail Kornel'evič: Rossijskaja buržuazija v period Graždanskoj vojny i pervye gody ėmigracii 1917-načalo 1920-ch godov, Moskau 2008, S. 7.
- 25 Schmidt, Christoph: Russische Presse und Deutsches Reich 1905-1914, Köln / Wien 1988, S. 61, 116-118.
- 26 Hierzu s. Wulff, Dietmar: Der russisch-deutsche Handelsvertrag von 1904, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 32,

- 1988, S. 129-145; Djakin, Valentin Semenič: K ocenke rusko-germanskogo trgovovogo dogovora 1904 g, in: Problemy istorii meždunarodnyh otnošenij, L. 1972, S. 156-183.
- <sup>27</sup> Vortrag des deutschen Vizekonsuls Dr. Trautmann in St. Petersburg, gehalten im Auswärtigen Amt in Berlin am 11.12.1911. Vertraulich!, in: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen 1906-1914. Dokumente, hrsg. u. eingeleitet von H. Lemke, Berlin 1991, S. 21-33, hier S. 23; s. auch die Berichte Nr. 3906 v. 20.10.1907 u. Nr. 1922 v. 30.4.1908 des deutschen Konsuls in Moskau Wilhelm Kohlhaas an den deutschen Reichskanzler, in: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen 1906-1914. Dokumente, hrsg. u. eingeleitet von H. Lemke, Berlin 1991, S. 135 u. 166.
- <sup>28</sup> Obolenskaja, Svetlana: Belächelt und bewundert. Deutschland und die Deutschen in den Augen der Russen im 19. Jahrhundert, in: Katalog der Ausstellung „Unsere Russen – Unsere Deutschen Bilder vom Anderen 1800 bis 2000“, Berlin, Schloss Charlottenburg, 8.12.2007 bis 2.3.2008, S. 46-62, hier S. 57.
- <sup>29</sup> Ėkonomičeskija perspektivy Rossii (Iz besedy s prof. I. Ch. Ozerovym), in: Utro Rossii Nr. 216, 10.9.1914, S. 1.; s. auch Kommerčeskij dnevnik: Jus, Šturm nemca v Kitaj-Gorode, in: Utro Rossii Nr. 302, 5.12.1914, S. 5. Zum Engagement der deutschen chemischen Industrie in Russland vor dem Kriege s. Kirchner, Walther: Die deutsche Industrie und die Industrialisierung Russlands 1815-1914, St. Katharinen 1986, S. 102-143.
- <sup>30</sup> Roosa, Ruth Amende: Russian Industrialists during World War I: The Interaction of Economics and Politics, in: Entrepreneurship in Imperial Russia and the Soviet Union, ed. by Gregory Guroff and Fred V. Carstensen, New Jersey 1983, S. 159-187, hier S. 161.
- <sup>31</sup> A. M., K voprosu ob Ėkonomičeskoj ėmancipacii ot Germanii, in: Utro Rossii Nr. 236, 30.9.1914, S. 1.
- <sup>32</sup> Germanskie kapitaly za granicej, in: Utro Rossii Nr. 246, 10.10.1914, S. 1.
- <sup>33</sup> Zu den Übergriffen gegen die Deutschen in Moskau, die in den Pogromen vom 26.-29.5.1915 ihren Höhepunkt erreichten und über die Hintergründe s. insbes. Dönninghaus: Die Deutschen in der Moskauer Gesellschaft, S. 373-516; s. auch Lohr: Nationalizing the Russian Empire, S. 31-54.
- <sup>34</sup> Gezielt wird insbesondere auf die Chemieindustrie, die in Moskau und Umgebung zu 45 % in deutscher Hand und der Hauptlieferant für die Moskauer Textilindustrie sei. Es müsse deshalb alles unternommen werden, um die deutschen durch russische Produkte zu substituieren; s. Kommerčeskij dnevnik: Jus, Šturm nemca v Kitaj-Gorode, S. 5.
- <sup>35</sup> Prekraščenie nemeckoj trgovli, in: Utro Rossii Nr. 250, 15.10.1914, S. 1; s. auch Bor'ba s nemeckim zasil'em v trgovle i promyšlennosti, in: Utro Rossii Nr. 120, 3.5.1915, S. 5.
- <sup>36</sup> Vnutrennij nemeck, in: Utro Rossii Nr. 292, 25.11.1914, S. 1.
- <sup>37</sup> Savinič, B.: Moskovskoe kupečestvo i bor'ba za nacional'nyj trud, in: Utro Rossii Nr. 298, 1.12.1914, S. 1.
- <sup>38</sup> S. Sinjavskij, M.: Inorodcy i nemcy, in: Utro Rossii Nr. 314, 17.12.1914, S. 2.
- <sup>39</sup> Bor'ba s nemeckim zasil'em. Deputacija moskovskogo kupečeskogo o[bščest]va, in: Utro Rossii Nr. 299, 2.12.1914, S. 3.
- <sup>40</sup> Zur Gesamtproblematik s. Nolde, Boris E.: Russia in the Economic War. New Haven 1928. Baron v. Nolde war als Direktor des II. Departements des russischen Außenministeriums (1916-1917) mit diesen Fragen direkt befasst gewesen.
- <sup>41</sup> Bor'ba s nemeckim zasil'em, S. 3. Hierzu s. Potkina, I. V.: Čresvyčajnoe zakonodael'stvo i nemeckie firmy v Moskve (1914-1917 gg.), in: Nemeckie predprinimateli v Moskve. Sbornik statej, M. 1999, S. 238-240. Über das unterschiedliche Schicksal deutscher Firmen in Moskau während des Krieges s. ebd., S. 225-261, hier S. 246-258 u. Dies.: Črezvyčajnoe zakonodatel'stva i sud'ba nemeckich firm v Moskva (1914-17 gg.), in: Nemeckie predprinimateli v Moskve do 1917 goda. Meždunarodnaja naučnaja konferencija, M. 22 maja 1998 g., S. 51-54 bzw. 103-105.
- <sup>42</sup> Zu den gesetzlichen Maßnahmen gegen Deutsche und ihre Firmen während des Kriegs im allgemeinen s. Potkina: Čresvyčajnoe zakonodael'stvo i nemeckoe firmy, S. 225-236; Abramova, N. G.: Obsledovanie germanskich predprijatij vo vremja Pervoj mirovoj vojny, in: Rossija v XIX-XX vekach. Materialy II Naučnyh čtenij pamjati professora V. I. Bovykina, Moskva, MGU im. M.V. Lomonosova 22 janvarja 2002 g. M. 2002, S. 61-71.
- <sup>43</sup> Sodejstvie i sodružestvo, in: Utro Rossii Nr. 94, 7.4.1915, S. 1.
- <sup>44</sup> Vlast' i promyšlennaja dejatel'nost', in: Utro Rossii Nr. 95, 8.4.1915, S. 1.
- <sup>45</sup> S. I., Ėkonomičeskije posledstvija vojny, in: Utro Rossii Nr. 274, 6.10.1915, S. 1.
- <sup>46</sup> Potkina, Črezvyčajnoe zakonodatel'stvo i nemeckie firmy, S. 258.

# VERSAGEN DER POLITIK?

## Der Schlieffenplan von 1905 und seine Modifikationen

**KLAUS-ULRICH HAMMEL** || Die Grundlage für die Operationsführung auf strategischer Ebene, in einem Konflikt, bei dem sich einerseits das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, andererseits Frankreich, Russland und wahrscheinlich England gegenüberstehen würden, war auf deutscher Seite der so genannte „Schlieffenplan“ vom Dezember 1905, den der amtierende preußische Generalstabschef, General Graf von Schlieffen, seinem Nachfolger, General von Moltke (d. J.), Anfang 1906 in der Form einer Denkschrift übergeben hatte. Der Schlieffenplan gehört zu den – auch heute noch – am meisten umstrittenen militärischen Dokumenten. Die gesamte Bandbreite zwischen schärfster Kritik und rückhaltloser Zustimmung kann hier nur anhand einiger exponierter Auffassungen deutlich gemacht werden.

### EINFÜHRUNG

Gerhard Ritter, wohl einer der Historiker, der sich besonders intensiv mit dem Schlieffenplan beschäftigt hatte, bezeichnet ihn als „Anfang vom Unglück Deutschlands und Europas“. Dagegen meint General Groener [1867-1939, seine Planungen für den Ausbau des Schienennetzes und Aufmarschrouten waren vom Schlieffenplan geprägt. Anm. d. Red.]: „Als Generalfeldmarschall Graf Schlieffen am 4. Januar 1913 die Augen schloss, hinterließ er als Vermächtnis das Geheimnis des Sieges im Dreifrontenkrieg.“ Verspielt worden sei der zu erwartende Erfolg durch die Modifikationen des Planes durch seinen Nachfolger. Sebastian Haffner, Journalist und Essayist, bezeichnet die Anwendung des Schlieffenplanes als „eine der sieben Todsünden“ des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. Michael Stürmer urteilt über die Bezüge von Politik und militärischem Plan so: „Hybris der Hegemonialpolitik und Scheitern der Staatskunst wollte er durch militärische Effizienz aufheben.“ Für Yehuda Wallach, einen israelischen Militärtheoretiker, war der Plan das Produkt eines Generals, welcher „... den Prototyp einer neuen Art des unpolitischen Soldaten darstellt, der allein seinem Beruf lebt und den nichts interessiert, was sich außerhalb seines engen,

technischen Gesichtskreises befindet“. Trevor Dupuy, der über den militärischen Genius der Deutschen geschrieben hat, ist der Auffassung, dass „die Konzeption [des Plans] ... napoleonisch [war] und ... in ihrer Brillanz und Einfachheit Napoleons Feldzügen der Jahre 1800, 1805 und 1806 [ähnel].“

Barbara Tuchman, die amerikanische Historikerin, sieht im deutschen Kriegsplan zwar das Werk eines Mannes, zugleich aber das Wirken einer Nation, bei der auf der Grundlage deutscher Philosophie und Romantik die Überzeugung vom eigenen Auserwähltsein, die Schrittmacheraufgabe für eine zu schaffende Weltkultur, die bewusste Missachtung von Gut und Böse durch den „Übermenschen“ mit der moralischen Pflicht zum Machtzuwachs zusammenliefen. Trevor Dupuy und Franz Uhle-Wettler (ehem. General der Bundeswehr) schließlich weisen darauf hin, dass selbst der gescheiterte Schlieffenplan es den Deutschen nach dem Rückzug von der Marne und dem Vertreiben der Russen aus Ostpreußen erlaubte, über vier Jahre lang den Krieg im Westen tief auf dem Territorium des Gegners (unter der Ausnutzung bedeutender gegnerischer Rohstoffvorkommen) und im Osten mit gesicherten Grenzen zu führen.

### **DER SCHLIEFFENPLAN VON 1905/06: POLITISCHE URSACHEN, GRUNDLAGEN**

Nach der Reichsverfassung übernahm „beim Ausbruch eines Krieges der Kaiser den Oberbefehl über sämtliche Bodentruppen“. Der preußische Generalstabschef war faktisch als deutscher Generalstabschef für die Kriegsplanungen und -vorbereitungen verantwortlich. Einen „Reichsgeneralstab“ gab es nicht.<sup>1</sup> In seiner Zeit als preußischer Generalstabschef von 1891-1906 musste sich Alfred Schlieffen in immer stärkerem Maße mit Kriegsplanungen für einen Zweifrontenkrieg auseinandersetzen, gegen eine Koalition, deren Überlegenheit nicht nur im Hinblick auf die militärischen Potenziale ständig zunahm.

Nun waren die Zwänge eines Zwei- oder Mehrfrontenkrieges für deutsche Staaten aufgrund der geographischen Lage in der Mitte Europas und der politischen Zerrissenheit unseres Landes nichts Ungewöhnliches gewesen. Über Jahrhunderte waren auf dem deutschen Territorium die blutigen Schlachten der europäischen Staaten ausgetragen worden. Das geeinigte Reich nach 1871 verfügte nur im Süden durch die neutrale Schweiz und das verbündete Österreich über eine einigermaßen gesicherte Grenze. Bei einem abzusehenden Zweifrontenkrieg lag zwischen der Ostfront und der Westfront eine Distanz von rd. 1.000 Kilometern. Sowohl der rd. 900 Kilometer langen Ostfront als auch der etwas kürzeren Westfront ermangete es der natürlichen Barrieren. Solche waren erst an der Oder (wegen des weit nach Westen vorspringenden russisch-polnischen Gebiets) bzw. am Rhein gegeben – also tief auf deutschem Staatsgebiet.<sup>2</sup>

Anders als es manche Autoren sehen, war der Schlieffenplan nicht eine militärische Planung, bei dem politische Erfordernisse den militärischen Zwängen untergeordnet waren. Der Generalstab musste umgekehrt Kriegsplanungen vornehmen für eine politische Lage, die nicht allein durch die politische Führung auf deutscher Seite, aber doch auch durch sie geschaffen worden war. „Mit einem auf Rache bedachten Frankreich im Westen und der ‚Russischen Gefahr‘ im Osten entfaltete sich die Gefahr eines Zweifrontenkrieges von einer Möglichkeit zur Wahrscheinlichkeit. Den ope-

rativen Planern im Generalstab wurde dadurch ein nahezu unlösbares Problem auferlegt.“<sup>3</sup>

Es ist nicht Zweck dieses Beitrags, den politischen Anteil Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkrieges darzustellen und zu bewerten. Doch in einem Überblick muss auf die politischen Gegebenheiten auf der Seite der Kriegsparteien eingegangen werden.

Manche Autoren stellen dabei den fragwürdigen Stil deutscher Politiker beim Vertreten politischer Positionen in den Vordergrund: Überheblichkeit, Lautstärke und Auftrumpfen, Taktlosigkeit, Selbstüberschätzung, Demonstration einer Politik der Stärke und der Drohungen, ohne real über die Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ansprüche zu verfügen. Schwerer wiegt die Kritik von Thomas Nipperdey, der die „Unruhe“ und Hektik, das Unberechenbare, das „Tändeln“ zwischen verschiedenen politischen Optionen mit sprunghaften Wechseln skizziert. Im wechselhaften Streben nach Partnern habe man sich zwischen alle Stühle gesetzt.<sup>4</sup>

Im Mittelpunkt der Spannungen mit den anderen Großmächten in Europa stand die Tatsache, dass sich allein mit der Einigung des Reiches 1871 die Gewichte zwischen den Mächten verschoben hatten. Dies bedeutete, dass die Mächte, die bisher den Kuchen hauptsächlich unter sich verteilt hatten, zusammerrücken mussten, um dem „Parvenu“ und „Spätkömmling“ Platz einräumen zu können. Kein Zweifel kann bestehen, dass dabei – siehe oben – der Stil, mit dem die Vertreter des Reiches ihre Ansprüche erhoben, bitter aufstoßen musste. Ebenso zweifellos ist auch, dass es nicht unbillig war, wenn Deutschland künftig Machtpositionen einnehmen wollte, die andere schon besaßen. Hinzu kommt, dass Deutschland aufgrund der Größe seines Territoriums, des Umfangs und des Bildungsstandes seiner Bevölkerung, seiner Wirtschaftskraft und seiner Industrieproduktion sowie der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs eine dominierende Stellung zufiel, ob man diese anstrebte oder nicht.

Gerade im Hinblick auf England, das an die Grenzen seiner Expansion gekommen war, stellt Niall Ferguson fest: „Großbritannien war 1914 eine Macht schon im Abstieg begriffen, den Folgen der imperialen Überdehnung ausgesetzt,

Deutschland war dagegen ein unwiderstehlich aufsteigender Rivale.“<sup>5</sup> „Weltpolitik“, die das Reich betrieb, „hieß wirtschaftliches Wachstum und Expansion“.<sup>6</sup>

Selbst wenn Deutschland auf eine solche Expansion verzichtet hätte, hätten die anderen europäischen Konkurrenten ihre nationalen Ziele verfolgt, ohne auf deutsche Befindlichkeiten Rücksicht zu nehmen. England wurde bereits erwähnt. Frankreich sann auf „Rache“ für 1871. Der Verlust der Vormachtstellung auf dem Kontinent schmerzte tief. Russland strebte imperiale Zugewinne auf dem Balkan und im Bereich der türkischen Meerengen an, die generell das Reich nicht berührten. Die Idee des Panslawismus aber musste sich gegen den Verbündeten Deutschlands, Österreich-Ungarn, richten und damit Deutschlands Interessen tangieren. Kurz nach dem Amtsantritt Schlieffens wurde 1892 die Militärkonvention Frankreich-Russland abgeschlossen und 1894 zum Zweibund erweitert. 1904 folgte die Verkündung der „Entente Cordiale“ zwischen England und Frankreich, die bis 1906 durch militärische Absprachen („unter der Hand“) zwischen den Generalstäben der beiden Länder konkretisiert wurde. „Dies alles ließ die deutsche Furcht vor ‚Einkreisung‘ weniger als Paranoia erscheinen als (gesunden) Realismus.“<sup>7</sup>

Eine Änderung zu den militärischen Planungen für den Kriegsfall im Vergleich zu seinen Vorgängern leitete der „neue“ Generalstabschef, General von Schlieffen, mit einer Denkschrift von 1892 ein. Generalfeldmarschall von Moltke (d. Ä.) sowie Schlieffens unmittelbarer Vorgänger, Graf Waldersee (Generalstabschef von 1888-1891), hatten jeweils den Schwerpunkt ihrer geplanten Operationsführung im Osten gesehen, dagegen im Westen nur eine nachhaltige Defensive geplant. Bis zum letzten, für Schlieffen abschließenden Planungsschritt, der Denkschrift vom Dezember 1905, folgten zwei weitere größere Planungsabschnitte, die Denkschriften von 1894 und 1897. Schlieffens Grundgedanken für die Kriegführung reiften also in einem Prozess von über 14 Jahren.

Die nachfolgende Darstellung von Entscheidungsfaktoren, vorgegebenen Rahmenbedingungen oder definierten Lageannahmen deckt ebenfalls den gesamten Zeitraum bis 1906 ab:<sup>8</sup>

1. Das Reich stand vor der realen Gefahr eines Zweifrontenkrieges, bei dem die potenziellen Gegner über weit überlegene militärische Kräfte verfügten. Um verwirrende Zahlenvergleiche in der zeitlichen Entwicklung zu vermeiden, werden hier nur die Kriegsstärken, bezogen auf das Jahr 1914 nach Mobilmachung, aufgezeigt. Die Mittelmächte (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn) verfügten über Streitkräfte in der Stärke von 3,547 Mio. Mann. Die Entente (Frankreich, Russland, England, Serbien, ggfs. Belgien) über 5,379 Mio. Mann. Unter der Voraussetzung, das Deutsche Reich hätte keinen einzigen Soldaten an der Ostfront eingesetzt, betrug das Stärkeverhältnis allein gegenüber den westlichen Alliierten 2,147 Mio. Mann auf deutscher Seite zu 2,382 Mio. Mann auf Seiten der Entente.

2. Die Empfindlichkeit und Komplexität der wirtschaftlichen und industriellen Prozesse, die Überlegenheit im Hinblick auf die wirtschaftlichen und finanziellen Potenziale auf Seiten der feindlichen Allianz, insbesondere die Gefahr einer Blockade bei einer Beteiligung Englands am Kriege zwangen das Deutsche Reich und seinen Verbündeten, eine schnelle Kriegsentcheidung zu suchen. Einen Ermattungs- oder Abnutzungskrieg zu führen, war Deutschland nicht möglich.

3. Die Kräfte der Mittelmächte zu einer initiativen Operationsführung an beiden Fronten reichten nicht aus. Nur zu Lasten einer Front konnte an der anderen Front ein Schwerpunkt gesetzt werden. Dort war, zeitlich begrenzt, die Masse der Kräfte einzusetzen, mit diesen möglichst schnell ein entscheidender Sieg herbeizuführen, um danach den Schwerpunkt an die bisher schwächer besetzte Front zu verlegen.

4. Ein Mittel, um die Unterlegenheit in der Zahl zu relativieren, so sah man es auf deutscher Seite, war die bessere Qualität der Truppe durch eine adäquate Ausbildung. Moderne Massenheere durch die Volksbewaffnung führten zu einer Ausdehnung des Schlachtfeldes und zur Notwendigkeit der Raumabdeckung. Die Verdichtung der Eisenbahnnetze im Vergleich zu 1870 sicherte eine höhere Beweglichkeit und eine breitere Kräfteordnung bei gleichzeitiger Verringerung der Tiefe, um möglichst viele Kräfte gleichzeitig an den Feind zu bringen. Die

schnelle Verlegung von Truppen von einem Kriegstheater zum anderen war möglich. Andererseits erforderten die in weiten Räumen operierenden Armeen angemessene Mittel und Verfahren zur Führung.

5. Das gegenüber Frankreich besser ausgebaute Eisenbahnnetz begünstigte einen schnelleren deutschen Aufmarsch auch im Vergleich zum Aufmarsch an der russischen Front. Gegenüber Frankreich konnten also die eigenen Kräfte schneller versammelt werden. Auch eine schnellere Rückverlegung bei einer Verlagerung des Schwerpunktes war möglich.

6. Das französische Eisenbahnnetz wurde bis 1906 dichter ausgebaut. Unabhängig davon, ob Frankreich in der Defensive bleiben oder selbst die Offensive suchen würde, war von einer schnellen französischen Mobilmachung auszugehen. Frankreich war also der gefährlichere Gegner, allerdings waren gegen diesen auch schnelle Erfolge zu erzielen. Auf russischer Seite war von einer langsameren Mobilmachung und Herstellung der Kriegsbereitschaft sowie von einem verzögerten Aufmarsch mit der Eisenbahn auszugehen, sofern die russische Führung kein Ausweichen in die Tiefe vorsah, um sich einem deutschen Angriff zu entziehen.

7. Der amerikanische Bürgerkrieg 1861/65 und der russisch-japanische Krieg 1904/05 hatten gezeigt, dass bei der Feuerkraft moderner Armeen, gerade auch durch die Bewaffnung der Infanterie, Frontalangriffe mit Versuchen, die feindliche Front zu durchbrechen, zu nicht tragbaren Verlusten führten. Um dennoch einen entscheidenden Erfolg herbeiführen zu können, mussten die schwachen Stellen in der Aufstellung des Gegners, in Flanken und Rücken nach Umgehung angegriffen werden.

8. Nach der Niederlage von 1870/71 waren die Befestigungszonen an der neuen französischen Ostgrenze im Zuge der Linien Belfort-Épinal und Toul-Verdun in außerordentlich starkem Maße ausgebaut worden. Die Befestigungszonen engten den Bewegungsraum angreifender Armeen stark ein und konnten allenfalls durch zeitaufwändige und kostspielige Frontalangriffe überwunden werden.

9. Eine Umgehung dieser Linien, um die linke Flanke oder den Rücken der französischen Heeresaufstellung für einen entscheidenden Sieg

zu gewinnen, war nur über das Territorium Luxemburgs, Belgiens und Hollands möglich. Dies bedeutete die Verletzung der Neutralität dieser Länder mit entsprechenden politischen Folgen. Um die notwendigen Kräfte für einen starken rechten Umgehungsflügel zu schaffen, war das Zentrum der angreifenden deutschen Kräfte schwach zu halten.

### KONZEPT DES SCHLIEFFENPLANES

Die Aufzählung dieser Faktoren gibt im Wesentlichen schon die Elemente für eine operative Planung auf deutscher Seite wieder.

Der „Operationsplan“ vom Dezember 1905, der die Grundlage für die Aufmarschweisung 1906 bildete, hatte folgendes operative Konzept zum Inhalt:

Der strategische Schwerpunkt lag gegenüber Frankreich.

In einer weit ausholenden Bewegung mit dem starken rechten Umfassungsflügel über luxemburgisches, belgisches und südholändisches Gebiet sollte aus der Linie Verdun-Lille der linke Flügel der französischen Aufstellung, westlich an Paris vorbei vorgehend umfasst werden, um danach die Masse des französischen Heeres südlich und ostwärts von Paris in östlicher Richtung gegen die Moselfestungen, und gegen den Schweizer Jura zu drängen. Hierzu waren sieben Achtel des mobilgemachten Heeres im Westen und nur ein Achtel im Osten einzusetzen. Eine präzise Angabe über die Stärke der im Osten eingesetzten 8. dt. Armee machte Schlieffen nicht. Auf der Grundlage vertiefender Studien / Planübungen / Generalstabsreisen war für die 8. Armee von der Stärke von 3 Armeekorps, einem Reservekorps, einer Kavalleriedivision und einigen Landwehr- und Festungsformationen auszugehen. Trotz des Verharrens in der strategischen Defensive sollte im Osten die Abwehr gegen die russischen Armeen auf der operativen Ebene offensiv geführt werden – die erwartete räumliche Trennung der gegen Ostpreußen angreifenden russischen Armeen durch die Masurischen Seen sollte zu Angriffen zeitlich nacheinander gegen diese genutzt werden. Ein erzwungenes Ausweichen bis an die Weichsel-Linie war nicht auszuschließen und hinzunehmen.

Die Westoffensive beabsichtigte Schlieffen auf dem Schwenkungsflügel mit 23 Armeekorps (je 2 Divisionen), 12 ½ Reservekorps und 8 Kavalleriedivisionen zu führen. Der Aufmarschraum erstreckte sich zwischen Metz und Krefeld.

In Lothringen verblieben zum Schutz der linken Flanke 3 ½ Armeekorps, 1 Reservekorps und 3 Kavalleriedivisionen. Man vermutete hier zunächst ein defensives Verhalten der Franzosen. Aufgabe dieses linken Heeresflügels war es, möglichst viele französische Divisionen zu binden und ihren Abtransport auf den linken Armeeflügel zu verhindern, wenn dort die deutsche Umgehungsoperation erkannt war. Dies sollte ggfs. auch durch begrenzte Angriffe bewirkt werden. Außer den Festungstruppen von Metz und Strassburg standen am Oberrhein und im Unterelsass nur noch eine Reserve-division und einige Landwehrbrigaden.

Der Angriffsflügel war in 3 Gruppen gegliedert. Die Nordgruppe, die in Richtung Namur-Brüssel vorzugehen hatte, setzte sich aus 9 Armeekorps und 5 Kavalleriedivisionen zusammen. Diesen folgten 7 Reservekorps zur Deckung der rechten Flanke und zur Einschließung von Antwerpen (ggfs. Reduit für das belgische Heer und Aufmarschraum für das britische Expeditionskorps). Falls die Lage in Lothringen dies gestatten würde, sollten der Nordgruppe noch 2 der rechts der Mosel eingesetzten Armeekorps zugeführt werden – 18 Korps standen dann auf dem Nordflügel zur Verfügung. Die mittlere Gruppe, die sich gegen die Maas-Linie Mézières-Namur zu richten hatte, bestand aus 6 Armeekorps und einer Reservedivision. Die Südgruppe hatte sich gegen die Linie Verdun-Mézières zu wenden. Sie verfügte über 8 Armeekorps und 2 Kavalleriedivisionen. In Anlehnung an die Festung Metz sollten 5 Reservekorps den Raum links der Mosel gegen Feind aus Richtung Épinal-Toul decken. 16 Landwehrbrigaden folgten den angreifenden Korps zur Raumabdeckung in der Tiefe nördlich und südlich der Maas.

Schlieffens Denkschrift trug den Titel „Krieg gegen Frankreich“. Seine Kritiker werfen ihm vor, dass der „Plan“ keine Aussagen zur Gesamtkriegführung enthalten habe, beispielsweise wie der Krieg zur See zu führen sei oder welche

Überlegungen zur Fortführung der Operationen an der Ostfront galten, wenn nach dem Schlagen des französischen Heeres die Masse der Kräfte dorthin verlegt worden war. Die Kritik ist insofern berechtigt, als es auf deutscher Seite keinen Gesamtkriegsplan gab – aber es gab auch keine militärische Instanz, die dafür zuständig gewesen wäre. Schlieffens Plan war ausschließlich darauf ausgerichtet, die verhängnisvolle Zweifrontenlage zu beseitigen.

### **WEITERENTWICKLUNGEN DES SCHLIEFFEN-PLANES BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH**

Nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst bis zu seinem Tode im Jahre 1913 konnte Schlieffen nur noch mittelbar durch sein publizistisches Werk auf die Kriegsplanungen Einfluss nehmen. Im Mittelpunkt standen dabei Ausarbeitungen über den Vernichtungsgedanken („Cannae“), über den Gebrauch der schweren Artillerie in einem künftigen Kriege sowie die Notwendigkeiten moderner Führungsverfahren im Hinblick auf Massenheere.

Seine direkte Einflussnahme war auf zwei Anlässe begrenzt. Auf Wunsch seines Nachfolgers übergab Schlieffen im Februar 1906 ein Zusatzmemorandum zur Denkschrift, in dem die Konsequenzen hinsichtlich der abzusehenden Beteiligung Englands bei einem kommenden Kriege aufgezeigt wurden.<sup>9</sup> Konkret wurden dabei die alternativen Handlungszwänge auf deutscher Seite, vor allem für den Fall einer englischen Landung an der belgischen Küste, bewertet. Mit einer Denkschrift vom 28. Dezember 1912 beschloss Schlieffen, so kann man es sagen, sein Lebenswerk. Diese Denkschrift erhielt natürlich Moltke (d. J.), der Kaiser zeigte sich angetan. Schlieffen zog dabei Folgerungen im Hinblick auf erfolgreiche Reformen in der russischen Armee seit 1905, er führte aus, dass Belgien nicht neutral sein könne (Anlage von Festungen gegen Deutschland!) und im Lager der Gegner zu finden sein werde. Schließlich ging er nun stärker von der Landung des britischen Expeditionskorps über Dünkirchen / Calais aus und forderte dabei, die Schwenkung des deutschen Nordflügels nicht mehr hart westlich an Paris vorbei zu führen, sondern seine Ausdehnung bis in den Raum der Somme-Mündung.

Bis zum Jahre 1909 blieben die Grundgedanken des Schlieffen'schen Operationsplans unverändert, während doch langsam in Moltke andere Überlegungen reiften. Diese Überlegungen wurden mitbeeinflusst vom damaligen Oberst Ludendorff, Leiter der Aufmarschabteilung im Großen Generalstab.

Die erste wesentliche Änderung bestand darin, dass Moltke – richtigerweise – eine Verletzung der holländischen Neutralität ausschloss. Durch die Verengung des Raumes für den Aufmarsch stieg aber der Zwang, die Sperrwirkung der mittlerweile stark ausgebauten Festung Lüttich auszuschalten, bevor diese durch die belgische Armee abwehrbereit gemacht werden konnte. Die Festung sperrte den Vormarsch von zwei deutschen Armeen. Eine Wegnahme zwang zu einem Handstreich, zeitlich weit vor dem Beginn des Aufmarschs, am besten zeitgleich mit einer Durchmarschankündigung oder Kriegserklärung. Der an und für sich schon hohe Zeitdruck auf deutscher Seite wurde dadurch noch verstärkt, und politische Implikationen ergaben sich zwangsläufig. Hing das Gelingen des Schlieffenplans vom Erfolg eines Handstreichs ab, bei all den Risiken, die mit einer solchen Aktion verbunden sind?<sup>10</sup>

Schlieffen nahm mit der schwachen Kräftegruppe in Lothringen und den unbedeutenden Sicherungskräften im Oberelsass und am Oberrhein bewusst ein Risiko gegenüber einer möglichen französischen Offensive hin. Diese Kräfte sollten gegenüberstehende französische Truppen „festhalten“. Je mehr Franzosen hier angriffen, desto mehr würden sie vor dem deutschen Schwenkungsflügel fehlen. Moltke scheute vor einem solchen Risiko, das auch ein Ausweichen auf deutsches Gebiet nicht ausschloss, zurück. Schlieffen hatte in Lothringen und im Elsass maximal 10 Divisionen und einige Landwehrbrigaden verwenden wollen. Moltke erhöhte diese Anzahl auf 16 Divisionen und weitere Landwehrverbände, d. h. fast 3 Korps mehr. Die insgesamt 8 Korps wurden 2 deutschen Armeen zugeteilt, die in Lothringen (5 Korps) und im Elsass (3 Korps) aufmarschieren sollten. Einige Autoren argumentieren dabei, dass diese Kräfte nicht dem rechten Flügel weggenommen wurden, sondern aus neu aufgestellten Truppen aus den Jahren 1912/13 durch eine

Heeresvermehrung stammten. Da aber die Kräfte auf dem Schwenkungsflügel beim Vormarsch von der Zahl her immer schwächer werden mussten – dies war ein bekanntes Dilemma – hätten sie auf den rechten Flügel gehört.

Moltke verfolgte mit der Verstärkung des linken Flügels wohl noch eine andere Absicht: Würden die Franzosen eine stärkere Offensive zwischen den Vogesen und Metz führen, dann sollten sie hier eingekreist und geschlagen werden. Dazu sollten ggfs. zwei weitere Armeen vom Schwenkungsflügel abgezogen werden. Die weite Umfassung des französischen Heeres konnte dann entfallen.<sup>11</sup>

### DER SCHLIEFFENPLAN IN DER ANWENDUNG

Nach den wechselseitigen Kriegserklärungen überschritten die ersten deutschen Truppen ab dem 4. August 1914 die belgische Grenze. Ab dem 7. August fiel die Festung Lüttich an die Deutschen. Ab dem 9. August wurde das britische Expeditionskorps in Häfen an der französischen Kanalküste gelandet. Es sollte im Raum Amiens gesammelt werden und danach an die linke Flanke des französischen Heeres treten – am 15. August wurde die Verbindung mit den Franzosen an der Front hergestellt. Der Vormarsch des deutschen Schwenkungsflügels entwickelte sich wie vorgesehen, obgleich aus Kräftemangel mit den westlichen Armeen ostwärts an Paris vorgestoßen werden musste. Aus dieser Lage ergab sich die Schlacht an der Marne, die am 9. September durch die Deutschen abgebrochen wurde. Der darauf einsetzende „Wettlauf zum Meer“, der Versuch, sich an der offenen westlichen Flanke zu überflügeln, endete im Herbst 1914. Eine durchgehende Front zwischen Flandern und der Schweizer Grenze bildete sich. In Ostpreußen hatte die dort eingesetzte deutsche Armee in der Schlacht bei Tannenberg (24./31. August) die südliche der beiden angreifenden russischen Armeen vernichtet. Mit der Schlacht an den Masurischen Seen gelang es bis zum 10. September, die zweite russische Armee zu schlagen und Ostpreußen zu sichern.

Im Hinblick auf die Prinzipien des Schlieffenplans sind drei Entscheidungen des deutschen Oberkommandos von besonderem Gewicht: Zunächst die bereits erwähnte Tatsache, die

französische Heeresaufstellung nicht westlich von Paris zu umgehen, sondern bereits ostwärts von Paris einzuschwenken. Dort konnte der rechte deutsche Heeresflügel durch französische oder britische Kräfte, die durch die Schwenkung nicht mehr erfasst wurden, in der Flanke bedroht und seinerseits umfasst werden. Genau diese Gefahr führte unter anderem zum Abbruch der Marne-Schlacht. Angesichts des Kräftemangels wiegt die Entscheidung Moltkes besonders schwer, am 25. August aufgrund der Gefahrenmeldungen aus dem Osten wegen des Vordringens der Russen 2 Korps aus dem Schwenkungsflügel herauszuziehen und sie nach Osten zu verlegen.

Mit einer operativen Weisung vom 4. September gab aber Moltke endgültig die Grundidee zur Durchführung des Schlieffenplans auf: Die beiden im Elsass und Lothringen stehenden Armeen des deutschen linken Flügels hatten bis zum 22. August die angreifenden französischen Armeen durch einen Gegenangriff ihrerseits zurückgeschlagen, obgleich ein solcher Gegenangriff schon nicht den Absichten des ursprünglichen Plans Schlieffens entsprach. Anstelle der Erwartung, nunmehr einige Korps an den rechten Flügel abgeben zu müssen, erhielt Kronprinz Rupprecht, der Führer dieser beider Armeen, die Weisung, weiter in Richtung Toul-Nancy anzugreifen. Während die beiden westlichen Armeen des ursprünglichen Schwenkungsflügels die Front nach Westen, Richtung Paris, decken sollten, hatten die übrigen 3 Armeen weiter in Richtung Südwesten anzugreifen und zusammen mit den Kräften Kronprinz Rupprechts das französische Zentrum einzuschließen. Nur noch ein Teilsieg wurde angestrebt.<sup>12</sup>

#### **MORALISCHE UND POLITISCHE BEWERTUNG**

Die bereits erwähnten außerordentlich harten Einwände gegen den Schlieffenplan erfordern es, diesen einer kritischen Bewertung zu unterziehen, die sich zunächst auf moralische und politische Aspekte konzentriert.<sup>13</sup>

Einwände moralischer Art richten sich zunächst auf die Tatsache, dass das Deutsche Reich neben anderen europäischen Mächten Garantemacht der belgischen Neutralität war, die nun mit dem Einmarsch deutscher Truppen gebrochen wurde. Gerhard Ritter leitet aus dem mo-

ralischen Fehlverhalten die politische Folge ab, dass damit England zwangsläufig auf die Seite der Kriegsgegner treten musste, zumindest aber einen willkommenen Vorwand bekam, solches zu tun. Das moralische Fehlverhalten war folglich ein politischer Fehler, der nachteilige militärische Auswirkungen nach sich ziehen musste. Die hohen deutschen Militärs bezeichneten in der Nachkriegszeit die Neutralitätsverletzung als Notmaßnahme, Reichskanzler Bethmann-Hollweg bekannte sich in einer Rede 1914 vor dem Reichstag unumwunden zu diesem Völkerrechtsverstoß und bot Kompensationen an.

Wie wird dieses Problem in der neueren britischen Geschichtsschreibung behandelt? Niall Ferguson schildert detailliert die Gründe für eine englische Beteiligung am Krieg und führt sie auf die bündnisartige Zusammenarbeit mit Frankreich seit 1906 zurück, die Großbritannien zwar nicht de jure, aber de facto zum Kriegseintritt an der Seite Frankreichs verpflichtete – losgelöst davon, ob die belgische Neutralität durch Deutschland verletzt wurde oder nicht. Nach den Absichten der britischen militärischen Führung wäre die belgische Neutralität durch britische Truppen verletzt worden, wenn dies nicht zuvor durch deutsche geschehen wäre. Nach einem Kabinettsbeschluss vom 29. Juli 1914 „solle jede Antwort auf eine deutsche Invasion Belgiens auf politischen Erwägungen beruhen und nicht auf rechtlichen Verpflichtungen“.<sup>14</sup> Christopher Clark gibt eine nahezu identische Schilderung, der Neutralitätsbruch wird im Zusammenhang mit dem Schlieffenplan bei ihm nicht einmal erwähnt.<sup>15</sup>

Die belgische Neutralität war nicht nur eine Frage, welche konkret den Vormarsch der deutschen Armeen oder die Landung eines britischen Expeditionskorps bei Antwerpen berührte. Aufgrund der geographischen Lage Belgiens war sie bei Konflikten in Westeuropa ein Dauerthema, wie schon die Überlegungen Moltkes (d. Ä.) 1870 zeigen, dass beim Kriegsausbruch das französische Heer seine Offensive gegen Deutschland über belgisches Gebiet beginnen könnte. Beim Wechsel in den operativen Absichten des französischen Generalstabs von der Defensive zur Offensive hatte der französische General Michel 1911 seinerseits vorgeschlagen, eine Offensive mit der Hauptmasse des Heeres

gegen Deutschland durch Belgien zu beginnen. Dieser „Plan“ war nicht aus rechtlichen Erwägungen, sondern wegen operativer Gründe fallengelassen worden.

Kein Rechtsbruch wiegt einen anderen auf. Um jedoch die Einseitigkeit moralischer Schuldvorwürfe gegen Deutschland aufzuzeigen, sei auf folgende Geschehnisse verwiesen: Die Verletzung der griechischen Neutralität 1914/16 und von Persien 1914 und 1941, jeweils durch Großbritannien. Die Versenkung einer französischen Flotte durch die Royal Navy bei Oran 1940. Für die Verletzung der norwegischen Neutralität 1940 wurde der deutsche Flottenchef durch das Nürnberger Tribunal bestraft, dabei war die deutsche Landung der britischen nur um Stunden zuvorgekommen. Als die USA 1915 gegen die Verletzung ihrer Rechte als neutraler Staat durch die britische Blockade protestierten, erklärte der britische Premier Asquith im Unterhaus, „es fällt uns nicht ein, unsere Anstrengungen ... in einem Netzwerk juristischer Spitzfindigkeiten erwürgen zu lassen“.<sup>16</sup>

Selbst ein Schlieffen positiv bewertender Autor wie Dupuy stellt an ihm eine gewisse „politische Unempfindlichkeit“ fest. Lässt man dies so stehen, dann muss man konstatieren, dass sich der Vorwurf nicht in erster Linie gegen den Mann, sondern gegen das politische System richtet, in dem er seinen Platz einnahm.<sup>17</sup>

Wie erwähnt, gab es im zweiten Kaiserreich nur wenige staatliche Organe für politische Angelegenheiten auf der Ebene des Reiches. Die oberste politische und militärische Instanz war der Kaiser. Nahm der Oberste Kriegsherr militärische Planungen ohne Einwände zur Kenntnis, dann war die Angelegenheit für den Generalstab erledigt. Eine formelle Zustimmung des Reichskanzlers war nicht erforderlich. Der Generalstabschef musste also nicht am Reichskanzler vorbei agieren oder ihn übergehen. In der hierarchischen Stellung über dem Generalstabschef agierte der Reichskanzler in seiner politischen Kompetenz auf gleicher Ebene. Ein Organ der Gesamtkriegführung gab es de facto (nicht aber als Institution) erst durch die Oberste Heeresleitung Hindenburg / Ludendorff ab 1916, quasi eine Militärdiktatur. Das Militär füllte eine Lücke, weil die „Politik“ ihrer Aufgabe nicht nachkam.

Alle negativen politischen Entwicklungen, die zwischen 1892 und 1912 die Lage des Reiches bestimmten, waren durch die Politik gesteuert worden. Der Generalstab konnte nur darauf reagieren. Er hielt sich in allen politischen Forderungen zurück, beispielsweise, durch politische oder diplomatische Maßnahmen die Zweifrontenlage zu beseitigen. Schlieffen genügte in überaus korrekter Weise der Pflicht zur Informationseinholung bei den Behörden des Auswärtigen Amtes, ebenso wie der Reichskanzler über die laufenden militärischen Planungen informiert wurde. Während einerseits die politische Tragweite militärischer Sachverhalte weder durch Schlieffen noch durch Moltke vernachlässigt wurde, sind Einwände der Politik gegen die militärischen Planungen nicht bekannt geworden.<sup>18</sup>

„...obwohl doch jedem politisch denkenden Kopf (klar sein musste), dass diese Neutralitätsverletzung England auf den Plan rufen musste“, mit diesem Zitat wollen wir nochmals zur angeblich fehlenden politischen Dimension in Schlieffens Denken zurückkommen.<sup>19</sup>

Natürlich musste der Operationsplan des deutschen Generalstabes politische Konsequenzen haben, denken wir z. B. an Österreichs Lage gegenüber Russland. Ab einer bestimmten Ebene werden militärstrategische Entscheidungen selbst zur Politik. Gerhard Ritter geht im Hauptpunkt seiner Kritik davon aus, dass eine Respektierung der belgischen Neutralität England aus dem Krieg gehalten hätte. Deswegen bevorzugt er auch einen deutschen Kriegsplan, bei dem an beiden Fronten eine militärstrategische Defensive eingenommen worden wäre.

Im bevorstehenden Konflikt wurde auf deutscher Seite von der sicheren Gegnerschaft Großbritanniens ausgegangen. Die politische Führung des Reiches teilte die militärische Lagebeurteilung uneingeschränkt. Können Ritter und andere Kritiker annehmen, dass Großbritannien bei einem europäischen Krieg, in dem Frankreich, Russland und Serbien ggfs. Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien gegenüberstehen würden, neutral bleiben würde? Seit dem Spanischen Erbfolgekrieg von 1701-1714 hat Großbritannien nur in seltenen Fällen bei Kriegen der kontinentalen Mächte nicht mit politischen bzw. militärischen Mitteln einge-

griffen. Die abgeschlossene Militärkonvention mit Frankreich verpflichtete England zur Unterstützung, der Abschluss einer Militärkonvention mit Russland wurde kurz vor Kriegsausbruch verhandelt. Der Einmarsch deutscher Verbände in Belgien erfolgte wie erwähnt am 4. August 1914, einen Tag nach der Kriegserklärung des Reiches an Frankreich. Schon am 2. August 1914 aber hatte England Frankreich die Versicherung zukommen lassen, mit der britischen Flotte alle Sicherungs- und Schutzmaßnahmen an der französischen Küste und am Kanal zu übernehmen, damit Frankreich seine Flotte im Mittelmeer konzentrieren konnte.

### MILITÄRISCHE BEWERTUNG / ABSCHLUSS

Der Ablauf der Operationen bis zur Marne zeigte, dass der deutsche Operationsplan durchaus gelingen konnte und nicht prinzipiell scheitern musste, sofern die ursprünglich vorgesehenen Stärken auf dem rechten Flügel beibehalten und – noch mehr – schwerwiegende Führungsfehler im Großen Hauptquartier vermieden worden wären.

Sofern man aufgrund der dargestellten Modifikationen noch vom „Schlieffenplan“ sprechen kann, dann zeigte jedoch die Schlacht an der Marne auf, dass er auf der operativen Ebene gescheitert war. Der Plan trug außerordentliche Risiken in sich. Der Handstreich Lüttich wurde erwähnt. Ein noch gravierenderes Risiko war der zeitliche Druck, das Schlagen des französischen Heeres innerhalb von etwa sechs Wochen vollenden zu müssen, um danach wesentliche Teile des deutschen Heeres an die Ostfront werfen zu können. Die Befürworter des Planes, wie Groener, führen zwar an, dass Schlieffen auf Friktionen eingestellt war. Wer aber konnte beispielsweise voraussehen, wie die französische Führung reagieren würde, wenn die Gefahr der Umfassung erkannt war? Der Zeitbedarf für entsprechende Reaktionen auf deutscher Seite war überhaupt nicht abzusehen. Insofern muss man ein gewisses „mechanistisches“ Denken im Schlieffenplan feststellen. Wie würde sich die Lage im Osten vom Zeitablauf her entwickeln? Als die konkrete Lage eine Aufgabe des Raumes bis zur Weichsel unvermeidbar erscheinen ließ, zeigte sich, dass dies aus psychologischen Gründen nicht möglich war. Neben der

Leistung der deutschen Truppen im Osten ist die Niederlage der beiden russischen Armeen vor allem auf unbegreifliche Führungsfehler der russischen Oberkommandos zurückzuführen.

Umgekehrt lautet eine andere Frage: Wie hätte sich die politische und militärische Lage nach dem Ausschalten des französischen Heeres dargestellt? War danach von einem Ausscheiden Frankreichs aus dem Krieg sicher auszugehen? In welchem Umfange hätten deutsche Kräfte im Westen verbleiben müssen? Wäre es zu einer vergleichbaren Lage wie nach dem Waffenstillstand Deutschland-Frankreich 1940 gekommen?

Eingangs wurde darauf hingewiesen, dass selbst nach dem gescheiterten Schlieffenplan die deutschen Armeen tief in französischem und belgischem Territorium standen. Durch den deutsch-österreichischen Durchbruchangriff 1915 bei Tarnow-Gorlice und einem Raumgewinn von mehreren hundert Kilometern nach Osten, konnte auch die Gefahr für die Ostfront auf absehbare Zeit als gebannt angesehen werden. Um den fatalen Neutralitätsbruch zu vermeiden, so eine Forderung Gerhard Ritters, hätte das Reich auf die Absicht eines „vollen Sieges“ an beiden Fronten verzichten sollen. Dabei waren bei einer strategischen Defensive vor allem im Osten Offensivstöße auf der operativen Ebene nicht auszuschließen.<sup>20</sup> Konnte das Reich bei einer solchen Strategie davon ausgehen, durch die Aussichtslosigkeit eines „Siegfriedens“ für die Alliierten auf einen Kompromissfrieden zu hoffen? Mit den Raumgewinnen im Osten 1915 und dem Scheitern alliierter Angriffe an der Westfront hatte sich ein operatives Patt abgezeichnet, das auch künftig dazu führen musste, dass frontale Durchbruchversuche von Massenheeren erfolglos bleiben würden. Solche Massenangriffe scheiterten bei Verdun und an der Somme 1916 sowie bei Passchendaele in Flandern durch die Engländer 1917. Dennoch blieben alle Versuche zu einem verhandelten Frieden erfolglos, unabhängig davon, von wem der Vorschlag dazu ausging. Die Alliierten setzten auf die Blockade, die schließlich einen „Sieg“ nach den eigenen Absichten sicherstellen sollte. Nur Russland war unter besonderen Umständen 1918 zum Frieden von Brest-Litowsk bereit.

Versuchen wir eine Zusammenfassung: Wenn, wie Echevarria meint, die Politik den deutschen Generalstab vor eine unlösbare Aufgabe stellte, der Schlieffenplan keine Lösung des Zweifrontenproblems war, und die Austragung eines längeren Konflikts in der Hoffnung auf einen Kompromissfrieden für das Kaiserreich aussichtslos sein musste, welche Alternative, aus nachträglicher Sicht, hätte sich ergeben? Michael Stürmer schreibt: „Der Plan war ein Kind der Verzweiflung. Für die Wilhelmstraße hätte sie ein Alarmsignal sein müssen ... die Verständigung mit dem Westen oder Osten zu suchen, um fast jeden Preis.“<sup>21</sup> Da eine Verständigung mit Frankreich wohl auszuschließen war, hätte sie mit Russland gesucht werden müssen. „Jeder Preis“ bedeutete dabei die Aufgabe Österreichs. Wer wäre dazu bereit gewesen?

---

**|| KLAUS-ULRICH HAMMEL**

Oberst a.D., Generalstabsoffizier, Verfasser zahlreicher militärgeschichtlicher Schriften und Studien

---

**ANMERKUNGEN**

- <sup>1</sup> Clark, Christopher: Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers, München 2009, hier die Kap. 2 und 8. Bestimmte Kompetenzabgrenzungen oder Überlappungen in den Zuständigkeiten zum preußischen Kriegsminister bzw. zu den Kriegsministern Sachsens, Württembergs und Bayerns, die sozusagen eigene Kontingente zur „Reichsarmee“ stellten, werden an dieser Stelle vernachlässigt.
- <sup>2</sup> Siehe die Ausführungen dazu in: Reichsarchiv (Bearbeiter), Der Weltkrieg 1914 bis 1918, 14 Bände, Bd. 1: Die Grenzschlachten im Westen, Berlin 1925, S. 3 f.
- <sup>3</sup> Echevarria II, Antulio J.: After Clausewitz. German Military Thinkers before the Great War, Lawrence / Kansas (USA) 2009, S. 183.
- <sup>4</sup> Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, 3 Bände, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, hier insbesondere das Kap. V/1, S. 630-652.
- <sup>5</sup> Ferguson, Niall: The Pity of War, London 1998, S. 34.
- <sup>6</sup> Stürmer, Michael: Das ruhelose Reich, Berlin 1983, S. 325.
- <sup>7</sup> Ferguson: The Pity of War, S. 68.
- <sup>8</sup> Die Ausführungen über die politischen und militärstrategischen Rahmenbedingungen sowie über die danach folgenden Grundprinzipien des Schlieffenplans stützen sich auf außer den bereits angeführten Ausarbeitungen des Reichsarchivs, von Echevarria und Ferguson auf die folgende Literatur: Dupuy, Trevor N.: Der Genius des Krieges. Das deutsche Heer und der Generalstab 1807-1945, Graz 2009; Groener, Wilhelm: Das Testament des Grafen Schlieffen, Berlin 1927; von Kuhl, Hermann: Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges, Berlin 1920; Ritter, Gerhard: Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos, München 1956; Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des Militarismus in Deutschland, 4 Bände, Bd. 2: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890-1914), München, 2. Aufl., 1965; Tuchman, Barbara W.: August 1914, Stuttgart-Hamburg o. J.; Uhle-Wettler, Franz: Höhe- und Wendepunkte deutscher Militärgeschichte, Kapitel: Tannenberg 1914 und die Bewährung des Heeres der Kaiserzeit, Graz, 3. Aufl., 2006; Uhle-Wettler, Franz: Erich Ludendorff in seiner Zeit, Berg / Starnberger See, 2. Aufl., 1996; Wallach, Jehuda L.: Das Dogma der Vernichtungsschlacht, ungekürzte Taschenbuchausgabe, München 1970.
- <sup>9</sup> Ritter: Der Schlieffenplan, S. 72 ff. sowie S. 174-180.
- <sup>10</sup> Clark behandelt darüber hinaus das deutsche diplomatische Verhalten, in der konkreten Situation vor dem Einmarsch Belgiens ein Ultimatum zu stellen. Er bezeichnet es als eine Katastrophe, da das Ultimatum den Grund für eine propagandistisch aufgemachte Ablehnung gab. Clark, Christopher: Die Schlafwandler, München 2013, S. 699-705.
- <sup>11</sup> Von Kuhl: Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges, S. 177-181.
- <sup>12</sup> Dazu Tuchman: August 1914, S. 352 f.; Groener bewertet den Gegenangriff der 6. dt. Armee als „Extratour in Lothringen“, S. 35-54; weiter Haffner, Sebastian / Venohr, Wolfgang: Das Wunder an der Marne, Bergisch-Gladbach 1982, S. 79-83.
- <sup>13</sup> Ich stütze mich hier stark auf die Bewertungen, die Uhle-Wettler in „Tannenberg“ und „Ludendorff“ vornimmt bzw. auf Dupuy: Der Genius des Krieges, S. 189-195.
- <sup>14</sup> Ferguson: The Pity of War, Kapitel „Britain’s War of Illusion“, S. 56-68 bzw. „Why Britain fought“, S. 156-168.
- <sup>15</sup> Clark: Die Schlafwandler, S. 631 f. Zur Schilderung der Bedeutung der belgischen Neutralität für bestimmte politische Autoritäten.
- <sup>16</sup> Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 3, S. 157.
- <sup>17</sup> Dupuy: Der Genius des Krieges, S. 190 f.
- <sup>18</sup> Siehe hierzu Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 2, S. 240 f.
- <sup>19</sup> Mit diesem Zitat kommentiert Uhle-Wettler (s. „Ludendorff“, S. 85 und 427, Fn. 19) eine völlig unsachliche Bewertung des ehem. Amtschefs des MGFA, General Günther Roth.
- <sup>20</sup> Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 2, S. 252.
- <sup>21</sup> Stürmer: Das ruhelose Reich, S. 330.

# DER GLAUBE AN DEN FORTSCHRITT IM 20. JAHRHUNDERT

**HANS-MARTIN SCHÖNHERR-MANN** || Das Fortschrittsverständnis der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist romantisch geprägt. Der Krieg wird als Motor des Fortschritts begriffen. Das zieht sich durch alle politischen und religiösen Lager hindurch. Erst gegen Ende des Jahrhunderts findet ein Wandel statt, der sich auch einem veränderten Emanzipationsverständnis verdankt. Seither geht es um die Emanzipation von bestimmten Gruppen, nicht mehr um die Emanzipation der Menschheit.

„Gibt es ... im Laufe der Geschichte eine wahrhaft dauernde Erhöhung des moralischen Status und eine Steigerung der Innigkeit und Tiefe in der Einigung der Menschheit, so sind nicht der Weltfriede, sondern der Krieg und die kumulierten, aus seinen Traditionen und tiefen Erinnerungen fließenden moralischen Dauereffekte in der menschlichen Seele die konstruktive Auslösekraft für diese Erhöhung und Einigung“<sup>1</sup>, schreibt Max Scheler 1917. Wiewohl diese Bemerkung zu diesem Zeitpunkt ziemlich absurd anmutet, entspricht das nicht nur dem Geist der Zeit.

Schon am 15. Dezember des ersten Kriegsjahres bedauert Georg Simmel gegenüber Edmund Husserl die eigene Unwichtigkeit für den Krieg: „Doch habe ich das Gefühl, dass wer weder selbst hinausgeht noch ein Kind hinausschickt, die Weihe nicht empfangen hat – als wäre er nicht würdig befunden, am Opfer teilzunehmen.“<sup>2</sup>

Husserl hatte diese Ehre. Sein Sohn Wolfgang stirbt mit 21 Jahren an der Front, ebenfalls viele von Husserls Studenten. Sein Sohn Gerhart wird verwundet. Husserl spricht vom „Ausbruch des Welthasses“, von der „Sintflut der Verleumdung und all die Orgien der kriegerischen Entmenschung“.

## **DER KRIEG ALS MOTOR DES FORTSCHRITTS**

Nicht nur dass solches Denken, das den Fortschritt mit dem Krieg verbindet, längst nicht nur Scheler und Simmel beseelt. Seine Herkunft stammt auch weniger von Francis Bacon, der das moderne Fortschrittsverständnis nachhaltig geprägt hat, wenn er den humanen Fortschritt aus dem technischen ableitet, somit das baconsche Ideal konzipiert, wie es Hans Jonas bezeichnet.

Dieses kriegerische Fortschrittsmodell verdankt sich auch nicht der Aufklärung. Die Aufklärer waren im 18. Jahrhundert eher der Auffassung, dass die Welt durch Vernunft humaner würde, was man auch daran absehen könne, dass die damaligen Kriege im Vergleich zum Dreißigjährigen Krieg vergleichsweise glimpflich abliefen.

Nein, dieses Modell, das das Fortschrittsdenken des 20. Jahrhunderts primär bestimmt, entsteht um 1800 herum im Übergang der Aufklärung in die Romantik hinein. Nicht nur bei Kant, Fichte oder Hegel schreitet die Weltgeschichte dadurch voran, dass militärisch starke Völker andere unterwerfen. So avanciert Napoleon für Hegel zum welthistorischen Individuum, das allerdings hinterrücks die Vernunft und das Bewusstsein der Freiheit verfolgen – schreitet

auch bei Kant schon die Geschichte vermittelt von Gegensätzen voran, genauer durch die ungesellige Geselligkeit des Menschen, die damit auch den Krieg als Motor des Fortschritts impliziert.

So avanciert der Krieg bei Wilhelm von Humboldt zu einem wesentlichen Mittel für die Moralität wie die Bildung, wenn er den Krieg zu einer „der heilsamsten Erscheinungen zur Bildung des Menschengeschlechts“ erklärt.<sup>3</sup> Und bei Schiller erläutert der Chor in der „Braut von Messina“: „Schön ist der Friede! / Aber der Krieg hat auch seine Ehre, / der Beweger des Menschengeschlechts / ... / Denn der Mensch verkümmert im Frieden ...“.<sup>4</sup>

Um dem Alltag zu entrinnen, bietet sich auch für Friedrich von Hardenberg (Novalis) ein spannender und selbstredend poetisch schöner Krieg an – man denke an Marinettis futuristisches Manifest. So schreibt Novalis: „Der Krieg überhaupt scheint mir eine poetische Wirkung. Die Leute glauben, sich für irgendeinen armseiligen Besitz schlagen zu müssen, und merken nicht, dass sie der romantische Geist aufregt, um die unnützen Schlechtigkeiten durch sich selbst zu vernichten.“<sup>5</sup>

Was Kant, Fichte, Hegel und die Romantiker vorbereiten, vollendet nicht allein Marx. Auch jene Demokraten, die für die Einheit und Freiheit ihrer Völker kämpfen, bedienen sich der Gewalt, indem sie sich wie Giuseppe Mazzini verschiedentlich an der 1848er-Revolution beteiligen. Er bemerkt denn auch im Sinn eines notwendigen Fortschritts ähnlich wie Marx, dass sich der Wandel nicht mehr aufhalten lässt, wenn eine Epoche für ihn reif ist. So verzichtet dabei kaum jemand von vornherein auf Gewalt, ohne die der Fortschritt doch nicht so richtig voranschreitet.

In gewisser Hinsicht unterscheidet sich Marx von seinen romantischen Wegbereitern, verhilft bei diesen der Krieg letztlich der Vernunft zum Durchbruch, bei Mazzini dem Nationalstaat, der für Hegel ebenfalls die Vernunft realisiert. Davon hallt zwar auch bei Marx noch etwas nach, treiben die Produktivkräfte den Fortschritt an, die sich auf den wissenschaftlichen stützen.

Trotzdem spielen bei Marx die Macht und die Gewalt bereits eine eigendynamisch treibende Kraft, womit er Nietzsches Idee des Willens

zur Macht antizipiert. Denn die proletarische Revolution wird kommen, und zwar nicht, weil die Proletarier die Armen und Guten wären, sondern weil sie die Mächtigen sind, die die Produktionsmittel bedienen.

Zudem scheint später manchen Marxisten auf den Fortschritt der Produktivkräfte kein allzu großer Verlass angebracht: Rosa Luxemburg – und damit sind wir schon im 20. Jahrhundert – lehnt den Reformismus der Sozialdemokratie ab, weil deren Reformen unter demokratischen Umständen jederzeit wieder zurückgenommen werden können. Erst die Revolution und die Diktatur des Proletariats würden das nachhaltig verhindern und das Rad der Geschichte unabdingbar weiterdrehen. Mit dem Mittel des Krieges muss dem Fortschritt auf die Sprünge geholfen werden, weil die Vernunft doch zu schwach ist.

#### **DER WILLE ZUR MACHT ALS TRIEBFEDER DES FORTSCHRITTS**

Dann muss man sich über die Kriegsbegeisterung im frühen 20. Jahrhundert nicht wundern, nicht mal darüber, dass diese hintergründig bestehen bleibt, obwohl der Erste Weltkrieg die Schrecken des Krieges in brutalster Weise vor Augen führte. Denn ein anderes Mittel, den Fortschritt zu befeuern, sahen sehr viele nicht. Im Gegensatz zu den Aufklärern beseelt für gewisse nationalistisch Orientierte im frühen 20. Jahrhundert die Technik keinen Wissens-, sondern einen Machttraum – also der langsame Übergang von Hegels Fortschritt der Vernunft zum Willen zur Macht Nietzsches, was sich ja bei Marx schon andeutet.

So kritisiert Oswald Spengler 1931 in seiner Schrift „Der Mensch und die Technik“ zwar folgendermaßen: „Mit dem Rationalismus endlich wird der ‚Glaube an die Technik‘ fast zu einer materialistischen Religion: Die Technik ist ewig und unvergänglich wie Gott Vater, sie erlöst die Menschheit wie der Sohn; sie erleuchtet uns wie der heilige Geist. Und ihr Anbeter ist der Fortschrittsphilister der Neuzeit von La Mettrie bis Lenin.“<sup>6</sup> Aber das stärkt die Herrschaft des Menschen über die Welt eher, als dass es sie schwächt. Spengler sieht diese Herrschaft nicht als solche als Problem, sondern deren Missbrauch durch Rationalisten, die mit der Technik

Humanität und Gleichheit befördern wollen, während für Spengler sich durch die Technik ein Machtwillen stärkt, der um seiner selbst willen Politik und Gesellschaft bestimmt.

Zwar gibt es auch einen Hang bei Ernst Jünger, dem technischen Fortschritt, damit dem Alltag, in den Krieg hinein zu entfliehen. „In Stahlgewittern“ heißt es: „Sie hatten den mehr oder weniger bürgerlichen Alltag verlassen und waren in den kurzen Ausbildungswochen zu einem großen, begeisterten Körper zusammengeschmolzen. Aufgewachsen in einem Zeitalter der Sicherheit, fühlten wir alle die Sehnsucht nach dem Ungewöhnlichen, nach der großen Gefahr. ...“<sup>7</sup> Und gleichzeitig taucht das Argument Schelers wieder auf, das eigentlich auf Rousseau zurückgreift. In der Schrift „Das Wäldchen 125“ liest man: „Hier gibt der Krieg, der sonst so vieles nimmt: er erzieht zu männlicher Gemeinschaft und stellt Werte wieder an den rechten Platz, die halb vergessen waren.“<sup>8</sup> Und in „Feuer und Blut“ zieht Jünger die entsprechende Konsequenz, die den Krieg weniger als Fortschritt der Kulturentwicklung begreift, sondern als Fortschritt der Naturentwicklung, auf den sich auch Gobineau längst berufen hatte. Der wahre technische Fortschritt kehrt im Krieg rousseauianisch zur Natur zurück, somit zum wahren Leben.

Der technische Fortschritt als kriegerischer erhält seinen natürlichen Sinn zurück, der allerdings anders als bei Rousseau in Mord, Überwältigen und Beherrschen liegt, also im Patriarchat. So wollte Adolf Hitler mit modernsten technischen Mitteln, nämlich damals mit dem gemeinsamen Einsatz von geballten Verbänden von Sturzkampfbombern und Panzern, die sich des UKW-Funks bedienen konnten, zurück in eine Blut-und-Boden-Idylle von Wehrbauern. Sie ebneten indes – so Friedrich Kittler – damit der Pop-Musik den Weg, die es ohne UKW nicht gegeben hätte:<sup>9</sup>

Aber Spaß beiseite. Nach Jüngers Buch „Der Arbeiter“ aus dem Jahr 1932 ebnet die Technik vor allem der staatlichen Großorganisation den Weg, womit er in die Hegel-Marxsche-Perspektive einkehrt, dass letztlich der Staat die höchste Form des Zusammenlebens darstellt. Dabei verlässt er allerdings den Baconschen Traum, an dem Hegel und Marx noch festhalten, nämlich

dass die Technik zur Humanität führt. Die Technik beherrscht die Erde stattdessen total und integriert darin auch den Menschen, nämlich in Gestalt des Arbeiters, der die gesamte Welt total mobil macht, also in den Krieg reißt, der aber keine schlechten Effekte hat, vielmehr zerstört er nur die wertelose, liberale Welt des Bürgers, also von Nietzsches letztem Menschen. Zwischen Arbeiter und Technik kommt es zu einer produktiven Symbiose, was den Weg zu neuen Imperien eröffnet. Der technische Raum tritt an die Stelle des geographischen.

Ganz so optimistisch ist der etwas jüngere Arnold Gehlen nicht. Trotzdem kann man bei ihm ein Fortschritts- und Entwicklungsmodell diagnostizieren, das nicht an das baconsche Ideal anschließt. Vielmehr bemerkt Gehlen, dass „die Technik seit ihren Anfängen triebhafte, unbewusste, vitale Bestimmungsgründe hat: Die konstitutionell menschlichen Merkmale des Handlungskreises und des Entlastungsprinzips stehen als Determinanten hinter der gesamten technischen Entwicklung.“<sup>10</sup> Der Mensch, so Gehlen, ist ein Mängelwesen, das seine Umwelt und vor allem sich selbst technisch zu beherrschen habe. So entlastet der technische Fortschritt den Menschen einerseits. Andererseits muss er auch entsprechend erzogen werden, spricht Gehlen vom Zuchtwesen Mensch.

Allerdings steht für Gehlen die Selbsterhaltung als Volk und Nation im Vordergrund. Selbsterhaltung heißt für ihn in seinem Buch „Moral und Hypermoral“ (1969) dabei aber nicht allein, dass ein Volk die Macht entfalten kann, sich physische Sicherheit im strategischen, auch geopolitischen Sinn zu verschaffen. Dazu gehört vielmehr auch ein geistiges Selbstverständnis, dass sich eine Nation gegenüber anderen zu sich selbst bekennt. Selbsterhaltung verlangt von einem Staat und einem Volk, dass sie sich gegenüber moralischen Angriffen zur Wehr zu setzen verstehen – eine Kritik an der damals langsam einsetzenden Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit.

Gegenüber der romantischen Vorstellung, dass man den notwendigen Prozess der Geschichte durch Gewalt beschleunigen kann, verzichten Jünger und Gehlen indes auf diese notwendige Perspektive. Trotzdem erweist sich ein gewaltsamer Eingriff deshalb als möglich,

da Fichte, Hegel, Marx und Gehlen davon ausgehen, dass die Kulturentwicklung von großen menschlichen Gemeinschaften bestimmt wird, nicht vom Individuum, das sich ersteren vielmehr unterordnen muss. So vereint der gewaltsame Eingriff im Dienst der historischen Abläufe die heterogene Gesellschaft zu einer koordinierten Gemeinschaft.

### **DIE SICH VERSELBSTÄNDIGENDE GEWALT ALS SELBSTZWECK**

Auch auf der linken Seite des politischen Spektrums wird im 20. Jahrhundert der Krieg noch lange als der Motor des Fortschritts gefeiert. So schreibt Lenin 1917: „Die Diktatur des Proletariats aber, d. h. die Organisation der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. ... die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten ... müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muss mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, dass es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.“<sup>11</sup>

Artete die große sozialistische Revolution schon in Russland in einen jahrelangen Bürgerkrieg aus, so entwickelt Mao Tse-Tung daraus gar eine Tugend, nämlich eine Theorie des Guerrilla-Krieges, die im berühmten Satz gipfelt, dass die Macht aus den Gewehrläufen komme. Das klingt wie Hohn angesichts des jahrzehntelangen chinesischen Bürgerkrieges, deutet aber just durch diesen Subtext an, dass das romantische Fortschrittsdenken, das sich des Krieges bediente, längst in eine Krise geraten war.

Hatte sich Marx die Revolution des Proletariats gegen die Bourgeoisie noch als einen kurzen gewaltsamen Akt vorgestellt, da schließlich 99 Prozent gegen das eine Prozent aufstehen würden, so wollten Revolutionäre wie Lenin und Mao aber nicht darauf warten, dass sich die historischen Bedingungen für eine solche Revolution erfüllten. Anstatt eines Aufstands der Arbeiter führten sie einen Aufstand der Bauern an, der seine diversen Feinde in Jahre bis Jahrzehnte langen Kriegen mühsam niederkämpfen musste, verbunden mit einer unglaublichen Zahl von Opfern, einem ungeheuren Ausmaß

an Zerstörungen und einer brutalen Verrohung der Überlebenden.

Zwar feiert der existentialistische Sartre die Freiheit des Individuums, das sich auch gegen den übelsten Terrorherrscher aufzulehnen vermag. Historisch hatte er auch sicher Recht, sich später auf die Seite der FLN zu stellen. Doch im nachhallenden romantischen Geist der Zeit schwärmt er vom antikolonialistischen Kampf als schöpferischer Tätigkeit. Er schreibt 1961: „Diese ununterdrückbare Gewalt ist, wie er ‚Fanon‘ nachweist, kein absurdes Unwetter, auch nicht das Wiederaufleben wilder Instinkte, ja nicht einmal die Wirkung eines Ressentiments: sie ist nichts weiter als der sich neu schaffende Mensch.“<sup>12</sup>

### **DIE GEWALT IM DIENST DES FORTSCHRITTS ZUM GUTEN**

Auf konservativer, religiöser oder traditionalistischer Seite entwickelt sich dagegen zunächst eine pessimistische Einstellung gegenüber dem historischen Fortschritt, wie sich ihn Liberalismus oder Sozialismus vorstellen. Eric Voegelin entwirft gegen Ende jenes Zeitalters, das unter dem Signum der Geschichtsphilosophie stand, noch einmal eine gegen Liberalismus und Totalitarismus gerichtete Geschichtsphilosophie. Er begreift die antike und christliche Tradition von Platon, Aristoteles, über Augustin bis hin zu Thomas von Aquin als ein adäquates Verständnis von Mensch, Welt und Gott. Dessen Niedergang beginnt nicht etwa – wie man vor schnell meinen könnte – mit der Aufklärung, sondern mit dem Protestantismus.

In Letzterem wie auch im Liberalismus der Aufklärung erkennt Voegelin eine Wiederkehr der antiken Gnosis, die die Kirchenväter erfolgreich bekämpften. Nicht Gott ist der Schöpfer der Welt, sondern böse Mächte, Archonten oder Demiurgen genannt. Auch den Menschen haben sie geschaffen, um einen Funken des göttlichen fernen Lichts einzufangen, der sich auf die Erde verirrt hatte. Im gnostischen Sinn muss man sich ganz dem fernen Gott hingeben, während man mit den Menschen und der Welt beliebig umspringen kann – eine Konstruktion, die im asketischen Protestantismus wiederkehrt, in den Liberalismus führt, den Voegelin als Wegbereiter des Totalitarismus begreift.

Diese Strömungen verdrängen nicht nur den liebenden Gott und heiligen Geist, der hintergründig die Welt lenkt. Sie stellen auch den Menschen zur Disposition und wollen ihn verändern. Voegelin konstatiert: „Ein Ding kann seine Natur nicht verändern; wer versucht, seine Natur zu ‚ändern‘, zerstört das Ding. Der Mensch kann sich nicht zum Übermenschen wandeln; der Versuch, den Übermenschen zu schaffen, ist der Versuch, den Menschen zu ermorden. Auf den Gottesmord folgt im geschichtliche Prozess nicht der Übermensch, sondern der Menschenmord – auf das *deicidium* der gnostischen Theoretiker das *homicidium* der revolutionären Praktiker.“<sup>13</sup>

Daher stellt der Übergang vom Liberalismus zum Kommunismus eine beinahe notwendige Entwicklung dar – das negativ gewendete Marxsche Fortschrittsmodell. Voegelin kritisiert die Entwicklungen der modernen Gesellschaft, speziell auch die Medien, die die Welt in ein gnostisches Licht tauchen. Er schreibt 1951 – also während des Koreakrieges: „Gnostische Gesellschaften und ihre Führer erkennen zwar Gefahren, wenn sie ihre Existenz bedrohen, aber sie begegnen ihnen nicht durch adäquate Maßnahmen in der Welt der Wirklichkeit. Vielmehr tritt man diesen Gefahren durch magische Operationen in der Traumwelt entgegen, wie Missbilligung, Zurückweisung, moralische Verurteilung, Deklarationen von Grundsätzen, Resolutionen, Appelle an die Meinung der Menschheit, Brandmarkung von Feinden als Aggressoren, Ächtung des Krieges, Propaganda für Weltfrieden und Weltregierung etc. Die geistige und sittliche Korruption, die sich in dem Aggregat solcher magischer Operationen ausdrückt, kann eine Gesellschaft mit der unheimlichen, geisterhaften Atmosphäre eines Irrenhauses durchdringen, wie wir es zu unserer Zeit in der Krise des Westens erleben.“<sup>14</sup>

Heißt Fortschritt für Voegelin somit eher Depravation wie für Rousseau, also letztlich Rückschritt? Jedenfalls wird die richtige rationale Einsicht in die Welt, die für Voegelin in den Lehren von Platon bis Thomas von Aquin kulminiert, von den diversen gnostischen Strömungen unterdrückt, mehr allerdings auch nicht. Die Wahrheit bleibt letztlich doch unantastbar. Letztlich wird der gnostische Fortschritt

durch den christlichen überwunden, setzt sich die christliche Botschaft durch, die sich sinnvollerweise auch auf die Gewalt stützt.

Eine vergleichbare Perspektive nimmt auch Leo Strauss ein. So wenig wie der Mensch verändern sich die ethischen Orientierungen. Strauss schreibt 1952 – also ebenfalls während des Koreakrieges: „Es ist für Aristoteles wie für Moses offensichtlich, dass Mord, Diebstahl, Ehebruch etc. unbedingt schlecht sind. Griechische Philosophie und die Bibel stimmen insoweit überein, dass der richtige Rahmen der Moral die patriarchalische Familie ist, die monogam ist oder dazu tendiert und die die Zelle der Gesellschaft formt, in der die freien erwachsenen Männer, und besonders die alten, vorherrschen.“<sup>15</sup> Wer also ethische Werte verändert, beispielsweise die Homo-Ehe legalisiert, der verändert den Menschen. Für Strauss gibt es eine richtige Vorstellung vom guten Leben, die von Platon bis Thomas von Aquin vertreten wird und die der zeitgenössische Liberalismus beginnt aufzulassen, wenn deren Vertreter den Menschen nicht mehr als Geschöpf Gottes verstehen.

Wenn andere gar versuchen, eine andere Vorstellung vom Guten, also das Schlechte, durchzusetzen, dann muss man die richtige Vorstellung vom Guten auch offensiv vertreten, zur Not auch mit Gewalt, für die aber dann die anderen verantwortlich zeichnen. 1953, als sich der Koreakrieg seinem Ende nähert, verteidigt Leo Strauss implizit den Atombombenabwurf über Hiroshima und Nagasaki mit Aristoteles, den er folgendermaßen interpretiert: „Eine wohlgesittete Gemeinschaft wird nicht in den Krieg ziehen, es sei denn, es handele sich um eine gerechte Sache. Was sie aber während eines Krieges tun wird, das hängt bis zu einem gewissen Grad von dem ab, was ihr der Feind – möglicherweise ein absolut gewissenloser und barbarischer Feind – zu tun aufzwingt.“<sup>16</sup>

Verbirgt sich darin ein Fortschrittsverständnis oder verabschieden Voegelin und Strauss nicht eher das der Aufklärung? Sie lehnen beide ein Fortschrittsverständnis ab, das die Humanität aus einer säkularen Moral heraus zu bestimmen versucht. Aber selbst die Aufklärung verlängert nicht nur die christliche Eschatologie, sondern auch jene mittelalterlichen Vorstellungen

vom kommenden Reich des heiligen Geistes, auf das noch Heinrich Heine, wiewohl erotisch und ironisch verklärt, zurückgreift. Während Marx einen Fortschrittsautomatismus unterstellt, der sich in letzter Konsequenz dem technischen Fortschritt verdankt, und während man am rechten Rand, bei Jünger oder bei Gehlen, den Fortschritt auf die gewaltsame Disziplinierung stützt, der sich dadurch kraftvoll nach eigenen Vorstellungen gestalten lässt, so insistieren traditionalistische Vorstellungen darauf, dass man die Welt nicht willkürlich gestalten kann. Vielmehr gelingt eine nachhaltige Gestaltung nur, wenn man dabei die richtigen Vorstellungen vom Guten durchzusetzen versucht.

So kritisiert denn auch Leo Strauss bereits in den frühen dreißiger Jahren Carl Schmitts Schrift „Der Begriff des Politischen“. Dass der Souverän als derjenige, der über den Ausnahmezustand befindet, nach Schmitt darüber entscheidet, wer als öffentlicher Feind zu gelten hat, verharret für Strauss noch im Horizont des Liberalismus, der mit seiner rationalen Methode keine letzten Gründe angeben kann. In diesem Sinn interpretiert Strauss auch den Schmittschen Dezisionismus: Weil man keine letzten rationalen Gründe hat, weil in der Politik doch nur die Macht zählt, erweist sich die Feindbestimmung als willkürlich, während Strauss im Rückgriff auf Moses, Platon und Paulus um das wahre Gute als letzten Grund weiß. Verliert sich bei Schmitt ein Fortschritt im Willkürlichen souveräner Entscheidungen, somit der Gewalt als Selbstzweck wie bei Jünger und Gehlen bzw. damit noch in der rassischen Identität zwischen Führer und Gefolgschaft, so entwirft Strauss den Fortschritt aus der ethisch religiösen Geschichte hinaus.

Die christlich inspirierte große Idee des Guten bedient sich ebenfalls der Gewalt, um einen ethischen Fortschritt zu befördern. Es verwundert folglich nicht, wenn es nach Montesquieu auch zu viel des Guten geben kann und nach Nietzsche sich das Gute dem Bösen verdankt.

### **DER MORALISCHE FORTSCHRITT JENSEITS DES TECHNISCHEN**

Das zeigt sich auch in ähnlicher Weise vor dem Hintergrund der Ökologisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als Weg-

bereiter darf man Henri Bergson und dessen Schüler Gabriel Marcel bezeichnen. Bergson kritisiert 1932 die Entwicklung von Technik, Ökonomie und Konsum. Der technische Körper ist zu groß geworden für die Seele, die mit ihm nicht Schritt halten konnte. Dem verdanken sich die ständigen sozialen Krisen wie die Orientierungslosigkeit der Menschen. Nicht nur plädiert Bergson – wie später ein ökologischer Nachfahre, nämlich Ivan Illich – für die Rückkehr zum einfachen Leben, vor allem für die Abkehr vom Konsum und von der Sexualisierung. Die Seele müsste nur wieder entfesselt werden, stellt sie doch den innersten Kern von Bergsons Grundprinzip dar, nämlich dem „Élan vital“ als einer sowohl biologischen als auch spirituellen Triebfeder allen Lebens. So schreibt Bergson: „Das materielle Hindernis ist beinahe gefallen. Morgen wird der Weg frei sein, gerade in der Richtung des Wehens, das das Leben bis zu dem Punkt geführt hatte, an dem es stehen bleiben musste. Dann mag der Ruf des Heros kommen: wir werden nicht alle ihm folgen, aber wir werden alle fühlen, dass wir es tun sollten, und wir werden den Weg kennen, den wir erweitern werden, wenn wir ihn betreten.“<sup>17</sup> Der historische Fortschritt soll am Ende nicht die Menschen verändern, sondern die Welt moralischer gestalten. Während Strauss dabei doch lieber den Politikern vertraut, hofft Bergson auf die Ankunft eines mystischen Genies, das einem Prinzip dient, dem sich alle unterordnen sollen.

Ähnlich diesseitsorientiert zeigt sich auch Bergsons Schüler, der katholische Existentialist Gabriel Marcel. Die Technik entfremdet den Menschen von seinen höheren Werten, Reflexionen und Orientierungen und führt zu einer seelenlosen Welt. Angesichts des Verfalls moralischer Werte, der natürlich besonders von Faschismus und Kommunismus beschleunigt wird, insistiert Marcel auf den traditionellen christlichen Werten. Doch er erneuert nicht einfach deren religiös-metaphysische Begründung. Vielmehr verknüpft er die traditionellen Werte mit der leibhaftigen Existenz und der schöpferischen Teilhabe am Sein, also mit der konkreten Situation des Menschen. Mit Bergson und Marcel tritt der Begriff des Lebens auch in das Blickfeld einer religiös inspirierten Philosophie.

Just damit wird das Fortschrittsdenken indes nicht abgelöst, sondern fortgeschrieben. Denn es ist Marcel auch ernst mit dem Leben, ist das Leben weder ein Spiel noch ein Theater, wie es aus anderen existentialistischen Blickwinkeln erscheinen mag. Marcel schreibt 1935: „Das Wort ‚entfremden‘ gibt genau das wieder, was ich sagen will. ‚Ich bin nicht im Theater‘, – diese Worte werde ich mir jeden Tag wiederholen. Eine geistige Urgegebenheit. Die wechselseitige Verbundenheit der geistigen Schicksale, der Heilsplan: das ist für mich das Sublime und Einzigartige im Katholizismus.“<sup>18</sup>

Woher schöpft der Mensch indes die Kraft, um dem Wertezerfall zu entgehen? Das Lebendige findet sich nicht im technischen Fortschritt. Schöpferische Kraft siedelt dort, wo man durch Reflexion und Intuition versucht, den Rationalismus in Richtung auf eine Teilhabe am Ganzen des Seins hin zu überschreiten. Eine baldige Überwindung des technischen Rationalismus erscheint nicht absehbar. Nur durch Treue und Dienst in der Liebe, der Hoffnung und im Glauben lässt sich die fatale menschliche Geschichte aus ihrer rationalistischen Sinnlosigkeit transzendieren. Nur ein Leben – so Marcel –, das von Gott gestiftet ist und ihm treu bleibt, erweist sich als eine sinnerfüllte Geschichte.

Derart kann man die Lebensphilosophie der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch als Wegbereitung der späteren Ökologisierung betrachten – und zwar durchaus in geschichtsphilosophischer Perspektive. Zwar vertreten zahlreiche spätere ökologische Denker die Auffassung, dass man das Leben wieder vereinfachen muss und dass man von dem Pfad der technologischen Kulturentwicklung abzuweichen habe. Doch nicht nur, dass die Mehrheit versucht, Technik, Ökonomie und Umweltschutz zu verbinden. Sie hält damit vielmehr am Fortschrittsdenken fest, das jetzt nicht nur die Menschenwelt, sondern auch die Natur in ihr Blickfeld nimmt und zum Gegenstand ihrer Sorge und der Rationalisierung macht.

Hans Jonas ist sicherlich nicht der einzige Vertreter unter den Ökologen, den man derart einem Fortschrittsdenken zuordnen kann, wie es sich im 20. Jahrhundert entwickelte, das nicht mehr von einer übertriebenen bis blinden Hoffnung auf den Fortschritt beseelt wird, das

aber die Notwendigkeit des Fortschritts nicht gegen die Unmöglichkeit desselben eintauscht, sondern gegen dessen weitere Möglichkeit – also zweifellos vergleichbar mit Voegelin und Bergson. Der Mensch ist für Jonas ob seiner technischen Möglichkeiten jetzt auch für die Natur, genauer den Erhalt der Biosphäre und den Bestand der Menschheit verantwortlich geworden. Das verlangt von den Zeitgenossen eine gewisse Askese, aber keinesfalls einen Verzicht auf das technische Abenteuer, das vielmehr für Jonas unbedingt weitergehen muss, gerade weil die Verantwortung des Menschen jetzt über den zwischenmenschlichen Nahbereich hinausreicht. Allerdings trägt diese Verantwortung nicht der einzelne Bürger, sondern nur der führende Politiker, der nach Jonas gehalten ist, das Volk entsprechend ökologisch zu lenken – zur Not auch machiavellistisch mit der Platonischen Lüge. Insoweit ist Jonas auch gegenüber den langsamen Prozeduren der Demokratie skeptisch. Dann muss sich der Staatsmann zur Not auch gewaltsam durchsetzen, was legitim erscheint, wenn es dem Überleben der Biosphäre dient, heiligt der gute Zweck das böse Mittel. Somit verbleibt Jonas innerhalb des Fortschrittsdenkens, das eine Idee auch mittels Gewalt realisieren möchte, der sich die Individuen unterzuordnen haben.

### **DAS VERBLASSEN DES GEWALTSAMEN FORTSCHRITTS**

An anderen Denkkorten verabschiedet man sich im 20. Jahrhundert langsam von einem Denken, das den Fortschritt auf den Krieg stützt. Angesichts der ungeheuren, vor allem auch historisch weitgehend neuen Zerstörungskraft der Kriege verwundert es eher, dass sich dergleichen so langsam ausbreitet. Ernst Bloch lobt in seinem Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“, das er in den finsternen vierziger Jahren schreibt, die Sowjetunion, sie betreibe das erste Kernkraftwerk, bemühe sich also um eine friedliche Nutzung der Atomtechnologie, während die USA diese allein militärisch nutzen würden – ein Beleg dafür, dass der Sozialismus von friedlicheren Intentionen beseelt sei als der Kapitalismus, aber zugleich auch dafür, dass Bloch dem Baconschen Fortschrittsmodell anhängt: Der technische Fortschritt führt zu humanem

Fortschritt, aber damit selbstredend immer noch zur Verwirklichung einer bestimmten Idee.

Beinahe der Letzte, der dieses Modell vehement vertritt, bevor der „Club of Rome“ 1972 diese Perspektive plötzlich von der technologischen Seite her in Frage stellte, war der Vordenker der achtundsechziger Linken, Herbert Marcuse. Während man in Europa wahrscheinlich romantisch beseelt im Sozialismus eher ein Gemeinschaftserlebnis erhoffte und den Konsumismus der fünfziger und sechziger Jahre als hohle Verblendung abkanzelte, hatte sich der Emigrant Marcuse in den USA schon länger an den Massenkonsum gewöhnt und begriffen, dass der Sozialismus darauf nicht würde verzichten können. Der technologische Fortschritt sollte für Marcuse indes unter sozialistischem Vorzeichen diesen Konsum nicht weiter quantitativ expandieren, sondern stattdessen zu einer dramatischen Senkung der Arbeitszeiten führen.

Das Baconsche Ideal schreibt 1936 auch noch Walter Benjamin in seiner Schrift „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ weiter. Zwar geht die Aura des Kunstwerks verloren, wenn es wie der Film und die Fotografie reproduzierbar und somit zur Massenware wird. Doch umgekehrt erlaubt gerade Letztere, dass der Film auch große Massen erreicht. Daher realisiert der Film für Benjamin aufklärerische bis revolutionäre Ansprüche, befördert also den Fortschritt, allerdings mit dem Wermutstropfen, dass der Tonfilm diese Ansprüche nicht mehr erfüllt, sondern nur der Stummfilm.

### ABSCHIED VOM FORTSCHRITT

In den frühen siebziger Jahren hält Hannah Arendt mehrere Vorlesungen „Vom Leben des Geistes“, in denen es heißt: „Letzten Endes werden wir vor der einzigen Alternative stehen, die es hier gibt – entweder sagt man mit Hegel: die Weltgeschichte ist das Weltgericht, und überlässt das letzte Urteil dem Erfolg, oder man besteht mit Kant auf der geistigen Autonomie der Menschen und ihrer Fähigkeit, sich unabhängig davon zu machen, wie die Dinge nun einmal sind oder geworden sind. ... Ist die Urteilskraft unser Vermögen, mit der Vergangenheit umzugehen, so ist der Historiker der Forscher, der, indem er die Vergangenheit be-

richtet, über sie zu Gericht sitzt. Wenn dem so ist, so können wir unsere Menschenwürde von dem modernen Götzen, der da Geschichte heißt, zurückfordern, gewissermaßen zurückgewinnen, wobei wir nicht die Bedeutung der Geschichte leugnen, sondern nur ihr Recht auf ein letztes Urteil.“<sup>19</sup> Wie Benjamin wehrt sich Arendt gegen den Siegeszug des historischen Materialismus, der realhistorisch erst in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts in die Krise geraten wird, jedenfalls im Hegelschen Sinn.

In Italien hat man davon schon viel früher geahnt. In den Jahren der Russischen Revolution begreift Antonio Gramsci den Mezzogiorno nicht als schlicht rückständig, sondern als eine eigene Lebenswelt. Die Russische Revolution dagegen betrachtet er gar als Widerlegung des historischen Materialismus. Sie stellt für ihn eine schlichte Kriegsfolge dar, wenn Menschen die Bevormundung nicht mehr ertragen und der Staat sich selbst ausgezehrt hat. Eine Revolution entsteht für Gramsci daher auch nicht nach ökonomischen oder historischen Gesetzmäßigkeiten, sondern als ein Wandel der Weltanschauungen, an dem man arbeiten muss. Einerseits wird womöglich Rudi Dutschke 1967 darauf zurückgreifen – man denke an dessen berühmtes Wort vom langen Marsch durch die Institutionen, von dem man wohl sagen kann, dass dieser sich in einem überraschend starken Maße verwirklichte. Doch dieser Marsch wird andererseits den historischen Materialismus weit hinter sich lassen, und es wird abschließend darüber zu reden sein, ob man die damit verbundenen Entwicklungen als Verlängerung des Fortschrittsdenkens begreifen soll oder nicht.

Den Fortschritt zu verabschieden, weil er zum Stillstand gekommen scheint oder weil er nicht die erhofften Wirkungen nach sich zieht, reduziert Hoffnungen auf die Zukunft und damit den Optimismus. Deshalb muss man noch nicht in Pessimismus verfallen. Letzteren Schritt vollziehen innerhalb des neomarxistischen Lagers indes Horkheimer und Adorno in ihrer „Dialektik der Aufklärung“, die 1947 erscheint. Sie beginnt mit den Worten: „Seit je hat Aufklärung im umfassenden Sinn fortschreitenden Denkens das Ziel verfolgt, von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen. Aber die vollends aufgeklärte Erde

strahlt im Zeichen triumphalen Unheils.“<sup>20</sup> Horkheimer und Adorno ziehen damit die Konsequenz aus zwei verheerenden Weltkriegen, aus dem Holocaust und den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki. Der Fortschritt endet nicht nur, vielmehr kehrt er in die Barbarei zurück, die die Vernunft beenden wollte. Denn die fortschreitende Naturbeherrschung mindert nicht die Herrschaft des Menschen über den Menschen, sondern verschärft sie, indem sie ihr ständig neue Möglichkeiten eröffnet.

### **TECHNOLOGISCHER FORTSCHRITT IM 21. JAHRHUNDERT**

Trotzdem ist das Fortschrittsdenken auch gegen Ende des 20. Jahrhunderts längst nicht an sein Ende gekommen, und zwar vor allem in technischer Hinsicht. Hier kehren indes dieselben Paradigmen nur in neuen technischen Varianten wieder. Am Gesundheitswesen – so der frühere Ärztevertreter Ellis Huber – sollte mal die Welt genesen. Nicht nur der Gentechnologe Craig Venter wollte mal großflächig Krankheiten heilen und das Leben verlängern. Die Ökologisierung – eine der Erfolgsgeschichten des ausgehenden 20. Jahrhunderts – bietet zahlreiche Spielwiesen für den technischen Fortschritt, der nun durch Nachhaltigkeit gezeichnet sein soll.

Die Transhumanisten wollen Mensch und Computer zusammenwachsen lassen und auf vielfältige Weise das menschliche Leben technisch verbessern, freiwillig versteht sich. Internet und Computer sollen die direkte Demokratie befördern – so nicht allein die Piraten, bisher indes mit eher mäßigem Erfolg, obwohl die Informationstechnologien wie kaum andere Techniken die Welt nachhaltig verändert haben. Andere träumen von Kolonien auf dem Mars und dem Mond oder anderen viel weiter entfernten Sternen: Sie werden diese Pläne realisieren und dann von der Erde träumen.

Mit allen diesen Hoffnungen verlängert sich letztlich nur das Baconsche Ideal. Auf den Krieg hoffen deren jeweilige Vertreter öffentlich jedenfalls nicht mehr – höchstens hinter vorgehaltener Hand: Wenn man schon den Stein des Weisen gefunden hat, dann sollte Freiwilligkeit selbstverständlich sein.

### **GEWANDELTE FORTSCHRITTS PARADIGMEN IM 21. JAHRHUNDERT**

Wenn man jedoch davon ausgeht, dass das 20. Jahrhundert 1914 begann und 1989 endete, dann lässt sich ein anderes Szenario entwerfen, das den Fortschritt anders denken könnte. Francis Fukuyama sprach Anfang der neunziger Jahre davon, dass die Geschichte nun in den finalen Hafen der Demokratie eingefahren sei.

Samuel Huntington antwortete darauf mit seiner These vom „Clash of civilisations“, die sich durch die islamistischen Terroranschläge in den folgenden Jahren zu bestätigen schien. 2004 hielt Colin Crouch Fukuyama die These von der Postdemokratie entgegen, nach der die westlichen Demokratien vom großen Kapital und den Medienmogulen beherrscht werden wie nie zuvor, während die demokratisch legitimierte Institutionen zunehmend an Gestaltungskraft verlieren.

Daraufhin hat Jan-Peter Müller, politischer Theoretiker in Princeton, in seinem Buch „Das demokratische Zeitalter“ (2013) die Frage gestellt, welche Demokratie es vorher gegeben haben könnte. Denn die Demokratien nach dem zweiten Weltkrieg waren nach Müller eher patriarchalisch gelenkt. Einen demokratischen Impuls gaben dagegen die sechziger und siebziger Jahre, und zwar vor allem einen basisdemokratischen bzw. partizipatorischen.

Wenn man an die Proteste in Brasilien, in der Türkei, in Russland und die Aufstände in Arabien denkt, könnte man den Eindruck gewinnen, dass viele Menschen eine Mündigkeit beanspruchen, die in der westlichen Welt seit den sechziger Jahren von unterschiedlichen Gruppen gefordert wird. Seither geht es um zunehmende Emanzipation der Farbigen, der Frauen, der Migranten, der Behinderten, der Homosexuellen.

Dabei handelt es sich aber nicht mehr um ein allgemeines Emanzipationsparadigma wie beim Bürgertum oder dem Proletariat, sondern darum, dass unterschiedliche Gruppen öffentlich das Wort ergreifen dürfen und ihre Angelegenheiten selber regeln wollen. Man könnte daraus ein Fortschrittsparadigma für das 21. Jahrhundert gestalten, ein Paradigma der zunehmenden Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Gruppen, die jeweils eigene Vorstellungen

gen vom Guten haben, die sich gar nicht mehr verallgemeinern lassen bzw. die darauf keine Ansprüche mehr erheben oder auch gar nicht erheben können. Der späte John Rawls bezeichnet denn auch solche Weltanschauungen als vernünftig, die darauf verzichten, ihre Vorstellungen vom Guten anderen institutionell zu oktroyieren, die also keine Mission betreiben.

Die Gesellschaften verlieren durch diese Prozesse ihre Einheitlichkeit und werden zunehmend pluralistisch. Gleichzeitig erheben immer mehr Menschen Ansprüche auf Mündigkeit, auf freie Gestaltung des eigenen Lebens und auf politische Partizipation, allerdings nicht mehr allein in den Institutionen und etablierten Organisationen, sondern weitgehend außerinstitutionell.

Diese Prozesse zusammen könnten manche als Fortschritt begreifen, wohl wissend und kritisch reflektierend, dass es nichts auf der Welt gibt, das überhaupt und in jeder Hinsicht als gut verstanden werden kann und das alle als einen Fortschritt zur Humanität verstehen. Wohin dieser Fortschritt zur Mündigkeit, Verantwortung und zur Differenzierung der Vorstellungen vom Guten führt, das kann man obendrein nicht voraussagen. Außerdem gibt es zwischenzeitlich viele Menschlichkeiten bzw. könnten sich die Menschen evolutionär verändert haben. Wie bemerkte doch Virginia Woolf: „Ungefähr im Dezember 1910 änderte sich die menschliche Natur.“<sup>21</sup> Hat es 100 Jahre gedauert, bis man das bemerkt? Oder hat das 20. Jahrhundert von 1914-1989 vergebens versucht, diese Evolution aufzuhalten? Oder wäre der einzige Fortschritt, der noch bleibt, mit Umberto Eco die Wahrheit des Fortschritts zum Lachen zu bringen?

|| **PROF. DR. HANS-MARTIN SCHÖNHERR-MANN**

Professor für politische Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Scheler, Max: *Der Genius des Krieges und der Deutsche Krieg*, gesammelte Werke Bd. 4, Bern / München 1982, S. 77.
- <sup>2</sup> Simmel, Georg: *Briefe 1912-1918. Jugendbriefe*, Gesamtausgabe Bd. 23, Frankfurt a. M. 2008, S. 74.
- <sup>3</sup> Humboldt, Wilhelm von: *Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen*, gesammelte Schriften Bd. 1, Berlin 1903, S. 136.
- <sup>4</sup> Schiller, Friedrich: *Die Braut von Messina*, Werke Bd. 3, München 1976, S. 500 f.
- <sup>5</sup> Novalis: *Heinrich von Ofterdingen*, Schriften Bd. 1, Stuttgart 1960, S. 100.
- <sup>6</sup> Spengler, Oswald: *Der Mensch und die Technik – Beitrag zu einer Philosophie des Lebens*, München 1931, S. 264.
- <sup>7</sup> Jünger, Ernst: *In Stahlgewittern*, Werke Bd. 1, Stuttgart 1961, S. 11.
- <sup>8</sup> Jünger, Ernst: *Das Wäldchen 125*, Werke Bd. 1, Stuttgart 1961, S. 338.
- <sup>9</sup> Kittler, Friedrich: *When The Blitzkrieg Raged*, in: *Sympathy for the devil*, hrsg. von Albert Kümmel-Schnur, München 2009, S. 139.
- <sup>10</sup> Gehlen, Arnold: *Die Seele im technischen Zeitalter*, Hamburg 1957 S. 19.
- <sup>11</sup> Lenin, Wladimir: *Staat und Revolution*, Ausgewählte Werke Bd. 3, Berlin 1973, S. 550.
- <sup>12</sup> Sartre, Jean-Paul: *Vorwort zu Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde*, Reinbek 1969, S. 18.
- <sup>13</sup> Voegelin, Eric: *Der Gottesmord – Zur Genese und Gestalt der modernen politischen Gnosis*, München 1999, S. 98.
- <sup>14</sup> Voegelin, Eric: *Die Neue Wissenschaft der Politik*, Freiburg / München, 4. Aufl., 1991, S. 240.
- <sup>15</sup> Strauss, Leo: *Progress or Return?*, in: *Ders.: Jewish Philosophy and the Crisis of Modernity*, Albany 1997, S. 105 (eigene Übersetzung).
- <sup>16</sup> Strauss, Leo: *Naturrecht und Geschichte*, Frankfurt a. M. 1977, S. 165.
- <sup>17</sup> Bergson, Henri: *Die beiden Quellen der Moral und der Religion*, in: *Ders.: Materie und Gedächtnis und andere Schriften*, Frankfurt a. M. 1964, S. 485.
- <sup>18</sup> Marcel, Gabriel: *Sein und Haben*, Paderborn, 2. Aufl., 1968, S. 22.
- <sup>19</sup> Arendt, Hannah: *Vom Leben des Geistes*, München / Zürich 1998, S. 212.
- <sup>20</sup> Horkheimer, Max / Adorno, Theodor: *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt a. M. 1971, S. 7.
- <sup>21</sup> Zit. Taylor, Charles: *Ein säkulares Zeitalter*, Frankfurt a. M. 2009, S. 792.

# DENKEN IN DER KRISE

## Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ im Kontext der Weimarer Republik

**PETER J. BRENNER** || Spenglers „Untergang des Abendlandes“ ist das Manifest einer aus den Fugen geratenen Zeit. Der Text speist sich aus vielen, teils trüben Quellen, die bis ins 18. Jahrhundert zurückweisen, und seine Wirkungen reichen bis ans Ende des 20. Jahrhunderts. Aber seine enorme politische Durchschlagskraft entfaltet das Buch – eigentlich gegen die Absicht seines Autors – in den Krisenjahren der Weimarer Republik. Den zahlreichen, meist in überhitzter Diktion auftretenden Krisenschriften dieser Jahre tritt es mit dem Gestus wissenschaftlicher Kälte gegenüber, die die Lust am Untergang zelebriert.

### EINLEITUNG

Es ist schwer zu erklären, warum das Buch eines gescheiterten Mathematik-Lehrers, gedruckt in zwei Bänden mit einem Gesamtumfang von 1.200 Seiten, das eine offensichtlich ebenso autodidaktische wie dilettantische Geschichtsphilosophie darbot, zu einem der großen Bucherfolge in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg werden konnte. Denn das wurde Spenglers „Untergang des Abendlandes“ nach einigen Startschwierigkeiten. Der erste Band wurde noch Ende 1917 fertiggestellt und erschien am 20. April 1918 in einer kleinen, kriegsbedingt im Handel kaum erhältlichen Auflage im Braumüller-Verlag. Eine zweite Auflage folgte bald darauf. Dann übergab die in Wien und Leipzig ansässige, alteingesessene und ehrwürdige Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung nach juristischen Querelen über Geldfragen mit Spengler die Rechte an den Beck-Verlag. Dieser brachte 1919 den ersten Band in einer überarbeiteten Version neu und 1922 den ersten Band gemeinsam mit dem neu geschriebenen zweiten heraus und konnte damit einen der großen Erfolge sowohl seiner Verlagsgeschichte wie des deutschen Buchmarkts der Zwischenkriegszeit erzielen.<sup>1</sup> 1923 erschien bereits das

70. Tausend; bis in die sechziger Jahre waren rund 150.000 Exemplare gedruckt worden.

Einen guten Teil dieses Erfolgs verdankt das Buch sicherlich dem suggestiven Titel, der selbst ein Jahrhundert später noch als geflügeltes Wort präsent ist, auch wenn der Nimbus seines Autors außerhalb der Fachkreise längst verblasst ist. Und nicht zuletzt beruht der Erfolg des Buches auf dem historischen Zufall, dass sein Erscheinen fast mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zusammenfiel, so dass es von den Zeitgenossen als direkte Zeitdiagnose gelesen werden konnte, eine „triviale Meinung“, gegen die sich Spengler ausdrücklich schon im Klappentext der zweiten Auflage verwahrte. Ihm ging es nicht um die banale Niederlage einer Nation in einem beliebigen Krieg; ihm ging es um das Ganze der Weltgeschichte, in dem der Erste Weltkrieg nur eine Episode war.<sup>2</sup>

Spengler war bei Weitem nicht der einzige Prophet des „Untergangs“ in diesen Krisenjahren der Weimarer Republik. Sein Entwurf vom Untergang des Abendlandes war nur einer der ersten und wirkungsmächtigsten. In vielerlei Variationen finden sich Krisen- und Untergangsbeschwörungen in den zwanziger Jahren, von denen freilich keine einen solchen monumenta-

len Charakter annahm wie Spenglers Hauptwerk. Aber dessen Ursprünge und vor allem seine Wirkungen bekommen erst in den ideengeschichtlichen Konstellationen, der „geistigen Situation der Zeit“, ihren Ort – nicht als historische Darstellung und nicht als geschichtstheoretischer Entwurf, sondern als eine Krisenschrift, die eine Antwort geben will auf die realen und mentalen Erschütterungen, denen die Zeitgenossen sich ausgesetzt sahen.

Man darf sicher annehmen, dass nicht jeder, der den Buchtitel im Mund führte, das Buch auch in die Hand genommen oder gar gelesen hat. Auf der anderen Seite gibt es eine bemerkenswerte Anzahl von Fachleuten, also Geschichtswissenschaftlern und Philosophen, die Spenglers Werk wahrgenommen und zumindest insoweit ernst genommen haben, als sie sich kritisch mit ihm auseinandersetzten.<sup>3</sup> Die Palette reicht von Georg Simmel über Walter Benjamin und Hermann Hesse bis natürlich zu Thomas Mann.<sup>4</sup>

Spengler hat sein Werk als wissenschaftliche Prognose über den künftigen Geschichtsverlauf verstanden. Ihm war die Erkenntnisdemut des Wissenschaftlers völlig fremd – das kennzeichnet den Autodidakten –, und so kann er im Vorwort der ersten Gesamtauflage ohne Umschweife erklären: „In diesem Buche wird zum ersten Mal der Versuch gewagt, Geschichte vorauszubestimmen. Es handelt sich darum, das Schicksal einer Kultur, und zwar der einzigen, die heute auf diesem Planeten in Vollendung begriffen ist, der westeuropäisch-amerikanischen, in den noch nicht abgelaufenen Stadien zu verfolgen.“<sup>5</sup>

#### **VON DER GESCHICHTSPHILOSOPHIE ZUR GESCHICHTSTHEORIE: URSPRÜNGE UND WIRKUNGEN VON SPENGLERS GESCHICHTSMORPHOLOGIE**

Im großen Wurf und mit langem Atem zeichnet Spengler ein Bild des Geschichtsverlaufes, das alle Zeiten und alle Kulturräume umfasst. Das Grundmodell ist schnell erzählt: Spengler identifiziert im Gang der Weltgeschichte acht Großkulturen, deren erste die ägyptische und deren letzte die aktuelle abendländische ist.

Jede dieser Kulturen, das ist die Kernthese, folgt dem Gesetz von Aufstieg, Blüte, Niedergang, so dass sich, auch über die Jahrtausende

hinweg, eine Gleichartigkeit des Verlaufs beobachten lässt, die bestimmte Phasen der einzelnen Kulturen jeweils „gleichzeitig“, wie Spengler in etwas sonderbarem Wortgebrauch sagt, werden lässt. In einer unendlichen Anzahl von angelesenen und willkürlich herangezogenen historischen Details, denen mühsam ihre Gleichartigkeit aufgezwungen wird, soll diese Wahrnehmung untermauert werden. Dieses Verfahren lässt das Werk zu einem 1.200-Seiten-Doppelband anschwellen; für einen Autor, der sich im Tagebuch selbst eine „Abneigung gegen das Schreiben“<sup>6</sup> bescheinigt, eine bemerkenswerte Leistung.

Methodisch beruft Spengler sich in erster Linie auf eine „morphologische Geschichtsbetrachtung“, deren Grundidee er Goethe entlehnt hat und die einige vage Anschlussstellen an „eine zeittypisch biologistische Kulturmorphologie“ bietet.<sup>7</sup> Die morphologische Grundlegung der Geschichtsbetrachtung bezieht ihre Legitimation aus der Berufung auf Goethe.<sup>8</sup> Ein Urphänomen im Sinne Goethes ist ihm die „Urgestalt der Kultur ..., die allen einzelnen Kulturen als Formideal zugrunde liegt“;<sup>9</sup> sie erschließt sich nicht jedem, sondern nur dem „Schauenden“, vor dem sich „die lebendige Idee des Werdens unmittelbar entfaltet“.<sup>10</sup>

Dass neben Goethe Herder mit seiner historischen Kulturtheorie für Spengler eine große Rolle gespielt haben muss, lässt sich kaum übersehen, gleichviel, ob der Einfluss aus direkter Lektüre oder indirekter Ideen- und Theoriediffusion beruht. Die Vorstellung vom Aufstieg, der Blüte und dem Niedergang von Kulturen ist unzweideutig Herdersches Gedankengut, ebenso die grundlegende Vorstellung, dass jede Kultur eine in sich geschlossene Monade sei, die ihr je eigenes Recht habe und nicht an ihr fremden Maßstäben gemessen werden dürfe.<sup>11</sup> Herder allerdings ging noch davon aus, dass sich die Geschichte zum Besseren hin, zum Humanismus und zur Aufklärung, bewege.<sup>12</sup> Von diesem vorsichtig optimistischen Unterton findet sich nichts mehr bei Spengler.

Das mag auf seinen zweiten großen Gewährsmann zurückgehen, den er als Inspirationsquelle für seine Geschichtsphilosophie angibt: Nietzsche.<sup>13</sup> Nietzsche versorgt Spenglers Geschichtsdarstellungen mit einem Hintergrund-

rauschen des Skeptizismus, der dem Geschichtsverlauf jede Art von Fortschritts- und Zukunftsvertrauen nimmt. Spenglers Fatalismus allerdings ist Nietzsche fremd; Nietzsche sieht die Gegenwart vor einer offenen Zukunft stehen, zu deren Gestaltung sie sich der Geschichte bemächtigen muss, statt sich von ihr überwältigen zu lassen.<sup>14</sup> So verliert sich die methodische Grundlegung von Spenglers Hauptwerk im Halbsumpf der Ideengeschichte. Er hat Vorläufer gehabt, aber deren Einfluss auf sein Werk ist schlecht rekonstruierbar; wohl auch deshalb, weil er Spuren verwischt, aber auch, besonders mit seinem Hinweis auf Nietzsche und Goethe, weil er falsche Spuren gelegt hat.

Ähnlich verhält es sich mit den Nachfolgern. Spengler ist stark, aber nur oberflächlich rezipiert worden, in der wissenschaftlichen Geschichtsbetrachtung hat er nie Fuß fassen können. Ein direkter Nachfolger Spenglers ist Arnold Toynbee gewesen, der der übergreifenden Betrachtung der weltgeschichtlichen Abläufe neue Impulse gegeben hat und der von der Wissenschaft stärker anerkannt wurde als Spengler. Toynbee beruft sich ausdrücklich auf Spenglers inspirierendes Vorbild;<sup>15</sup> und wie Spengler glaubt er an die Möglichkeit, die wesentlichen Kulturen der Weltgeschichte – bei ihm sind es allerdings rund 30 statt 8 – tabellarisch auflisten zu können.<sup>16</sup> Vor allem Spenglers Grundidee einer „philosophischen Gleichzeitigkeit aller Kulturen“ wurde von Toynbee wieder aufgegriffen.<sup>17</sup> Den Spenglerschen Untergangsdeterminismus allerdings lehnt Toynbee ausdrücklich ab. Er sieht durchaus die Möglichkeit, dass eine Kultur die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Geschichte finden und sich gegen den Sog des Niedergangs behaupten könne.<sup>18</sup>

Einen merkwürdigen Nachhall hat Spengler dann noch einmal am Ende seines Jahrhunderts gefunden. Nachdem 1989 der Ostblock auseinander gefallen, der Eisene Vorhang verschwunden und der Kalte Krieg in seiner vertrauten Form beendet worden war, eröffnet Samuel Huntington mit seinem „Clash of civilizations“ eine neue philosophisch ambitionierte politische Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Verlauf der Geschichte.<sup>19</sup> Das Erbe Spenglers ist unverkennbar, Huntington verweist ausdrück-

lich auf ihn als seinen Vorläufer.<sup>20</sup> Für ihn ist Spengler einer von vielen Gewährsmännern, die seine „Kulturen“-Theorie stützen sollen. Irgendwelche Bedenken bezüglich der wissenschaftlichen oder politischen Seriosität dieses speziellen Gewährsmanns äußert er nicht, und bei der Spengler-Lektüre scheint er nicht über Seite 24 hinausgekommen zu sein. Huntington übernimmt aber das welthistorische Grundmuster aus Spenglers „Untergang des Abendlandes“: die Unterstellung, dass es Kulturen gebe, die sich wesentlich durch ihre religiöse Grundierung konstituieren. Aber während Spenglers Kulturen wie Monaden isoliert nebeneinanderstehen oder aufeinanderfolgen, sieht Huntington in der Geschichte eine agonale Dynamik wirksam werden.<sup>21</sup>

Der „Kampf der Kulturen“ war von vornherein als Instrument der politischen Auseinandersetzung geplant. Huntington reagierte auf die kurz zuvor, unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges erschienene Geschichtsdeutung des Präsidentenberaters Francis Fukuyama, der nicht minder schlagwortfähig „The End of History“ heraufbeschworen hatte. Nach dem Sieg des Westens glaubte Fukuyama, in Weiterführung des Hegelschen Denkens, dass zumindest die politische Geschichte an ihrem Endpunkt angekommen sei. Auch Fukuyama bezieht sich ausdrücklich, aber eher kritisch auf Spengler, dessen Pessimismus er nicht teilen mag.<sup>22</sup>

Dass auch Huntington in der folgenden geschichtswissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung den gleichen Einwänden ausgesetzt war wie 70 Jahre zuvor Spengler, versteht sich von selbst. Sie liegen auf der Hand. Epocheneinteilungen, wie sie Spengler und Huntington als Recheneinheiten benutzten, halten dem Blick des Historikers nicht stand. Sie sind grobschlächtige und oft willkürliche Abstraktionen der historischen Wirklichkeit, die sich auf einige wenige, meist religiöse Grundzüge beschränken müssen und die der Vielfalt der Erscheinungsformen einer Kultur und erst recht der Durchmischung von Kulturen in ihren Wechselprozessen nicht gerecht werden.

Zwei Jahrzehnte später gibt es in Deutschland noch ein kleines Nachspiel. Aus dem Geist Spenglers heraus – aber wahrscheinlich ohne ihn zu kennen – schrieb der vormalige Berliner

SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin sein Buch „Deutschland schafft sich ab“.<sup>23</sup> Unter geschichtstheoretischer Perspektive erscheint das Buch als eine Kreuzung Spenglers mit Huntington. Mit mathematischer Präzision versucht Sarrazin zu zeigen, dass die Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland zum Niedergang der Nation führen muss.<sup>24</sup> Dabei bemüht er im großen Umfang die Dokumente und Ergebnisse empirisch-statistischer Forschung. Von der Fachwelt wurde Sarrazin bescheinigt, dass es mit den von ihm verwendeten Zahlen durchaus seine Richtigkeit habe.<sup>25</sup> Dennoch hat Sarrazins Buch nur in der Öffentlichkeit, aber nicht in der politischen und intellektuellen Landschaft Anklang gefunden. Anders als ein knappes Jahrhundert zuvor in der Zwischenkriegszeit bietet die moderne Gesellschaft in Deutschland keinen guten Resonanzboden mehr für deterministische Geschichtsmodelle, zumal dann nicht, wenn sie nicht fortschrittsoptimistisch, sondern untergangsselig gestimmt sind.

Das von Sarrazin – vielleicht durchaus nicht zu Unrecht – an die Wand gezeichnete Gespenst der Demographie gehört zu den Wiedergängern dieser Art von Katastrophenliteratur. Auch Huntington beschwört die Gefahren des „muslimischen Bevölkerungswachstums“<sup>26</sup> und beide finden einen frühen Vorläufer in Spengler, der dem Thema ebenfalls sein Augenmerk widmet. Zu den Verfallssymptomen des Abendlandes gehört auch für Spengler der zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder so dramatisch beschworene „demographische Wandel“:<sup>27</sup> „Nicht nur weil Kinder unmöglich geworden sind, sondern vor allem weil die bis zum äußersten gesteigerte Intelligenz keine Gründe für ihr Vorhandensein mehr findet, bleiben sie aus.“<sup>28</sup> An anderer, beiläufiger Stelle führt Spengler das einige Jahre später in einem Gelegenheitsbeitrag weiter aus und macht dabei deutlich, in welchem Maße sein Denken von rassistischen Mustern geprägt ist: „Wem es noch nicht deutlich geworden ist, dass alle unsere großen Probleme der Nachkriegszeit ... auf ein entscheidendes Problem zurückgehen, das der inneren Gesundheit des lebendigen deutschen Volkskörpers – und Gesundheit eines Volkes bedeutet in diesem Falle Fruchtbarkeit –, der weiß nichts von Geschichte und nichts vom Schick-

sal großer Völker und sollte deshalb über politische Dinge schweigen. Das deutsche Volk ist das unverbrauchteste der weißen Rasse. ... Das deutsche Volk war 1914 hinsichtlich seiner rassemäßigen Gesundheit den übrigen voraus.“<sup>29</sup> Wenige Jahre später, in seiner letzten großen Schrift „Jahre der Entscheidung“, greift er das Thema abermals ausführlicher auf und pinselt es zu unappetitlichen apokalyptischen Szenarien aus.<sup>30</sup>

Im 21. Jahrhundert kann man das Modell Spengler kaum noch ernsthaft als ein Angebot zur theoretischen Erklärung von Geschichtsverläufen begreifen. Aber sein Geschichtskonzept steht immerhin, wenn auch vielleicht ungewollt, für eine Auflösung der „eurozentrischen“ Perspektive.<sup>31</sup> Die Einnahme einer globalen Perspektive gehört inzwischen zum Leitprogramm der internationalen Geschichtswissenschaft, das aber nicht immer so anspruchsvoll eingelöst wird wie in Jürgen Osterhammels „Geschichte des 19. Jahrhunderts“. Osterhammel hat in angemessener Beiläufigkeit seinem Vorläufer Spengler seine Reverenz erwiesen und ihm seinen Platz in der dünnen Traditionslinie jener Geschichtstheoretiker zugewiesen, welche die Bedeutung von Kulturräumen frühzeitig erkannt hätten. Zugleich vermerkt Osterhammel aber zu Recht, dass Spengler zwar eine enorm populäre Wirkung erzielt habe, aber in der Fachwissenschaft praktisch ohne Resonanz geblieben sei.<sup>32</sup>

## RENAISSANCE DES IRRATIONALISMUS

Aus gutem Grund. Denn Spenglers Prophezeiung stand methodisch wie sachlich auf tönernen Füßen. Das wurde schon von den Zeitgenossen festgestellt. Viele haben sich zu Spenglers Werk geäußert, und jeder von ihnen, der klar denken konnte, hat die bodenlosen Schwächen sofort erkannt. Robert Musil schreibt 1927 eine lange und giftige Rezension an jene, „die dem Untergang des Abendlandes entronnen sind“. Mit sarkastischer Fassungslosigkeit zeichnet er die geistigen Freiheiten nach, die sich Spengler erlaubt.<sup>33</sup>

Musil imitiert in kaum überzeichneter Karikatur Spenglers Argumentationsduktus, der im Wesentlichen aus in der Tat manchmal schwindelerregenden Assoziationsketten besteht: „Aber

die homerische Dichtung ist reine Standespoesie. Von den beiden Welten des Adels und Priestertums, des Tabu und Totem, des Heldentums und der Heiligkeit lebt hier nur die eine. Sie versteht die andere nicht nur nicht, sie verachtet sie sogar. Wie in der Edda ist es höchster Ruhm der Unsterblichen, die adlige Sitte zu kennen. Wenn den Denkern der antiken Barockzeit von Xenophanes bis Plato diese Götterszenen frech und flach erschienen, so hatten sie Recht; es sind dieselben Gefühle, aus welchen Theologie und Philosophie des späteren Abendlandes die germanische Heldensage betrachtet haben, aber auch die Dichtungen von Gottfried von Straßburg, Wolfram und Walther.<sup>34</sup> Über 1.200 Seiten hinweg wiederholt sich das Verfahren in ermüdender Gleichförmigkeit. Spengler sucht Phänomene in der Geschichte auf, von denen er behauptet, dass sie einander ähnlich seien, bindet sie in langen Assoziationsgirlanden aneinander und zieht am Ende Schlussfolgerungen daraus, deren unumstößliche Wahrheit behauptet wird.<sup>35</sup>

Spengler stellt sich damit in eine lange Tradition speziell des deutschen Denkens, die in den zwanziger Jahren eine kleine Blüte erlebt hat. Der Irrationalismus als Denkmethode hat seine Wurzeln im Ursprung der Moderne im ausgehenden 18. Jahrhundert, das nicht nur die Aufklärung, sondern auch gegenaufklärerische Strömungen hervorgebracht hat. Kants Königsberger Landsmann Johann Georg Hamann ging keine Kompromisse mit der Vernunft ein. Seine „Sokratischen Denkwürdigkeiten“ von 1759 bieten ein dichtes Assoziationsgeflecht, das sich nur dem erschließt, der bereit ist, dem Gang der Assoziation ohne Einwände zu folgen. Das waren nur wenige; der Durchbruch dieser Art des Argumentierens erfolgte erst später mit Herders kleiner geschichtsphilosophischer Schrift „Auch eine Philosophie der Geschichte der Menschheit“ von 1774. Herder hat damit vorgemacht, wie es geht, aber er hat 20 Jahre später mit seinen großen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ seinen Sturm- und Drang-Enthusiasmus wieder gebändigt und die Überfülle seines historischen Materials in geordneter und nachvollziehbarer Form dargeboten. Aber die Traditionslinie des Irrationalismus setzt sich fort über das 19. bis ins 20. Jahr-

hundert. Um 1800 wendet Joseph Görres diese Denkform ins Politische. Sein publizistischer Kampf gegen Napoleon bedient sich aus der noch frisch sprudelnden Quelle des deutschen Irrationalismus und hat damit, wenn auch keinen politischen, so doch immerhin einigen publizistischen Erfolg.

Nach der Reichsgründung leben diese Denkformen wieder auf und finden erstmals eine große Gefolgschaft. In den siebziger Jahren machte Paul de Lagarde mit seinen „Deutschen Schriften“ den Anfang, ihm folgte 1890 der „Rembrandt-Deutsche“ Julius Langbehn mit seiner Schrift „Rembrandt als Erzieher“, mit der dieser Stil des Denkens politischen, nämlich nationalistischen Boden unter den Füßen fand.<sup>36</sup>

Er forciert den Denkstil des Irrationalismus und steigert ihn bis zur Unsinnigkeit. Die wuchernden Assoziationen, die Musil und andere bei Spengler gerügt hatten, stehen bei Langbehn schon in voller Blüte: „Mit ihrer politischen verloren die Griechen einst auch ihre geistige Freiheit und gelangten dadurch zu einem Verfall ihrer Bildung, zum Alexandrinismus; mit der politischen wird den Deutschen hoffentlich auch ihre geistige Freiheit wiederkommen und werden sie sich aus dem Verfall ihrer Bildung, dem modernen Alexandrinismus, retten. Wie der niederdeutsche Bauerncharakter den soliden Unterbau, so kann der holländische Seemannscharakter den luftigen und durchsichtigen Oberbau für die kommende deutsche Bildung abgeben – gleich jenen offenen, schön figurierten Türmen von holländischem Ursprung, welche sich so vielfach über den schlicht gefügten Backsteinkirchen des nördlichen Deutschland erheben.“<sup>37</sup>

Aber ganz geht Spengler in dieser Tradition nicht auf, die zu Beginn des Ersten Weltkrieges in der Vorstellung mündete, man könne die deutsche „Kultur“ als ein Bollwerk gegen die „westliche Zivilisation“ ausbauen. Sein Verhältnis zur „Zivilisation“ ist ambivalent. So kann er proklamieren: „Zivilisationen sind die äußersten und künstlichsten Zustände, deren eine höhere Art von Mensch fähig ist.“<sup>38</sup> Und kurz darauf heißt es in „Preußentum und Sozialismus“: „Was lebendig war, wird starr und kalt.“<sup>39</sup> Aber das ist keineswegs eindeutig nega-

tiv gemeint. Vielmehr zeigt sich Spengler schon im „Untergang des Abendlandes“ als eloquenter Verfechter der modernen Zivilisation, die von seinen politischen Gesinnungsgenossen so aggressiv abgelehnt wird. Die Beschreibung der modernen technischen Zivilisation, von Materialismus, Massengesellschaft und Verstädterung gerät ihm nicht zum Lamento über den Untergang einer vertraut gewordenen Welt, sondern zur Eloge auf die Moderne: „Ich liebe die Tiefe und Feinheit mathematischer und physikalischer Theorien, denen gegenüber der Ästhetiker und Physiolog ein Stümper ist. Für die prachtvoll klaren, hochintellektuellen Formen eines Schnelldampfers, eines Stahlwerkes, einer Präzisionsmaschine, die Subtilität und Eleganz gewisser chemischer und optischer Verfahren gebe ich den ganzen Stilplunder des heutigen Kunstgewerbes samt Malerei und Architektur hin.“<sup>40</sup>

Diese euphorische Feier der Zivilisation schließt aber nicht die Bejahung der Moderne ein. Spengler ist und bleibt dem Geist der Genauaufklärung verpflichtet. Er fordert für das Nachkriegsdeutschland eine antiwestliche Konzeption von Politik, die ihrem „Wesen nach illiberal und antidemokratisch“ sein muss:<sup>41</sup> „Ein abstraktes Ideal von Gerechtigkeit geht durch die Köpfe und Schriften aller Menschen, deren Geist edel und stark und deren Blut schwach ist, durch alle Religionen, durch alle Philosophien, aber die Tatsachenwelt der Geschichte kennt nur den Erfolg, der das Recht des Stärkeren zum Recht aller macht. Sie geht erbarmungslos über die Ideale hin.“<sup>42</sup> Diese Kritik an der Tradition der Aufklärung und den Idealen der Französischen Revolution zielte zugleich und wohl in erster Linie gegen die ideellen Grundlagen der Weimarer Republik und ihrer Verfassung.<sup>43</sup>

### KRISENSCHRIFTEN DER WEIMARER REPUBLIK

Wenn man vom „Untergang des Abendlandes“ die Präntention der Geschichtsbetrachtung abstreift, wird der Text als eine Krisenschrift erkennbar, die sich in der Maske eines deterministischen Hyperrationalismus in die Tradition des Irrationalismus einreihet.<sup>44</sup> Der Schlussteil des zweiten Bandes ist deutlich geprägt von den Charakteristika der Weimarer Republik,

die den Diskurs der zwanziger Jahre bestimmten. Karl Jaspers hat in seiner berühmt gewordenen Schrift über „Die geistige Situation der Zeit“ von 1932 die Physiognomie dieser Jahre beschrieben und neben den zunehmenden Möglichkeiten der Naturbeherrschung durch Technik die Vermassung in der Gesellschaft und den Verfall der Bildung als grundlegende Momente dieser Situation beschrieben: „Alles ist in die Krise gekommen, die weder überschaubar noch aus einem Grunde zu begreifen ist und wiedergutzumachen ist, sondern als unser Schicksal zu ergreifen, zu ertragen und zu überwinden ist.“<sup>45</sup> In dieser Diagnose konnten sich Links- wie Rechtsintellektuelle schnell einig werden, nicht zuletzt auch Spengler: „Alles ist ins Gleiten gekommen“, vermerkt er 1933,<sup>46</sup> und die wesentlichen Topoi der zeitgenössischen Zivilisationskritik finden sich bei ihm als Kritik an der Individualisierung, der emanzipatorischen Prozesse, der Pluralisierung der Gesellschaft.<sup>47</sup>

Dass die Intellektuellen von dieser Destabilisierung der Verhältnisse in besonderem Maße und auf eigene Weise betroffen waren, haben schon die Zeitgenossen beobachtet. Diese Diskussionen verdichten sich im Schlagwort vom „frei schwebenden Intellektuellen“,<sup>48</sup> der an keine der sozialen Klassen, Schichten und Milieus seiner Gesellschaft gebunden ist. Im nationalsozialistischen „Wörterbuch des Unmenschen“ wird aus dem „frei schwebenden“ dann der „entwurzelte Intellektuelle“.<sup>49</sup> Diese später klassisch gewordene Theorie des aufstrebenden Privatdozenten und Soziologen Karl Mannheim, die er im Anschluss an Alfred Weber entwickelte, hat am Ende der zwanziger Jahre zu einer Kontroverse geführt.<sup>50</sup> Ernst Robert Curtius, Romanistikprofessor in Bonn, verwahrt sich energisch gegen die von Mannheim implizierte methodische Annahme, dass der „Geist“ von sozialen Umständen abhängig sein könne. Er sieht richtig, dass Mannheims „Frage nach der Funktion des Geistes in der heutigen Welt“ zugleich die Frage nach „Bestand und Wert unserer geistigen Tradition“ aufwirft.<sup>51</sup> Curtius selbst wiederum bereicherte konsequenterweise 1932 das Krisenschrifttum der Zeit mit einer eigenen Arbeit zum Thema „Deutscher Geist in Gefahr“. Gefahr droht dem Geist nicht von den

sozialen oder politischen Verhältnissen; Gefahr droht ihm von der Geistlosigkeit, wie sie Curtius links wie rechts gefunden hat.<sup>52</sup> Aber auch Curtius ist von Untergangsvisionen heimgesucht, die in einer – vornehm formulierten – Denunziation der Weimarer Republik münden: „... auch in der Politik hat uns das vergangene Jahrzehnt nur Scheinlösungen gebracht, die jetzt als solche erkannt werden. ... überall bietet sich das gleiche Bild – ein Trümmerfeld.“<sup>53</sup>

Unter den Krisenautoren der Zeit gehört Ernst Robert Curtius zu den wenigen, die auf die Kontinuität der Tradition vertrauen. Ihm erscheint, das betont er in der Kontroverse mit Karl Mannheim, der Rückgriff auf die großen Traditionen des Abendlandes, die bei ihm allerdings nur bis ins Mittelalter reichen, als das probate Mittel, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Allerdings trägt Curtius' Berufung auf die Tradition in den frühen dreißiger Jahren zeittypische verquere Züge. So wie Spengler seinen eigenen „preußischen Sozialismus“ kreierte, so schuf sich Curtius seinen eigenen „Humanismus“: „Humanismus ist nichts, wenn er nicht Enthusiasmus der Liebe ist. Er kann Zeiten, Völker, Menschen nur prägen, wenn er aus dem Überschwang der Fülle und Freude kommt. Er ist rauschhafte Entdeckung eines geliebten Urbildes. Er ist Selbstbegegnung des modernen Geistes mit einem Leben, das in dunkler Tiefe des Blutes schlief und sich nun seines Ursprungs versichert.“<sup>54</sup>

Curtius' Vertrauen auf die Kontinuität der Tradition bleibt ein Ausnahmefall; es entsprach nicht dem Geist der zwanziger Jahre in Deutschland. Das Krisenbewusstsein der Zeit war vielmehr bestimmt von der Erfahrung der Diskontinuität und des Bruchs. Der Bruch findet sich in der Kunstgeschichte mit ihrem Übergang zur modernen Malerei und zur Kunst der Montage; er findet sich in der Literatur des Expressionismus und mehr noch in der Sonderform des Dadaismus; er findet sich markant im philosophischen und gesellschaftstheoretischen Denken, und nicht zuletzt findet er sich auch in der Theologie.

Karl Barth hat mit seinem „Römerbrief“ von 1919 einen theologischen Markstein gesetzt. Die Geschichte, so deutet er radikal und mit enormer theologiegeschichtlicher wie -prakti-

scher Wirkung den Römerbrief des Apostels Paulus, ist dem Zugriff des Menschen entzogen. Die fremde Absicht Gottes schlägt in das Menschenleben und seine historischen Verläufe hinein, undurchschaubar und unbeeinflussbar. Barth entwirft eine Theologie der Unbedingtheit und des Ganz-Anderen, das sich dem weltlichen Verlauf der Geschichte entzieht. Auch dies ist also eine Vision vom „Ende der Geschichte“: „Gott sendet ihn“, Jesus, „in diese unsere zeitliche, gefallene, nur zu bekannte Welt, in dieses letztlich nur nach biologisch zu deutenden Kategorien zu deutende System, das wir die Natur, in dieses letztlich nur unter ökonomisch-materialistischen Gesichtspunkten verständliche System, das wir die Geschichte heißen, in diese Menschheit, in dieses Fleisch also.“<sup>55</sup>

Immer wieder schlägt das Pathos des expressionistischen Jahrzehnts durch; hier in theologischer, an anderer Stelle in philosophischer Färbung. Eine säkularisierte Variante dieses Sprachmodells findet sich gleichzeitig in Ernst Blochs „Geist der Utopie“, erstmals erschienen 1918. Blochs frühe Utopie beruft sich bereits auf Marx, beherrscht ist sie aber von religiös unterfütterten und messianisch gefärbten „Reichs“-Vorstellungen, die in einem subjektivschwärmerischen Duktus vorgetragen werden. Seine Sprache neigt weniger zur begrifflich-präzisen Analyse als vielmehr zum beschwörenden Überschwang und ist damit ebenfalls ganz dem Sprachgestus des Expressionismus verpflichtet.<sup>56</sup>

Auch Spengler ist in mancher Hinsicht ein Erbe der expressionistischen Zeit. Sein hoher Ton profitiert von dem Boden, der schon bereitet war. Vieles hat er seinen konservativen Vorläufern und vieles hat er den Expressionisten abgeschaut. Der rhetorisch-expressive Überschwang gehört ebenso dazu wie der Verzicht auf Stringenz und Rationalität der Argumentation. Aber dennoch ist sein Ton ein anderer: Dem heißen Aufbruchspathos der Expressionisten stellt er die klirrende Kälte seiner Untergangsprophetie entgegen. Das kommt nicht von ungefähr, sondern ergibt sich mit einer gewissen Logik aus seiner emphatischen Begrüßung der modernen Zivilisationserrungenschaften.

## KRISENERFAHRUNGEN

Walter Benjamin hat versucht, die Erfahrungen auf Begriffe zu bringen, die das Denken der zwanziger Jahre entweder gelähmt oder aufgerüttelt haben. Die europäische Welt sieht nach 1918 anders aus als zuvor – das ist der erste Befund. Was in den Jahrhunderten zuvor von Generation zu Generation weitergegeben wurde und, bei moderatem Wandel, als Grundlage für die alltägliche Lebensführung gelten konnte, wurde durch den Weltkrieg vernichtet: „Die Erfahrung ist im Kurse gefallen. ... Denn nie sind Erfahrungen gründlicher Lügen gestraft worden als die strategischen durch den Stellungskrieg, die wirtschaftlichen durch die Inflation, die körperlichen durch die Materialschlacht, die sittlichen durch die Machthaber. Eine Generation, die noch mit der Pferdebahn zur Schule gefahren war, stand unter freiem Himmel in einer Landschaft, in der nichts unverändert geblieben war als die Wolken und unter ihnen, in einem Kraftfeld zerstörender Ströme und Explosionen, der winzige, gebrechliche Menschenkörper.“<sup>57</sup>

Die Massenhaftigkeit und die Technisierung, die Entwertung des einzelnen und die disziplinierte Selbstvernichtung der Masse sind die Erfahrungen des Krieges gewesen. Was mit dem Fortschrittsdenken der Aufklärung begonnen hatte, wird um die Jahrhundertwende beschleunigt und dringt in die alltägliche Lebenswelt ein. Die wesentlichen Stichwörter zur theoretischen Beschreibung dieser Entwicklung kamen von Max Weber: Modernisierung heißt Rationalisierung und Bürokratisierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit; sie bedeutet eine „Entzauberung der Welt“, einen Verlust an Transzendenz und Tradition, einen „Polytheismus der Werte“. In dieser Diagnose spiegelt sich die Einsicht in die „Anarchie der Werte“.<sup>58</sup> Dieser Zeitdiagnose stand Spengler nicht fern: „Wir haben drei Formen des Nihilismus vor uns, das Wort im Sinne Nietzsches gebraucht. Die Ideale von gestern, die seit Jahrhunderten herangewachsenen religiösen, künstlerischen, staatlichen Formen sind abgetan, nur dass selbst dieser letzte Akt der Kultur, ihre Selbstverneinung, noch einmal das Ursymbol ihres ganzen Daseins zum Ausdruck bringt.“<sup>59</sup>

Walter Benjamin hat in seinem berühmten Aufsatz „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ die Kategorie des „Schocks“ ausgehend von der neuen Kunstform des Films als Leiterfahrung der Moderne beschrieben: „Der Film ist die der gesteigerten Lebensgefahr, der die Heutigen ins Auge zu sehen haben, entsprechende Kunstform. Das Bedürfnis, sich Schockwirkungen auszusetzen, ist eine Anpassung der Menschen an die sie bedrohenden Gefahren.“<sup>60</sup> Karlheinz Bohrer hat solchen Hinweisen folgend sein großes Buch über die „Plötzlichkeit“ als Grunderfahrung der Epoche geschrieben, in dem Ernst Jünger mit seinen Texten eine besondere Rolle spielt.<sup>61</sup>

Diese Erschütterungen haben ein latentes Vorspiel und eine lange Vorgeschichte – das hat Karl Jaspers schon geahnt, als er schrieb: „... die Stimmung der Gefahr geht durch das letzte Jahrhundert: Der Mensch fühlt sich bedroht.“<sup>62</sup> Wahrscheinlich hat bei der Herausbildung dieser Epochenerfahrungen in Westeuropa der deutsch-französische Krieg von 1870/71 eine wesentliche Rolle gespielt. Die Militarisierung und Technisierung der deutschen Gesellschaft, ebenso wie die sie begleitenden, unterstützenden wie abwehrenden Diskurse könnten hier einen ihrer Ursprünge haben. Und dass schließlich in England und in Frankreich Gegendiskurse entfacht wurden, die die Rolle Deutschlands in Europa mit größter Skepsis beobachten und damit eigene historische Dynamiken auslösten, muss ebenfalls in die Rechnung mit einbezogen werden.<sup>63</sup> Diese Entwicklungen mündeten ins Epochenjahr 1914, das wiederum die erste Katastrophe des 20. Jahrhunderts einleitete.

## „ANGST“ ALS LEITKATEGORIE DER EPOCHENDEUTUNG

Spenglers Zeitdiagnose geht ein undurchsichtiges Amalgam von allgemeinen Epochenerfahrungen und persönlichen Motivlagen ein. Erst seit Beginn des neuen Jahrtausends ist Spenglers hinterlassene autobiographische Schrift der Öffentlichkeit zugänglich. In dieser Schrift wird ein unvermuteter Grundzug von Spenglers Persönlichkeit sichtbar: die Angst. Spengler hatte Angst vor allem, vor jeder beliebigen Erscheinung des Alltags.<sup>64</sup> Die Vermutung liegt

nahe, dass der „herrische Ton“, in dem er mit der Geschichte und vor allem der eigenen Zeit ins Gericht geht, aus dieser Grunddisposition herrührt.<sup>65</sup> Aber die „Angst“ ist nicht nur ein persönliches Problem Spenglers, sie ist zugleich eine „sozialpsychologische Konstante“ dieser Jahre.<sup>66</sup> Ernst Nolte hat an zwei prominenten Beispielen gezeigt, dass sie zudem bei der Entstehung des europäischen Faschismus eine herausragende Rolle gespielt hat: Bei Charles Maurras wachsen sich konkrete politische Befürchtungen zu einer existenziellen, den ganzen Menschen betreffenden Angst aus; und bei Hitler sieht Nolte die „Angst als Grundempfinden“ wirksam werden, die sein ganzes Denken und Handeln beherrsche.<sup>67</sup>

Spengler macht die „Angst“ zu einer Leitfigur seiner Deutung der Weltgeschichte:<sup>68</sup> „Aber diese Sehnsucht aus der Überfülle und Seligkeit des innern Werdens ist in der tiefsten Tiefe einer jeden Seele zugleich Angst. Wie alles Werden sich auf ein Gewordensein richtet, mit dem es endet, so rührt das Urgefühl des Werdens, die Sehnsucht, schon an das andere des Gewordenseins, die Angst. In der Gegenwart fühlt man das Verrinnen; in der Vergangenheit liegt die Vergänglichkeit. Hier ist die Wurzel der ewigen Angst vor dem Unwiderruflichen, Erreichten, Endgültigen, vor der Vergänglichkeit, vor der Welt selbst als dem Verwirklichten, in dem mit der Grenze der Geburt zugleich die des Todes gesetzt ist, der Angst vor dem Augenblick, wo das Mögliche verwirklicht, das Leben innerlich erfüllt und vollendet ist, wo das Bewusstsein am Ziele steht. Es ist jene tiefe Weltangst der Kinderseele, welche den höheren Menschen, den Gläubigen, den Dichter, den Künstler in seiner grenzenlosen Vereinsamung niemals verlässt, die Angst vor den fremden Mächten, die groß und drohend, in sinnliche Erscheinungen verkleidet, in die ertagende Welt hineinragen.“<sup>69</sup>

In dieser Textstelle klingt vieles an: Die „Angst“ als eine psychische Disposition scheint durch; sie wird rationalisiert als eine Erklärungskategorie für historische Verläufe, vor allem aber wird schon hier, im ersten Band von 1918, erkennbar, dass die „Angst“ bald zu einem Grundelement der geistigen Epochenkonstellation werden wird. Und so ist dies eine Katego-

rie, mit der sich nicht nur die Entstehung des Textes, sondern auch seine Wirkung beleuchten lässt. Spenglers Formulierung, dass „mit der Grenze der Geburt zugleich die des Todes gesetzt ist“, weist unverkennbar auf Heidegger voraus. Ein knappes Jahrzehnt nach Spenglers erstem Band, 1927, erscheint mit Martin Heideggers „Sein und Zeit“ ein epochemachendes Werk der Philosophiegeschichte, das von den sachkundigen Zeitgenossen sofort als solches erkannt und meist auch anerkannt wurde. Es ist ganz gewiss kein Zufall, dass für Heidegger die „Angst“ zum Angelpunkt eines sich als revolutionär verstehenden philosophischen Neuansatzes wird.<sup>70</sup> Mit dem Begriff „Angst“ hat Heidegger – ungewollt – eine Epochendiagnose gegeben und zugleich das Epochengefühl beschrieben. Sein Konzept ist weit entfernt von der Geschichtsbetrachtung Spenglers, aber in zumindest einer Hinsicht ähnelt es ihr, wenn auch in philosophischer Veredelung. In diese Denkformation fügt sich Spengler mit seinen späteren politischen Schriften eher halbherzig ein, auch wenn er nicht versäumt, dem Zeitgeist mit dem Titel seines letzten Buches „Jahre der Entscheidung“ seinen Tribut zu zollen und sich der „Rhetorik des politischen Existentialismus“ dieser Jahre zu öffnen.<sup>71</sup> Aber der rhetorische Schulterschluss mit dieser Modeströmung des Rechtsintellektualismus in Spenglers irrlichternden politischen Schriften ist nicht das wichtigste Wort, das er zur geistigen Situation der Zeit gesprochen hat. Diese geistige Situation hat noch einmal Walter Benjamin rückblickend beschrieben: Die Geschichte erscheint nicht mehr wie eine „Kette von Begebenheiten“, sondern als „einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft“, wie es in Benjamins berühmten Thesen „Über den Begriff der Geschichte“ heißt.<sup>72</sup> Auf diesen Sinnlosigkeits- und Katastrophenverdacht haben die intellektuellen Zeitgenossen eine unterschiedliche Antwort gegeben. Der kulturkonservative Teil von ihnen suchte die „Flucht in die Geborgenheit“,<sup>73</sup> der „hunger for wholeness“<sup>74</sup> war eine prägende Zeitströmung in diesen Jahren. Andere Intellektuelle wie Ernst Jünger haben die Schockerfahrung aufs Äußerste ausgereizt. Oswald Spengler hingegen hat mit seinem Hauptwerk seine eigene Antwort gefunden. Man kann es

verstehen als eine Gegenreaktion gegen diese Epochenerfahrung der Sinnlosigkeit der Geschichte und der Fragmentierung der Gegenwart. Spenglers „Untergang des Abendlandes“ ist der letzte und heroische Versuch, der Geschichte einen Sinn abzugewinnen. Heroisch ist der Versuch, weil er konsequent ist und die Zeiterfahrungen ernst nimmt – die Sinngebung der Geschichte mündet im Determinismus und Fatalismus.

Mit der grundlegend deterministischen Auffassung der Geschichte stand Spengler wahrlich nicht allein in diesen frühen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>75</sup> Theoretiker unterschiedlicher Provenienz sahen die historische Situation ähnlich, und Max Weber hat dafür eine prägnante Formel gefunden: Die Moderne erscheint ihm als unentrinnbares „Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft“.<sup>76</sup> In dieser Zeitdiagnose ist die Nähe zu Spenglers Geschichts- und vor allem Zivilisationsauffassung offensichtlich, auch wenn Webers Zeitdiagnose frei ist von „Spenglers gelegentlich schon krankhafter Einwilligung in das, was sein muss“.<sup>77</sup> Die große Geste des Fatalismus verliert sich bei Spengler auch in den letzten Jahren nicht. Im Schlussabsatz seiner späten Schrift „Der Mensch und die Technik“ wird sie erneut ausgiebig inszeniert: „Nur Träumer glauben an Auswege. Optimismus ist Feigheit. Wir sind in diese Zeit geboren und müssen tapfer den Weg zu Ende gehen, der uns bestimmt ist. Es gibt keinen andern. Auf dem verlorenen Posten ausharren ohne Hoffnung, ohne Rettung, ist Pflicht. Ausharren wie jener römische Soldat, dessen Gebeine man vor einem Tor in Pompeji gefunden hat, der starb, weil man beim Ausbruch des Vesuv vergessen hatte, ihn abzulösen. Das ist Größe, das heißt Rasse haben. Dieses ehrliche Ende ist das einzige, das man dem Menschen nicht nehmen kann.“<sup>78</sup>

In seinem Hauptwerk hat Spengler ein gewaltiges und überdimensioniertes, aber klar konturiertes Gedankengemälde vom Verlauf der Weltgeschichte entworfen. Das war eine bedeutende gedankliche Leistung; dass sie weder methodisch noch sachlich haltbar war, steht auf einem anderen Blatt. Im Laufe der Weimarer Jahre hat Spengler dieses Bild immer weiter verzerrt, er hat sich in den Sog des geistigen Bürgerkrieges hineinziehen lassen, der nicht nur

die politische Kultur der Weimarer Republik prägte. Was immer er sich aber unter dem „ehrlichen Ende“ vorgestellt haben mag, das er schon im „Untergang des Abendlandes“ vor Augen hatte – den Untergang, den Hitler dem Abendland bereiten würde, hatte er sicher nicht im Sinn.

---

|| **UNIV.-PROF. DR. PETER J. BRENNER**

Technische Universität München, Munich Center for  
Technology in Society, Carl-von-Linde-Akademie

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Boterman, Frits: Oswald Spengler und sein „Untergang des Abendlandes“, Köln 2000, S. 209-217; Koktanek, Anton Mirko: Oswald Spengler in seiner Zeit, München 1968, S. 148 f., 232.
- <sup>2</sup> Felken, Detlef: Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur, München 1988, S. 238 f.
- <sup>3</sup> vom Bruch, Rüdiger: Kulturpsychologie und Kulturbio­logie. Universalgeschichte als Kulturmorphologie bei Karl Lamprecht und Oswald Spengler, in: Der Fall Spengler. Eine kritische Bilanz, hrsg. von Alexander Demandt und John Farrenkopf, Köln u. a. 1994, S. 1-20, hier S. 5 f.
- <sup>4</sup> Felken: Oswald Spengler, S. 114 f.
- <sup>5</sup> Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, München 1982 (1. Aufl. 1918 und 1922), S. 3.
- <sup>6</sup> Spengler, Oswald: Ich beneide jeden, der lebt. Die Aufzeichnungen „Eis heauton“ aus dem Nachlass. Mit einem Nachwort von Gilert Merlio, Düsseldorf 2007, S. 19.
- <sup>7</sup> vom Bruch: Kulturpsychologie und Kulturbio­logie, S. 20.
- <sup>8</sup> Vgl. Spengler: Der Untergang des Abendlandes, S. 140 f.; Naeh­er, Jürgen: Oswald Spengler mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1984, S. 61 f.; Boterman: Oswald Spengler, S. 124-130.
- <sup>9</sup> Spengler: Der Untergang des Abendlandes, S. 141.
- <sup>10</sup> Ebd., S. 158.
- <sup>11</sup> Vgl. Felken: Oswald Spengler, S. 54 f.
- <sup>12</sup> von Herder, Johann Gottfried: Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit. Sämtliche Werke, Bde. XIII/XVI, hrsg. von Bernhard Suphan, Hildesheim 1967, XIII: S. 405, XIV: S. 217.
- <sup>13</sup> Die Rezeption Goethes und Nietzsches reicht übrigens über den Tod hinaus: „Zarathustra“ und „Faust“ wurden ihm ins Grab gelegt; vgl. Boterman, Frits: Zur Frage der deutschen Kultur. Oswald Spengler & Friedrich Nietzsche, in: Zur Wirkung Nietzsches. Der deutsche Expressionismus: Menno ter Braak, Martin Heidegger, Ernst Jünger, Thomas Mann, Oswald Spengler, hrsg. von Hans Ester und Meindert Evers, Würzburg 2001, S. 127-137, hier S. 137.
- <sup>14</sup> Strong, Tracy B.: Oswald Spengler – Ontologie, Kritik und Enttäuschung, in: Spengler heute, hrsg. von Peter Christian Ludz, München 1980, S. 74-99, hier S. 94 f.
- <sup>15</sup> Vgl. Toynbee, Arnold: Meine Geschichtsbetrachtung, in: Ders.: Kultur am Scheidewege, Wien u. a. 1949, S. 9-21, hier S. 15 f.
- <sup>16</sup> Toynbee, Arnold: Der Gang der Weltgeschichte Aufstieg und Verfall der Kulturen, Stuttgart, 2. erw. Aufl., 1949, S. 48, 558-565.
- <sup>17</sup> Vgl. Toynbee: Meine Geschichtsbetrachtung, S. 14.
- <sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 18.
- <sup>19</sup> Tatsächlich wurde Spengler in der US-amerikanischen Politik schon viel früher rezipiert. Henry Kissinger schrieb bereits 1950 ein Buch „The meaning of history. Spengler, Toynbee and Kant“ mit einer positiven Würdigung von Spenglers Geschichtsspesimismus.
- <sup>20</sup> Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München / Wien, 6. Aufl., 1997, S. 49, 57, 152.
- <sup>21</sup> Vgl. Krebs, Wolfgang: Die imperiale Endzeit. Oswald Spengler und die Zukunft der abendländischen Zivilisation, Berlin 2008, S. 13, 435 f.
- <sup>22</sup> Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte, München 1992, S. 109, 111.
- <sup>23</sup> Von diesem Buch wurden innerhalb von 2 Jahren nach Angaben von media control 1,5 Mio Exemplare verkauft. Das zeigt, wie sich die Medienverhältnisse geändert haben: Der spektakuläre Bestseller Spenglers hat in den 90 Jahren seit seinem Erscheinen eine Gesamtauflage von rund 220.000 Exemplaren pro Band erzielt, dazu kommen knapp 80.000 Exemplare der Taschenbuchausgabe.
- <sup>24</sup> Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München, 8. Aufl., 2010, S. 372-374.
- <sup>25</sup> Rindermann, Heiner / Rost, Detlef H.: Intelligenz, Kultur und Gesellschaft – Thilo Sarrazin und seine Thesen, in: Zur Sache Sarrazin. Wissenschaft, Medien, Materialien, hrsg. von Jürgen Bellers, Berlin u. a. 2010, S. 77-96, hier S. 92 f.
- <sup>26</sup> Huntington: Kampf der Kulturen, S. 189.
- <sup>27</sup> Vgl. Krebs: Die imperiale Endzeit, S. 208 f.
- <sup>28</sup> Spengler: Der Untergang des Abendlandes, S. 679.
- <sup>29</sup> Spengler, Oswald: Einführung zu einem Aufsatz Richard Korherr über den Geburtenrückgang, in: Ders.: Reden und Aufsätze, München 1937 (1. Aufl. 1927), S. 134-137, hier S. 134; vgl. Naeh­er: Oswald Spengler, S. 110 f.
- <sup>30</sup> Vgl. Spengler, Oswald: Jahre der Entscheidung. Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München, 2. Aufl., 1980 (1. Aufl. 1933), S. 205-207. Im Jahre 1933 haben solche Überlegungen zur Zunahme der „geistig Minderwertigen“ (S. 27) ihre Unschuld verloren. In der Diskussion der zwanziger Jahre hat die Demographie in Wissenschaft und Politik eine sehr große Rolle gespielt, mit verheerenden Folgen für die politischen Entwicklungen im „Dritten Reich“. Vgl. Aly, Göt­z / Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt a. M. 2013, S. 89-110.
- <sup>31</sup> Farrenkopf, John: Klio und Cäsar. Spenglers Philosophie der Weltgeschichte im Dienste der Staatskunst, in: Der Fall Spengler. Eine kritische Bilanz, hrsg. von Alexander Demandt und John Farrenkopf, Köln u. a. 1994, S. 45-73, hier S. 64.

- <sup>32</sup> Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München, 6. Aufl., 2011, S. 143.
- <sup>33</sup> Musil, Robert: Geist und Erfahrung. Anmerkungen für Leser, welche dem Untergang des Abendlandes entronnen sind [März 1921], in: Ders.: Gesammelte Werke, Bd. 8, Reinbek 1978, S. 1042-1059, hier S. 1044.
- <sup>34</sup> Spengler: Der Untergang des Abendlandes, S. 903.
- <sup>35</sup> Lübke, Hermann: Historisch-politische Exaltationen. Spengler wiedergelesen, in: Spengler heute. 6 Essays mit einem Vorwort von Hermann Lübke, hrsg. von Peter Christian Ludz, München 1980, S. 1-24, hier S. 5.
- <sup>36</sup> Stern, Fritz: Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, München 1986, S. 18.
- <sup>37</sup> Langbehn, Julius: Rembrandt als Erzieher. Von einem Deutschen, Weimar 1928, S. 136.
- <sup>38</sup> Spengler: Der Untergang des Abendlandes, S. 61.
- <sup>39</sup> Spengler, Oswald: Preußentum und Sozialismus, München 1924, S. 25.
- <sup>40</sup> Spengler: Der Untergang des Abendlandes, S. 61; vgl. dazu Krebs: Die imperiale Endzeit, S. 13, 151; Felken: Oswald Spengler, S. 76; Lübke: Historisch-politische Exaltationen, S. 19.
- <sup>41</sup> Spengler: Preußentum und Sozialismus; vgl. auch Lübke, Hermann: Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, München 1974, S. 207.
- <sup>42</sup> Spengler: Der Untergang des Abendlandes, S. 1009. Diese aufklärungsfeindliche Wendung wurde schon von Friedrich Meinecke in seiner Spengler-Rezension aufgegriffen und kritisiert, vgl. Meinecke, Friedrich: Über Spenglers Geschichtsbetrachtung, in: Ders.: Zur Theorie und Philosophie der Geschichte. Gesammelte Werke, Stuttgart 1959 (1. Aufl. 1923), S. 181-195, hier S. 189 f.
- <sup>43</sup> Möller, Horst: Oswald Spengler – Geschichte im Dienst der Zeitkritik, in: Spengler heute. 6 Essays mit einem Vorwort von Hermann Lübke, hrsg. von Peter Christian Ludz, München 1980, S. 49-73, hier S. 63.
- <sup>44</sup> Krebs: Die imperiale Endzeit, S. 292 f.
- <sup>45</sup> Jaspers, Karl: Die geistige Situation der Zeit, Berlin / New York 1979 (8. Abdr. d. im Sommer 1932 bearbeiteten 5. Aufl.), S. 73.
- <sup>46</sup> Spengler: Jahre der Entscheidung, S. 35.
- <sup>47</sup> Krebs: Die imperiale Endzeit, S. 163, 165.
- <sup>48</sup> Mannheim, Karl: Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiet des Geistigen, in: Der Streit um die Wissenssoziologie, Bd. 1: Die Entwicklung der deutschen Wissenssoziologie, hrsg. von Volker Meja und Nico Stehr, Frankfurt a. M. 1982, S. 325-370, hier S. 342 f.
- <sup>49</sup> Vgl. Sternberger, Dolf / Storz, Wilhelm / Süskind, Wilhelm E.: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Neue erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streites über die Sprachkritik, München 1970, S. 67; vgl. auch Bering, Dietz: Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, Frankfurt a. M. u. a. 1982, S. 124-126.
- <sup>50</sup> Vgl. Lepenies, Wolf: Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft, Reinbek 1988, S. 377-386.
- <sup>51</sup> Curtius, Ernst Robert: Soziologie – und ihre Grenzen, in: Der Streit um die Wissenssoziologie, Bd. 2: Rezeption und Kritik der Wissenssoziologie, hrsg. von Volker Meja und Nico Stehr, Frankfurt a. M. 1982, S. 417-426, hier S. 425.
- <sup>52</sup> Curtius, Ernst-Robert: Deutscher Geist in Gefahr, Berlin u. a. 1932, S. 50.
- <sup>53</sup> Ebd., S. 7.
- <sup>54</sup> Ebd., S. 107.
- <sup>55</sup> Barth, Karl: Der Römerbrief, Zürich 1984 (13. unv. Abdr. d. neuen Bearb. von 1922), S. 160.
- <sup>56</sup> Aschheim hat darauf aufmerksam gemacht, dass in vielen dieser „Meisterwerke“ der Weimarer Republik, zu denen auch noch Franz Rosenzweigs „Stern der Erlösung“ zu rechnen ist, Nietzsche ebenso „unterschwellig“ wie „auffällig“ präsent gewesen ist. Aschheim, Steven E.: Nietzsche und die Deutschen. Karriere eines Kults, Stuttgart u. a. 1996, S. 331 f.
- <sup>57</sup> Benjamin, Walter: Der Erzähler. Betrachtungen zum Werk Nikolai Lesskows, in: Ders.: Gesammelte Schriften II/2, Frankfurt a. M. 1977, S. 438-463, hier S. 439.
- <sup>58</sup> Troeltsch, Ernst: Die Krise des Historismus, in: Ders.: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918-1923). Kritische Gesamtausgabe Bd. 15, Berlin u. a. 2002, S. 433-356, hier S. 448. Die Formel von der „Anarchie“ und – auf der gleichen Seite – die berühmt gewordene Wendung vom „Polytheismus der Werte“ entwickelt Troeltsch im Anschluss an Max Webers Vortrag über „Wissenschaft als Beruf“.
- <sup>59</sup> Spengler: Der Untergang des Abendlandes, S. 456. Zu diesem Komplex von „Wurzellosgigkeit und Traditionsverfall“ bei Spengler vgl. auch Krebs: Die imperiale Endzeit, S. 173-177.
- <sup>60</sup> Benjamin, Walter: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit [Zweite Fassung], in: Ders.: Gesammelte Schriften I/2, hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, S. 471-508, hier S. 503 (Anm.).
- <sup>61</sup> Bohrer, Karl Heinz: Die Ästhetik des Schreckens. Die pessimistische Romantik und Ernst Jüngers Frühwerk, Frankfurt a. M. u. a. 1983, S. 138-151.
- <sup>62</sup> Jaspers: Die geistige Situation der Zeit, S. 15.
- <sup>63</sup> Schwarz, Angela: Allmacht oder Ohnmacht. Technikvorstellungen und Krisenwahrnehmung im Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert, in: Die Wahrnehmung von Krisenphänomenen. Von der Antike bis in die Neuzeit, von Helga Scholten, Wien u. a. 2007, S. 203-222, hier S. 208 f.

- <sup>64</sup> Spengler: Ich beneide jeden, der lebt, S. 18, 27, 31, 34, 36, 43, 73, 81. Bei den Selbstkonfessionen Spenglers sollte nicht übersehen werden, dass er sich als notorischen Lügner bezeichnet – für einen Geschichtsschreiber nicht die passendste Charaktereigenschaft: „Das große Laster meines Lebens ist das Lügen. Ich habe immer die Unwahrheit gesagt, aus tausend Gründen und noch viel öfter ohne jeden Grund.“
- <sup>65</sup> Ottmann, Henning: Geschichte des politischen Denkens, Bd. 4: Das zwanzigste Jahrhundert, Teilbd. 1: Der Totalitarismus und seine Überwindung, Stuttgart / Weimar 2010, S. 19; Naeyer: Oswald Spengler mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1984, S. 51, 120; Merlio, Gilert: Urgefühl Angst, in: Ich beneide jeden, der lebt. Die Aufzeichnungen „Eis heauton“ aus dem Nachlass, von Oswald Spengler, Düsseldorf 2007, S. 103 f.
- <sup>66</sup> Bohrer: Die Ästhetik des Schreckens, S. 64.
- <sup>67</sup> Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus, München u. a., 5. Aufl., 1979, S. 142, 145.
- <sup>68</sup> Spengler: Der Untergang des Abendlandes, S. 106-110.
- <sup>69</sup> Ebd., S. 106.
- <sup>70</sup> Heidegger, Martin: Sein und Zeit, Tübingen, 12. unv. Aufl., 1972, S. 251.
- <sup>71</sup> Lübke: Historisch-politische Exaltationen, S. 5.
- <sup>72</sup> Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte, in: Ders.: Gesammelte Werke, Band I/2, hrsg. von Hermann Schweppenhäuser und Rolf Tiedemann, Frankfurt a. M. 1991, S. 690-708, hier S. 697.
- <sup>73</sup> Lethen, Helmut: Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen, Frankfurt a. M. 1994, S. 76.
- <sup>74</sup> Gay, Peter: Weimar Culture. The Outsider as Insider, New York u. a. 1970, S. 77-91.
- <sup>75</sup> Koebner, Thomas: Die Erwartung der Katastrophe. Zur Geschichtsphilosophie des „neuen Konservatismus“ (Oswald Spengler, Ernst Jünger), in: Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930-1933, hrsg. von Thomas Koebner, Frankfurt a. M. 1982, S. 348-359, hier S. 349. Das hatte schon der Zeitgenosse Jaspers gesehen. Vgl. Jaspers: Die geistige Situation der Zeit, S. 6.
- <sup>76</sup> Weber, Max: Parlament und Regierung im neu-geordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens, in: Ders.: Gesammelte politische Schriften, Tübingen, 5. Aufl., 1988, S. 306-446 (zuerst 1918), hier S. 332.
- <sup>77</sup> Strong: Oswald Spengler, S. 92.
- <sup>78</sup> Spengler, Oswald: Der Mensch und die Technik. Beitrag zu einer Philosophie des Lebens, München 1931, S. 62.



#### **VERANTWORTLICH**

**Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser**

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

#### **HERAUSGEBER**

**Bernd Rill**

bis Dezember 2013 Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München



## Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: [www.hss.de/mediathek/publikationen.html](http://www.hss.de/mediathek/publikationen.html). Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 01 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 02 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 03 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 04 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 05 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 06 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 07 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 08 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 09 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien
- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU

- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –  
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine
- Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von morgen
- Nr. 77 Ist der Kommunismus wieder hoffähig?  
Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland
- Nr. 78 Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern –  
Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land
- Nr. 79 Begegnen, Verstehen, Zukunft sichern –  
Beiträge der Schule zu einem gelungenen kulturellen Miteinander
- Nr. 80 Türkische Außenpolitik
- Nr. 81 Die Wirtschaftsschule neu gedacht – Neukonzeption einer traditionsreichen Schulart
- Nr. 82 Homo oecologicus – Menschenbilder im 21. Jahrhundert
- Nr. 83 Bildung braucht Bindung
- Nr. 84 Hochschulpolitik: Deutschland und Großbritannien im Vergleich
- Nr. 85 Energie aus Biomasse – Ethik und Praxis
- Nr. 86 Türkische Innenpolitik – Abschied vom Kemalismus?
- Nr. 87 Homo neurobiologicus – Ist der Mensch nur sein Gehirn?
- Nr. 88 Frauen im ländlichen Raum
- Nr. 89 Kirche im ländlichen Raum – Resignation oder Aufbruch?
- Nr. 90 Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – Gleichstellung als Motor für nachhaltige Entwicklung
- Nr. 91 Der Erste Weltkrieg – „In Europa gehen die Lichter aus!“

